

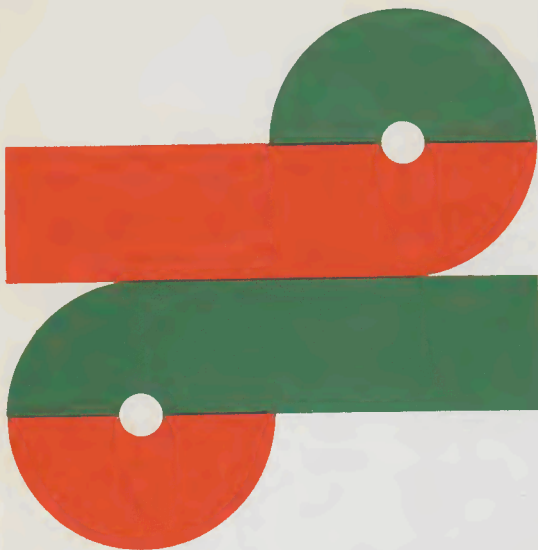
urt

94

2



# Joseph Buttinger · Bibliothek



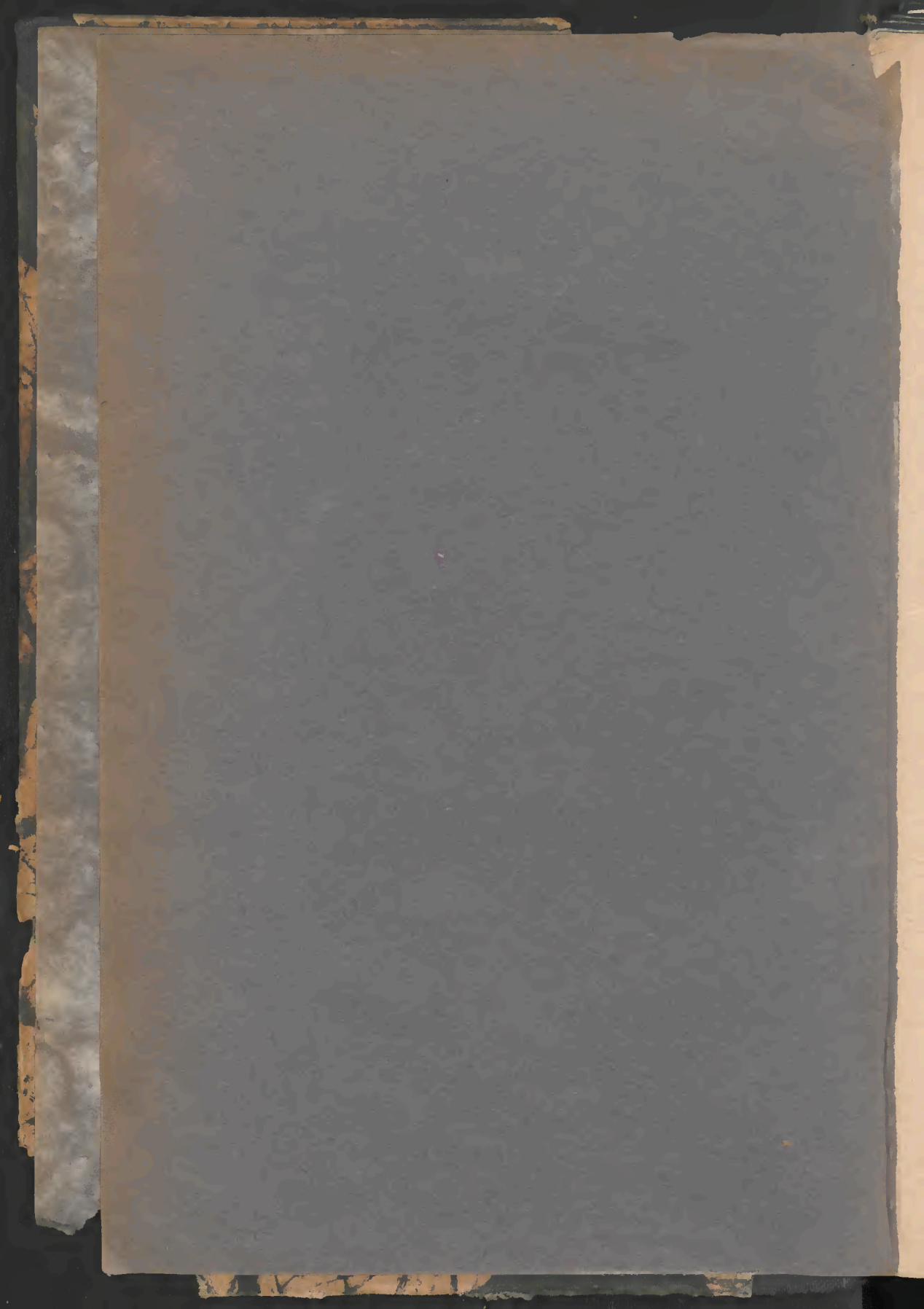
Geschenk an die  
Bibliothek der  
Hochschule für  
Bildungswissenschaften  
in Klagenfurt

Juni 1971

UB KLAGENFURT



+L63028306



~~530867~~

S/S

# Von Hainfeld bis zum Weltkriege

Geschichte der deutschen Sozialdemokratie  
Böhmens, zweiter Band (1889—1914)



Von Emil Strauß



1926

Verlag des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen  
Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, Prag II.,  
Neřazanka 18

I 538494, Bd 2



16-251, 60, 60 [63]

208467

Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten

---

Copyright 1926 by Parteivorstand der Deutschen  
sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen  
Republik, Prag II., Refazanka 18

## Inhalt:

	Seite
Vorwort . . . . .	5
<b>Erster Abschnitt: Bis zu den ersten allgemeinen Wahlen in das Abgeordnetenhaus (1889—1897).</b>	
1. Kapitel: Wirtschaftsentwicklung und Proletariat . . . . .	7
2. Kapitel: Maisfeier und Wahlrechtskampf . . . . .	31
3. Kapitel: Nationale und taktische Gegensätze . . . . .	58
4. Kapitel: Die Partei und ihre Organisation . . . . .	66
<b>Zweiter Abschnitt: Bis zum allgemeinen gleichen Wahlrecht (1897—1907).</b>	
5. Kapitel: Wirtschaftliche Organisationen und Wirtschaftskämpfe . . . . .	82
6. Kapitel: Politik und Parlament . . . . .	103
7. Kapitel: Der Kampf um das allgemeine gleiche Wahlrecht . . . . .	117
8. Kapitel: Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie . . . . .	144
9. Programm und Taktik . . . . .	158
10. Die Parteiorganisation . . . . .	167
<b>Dritter Abschnitt: Bis zum Weltkriege (1907—1914).</b>	
11. Kapitel: Die Verschärfung der Klassenkämpfe . . . . .	177
12. Kapitel: Oesterreichs innere Politik . . . . .	194
13. Kapitel: Die nationalen Kämpfe . . . . .	215
14. Kapitel: Dem Weltkrieg entgegen! . . . . .	235
15. Kapitel: Parteiorganisation und Parteipresse . . . . .	252
16. Kapitel: Josef Seliger und Karl Cermač . . . . .	261
Anhang I: Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie . . . . .	281
Anhang II: Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich . . . . .	283





## Vorwort.

Die freundliche Aufnahme, welche der unter dem Titel „Die Entstehung der deutschböhmisches Arbeiterbewegung“ 1925 erschienene erste Band dieses Werkes gefunden hat, hat mich ermutigt, sofort danach an die Niederschrift der Fortsetzung zu schreiten, welche die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens bis zum Ausbruch des Weltkrieges weiterführt. Wenn der Einwand erhoben werden sollte, daß nicht 1914 sondern 1918, nicht der Beginn des Weltkrieges sondern die Neugestaltung der politischen Verhältnisse nach dem Ausgange des großen Krieges den Beginn einer neuen Epoche europäischer Geschichte und damit auch der deutschen Arbeiterbewegung Böhmens bilden, so möchte ich mir die Bemerkung gestatten, daß die Kräfte, durch welche insbesondere die Neugestaltung der staatlichen Verhältnisse in den Sudetenländern erfolgte, im Kriege herangereift sind und daß vom Standpunkt der historischen Darstellung doch eher 1914 den Schlüsselpunkt einer Epoche und zugleich den Ausgangspunkt einer neuen darstellt.

Was die Quellen der Darstellung betrifft, mußte ich diesmal auf Aktenmaterial aus dem Staatsarchiv Verzicht leisten, da die Akten für die dargestellte Zeit sich noch in den für Historiker unzugänglichen Registraturen der betreffenden Ämter, insbesondere der politischen Landesverwaltung in Prag befinden. Ich war daher hauptsächlich auf Zeitungen, Protokolle von Parteitagungen und Broschüren angewiesen. Die Erzählung der Ereignisse, die Schilderung der Zustände konnte aber vom Standpunkt historischer Kritik ohne viel Bedenken auf diese Art der Quellen aufgebaut werden, weil sich ja die Bewegung nicht mehr wie vor 1889 in geheimen Klubs, sondern in aller Öffentlichkeit abgepielt hat. Damit soll freilich nicht ge-

sagt sein, daß nach Oeffnung des Archivs der ehemaligen Statthalterei in Prag nicht manche heute noch unbekanntere Einzelheiten aus der Geschichte der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung in den Jahren 1889 bis 1914 zutage treten werden.

Denjenigen, welche in dem vorliegenden Werke eine geschlossene Darstellung der Entwicklung der Arbeiterbewegung gerade des Bezirkes, in welchem sie wohnen und wirken und der sie daher am meisten interessiert, nicht finden, möchte ich sagen, daß meine Aufgabe darin bestand, die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des ganzen Landes zu schreiben und daß die Darstellung zu sehr in die Breite gegangen, ja geradezu zerfloßen wäre, wenn mein Blick nicht stets auf das Ganze gerichtet gewesen wäre. Die Geschichte der Arbeiterbewegung einzelner Gegenden Deutschböhmens zu schreiben, ist Aufgabe einer Heimatsforschung, welche sich dessen bewußt ist, daß Deutschböhmen auch die Heimat der Arbeiter ist.

Ein Wort sei mir noch gestattet über die Art, wie einzelne Persönlichkeiten, die in der Geschichte der deutsch-böhmischen Arbeiterbewegung eine Rolle gespielt haben, in diesem Werke Erwähnung finden. Ein Urteil über lebende Personen kann der Historiker — insbesondere in der Politik — nicht leicht fällen, weil ihr Lebenswerk nicht abgeschlossen vorliegt. Deswegen habe ich mir in dieser Hinsicht einige Zurückhaltung auferlegt.

Zum Schlusse danke ich dem Parteivorstande der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik nicht nur für die Herausgabe auch des zweiten Bandes, sondern auch dafür, daß es mir durch Regelung meiner Berufsarbeit überhaupt möglich gemacht wurde, mein Werk zu vollenden.

Die weitere Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens zu schreiben — dazu ist die Zeit noch nicht gekommen.

Prag, am 1. Oktober 1926.

Der Verfasser.

## Erster Abschnitt:

# Bis zu den ersten allgemeinen Wahlen in das Abgeordnetenhaus.

(1889—1897)

## Erstes Kapitel:

### Wirtschaftsentwicklung und Proletariat.

In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatten innere Streitigkeiten die Arbeiterbewegung allüberall geschwächt, Ausnahmungsverfügungen die politische und kulturelle Entwicklung des europäischen Proletariats aufhalten. Nach der geistigen Ueberwindung des Anarchismus, nach dem Fall aller Ausnahmsgesetze beginnt, begünstigt von der Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft, eine Epoche neuen Aufschwunges der Sozialdemokratie.

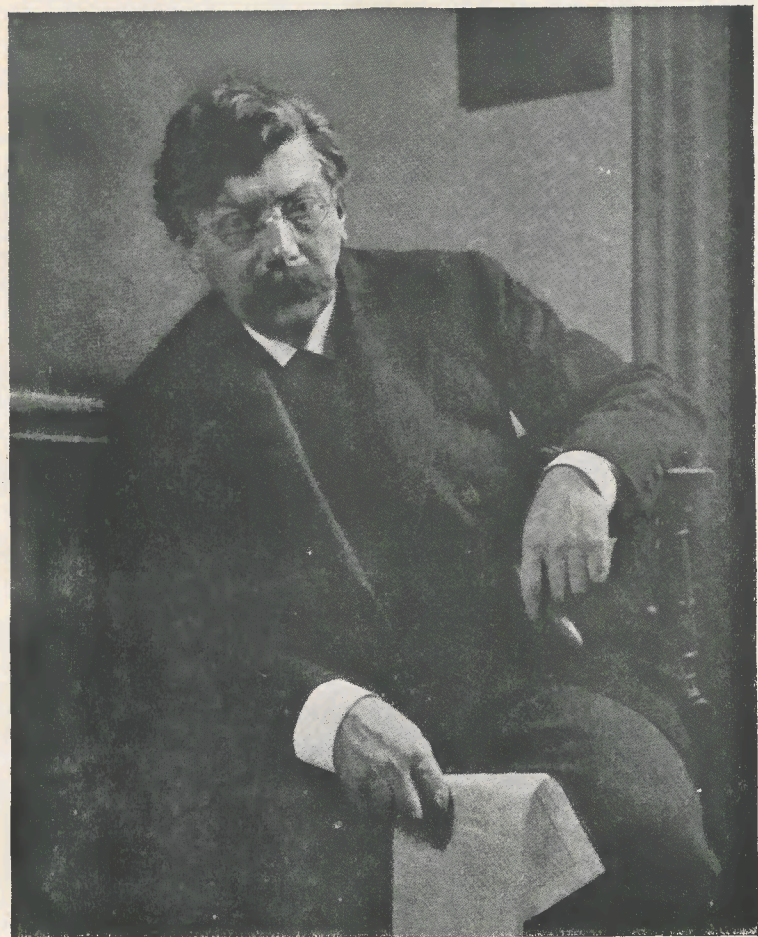
Am Neujahrstage 1889 war der Gaimfelder Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie geschlossen worden, nachdem er das große Werk der Einigung vollbracht hatte.<sup>1</sup> Ein halbes Jahr später fand in Paris der internationale Sozialistenkongreß statt, auf dem die 1872 aufgelöste Internationale der sozialistischen Parteien wieder aufgerichtet wurde. Schon 1881 war auf einer Konferenz im Schweizer Städtchen Chur der Wunsch nach einer internationalen Organisation sozialistischer Parteien laut geworden, 1886 wurde auf einer zweiten in Paris stattgefundenen Konferenz beschlossen, einen internationalen Kongreß zur Zeit der Jahrhundertfeier der französi-

<sup>1</sup> Emil Strauß: „Die Entstehung der deutschböhmischen Arbeiterbewegung.“ Prag 1925. S. 199 ff.

schen Revolution in Paris, wo das Herz des Befreiungs-  
 kampfes Frankreichs geschlagen hatte, abzuhalten.<sup>2</sup> Im  
 Juni 1889 flatterte der Aufruf zur Beschickung des Kon-  
 gresses — der unter anderen vom Deutschböhmen Eduard  
 Rieger unterschrieben war — in alle Lande hinaus.  
 Vom 14. bis 21. Juli saßen die Delegierten der sozial-  
 demokratischen Parteien in Paris beisammen. Während  
 die herrschenden Klassen gleichzeitig auf der Weltausstel-  
 lung den Besuchern aus aller Herren Länder den Glanz  
 kapitalistischer Kultur zu zeigen bemüht waren, tagten  
 eine Woche lang die Vertreter der Arbeiter vieler Na-  
 tionen, um dem Kampf gegen den Kapitalismus eine  
 internationale Grundlage zu geben. So wurde die Jahr-  
 hundertfeier der französischen Revolution zur Geburts-  
 stunde der sogenannten Zweiten Inter-  
 nationale, und mit Recht konnte Wilhelm Liebknecht  
 vom Beginn einer neuen Aera sprechen. Es war selbst-  
 verständlich, daß die nunmehr geeinigte österreichische  
 Sozialdemokratie auf dem Kongresse, der die Forderung  
 des Achtstundentages auf die Fahne der Sozialdemokratie  
 schrieb, auf das Banner, welches auf dem ganzen Erdball  
 Jahr für Jahr am 1. Mai entfaltet werden sollte, der die  
 Abschaffung des stehenden Heeres und die allgemeine  
 Volksbewaffnung verlangte, würdig vertreten war. Die  
 Delegation bestand aus Viktor Adler, Emil Kralik,  
 Julius Popp, Rudolf Pokorný (diese aus Wien),  
 Wilhelm Koberber (Prag), Josef Hybes (Brünn),  
 Josef Franz (Jägerndorf) und Heinrich Dietl (Nord-  
 böhmen).<sup>3</sup> In ganz Oesterreich und damit auch unter den

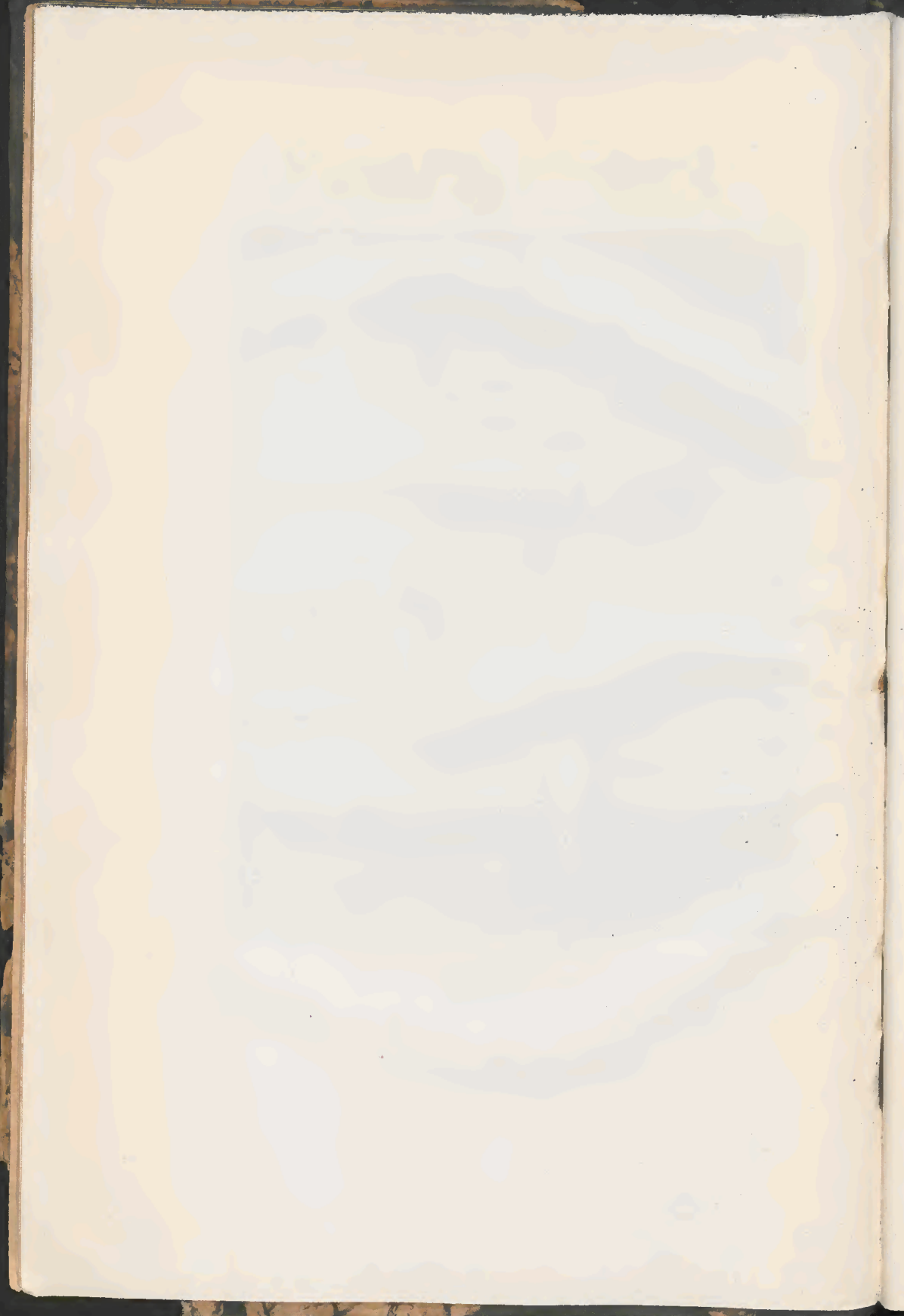
<sup>2</sup> R. G. Müller: „Zwischen der Ersten und Zweiten Inter-  
 nationale.“ „Kampf“ (Wien), XIV. Jahrg., S. 44 ff.

<sup>3</sup> Sieh Ludwig Brügel: „Geschichte der österreichischen Sozial-  
 demokratie.“ IV. Band. Wien 1923. S. 38, sowie „Protokoll des Interna-  
 tionalen Arbeiter-Kongresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889  
 Deutsche Uebersetzung Nürnberg 1890“, S. 130. — Brügel schreibt irrtümlich  
 Hermann statt Heinrich Dietl. Dietl, der am 15. Dezember 1864 ge-  
 boren wurde, ist aus der Porzellanarbeiterschaft hervorgegangen. Er  
 selbst wollte ursprünglich Priester werden. 1888 wurde er Obmann des  
 Fachvereines der Porzellanmaler in Althoflau bei Karlsbad, war Dele-  
 gierter auf dem Barmfelder Kongreß 1888 und dem Partier Kongreß  
 1889. Er war dann in Brünn, Saida, Wien, Althoflau und schließlich  
 als Redakteur des „Volkrecht“ in Auszig tätig und bekleidete das Amt  
 eines Kassiers der deutschböhmisches Landespartei. Am 16. Mai 1911  
 ist er gestorben. — In dem angeführten Protokoll werden noch ohne Angabe  
 des Wohnortes als Delegierte angeführt: Mathanus und Georg  
 Sabrowsky.



*Guy de Maupassant*

1852 - 1918





सुभाषित ११३



Arbeitern Deutschböhmens erweckte der Kongreß helle Begeisterung. Die Referate der Kongreßteilnehmer, welche die Pariser Tage als eines der größten Erlebnisse ihres Lebens schilderten, ließen alle kleinlichen Schikanen vergessen, mit denen die österreichische Regierung die Befenner des Sozialismus zu quälen suchte.<sup>4</sup>

Nicht minder befeuerte die deutschen Arbeiter Böhmens der Siegeszug der Sozialdemokratie Deutschlands. Im Jänner 1890 zerbrach die schwere Kette, an die Deutschlands Arbeiterschaft mehr als ein Jahrzehnt gefesselt war: der Reichstag lehnte die Verlängerung des Sozialistengesetzes ab, Bismarcks Politik der Vernichtung der Sozialdemokratie war gescheitert, der Anfang vom Ende der Regierung des „eisernen“ Kanzlers gekommen. Am 20. Feber rechneten die Arbeiter mit Bismarck ab, die Neuwahlen in den Deutschen Reichstag brachten der Sozialdemokratie fast eineinhalb Millionen Stimmen, um eine halbe Million mehr als 1887. Zwanzig Prozent aller deutschen Wähler bekannten sich zu der von den herrschenden Klassen versemten Sozialdemokratie. Aus den Grenzgebieten Deutschböhmens hatten sich sozialdemokratische Agitatoren an der Wahlbewegung beteiligt, allgemein sah man den Erfolg der Arbeiter Deutschlands als eigenen Erfolg an.<sup>5</sup>

Die dank der Einigung der Partei und der günstigen Entwicklung des Sozialismus im Auslande hervorgerufene größere politische Lebendigkeit der Arbeiter, ihre Hoffnung, daß die Zeit zu einem Angriff auf die wirtschaftlichen und politischen Vorrechte von Feudalismus und Bürgertum gekommen sei, erhielt immer wieder neue Nahrung durch die Wirtschaftsentwicklung, welche die Zahl des industriellen Proletariats vermehrte und so Tag für Tag den anschaulichen Beweis für die Marxsche Lehre erbrachte, daß mit dem Erstarken des Kapitalismus auch die Kraft seiner Widersacher zunehme.

Der Stand der kapitalistischen Wirtschaft Oesterreichs bot zu Beginn der neunziger Jahre der Entwicklung der

<sup>4</sup> So wurde ein Versicherungsangestellter verhaftet, weil er an den Kongreß ein Begrüßungstelegramm geschickt hatte!

<sup>5</sup> Gustav Kränkel: „Erinnerungen aus der westböh. Arbeiterbewegung.“ „Sozialdemokrat“ Prag. 9. Feber 1924 ff.

Arbeiterbewegung weit günstigere Vorbedingungen als ein Vierteljahrhundert zuvor, da die ersten Organisationen der Arbeiterklasse entstanden waren. Seither hatte insbesondere die Industrie einen mächtigen Aufschwung genommen. Von 1869 bis 1892 stieg die Erzeugung von Eisenerz von 6,8 auf 9,9 Millionen Meterzentner, also um 44 Prozent, die Steinkohlenförderung von 34,7 auf 92,4 Millionen Meterzentner, das ist um 167 Prozent, und ganz besonders die Braunkohlenförderung, nämlich von 31,3 auf 161,9 Millionen Meterzentner, der Zuwachs betrug hier in diesen 32 Jahren gar 417 Prozent. Dieser Zuwachs entfiel fast ganz auf Nordwest- und Westböhmen. In diese Jahre fällt die eigentliche Entfaltung der beiden Reviere, wodurch das Bild des sozialen Lebens von Eger bis Aussig völlig verändert wurde. Aber auch die Textilindustrie des östlichen Nordböhmens nahm an dem wirtschaftlichen Aufschwunge teil. 1876 gab es in Oesterreich etwa eineinhalb Millionen Spindeln, 1890 mehr als zweieinhalb Millionen. In der Flachs- und Juteindustrie stieg in der Zeit von 1870 bis 1892 die Zahl der mechanischen Webstühle von 453 auf 3430. Neue Industrien gewannen für die Gesamtwirtschaft große Bedeutung, so die Erzeugung von Rübenzucker. Während noch 1870 151.000 Tonnen Zucker erzeugt wurden, schnellte die Menge des gewonnenen Zuckers 1890 auf 778.000 Tonnen hinauf.<sup>6</sup> Da die Landwirtschaft hinter dieser Entwicklung zurückblieb, verschob sich die Masse der Berufstätigen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt aus der Landwirtschaft in Industrie und Handel. Von 1880 bis 1890 sank die Zahl der Berufstätigen in der Landwirtschaft von 60,69 Prozent auf 55,80 Prozent aller Berufstätigen. Unter den Berufstätigen im allgemeinen aber trat die Bedeutung der Selbständigen immer mehr zurück, die der Unselbständigen wuchs. 1890 waren von 100 berufstätigen Personen 28,32 Selbständige, 3,97 Angestellte und 67,71 Arbeiter. Die Arbeiter machten schon zwei Drittel der Berufstätigen aus. Immer mehr vollzog sich die Scheidung der Klassen, der Wider-

<sup>6</sup> Julius Deutsch: „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.“ Wien 1908. S. 143/144.

spruch zwischen der ökonomischen Bedeutung der Arbeiterklasse für das Wirtschafts- und damit Staatsleben einerseits und ihrem geringen Einkommen und ihrer politischen Rechtlosigkeit andererseits, wurde immer unerträglicher. Nach den Ergebnissen der Personaleinkommensteuer 1898 hatten 92.71 Prozent der Gesamtbevölkerung 61 Prozent des Gesamteinkommens, 7.29 Prozent der Bevölkerung aber verfügten über 39 Prozent des Gesamteinkommens. 92.71 Prozent der Bevölkerung waren von der Personaleinkommensteuer frei, weil das Einkommen des Haushaltes, in dem sie lebten, den Betrag von 600 Gulden jährlich nicht erreichte. Selbst der Klassenstaat war nicht in der Lage, von mehr als sieben Prozent der Bevölkerung eine direkte Steuer zu erheben!

Eine Betrachtung der Arbeiterlöhne zu Beginn der neunziger Jahre wird zu einem Bild düsteren Elends und verzweiflungsvollen Kampfes von Arbeitern, Arbeiterinnen und Arbeiterkindern ums Dasein. Die Wiener Handelskammer bezifferte das zur Bestreitung der notwendigsten Lebensbedürfnisse erforderliche Mindesteinkommen für einen ledigen Arbeiter auf 416 bis 478 Gulden, für eine Arbeiterfamilie von drei Köpfen auf 600 bis 730, für eine solche von fünf Köpfen auf 697 bis 870 Gulden. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veranschlagte die Ausgaben einer Arbeiterfamilie, bestehend aus Mann, Frau und Kindern von zwei bis fünf Jahren nach einer sorgfältigen Berechnung auf 898 Gulden 80 Kreuzer.<sup>7</sup> Was verdienen aber die Arbeiter? Nach einer von der Reichenberger Handelskammer herausgegebenen Uebersicht betrug der durchschnittliche Wochenverdienst der gesamten industriellen Arbeiterschaft des Kammerbezirkes 4.96 Gulden, das sind 257 Gulden 92 Kreuzer jährlich, also etwa ein Drittel des selbst von industriellen Kreisen angenommenen Existenzminimums. 94 Prozent aller Arbeiter verdienten weniger als 500 Gulden. Noch weniger verdienten Arbeiterinnen, nämlich 179.92 Gulden jährlich im Durchschnitt. In diesem

<sup>7</sup> Diese sowie andere Angaben sind dem ausgezeichneten Büchlein von Ernst Berner: „Das rote Einmaleins“ oder „So leben wir!“ Dritte, umgearbeitete und vermehrte Auflage, Wien 1899, entnommen.

Glend, das zu einem ständigen Kampf gegen den Hunger führen mußte, lebten die Arbeiter aller Berufe. Trotzdem sie von zeitlich früh bis spät abends arbeiteten — die Heimarbeit kennt ihrer Natur nach keine Begrenzung des Arbeitstages — verdienten die Weber in Neustadt an der Mettau 15 bis 20 Kreuzer täglich, wovon sie sich höchstens Kartoffeln und Haferbrot kaufen konnten. Die Leinenweber arbeiteten von 4 Uhr früh bis 10 Uhr abends und konnten am Wochenende nicht mehr als einen Gulden, wenn es gut ging, einen Gulden fünfzig Kreuzer nach Hause bringen. In der Teplitzer Textilindustrie waren die Verhältnisse, wenn man so sagen darf, etwas „besser“, bei zwölf- bis dreizehnstündiger Arbeitszeit verdienten die Männer vier bis acht Gulden, und die Frauen, dazu bestimmt, „himmlische Rosen ins irdische Leben“ zu flechten, zwei Gulden fünfzig bis vier Gulden. Dafür gab es auch kein Licht in den Werkstätten, eine Maschine stand neben der anderen, so daß sich der Tod aus den Reihen der Arbeiter öfters seine Opfer holen konnte. Das Erzgebirge war auch weiterhin eine Stätte des Glends, genau so wie vor einem halben Jahrhundert. So wird uns von der hausindustriellen Herstellung von Stroh- und Bastgeflechten daselbst erzählt: „Die Strohflechterei ist Saisonarbeit. Die Hauptsaison dauert von Mitte Oktober bis gegen Weihnachten. In dieser Zeit versammeln sich die Flechter bald in diesem, bald in jenem Hause zur sogenannten Rockenstube und flechten eifrig vom frühen Tagesgrauen bis tief in die Nacht, häufig bis 12 Uhr, manchmal sogar bis 2 Uhr nachts . . . Kartoffeln und Ziegenmilch sind die Hauptnahrungsmittel. Trockenes Brot und Bichorienbrühe, Kaffee genannt, bilden die Früh- und Abendmahlzeit, dieselben Stoffe und etwas Fett die tägliche Mittagskost . . . Bei all dem Jammer und Glend, das diese Menschen bei unermüdllicher Arbeit durchzukosten haben, findet man sie größtenteils zufrieden mit ihrem Los, was man neben ihrer sozialen Unwissenheit und ihrer Bedürfnislosigkeit hauptsächlich auf ihren Glauben an ein besseres Jenseits zurückführen kann; denn nur durch fleißigen Hinweis auf das letztere ist es möglich, daß man den Leuten außer den Früchten ihrer Arbeit ihr höchstes Gut, die Gesundheit,

rauben kann.“<sup>8</sup> Im Feber 1890 kam es zu Ausschreitungen der Glasarbeiter im Gablonz-Tannwalder Gebiet, weil diese infolge Hungers schon ganz verzweifelt waren. Man zahlte ihnen bei zwölf- bis siebzehnstündiger Arbeitszeit 35, 20, ja sogar auch nur 10 Kreuzer täglich. Zwei Jahre später (Juni 1892) kam es zu einem Verzweiflungstreif der Glasperlenarbeiter in demselben Gebiet, weil sie die alle Menschenkraft verzehrende Ausbeutung bei Wochenlöhnen von zwei Gulden nicht ertragen konnten. In der Kostener Schamottefabrik (Bezirk Tepliz) erhielten die Arbeiter für je 12 Stunden Arbeit — es wurde dort 24, ja sogar 36 Stunden ohne Unterbrechung gearbeitet — einen Gulden Lohn. Der stündlich unter Lebensgefahr arbeitende Bergmann erhielt 40 bis 90 Kreuzer pro Schicht.<sup>9</sup> Die Bauarbeiter forderten zu Beginn des Zeitabschnittes, von dem wir handeln, einen Mindestlohn von 1.30 fl. Im Kleingewerbe galten sozialpolitische Vorschriften überhaupt nicht. Die Reichenberger Schuhmachergehilfen verdienten bei 16- bis 18stündiger Arbeitszeit zwei bis drei Gulden wöchentlich.

Noch düsterer war das Schicksal jener Arbeiter, die in ein industriearmes Gebiet verschlagen waren und die dem Ausbeutungsdrang des Kapitals sich entgegenzustellen noch nicht die Kraft gefunden hatten. „Ich kenne Tagelöhnerfamilien,“ so schreibt man einem bürgerlichen Blatt aus dem Böhmerwald,<sup>10</sup> „die manchen Tag das Salz, welches sie kreuzerweise zu kaufen gewohnt sind, nicht erschwingen können. Es fehlt selbst der eine Kreuzer. Eine Fleischsuppe kennen sie kaum mehr dem Namen nach.“ Bei den Schachtelmachern in Bergreichenstein reichte der Lohn „kaum auf einen Laib Schwarzbrot hin; wo bleiben die Kartoffeln und das Zugehör zur elenden Wassersuppe?“ Immerhin hatten es diese Heimarbeiter noch besser als ihre Arbeitskameraden in der Zündhölzchenerzeugung, denen die giftigen Ausdünstungen ein frühes Grab bereiteten.

<sup>8</sup> Jakob Neumann: „Die Heimarbeit in Oesterreich.“ Wien 1897.

<sup>9</sup> Sieh die Angaben über Arbeitslöhne im Parteitagsprotokoll von 1892. S. 18. (Wien 1892.) — Aufsehen erregte im Oktober 1891 der Fall eines Bergarbeiters, der sich die Pulsadern zerschneiden hatte, weil er als Vater von vier Kindern nicht mehr als 2.49 fl. in der Woche verdiente.

<sup>10</sup> „Prager Tagblatt“ 1894 zit. bei Berner a. a. D. S. 18/19.

Dem frühen Tod dieser Arbeitergeneration ging ein Leben voraus, das nur Arbeit und Schlaf kannte. Ja man brachte sogar die Arbeiter darum, daß sie ihre müden Knochen ein paar Stunden ausruhen lassen konnten. Auf dem 1890 in Wien abgehaltenen Kongreß der Porzellan- und Glasarbeiter wurde erzählt, daß die Arbeitszeit der Glasmaler des Ffergebirges — also von Kunstmalern — 12 bis 14, mitunter sogar 16 bis 18 Stunden betrage. Die Perlenbläser mühten sich um ihren kärglichen Lohn 14 bis 17 Stunden ab. In den Hohlglasraffinerien von Steinschönau (Hausindustrie) wurde im Sommer von zeitlich früh, im Winter von 8 Uhr morgens bis 9, 10, 12 Uhr nachts, ja sogar bis 2 und 3 Uhr früh gearbeitet. Die armen Seidenweber mußten 18 Stunden arbeiten, die Arbeiter in den kontinuierlichen Betrieben oft 24 und mehr Stunden, und selbst die Arbeiter in großindustriellen Betrieben 12 bis 13 Stunden, obzwar es einen gesetzlichen elfstündigen Arbeitstag gab. Dieses Anmaß von Arbeitszeit muß man kennen, um die Leidenschaftlichkeit zu verstehen, mit der Deutschböhmens Lohnsklaven seit 1890 am 1. Mai jedes Jahres gerade die Forderung nach dem Achtstundentag erhoben. Die überlange Arbeitszeit war mit dem Aufstieg der Arbeiterklasse unvereinbar geworden, die technische Entwicklung schuf die Voraussetzung für die Verkürzung des Arbeitstages, deswegen konnte der Siegeszug der Arbeiterklasse auch auf diesem Gebiete nicht aufgehalten werden. Nicht der Wunsch nach Müßiggang, sondern der Wunsch nach Ruhe, nach kulturellem Fortschritt war die bewegende Kraft des opferreichen Kampfes um den Achtstundentag.

In immer stärkerem Maße heutete der Kapitalismus auch die schwachen Arbeitskräfte von Frauen und Kindern aus. Bei den österreichischen Krankenkassen stieg die Zahl der männlichen Mitglieder von 1894 bis 1896 um 12 Prozent, der weiblichen aber um 14 Prozent. Ende 1889 entfielen in den versicherungspflichtigen Betrieben Oesterreichs auf je 100 Arbeiter in der Seidenindustrie 57 Frauen, 2 Knaben und 4 Mädchen, in der Schafwollindustrie 44 Frauen, 3 Knaben, 2 Mädchen, in der Flachs-, Hanf- und Juteindustrie 55 Frauen, 1 Knabe, 3 Mädchen, in der Baumwollindustrie 53 Frauen, 2 Knaben, 3 Mädchen. Nach

den Berichten der österreichischen Baumwollindustriellen betrug 1890 die Zahl der beschäftigten männlichen Arbeiter 208.137, der weiblichen 320.608, hievon unter 13 Jahren männliche 22.701, weibliche 25.432. In der Tabakfabrikation waren von 1000 Arbeitspersonen 896 weibliche, in der den Körper besonders angreifenden chemischen Industrie 569.

Von dem Grauen, das vor Frauen und Kindern nicht haltmachte, wurden auch die Landwirtschaftlichen Arbeiter nicht verschont. Rascher als die technischen Methoden des Industriekapitals eigneten sich die großen Grundbesitzer die industriellen Methoden der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft an, der christliche Sozialismus der Großgrundbesitzer der achtziger Jahre begann einer Interessengemeinschaft von Industrie- und Agrarkapital Platz zu machen. Die feudale Gesellschaftsordnung und die politischen Geschehnisse insbesondere im Jahrhundert des Dreißigjährigen Krieges hatten in Böhmen innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung krasse Besitzunterschiede geschaffen. 35,6 Prozent der Fläche des Landes gehörte 776 Personen, während 43 Prozent aller Besitzfälle ein halbes Hektar nicht überstiegen. Dem Fürsten Johann Adolf zu Schwarzenberg gehörten 177.310 Hektar, das waren 3,4 Prozent der gesamten Bodensfläche des Landes.<sup>11</sup> Was die Herrschaft dieses Mannes über den Böhmerwald, wo sich der größte Teil seiner Besitzungen befand, bedeutete, lassen wir uns von einem guten Beobachter erzählen: „Der König des Böhmerwaldes unterbindet Handel und Verkehr; er verhindert, daß aus seinem Riesenbesitz der Nutzen gezogen wird, der bei geteilter Wirtschaft und darum intensiver Ausnützung von Grund und Boden gezogen werden könnte; er verhindert das Entstehen von Industrien, er wehrt dem Vieh das Gras der Weide, er wehrt den Kindern die Beeren des Waldes, den geplagten Alten das Holz und die Streu für das Vieh, die sie aus den armseligen Feldern nicht gewinnen können, für die er ihnen zehnfach so hohen Pacht abnimmt, als er dem Staate an Steuern zahlt; er versagt ihnen den Schutz gegen die Tiere des Waldes, die sich ihre

<sup>11</sup> F. W. Teifen: „Die Besitzenden und die Besitzlosen in Oesterreich.“ Wien 1906.

Beckerbissen von den Feldern holen, er zwingt Zehntausende unter sein Joch und schmälert und raubt ihnen erworbene und ererbte Rechte nach den Gesetzen der Macht, die ihm eigen ist.<sup>12</sup> Trotz der Aufhebung der Robot durch den Kremierer Reichstag (1849) mußten die Zwergbesitzer und Kleinpächter auf den Feldern der Adelligen arbeiten, weil sie sonst aus dem herrschaftlichen Walde kein Holz bekamen. An die Stelle der Leibeigenschaft und Zehentpflicht war die Zinspacht getreten. Dem Fürsten Schwarzenberg allein waren etwa 5000 Holzhauerfamilien zinspflichtig, die auf einem wenig ertragreichen Boden ihr armseliges Dasein fristeten und der Willkür des Fürsten, der ihnen jeden Augenblick die Pacht kündigen konnte, schutzlos ausgeliefert waren.<sup>13</sup> Im Flachlande wieder besaßen die Arbeiter weder Eigenbesitz noch Pachtgrund und waren einzig und allein auf den elenden Stundenlohn von 1½ bis 3 Kreuzer, den ihnen die feudalen Kavaliere zahlten, angewiesen. Nach einer amtlichen Statistik war der Taglohn im Winter in 15 Bezirken Böhmens 30 bis 40 Kreuzer täglich, in 50 Bezirken 40 bis 50 Kreuzer. Im Sommer wurde etwas mehr gezahlt, freilich bei einer Arbeitszeit, die vom Sonnenaufgang und -untergang begrenzt wurde.<sup>14</sup> Bei der Entlohnung in Naturalien wurden die Opfer der Grundbesitzer hintergangen, ihre Schlafstätte fanden sie im Stall oder wenn es gut ging zu Hausen in einer elenden Dachstube. In den Gebirgsgegenden war auch die Ernährung der Landbevölkerung kaum besser als die der Heimarbeiter des Erz-, Eis- und Riesengebirges. Der wöchentliche Speisezettel bereitete den Zinsklaven des Böhmerwaldes wenig Sorgen:

Und an' Erdäpfelsterz,  
 Und an' Erdäpfelbrein,  
 Und an' Erdäpfelsuppen,  
 Und an' Erdäpfel drein.

<sup>12</sup> Max Winter: „Die Blutsauger des Böhmerwaldes.“ „Bilder aus dem Leben der Holzknechte.“ Budweis 1908.

<sup>13</sup> An dieser Stelle sei der mutigen Streiter von Grünberghütten im Böhmerwald und ihres tapferen Führers, des Holzhauers Johann Gachel, gedacht. Die Holzknechte dieses Ortes führten seit 1903 einen jahrelangen Prozeß gegen den mächtigsten der Blutsauger des Böhmerwaldes um das Recht des Holzmachens in den fürstlichen Wäldern.

<sup>14</sup> Material über die ländlichen Arbeitsverhältnisse bietet das Referat Dr. Leo Verkauf auf dem Parteitage der Sozialdemokratie Österreichs in Prag 1896.

So sah also das „idyllische Landleben“ aus! Die berüchtigten Dienstbotenordnungen stießen den landwirtschaftlichen Arbeiter auf die Stufe eines Leibeigenen hinab. Der Dienstherr hatte das Recht, dem Gesinde einen unangemessenen Aufwand in Kleidung und Vergnügungen zu verbieten, ja es stand ihm sogar das Recht der Züchtigung zu. Durch spitzfindige Kontrakte wurde den Ärmsten der Armen die Freizügigkeit geraubt, sie wurden am Hofe dadurch festgehalten, daß man ihnen einen großen Teil des Lohnes ein Jahr lang vorenthielt. Wenn die Menschen alt geworden waren, fielen sie der ländlichen Armenverpflegung anheim, d. h. dem Verhungern oder dem Bettel. Diese menschenunwürdigen Zustände bewogen die Sozialdemokratie Oesterreichs, sich auf dem im April 1896 auf der Schützeninsel in Prag stattgefundenen Parteitage mit dem Elend der ländlichen Arbeiterschaft zu befassen. Das gründlich vorbereitete Referat des späteren deutschböhmisches Abgeordneten Dr. Leo Verkauf gipfelte in einer vom Parteitage zum Beschluß erhobenen Resolution, in der die Beseitigung der Dienstbotenordnung und die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die landwirtschaftlichen Arbeiter verlangt wurde.<sup>15</sup>

Zu den Unerträglichkeiten des Arbeiterlebens trugen auch die unzulänglichen Wohnungen bei, in denen die Arbeiter ihre karglichen Muße- und Schlafstunden verbrachten. Insbesondere in den „aufblühenden“ nordböhmisches Städten machte sich das Wohnungselend fühlbar. In Reichenberg wohnten 1890 etwa 88 Prozent der Bevölkerung in elenden Räumlichkeiten.<sup>16</sup> Die österreichische Militärverwaltung schrieb in den Kasernen 17 Kubikmeter Schlafraum pro Mann vor. Von 105 Wohnungen, die Berner, der verdienstvolle Schilderer des Arbeiterlebens jener Zeit, im Gerichtsbezirke Teplitz besucht hat, wiesen nur 20 über 15 Kubikmeter Lustring für eine Person auf. „In einer 1.33 Meter breiten Dachkammer in Teplitz,“ so erzählt er uns, „sah ich zwei Mädchen, Schwestern, Näherinnen, eine krank; Mietpreis fl. 3.66 per Quadratmeter. Auf dem Marktplatz eine von vier Gehilfen eines

<sup>15</sup> 1897 wurde der Verband landwirtschaftlicher Arbeiter in Saaz begründet.

<sup>16</sup> Sieh Berner a. a. D.

Färbers bewohnte, mit vier von Banzen wimmelnden Betten besetzte, nie gereinigte Dachstube von 2.25 Meter Höhe, ohne Ofen, Tisch, Sessel oder anderes Gerät . . . Ich bin keine sentimentale Natur; dennoch preßte mir der Anblick des schauerlichen Glends manchmal Tränen in die Augen.“ Während sich in den Böhmerwald von Jahr zu Jahr der Strom der Touristen breiter ergoß und die Glücklichen, die einen Urlaub kannten, sich an den Naturschönheiten der dunkelgrünen Berge ergötzten, lebten die Industriearbeiter dieses Gebietes, dessen Bild sich die Menschen aus Adalbert Stifters Schilderungen formten, in dumpfen Böhern. „Die Wohnräume der Arbeiter sehen den Arbeitsräumen gleich. Betten sind eine Seltenheit, gewöhnlich findet sich in den Wohnungen ein einziges Bett für den Meister. Die Kinder, Gesellen und andere Hausgenossen schlafen auf Strohsäcken auf dem Fußboden.“<sup>17</sup>

Bei so elenden Löhnen, mangelhafter Ernährung, überlanger Arbeitszeit, elenden Wohnungsverhältnissen mußten Krankheiten und früherer Tod häufige Gäste in den Arbeiterfamilien sein. Bei den österreichischen Krankenkassen wurden 1896 fast die Hälfte der Versicherten (45.7 Prozent) krank, die Durchschnittsdauer einer Erkrankung war 17 Tage. In den Krankenhäusern entfielen 1895 mehr als fünf Prozent aller Todesfälle auf die Tuberkulose, beim Verband der Genossenschaftskrankenkassen für Wien und Umgebung starben 46 Prozent der Versicherten unter 30 Jahren, die Tuberkulose riß 61 Prozent der Verstorbenen ins Grab.

Die Menschen, die nichts zu essen hatten, irrten von einem Ort zum anderen, in den Naturalverpflegstationen Böhmens wurden vom 1. November 1896 bis 30. Oktober 1897 512.908 Personen aufgenommen, Gendarmen und Polizei waren den Unglücklichen stets auf den Fersen. Wegen Landstreicherei wurden in Böhmen 1894 allein 39.651 Personen verurteilt, das ist die Hälfte aller derartigen Verurteilungen in Oesterreich, und wenn die Arbeits- und Wohnungslosen dem Lande Böhmen, das damals die Heimat der Polizeischikanen und bürokratischer Arbeiterfeindlichkeit war, den Rücken kehrten und ihre Schritte nach der

<sup>17</sup> Der bereits erwähnte Berichterstatter des „Prager Tagblatt“.

Hauptstadt des Reiches lenkten, wo sie das Glück suchten, wurden sie wegen Obdachlosigkeit eingesperrt. 1893 wurden in Wien etwa 30.000 obdachlose Personen aufgegriffen.

Prostitution und Geschlechtskrankheiten fanden unter solchen Verhältnissen einen guten Nährboden. Von allen aus den Krankenhäusern 1894 Entlassenen waren 8,6 Prozent geschlechtskrank. Die Prostitution wurde eine notwendige Einrichtung der kapitalistischen Ordnung. Tausende Frauen mußten, getrieben von bitterer Not, ihren Körper verkaufen und die Organe des bürgerlichen Klassenstaates fanden das ganz in der Ordnung. So schreibt ein Polizeiarzt jener Zeit, „daß das Vorhandensein von Prostitution eine Notwendigkeit geworden ist, wenn nicht die Ruhe und Ordnung im staatlichen Leben gefährdet werden soll“.<sup>18</sup>

So war die Arbeiterschaft zu Beginn der neunziger Jahre von tausenden Nebeln gepeinigt, von tausend Gefahren umgeben, schier übermenschlich schien es, den Kampf gegen die Tücken und Mücken der wirtschaftlich und politisch ihre Macht ausnützenden herrschenden Klassen mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Aber die Arbeiterschaft nahm diesen Kampf im großen und im kleinen auf. Im großen: gegen die ganze sie hemmende Gesellschaftsordnung, im kleinen: gegen die Unzulänglichkeit der Gewerbeinspektion, die in den Großbetrieben sich keinen Einfluß gegenüber dem jede Vorschrift umgehenden Unternehmertum verschaffen konnte, im Kleingewerbe überhaupt nichts vermochte, für die Hausindustrie aber schließlich keine Geltung hatte. (Im Bergbau wurden die Gruben einmal in zwei Jahren untersucht, nach einem Unglücksfall keine Maßregeln unternommen, um das Leben der Grubenproletarier zu schützen;<sup>19</sup>) dagegen, daß das Krankenversicherungsgesetz zuungunsten der Versicherten ausgelegt wurde; dagegen, daß die von Unfällen betroffenen Arbeiter um ihre Renten geprellt wurden; dafür, daß neue sozialpolitische Maßnahmen ins Leben treten sollten. Auf dem Parteitage in Wien 1891 wurde den Beratungen über die Sozialreform breiter Raum gewidmet. In der hierzu angenommenen Entschlie-  
ßung

<sup>18</sup> Dr. Jos. Schrank: „Die Prostitution in Wien.“ 1886.

<sup>19</sup> Sieh die Rede Simon Starck's, des Delegierten von Falkenau, auf dem Parteitage in Wien 1891.

kommt eine wertvolle Erkenntnis zum Ausdruck, welche die Arbeiterklasse in den Kämpfen der vergangenen Jahre gewonnen hatte und die zu ihrem dauernden Besitztum geworden ist, daß nämlich auch die kleinste sozialpolitische Reform, die geringfügigste Arbeiterschutzbestimmung ausgenützt werden müsse. Der Parteitag forderte in diesem Sinne auf, „die der Gesetzgebung bereits abgerungenen und etwa noch zu erringenden Konzessionen, so geringfügig dieselben auch sein mögen, voll und ganz im Interesse der arbeitenden Klasse auszunützen“.

Aber auch eine andere Erkenntnis war bereits in den Hirnen der Arbeiter fest verankert, daß es nämlich eigener Organisationen bedürfe, um die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats tatkräftig zu vertreten. Schon 1847 hatte Marx in seiner Streitschrift gegen Proudhon den Gewerkschaften dieselbe Bedeutung für die Arbeiterschaft zuerkannt wie den Gemeinden für das aufstrebende Bürgertum des Mittelalters, und der Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation zu Basel 1869 beschloß, daß die Bildung von „Gewerksgenossenschaften“ energisch angestrebt werden solle.<sup>20</sup> Und obwohl die „rechtgläubigen“ Lassalleaner den Gewerkschaften kühl gegenüberstanden — die Theorie Lassalles vom „ehernen Lohngesetz“ versperre ihm den Weg zur Erkenntnis der Notwendigkeit der Gewerkschaften — brach sich auch die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland und Oesterreich schon zu Ende der sechziger Jahre Bahn. Was die Gewerkschaften von den Fabrikklassen, wie sie schon vor 1848 in Böhmen bestanden hatten, unterschied, war, daß sie Kampfvereine waren, dazu bestimmt, nicht nur Unterstützungen an ihre Mitglieder auszusuchen, sondern sie für den Kampf um eine bessere Lebenshaltung zu organisieren. Solange der Ausnahmezustand herrschte, waren die durch die Gewerbenovelle von 1883 geschaffenen Zwangsgenossenschaften eine Art organisatorischer Notbehelf. Als dann der politische Druck ein wenig nachgelassen hatte, entstanden allerorts lokale Fachvereine, welche die Arbeiter eines Berufes vereinigten. Von besonderer Bedeutung war die Gründung des Fachvereins der Textilarbeiter in

<sup>20</sup> Adolf Braun: „Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe.“ Nürnberg 1914.

Reichenberg, welche in einer Massenversammlung am 19. August 1889 beschlossen wurde, und des Fachvereines der Bergarbeiter in Graupen, der im September 1891 gegründet wurde. Hand in Hand mit der Entstehung derartiger Vereine ging die Schaffung von Fachblättern. 1891 gab es nach dem Bericht Högers auf dem Wiener Parteitage in ganz Oesterreich etwa 300 Fach- und Gewerkschaftsvereine mit etwa 60.000 Mitgliedern. Die österreichischen Behörden bereiteten — getreu ihrer Tradition, alles Neue zu verhindern — der Gründung von Fachvereinen die größten Schwierigkeiten. Sie erklärten die Fachvereine für politische Vereine und wollten die Statuten nicht genehmigen. Monatlang wurde die Bewilligung der eingereichten Statuten hinausgezogen, die Kraxauer Textilarbeiter mußten 2½ Jahre auf eine derartige Erledigung warten. Den Vorbeurtheil holte sich aber die Prager Polizeidirektion, die in einem Dekret vom 1. Juli 1891 die Gewerkschaften als „staatsgefährlich“ bezeichnete.<sup>21</sup> Durch die Gründung der Gewerkschaften glaubten viele Vertrauensmänner der Partei, daß die neuen Vereine eine gewisse Konkurrenz für die freien Parteiorganisationen seien. Auf der Landeskonferenz der nordböhmischen Sozialdemokratie in Warnsdorf am 24. September 1893 kam es zu einer Debatte darüber, ob die politische oder gewerkschaftliche Organisation wichtiger sei. Der immer mehr zu einem der ersten Vertrauensmänner der deutschböhmischen Sozialdemokratie sich entwickelnde Wilhelm Kieszewetter brachte die gewünschte Klärung, indem er eingehend auseinandersetzte, daß beide Organisationen gleich notwendig seien und Hand in Hand zusammenarbeiten müßten. In ähnlicher Weise hatte dies schon früher die Entschliebung des Wiener Parteitages von 1891 betont und noch hinzugefügt, „daß durch die Gewerkschaftsorganisation die sozialdemokratische Bewegung in keiner Weise hintangesezt werden darf“. In dem Referat, das auf diesem Parteitage Höger über die Gewerkschaften hielt, hob er den

<sup>21</sup> Deutsch a. a. D. S. 157. Auf das ausgezeichnete Buch von Julius Deutsch, worin mit einem bewunderungswürdigen Fleiß Dokumente aus der Entwicklung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zusammengetragen und in einer stehenden Darstellung verarbeitet sind, stützt sich der Verfasser in so vielen Einzelheiten, daß es nicht möglich ist, dies an jeder bezüglichen Stelle anzugeben.

Doppelcharakter dieser Organisationen prägnant hervor. Sie sollten Kampfvereine und Versicherungsanstalten zugleich sein. Mit Entschiedenheit betonte der Referent auch, daß qualifizierte und Hilfsarbeiter in einer Organisation beisammen sein und daß auch die arbeitenden Frauen für die Gewerkschaften gewonnen werden müßten. Daß die Partei die Gründung von Gewerkschaften überall zu unterstützen habe, wurde damit zum Gemeingut aller Sozialdemokraten. Aber der Parteitag ging gleich einen Schritt weiter und faßte den wichtigen Beschluß, daß die Gewerkschaftsvereine „die Verpflichtung“ haben, „die Bildung eines das ganze Reich umspannenden Verbandes anzustreben“. Damit traten die Gewerkschaften in die zweite Phase ihrer Entwicklung ein, nämlich in die der Bildung von Reichsverbänden. Das Jahr 1890 schon hatte sogenannte Fachtage der Buchdrucker, Drechsler, Schuhmacher, Tischler, Hutmacher, Textilarbeiter, Bergarbeiter, Bäcker, Porzellan- und Glasarbeiter und Metallarbeiter gesehen, auf denen die allen lokalen Vereinen gemeinsamen Fragen beraten wurden und wo allgemein das Bestreben, Reichsvereine zu gründen, vorherrschte. Die Behörden setzten dieser Absicht zwar Widerstand entgegen, den jedoch die Arbeiter mit zäher Geduld überwandten. Zunächst wurden nur Landesvereine gestattet, aber am 6. August 1892 war der Sieg der Arbeiter ein vollständiger, die genehmigten Statuten eines Reichsverbandes der Metallarbeiter waren die Siegestrophäe. Nun gab es keinen Halt mehr, in den meisten Berufen entstanden in kurzer Zeit gleichfalls Organisationen, die ihr Tätigkeitsgebiet auf ganz Oesterreich erstreckten. Auch die Unternehmer, welche die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner mit allen Mitteln quälten und verfolgten, hatten denselben Erfolg wie die ihnen in die Hand arbeitenden Behörden. Die Betriebsleitungen der Fabriken in Deutschböhmen schrieben gewissen Arbeitern in das Arbeitsbuch „Zur Zufriedenheit“ und machten an das t einen s-förmigen Schnörkel. Das bedeutete nämlich Sozialist, und wehe dem Arbeiter, der dies im Buche hatte. Er konnte wochenlang von Betrieb zu Betrieb wandern, ohne eine Arbeit zu bekommen. Eine Industriellenversammlung in Reichenberg beschloß 1895, den wegen der Feier des 1. Mai

entlassenen Arbeitern „das Datum in den Arbeitsbüchern nicht in Ziffern, sondern in Buchstaben beizusetzen“. Später machten die Unternehmer auch weniger auffällige Zeichen, die schwer erkennbar waren, aber nur zu oft ihren Zweck — den Arbeiter existenzlos zu machen — erfüllten.

Ein Zeichen des entschlossenen Willens der Arbeiterschaft, auf dem betretenen Wege so rasch als möglich fortzuschreiten, ist die Tatsache, daß kaum als der erste Reichsverband genehmigt war, schon der Versuch unternommen wurde, die Gewerkschaften der verschiedenen Berufe irgendwie zusammenzufassen. In einer Versammlung, die am 13. Oktober 1892 in Wien stattfand, wurde eine Kommission der Wiener Gewerkschaftsvereine gewählt, aus der die „provisorische Kommission der Gewerkschaften Oesterreichs“ hervorging, die auf dem in Wien stattgefundenen ersten österreichischen Gewerkschaftskongreß (24. bis 26. Dezember 1893) zu einer dauernden Institution der Arbeiterbewegung ausgestaltet wurde. Sowohl in den Ortsvereinen, als auch in den Reichsverbänden, auf dem Gewerkschaftskongreß und in der Gewerkschaftskommission waren deutsche, tschechische, polnische und italienische Arbeiter vereinigt. Daraus ergaben sich frühzeitig gewisse Schwierigkeiten, die bereits auf dem zweiten Gewerkschaftskongreß — der u. a. die Schaffung von Ortsverbänden beschloß — zu lebhaften Auseinandersetzungen insbesondere zwischen Deutschen und Tschechen führten. Diese nationalen Kämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung werden noch zusammengefaßt ihre Erörterung erfahren.

Der Prozeß der Umbildung lokaler Fachvereine in das ganze Staatsgebiet umfassende Gewerkschaftsverbände vollzog sich nicht in stiller Weltabgeschiedenheit, sondern in einer Zeit heftiger Kämpfe mit dem Unternehmertum, die durch das neubelebte Selbstgefühl der Arbeiter hervorgerufen waren. Der erste große Lohnkampf, der die großen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen der Lohnempfänger und der Profitmacher einleitete, war der denkwürdige Streik der Wiener Tramwaykutscher im April 1889. Bei einer 18- bis 19-stündigen Arbeitszeit verdienten die „weißen Sklaven

der Wiener Tramwaygesellschaft<sup>22</sup> 1 fl. 20 kr. bis 1 fl. 40 kr. pro Tag. Sie verlangten nun die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 12 Stunden und die Erhöhung des Tageslohnes auf 1 fl. 80 kr. Im Verlaufe des Kampfes kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Da fast die gesamte Wiener Oeffentlichkeit gegen die ausbeuterischen Methoden der Reizes-Gesellschaft<sup>23</sup> Stellung nahm, konnten die streikenden Kutscher einen Erfolg erringen. Um sich zu rächen, verbot die Regierung die von Viktor Adler seit 1886 herausgegebene „Gleichheit“, die die Rechte der Streikenden mit flammenden Worten verteidigt hatte (26. Juni 1889) und löste den Verein „Wahrheit“ auf, der bis dahin der geistige Mittelpunkt der Wiener Arbeiterbewegung gewesen war. Adler selbst kam vor das Ausnahmengericht, dem der berüchtigte Holzinger vorsah, und wurde trotz seiner glänzenden Verteidigung zu vier Monaten verurteilt. Aber die tapfere Schar der Vertrauensmänner wankte nicht einen Augenblick: Schon am 12. Juli 1889 erschien an Stelle der „Gleichheit“, mit deren Name auf immer die Einigung der Radikalen und Gemäßigten verbunden bleiben wird, die „Arbeiterzeitung“, zunächst zweimal monatlich, vom 18. Oktober schon wöchentlich, die mit dem gleichen Scharfsinn und mit der gleichen Leidenschaft wie ihre Vorgängerin die Sache der Arbeiter verfocht.

Zu Beginn des Jahres 1890 brach ein schwerer Kampf der Glasarbeiter Nordostböhmens aus, der auch Menschenleben kostete. Schon im Sommer 1888 war es in Albrechtzdorf und Umgebung zu einem Streik der Perlenarbeiter gekommen, die unter den denkbar elendesten Verhältnissen lebten. Ihr Wochenverdienst betrug 1 fl. 80 kr. bis 2 fl. Die von den Behörden veranstaltete Notstands-enquete, die im März 1889 in Morchenstern abgehalten wurde, endete ohne Erfolg. Am 1. Jänner 1890 kam es zu einem neuerlichen Streik der Glasarbeiter der Gablonzer Umgebung, an dem sich etwa 2000 Personen beteiligten. Der Menschheit ganzen Jammer hatten die Streikenden jahrelang ertragen müssen. Bei 14- bis 17stündiger Arbeitszeit verdienten sie 25 bis 30 Kreuzer täglich. Gleich ihren

<sup>22</sup> So lautete der Titel einer Broschüre des christlichsozialen Abgeordneten B. Rudolf Eichhorn.

<sup>23</sup> Hauptaktionär der Tramwaygesellschaft war der Wiener Bankier Reizes.

Vorfahren von 1844 hatte sie Verzweiflung ergriffen, die ihnen ein Ende mit Schrecken wünschenswerter erscheinen ließ, als einen Schrecken ohne Ende. „Todmüde von der anstrengenden, gesundheitschädlichen Arbeit,“ so erzählten sie in einem Aufruf, „schwach und entkräftet durch die karge, unzureichende Nahrung, ohne Aussicht und Hoffnung auf eine bessere Zukunft, schien es uns, daß ein schnelles Ende diesem steten Ringen um ein qualvolles Dasein vorzuziehen sei.“ Bescheiden verlangten die armen Opfer der Ausbeutung von Verlegern und Fabrikanten eine Verkürzung der Arbeitszeit und einen Normaltarif. Tatsächlich kam dank der Solidarität der Streikenden und ihrer Unterstützung durch die gesamte Arbeiterschaft Oesterreichs am 20. Jänner ein Tarif zustande, der den Arbeitern die Errungenschaft der elfstündigen Arbeitszeit brachte. Nun geschah das Unglaubliche! Ein Teil der Unternehmer brach den abgeschlossenen Vertrag und zahlte 40 Prozent unter dem Tarif. Erbittert über diesen Treubruch zogen — es war ein prachtvoller Jännertag des Jahres 1891 — mehrere hundert Arbeiter nach Albrechtzdorf und Marienberg und zerschlugen die in den Werken befindlichen Fertigwaren. Bei den Firmen Wanke in Neudorf und Breit in Wiesental zertrümmerten sie auch die Maschinen. „Die revoltierenden Glasschleifer suchten die Häuser durch und die Kisten und Säcke mit Glaswaren wurden aus dem Heu hervorgeholt (wo man sie versteckt hatte. Der Verf.) und über die Stiegen und Treppen in den Hausflur hinuntergeworfen und mit Knüppeln und großen Steinen in Scherben geschlagen. Auch die Keller und Radstuben wurden durchsucht und alles, was an Glas vorgefunden wurde, zertrümmert und zerschlagen.“<sup>24</sup> Militär schritt ein, zwei Personen wurden getötet, 50 verhaftet.<sup>25</sup> (29. Jänner 1890.) Wie so oft kam der Staat den reichen Unternehmern zu Hilfe und schonte dabei nicht das Leben der Opfer der Ausbeutung. So erkannten die Arbeiter immer wieder den Klassencharakter des Staates.<sup>26</sup>

<sup>24</sup> Anton Häckel: Einige Episoden aus der Zeit des Werdens unseres Verbandes. „Glasarbeiterzeitung“ (Tannwald). 21. Jahrg. Nr. 21 vom 8. Oktober 1925.

<sup>25</sup> Die Getöteten waren die Arbeiter Franz Balduß aus Gistel und Josef Kafka aus Jasada.

<sup>26</sup> Die Führer der Arbeiter waren Robert Preußler, Ratmund Trübenecker, Franz Grundmann, Anton Häckel und Janas

Bedeutungsvoll durch seinen Umfang war der Streik der Maurer in Wien im April 1890, an dem 12.000 Arbeiter beteiligt waren, furchtbarer aber in seinen Folgen der Streik im Pilsener Kohlenrevier. Die Feier des 1. Mai 1890 hatte in den Bergarbeitern ein solches Kraftgefühl geweckt, daß sie sich entschlossen, durch einen Streik ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu bessern. Am 19. Mai zogen große Massen von Bergleuten von Schacht zu Schacht und löschten im ganzen Kohlengebiet die Kesselfeuer aus. Am nächsten Tage — einem herrlichen Maientage — wollten die Bergleute der zur St. Pankrazzeche in Rürschan gehörenden Schächte ihre Geldmarken holen. Dabei kam es auf dem Schachte „Martha“ zu einem Zusammenstoß mit dem Militär. Ein Leutnant ließ in die Arbeiter mehrere scharfe Salven abgeben, die eine verheerende Wirkung ausübten: sieben Menschen waren sofort tot, etwa vierzig verwundet, wovon an den Folgen der Verletzungen noch sechs starben. Nicht genug daran, wurde vielen Bergarbeitern der Prozeß gemacht, große Strafen wurden verhängt, wobei die Verwundeten und Krüppel nicht ausgenommen waren. 129 Arbeiter wurden entlassen — der Streik war gebrochen.<sup>27</sup>

Schon vorher, Mitte April, war im Ostrauer Revier ein Streik ausgebrochen, der 30.000 Arbeiter ergriffen hatte. Von Interesse ist die Ursache dieses Streiks. Die Arbeiter eines Schachtes wollten den 1. Mai 1890 durch eine kirchliche Messe feiern, der betreffende Geistliche aber zeigte die Arbeiter an, was zu ihrer Verhaftung führte! Vier Jahre später kam es auch im dortigen Revier zu einer entsetzlichen Katastrophe: Am 9. Mai 1894 schoß Gendarmerie in Polnisch-Ostrau auf streikende Arbeiter, 14 von ihnen waren tot, 20 schwer verletzt. Im Feber 1896 kam es im Ostrauer Revier zu einem neuerlichen Streik von 30.000 Bergarbeitern, der mit einem teilweisen Erfolg endete. Auch der Kampf von mehr als 7000 Wiener Ziegelarbeitern (darunter fast 3000 Frauen), bei dem Dragoner

Erlebach (Leßterer 1893 in Lanwald gestorben). Preukler wurde am 21. August 1866 in Antoniwald bei Gablons geboren und verließ Böhmen 1895. (Sieh „Robert Preukler sechzig Jahre alt“ in „Arbeiterzeitung“ Wien vom 26. August 1926.)

<sup>27</sup> Am 3. Oktober 1920 wurde zum Andenken an die Bluttat vor dem Rathause ein Denkmal enthüllt.

zu Streikbrecherdiensten verwendet wurden (April 1895), kostete ein Menschenleben. Von aufrüttelnder Wirkung auf Deutschböhmens Arbeiter aber waren die Ereignisse des 4. Mai 1894 in Falkenau, wo die westböhmisches Arbeiter, die damals eine immer größere Rolle in der Arbeiterbewegung Deutschböhmens zu spielen begannen, ihre Bluttaufe empfingen.

Im April 1894 war wegen einer Lohnherabsetzung auf einem Schachte in Zieditz bei Falkenau ein Streik ausgebrochen. Die Bezirkshauptmannschaft von Falkenau ging mit altgewohnter Brutalität gegen die Arbeiter vor und verbot alle Versammlungen, in denen die Arbeiter über den Streik beraten wollten. Man machte sogar den Versuch, die Wirte zu zwingen, einen Revers zu unterschreiben, wonach sie keine Versammlungen in ihren Lokalen dulden sollten. Am 4. Mai 1894 sollte eine solche Versammlung stattfinden, die aber gleichfalls verboten wurde, trotzdem die Tagesordnung einen Punkt: „Wiederaufnahme der Arbeit“, vorsah. Die streikenden Arbeiter kamen in dem Gasthause „Im Hau“ zusammen und zogen von dort in der Stärke von etwa 250 Mann auf dem Wege von Zieditz nach Falkenau. Beim Bahnhofe Zieditz standen Gendarmen, die man, um ihnen Mut zu machen, in der Schenke des Schachtes vorher bewirtet hatte. Von den Arbeitern hielt eine Anzahl Niederbücher in der Hand und sang daraus Arbeiterlieder. Als der Zug etwa 30 Schritte von der Verladungskrampe des Zieditzer Bahnhofes entfernt war, kommandierten die Gendarmen: „Halt!“ Darauf wollten einige Arbeiter vorgehen, um den Gendarmen zu sagen, daß sie nichts wollten, als nach Falkenau nach Hause gehen. Die Gendarmen aber ließen die Arbeiter nicht heran und riefen: „Halt und zurück!“, worauf der an der Spitze gehende Arbeiter mit Namen St i z l sich umdrehte und den Leuten sagte: „Geht zurück, sonst wird geschossen.“ Kaum war dieses Wort ausgesprochen, krachte schon die erste Salve und St i z l stürzte, von hinten in den Kopf getroffen, tot zu Boden. Ein Teil der Arbeiter, von namenloser Wut gepackt, bewarf die Gendarmen mit Steinen, der größte Teil aber ergriff die Flucht und stürmte davon. In die davon-eilenden Arbeiter gaben die Gendarmen noch einige Salven ab. E l f Menschen wurden getroffen, da-

von waren drei sofort tot. Bemerkenswert ist, daß neun von den Getroffenen von rückwärts angeschossen wurden, woraus zu ersehen war, daß die Arbeiter keine Angriffsabsichten gehabt hatten. Wie brutal die Gendarmen vorgingen, zeigt, daß, als die Frau des getöteten Stizl kam, die Gendarmen sie nicht zur Leiche ihres Mannes ließen. Als sie trotzdem an die Leiche ihres Mannes herantreten wollte, riefen die Gendarmen: „Noch einen Schritt, und sie werden erschossen!“ Verzweifelt rief die Frau: „Ihr habt meinen Mann gemordet, mordet auch mich!“ Schließlich ließen sie die Gendarmen zu. Der Rittmeister, der die Gendarmen kommandierte, war aber so gemein, die Frau folgendermaßen zu höhnen: „Hätten Sie Ihren Mann bei sich im Bett zu Hause behalten, so wäre das nicht geschehen.“ Die Verwundeten ließ man von halb 5 Uhr bis 7 Uhr nachmittags ohne ärztliche Hilfe! Als die Arbeiterschaft von Falkenau und Umgebung den Toten ein würdiges Begräbnis bereiten wollte, ließ der Amtsleiter der Bezirkshauptmannschaft den Friedhof durch Militär und Gendarmen besetzen.

Trotzdem die Behörden alles taten, um die blutigen Vorgänge beim Bahnhof in Bieditz zu bemänteln und den wahren Sachverhalt zu verschleiern, erfuhr die breiteste Öffentlichkeit bald darauf den Hergang der Sache. Am Tage nach dem blutigen Ereignis traf in Falkenau der Abgeordnete Engelbert Pernerstorfer ein (der damals noch nicht der sozialdemokratischen Partei angehörte), erhob den Tatbestand und hielt am 10. Mai 1894 im Abgeordnetenhaus eine wuchtige Anklagerede gegen die Regierung und deren Organe.<sup>28</sup>

Die häufigen Streiks, die Opfer an Gut und Blut, welche die Arbeiter dabei brachten, legten es den gewerkschaftlichen Vertrauensmännern nahe, sich über den Streik und seine Erfolgsmöglichkeiten auseinanderzusetzen und klarzuwerden. Gegenüber gewissen Strömungen in der Arbeiterschaft, immer und unter allen Umständen zu streifen, wurde das Ergebnis der bisherigen Erfahrungen in einer Resolution formuliert, die in einer von der Behörde verbotenen Wiener Versammlung im Juli 1890 hätte

<sup>28</sup> „Die Ereignisse von Falkenau und Strau im Parlamente.“ Wien 1894.

zur Annahme gelangen sollen: „Vor allem ist davor zu warnen, in der Arbeitseinstellung ein Mittel zu sehen, welches die Arbeiterklasse von den wesentlichen Grund-  
übeln ihrer heutigen Lage befreien könnte. Ihre ökonomische Abhängigkeit und politische Unfreiheit sind eben von der gesamten Gesellschaftsordnung und ihrer Grundlage, der kapitalistischen Produktionsweise, bedingt, können daher nur mit dieser beseitigt werden.“ Während also die Arbeiterschaft erkannte, daß die Lohnkämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern eine naturnotwendige Folge der herrschenden Ordnung sind, wollten die bürgerlichen Klassen, denen die Streiks ein Hindernis im Geldverdienen waren, diese beseitigen, ohne an den Grundlagen der bestehenden Gesellschaft zu rütteln. Ein Gesetz, durch welches Einigungsämter eingesetzt werden sollten, blieb im Ausschusse des Parlaments stecken, obzwar eine Enquete (vom 26. April bis 8. Juli 1892) wochenlang darüber beriet. Dagegen verständigten sich die Arbeiter rasch über die Anwendbarkeit ihres stärksten Kampfmittels, eben der Arbeitseinstellung; auf dem ersten Gewerkschaftskongreß (1893) wurde ein Streikregulativ angenommen, welches jeden größeren Streik zur Sache der Gesamtarbeiterschaft erklärte.<sup>20</sup> Auseinandersetzungen gab es auf dem Kongreß nur über die Anwendbarkeit des Generalstreiks. Während Höger den Generalstreik als eine Waffe in erster Reihe für die ökonomische Verbesserung der Lage der Arbeiter erklärte, meinte Schäfer (Reichenberg), daß der Generalstreik nur für die Erringung des Wahlrechtes zu organisieren sei, wohingegen der tschechische Bergarbeiter Weiß den Generalstreik nur für den Nachtstundentag angewandt wissen wollte. Viktor Adler führte die Dinge auf das richtige Maß zurück, indem er darlegte, daß politische Knechtschaft und ökonomische Ausbeutung aufs engste zusammenhängen und daß die Frage, für welche Forderung der Generalstreik zur Anwendung gelangen könne, erst in der revolutionären Situation selbst, aus der ein Massenaufrüstung hervorgehe, entschieden werden könne. So kämpfte sich die Arbeiterschaft in den ge-

<sup>20</sup> „Jeder Streik — Werkstättenstreik ausgenommen — muß an die jeweilige Kronlandszentralleitung zur Anmeldung gelangen, welche unverzüglich die Gewerkschaftskommission hiervon zu verständigen hat.“

werkschaftlichen Kämpfen der ersten Hälfte der neunziger Jahre nicht nur wirtschaftlich, sondern auch geistig vorwärts und bildete die Strategie des Gewerkschaftskrieges aus.

Das Streben, der Ausbeutung der Arbeiter auf allen Gebieten, auch auf dem des Warenverkaufes entgegenzutreten, führte in der Zeit, von der wir erzählen, auch zur Gründung von Konsumgenossenschaften.<sup>30</sup> 1891 entstanden Konsumvereine in Karbíz und Josefstal bei Gablonz, 1892 in Antoniwald bei Reichenberg und mehreren Orten des Gablonzer Bezirkes, 1894 in der Friedländer Gegend, 1895 in Bodenbach, in Neustadt an der Tafelsichte, in Orten des Reichenberger Bezirkes, 1896 in der Krahauer und Bodenbacher Gegend. Alle diese Vereine begannen mit einem lächerlich geringen Geschäftskapital und wenigen Mitgliedern. Ihre Leiter waren oft mehr von der Idee der Verdrängung des Zwischenhandels begeistert als geschäftskundig, wodurch mehrere dieser ersten Gründungen eingingen. Deswegen herrschte unter den Vertrauensmännern der Arbeiterchaft gegenüber den Genossenschaften Mißtrauen, das auf dem Parteitage in Prag (1896), wo über die Konsumvereine zum ersten Male gesprochen wurde, in einem höheren Grade zum Ausdruck kam, als es diese Vereine verdienten. Ein Wiener Antrag, die Konsumgenossenschaften — Produktivgenossenschaften gab es nur wenige — als Kampfmittel des Proletariats anzuerkennen und dementsprechend zu unterstützen, stieß bei der Mehrheit des Parteitages auf entschiedenen Widerstand. Selbst der Antrag Viktor Adlers, daß an die Gründung von Konsumvereinen nur mit Vorsicht geschritten werden sollte, fand nicht die Zustimmung des Parteitages. Ein Beweis für die geringe Klärung in dieser Frage ist, daß ein Antrag (Jugwer-Schuhmeier), in dem die Gründung von Genossenschaften abgelehnt wurde, weil diese nicht geeignet seien, die wirtschaftliche Lage des Proletariats zu verbessern, gleichfalls bei der Mehrheit der Delegierten keine Gnade fand.<sup>31</sup> Aus dem Dilemma

<sup>30</sup> Josef Aron: „Die Anfänge der Genossenschaftsbewegung in der Tschechoslowakei.“ „Konsumgenossenschaft“ (Prag). Jahrg. 1923.

<sup>31</sup> Schäfer sprach vom gewerkschaftlichen Standpunkt gegen die Konsumvereine.

fand sich der Parteitag dadurch heraus, daß er einen Antrag Karl Schiller (Reichenberg) annahm, wonach die Partei „mit der Gründung von Konsum- und Produktivgenossenschaften nichts zu tun habe“. Es dauerte noch einige Jahre, bevor die Erkenntnis durchdrang, daß die Genossenschaften neben der Parteiorganisation und den Gewerkschaften ein lebendiger Zweig am grünen Baume der Arbeiterbewegung sind.

## Zweites Kapitel:

### Maifeier und Wahlrechtskampf.

Das politische Kraftgefühl der Arbeiterschaft, die Begeisterung für ihre historische Aufgabe, der Wille, alle Opfer für die Zukunft der Klasse auf sich zu nehmen, trat in den neunziger Jahren nirgends so eindrucksvoll zutage wie bei der vom Pariser Kongreß 1889 beschlossenen, jährlich wiederkehrenden Feier des ersten Mai, und in den schweren Kämpfen, welche Oesterreichs Arbeiterklasse gegen ihre politische Entrechtung und für das gleiche Stimmrecht aller Staatsbürger geführt hat. Insbesondere die allererste Maifeier, der erste Mai 1890, ist ein historisch denkwürdiger Tag, da sich Regierung und Bürgertum, aber auch die Arbeiterschaft selbst dessen bewußt wurden, daß sich eine geschichtliche Weltenwende in den sozialen Machtverhältnissen der Klassen ankündige, der Sonnenaufgang eines neuen Tages, den einst Lassalle prophetisch vorausgesehen hatte.

Oesterreichs Arbeiter waren seit dem Pariser Sommertag (1889) entschlossen, am 1. Mai 1890 der ganzen Welt zu zeigen, daß auf dem Boden, wo man mit Ausnahmestrafen und Verfolgungen den Samen der Arbeiterbewegung zu vernichten geglaubt hatte, ein trotziges und zukunftsfrohes Geschlecht erstanden war. In Reichenberg, dem Mittelpunkt der deutschböhmisches Sozialdemokratie, bereitete man sich schon im Dezember 1889 auf den großen Tag vor. Der dortige „Freigeist“ trug wochenlang auf der ersten Seite den holperigen Vers: „Am ersten Mai von Land zu Land, ruht Proletariats schwiel'ge Hand!“ In freudiger Erregung verlebte man die letzten Apriltage,

feierlicher Ernst und frohe Erwartung erfüllten die Menschen. „So kommt denn alle herbei, ihr Armen und Elenden, ihr Bedrückten und Beladenen“ rief die Wiener „Arbeiterzeitung“ die ausgebeuteten, von aller Freude und Kultur ausgeschlossenen arbeitenden Menschen auf: „Oh, wagt es doch, nur einen Tag, nur einen frei zu sein . . . es ist ein Tag der Hoffnung und der Siegeszuversicht, einer jener Tage, welche über die Geschichte der gesamten Menschheit entscheiden.“ Die herrschenden Klassen, welche das Fühlen und Wollen der Arbeiter nicht begriffen, waren von blasser Furcht erfüllt und harrten mit banger Erwartung der Dinge, die da kommen sollten. In Wien jagte ein Ministerrat den anderen, Erlässe an die Statthalter gingen hinaus, alle Botschafter wurden in Bewegung gesetzt, Aufmarschpläne für die Truppen ausgearbeitet.<sup>1</sup> Selbst dem freisinnigen Bürgertum lag der Schrecken in allen Gliedern. „Die Soldaten sind in Bereitschaft, die Tore der Häuser werden geschlossen, in den Wohnungen wird Proviant vorbereitet wie vor einer Belagerung, die Geschäfte sind verödet. Frauen und Kinder wagen sich nicht auf die Gasse, auf allen Gemütern lastet der Druck einer schweren Sorge,“ so schrieb die „Neue Freie Presse“. In den deutschböhmisches Städten wurden am Vorabend die abenteuerlichsten Gerüchte verbreitet und geglaubt. Besonders eifrige, dem Bürgertum mit Leib und Seele ergebene Stadtväter, wie in Trautau und Falkenau, hatten die Schützen mobil gemacht, während anderwärts die freiwilligen Feuerwehren aufgeboten wurden, wohl um das Feuer zu löschen, das in den Herzen der Enterbten glühte.<sup>2</sup> Im nordwestböhmisches Braunkohlengebiet hieß es, die Duzer Bergarbeiter würden kommen und alles, was nicht niets- und nagelfest sei, plündern. In Steinschnau hatten ängstliche Glasgeschäftsleiter die Fenster mit Brettern verschlagen lassen. Gläubige Gemüter erzählten, das Ende der Welt sei nicht mehr ferne, denn der Antichrist gehe um. In den

<sup>1</sup> Sieh Ludwig Brügge: „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie.“ IV. Band. S. 117 ff.

<sup>2</sup> Wilhelm Kieseewetter: Erinnerungen. „Sozialdemokrat“ Prag. Jahrg. 1924.

Rühnel: Eine Erinnerung. „Sozialdemokrat“ (Prag) vom 1. Mai 1925.

Kirchen wurden den Frommen die Gefahren geschildert, die der 1. Mai mit sich bringen werde und den Sozialisten wurden alle Qualen der Hölle in Aussicht gestellt.

Am Vormittage des ersten Mai — einem herrlichen Frühlingsmorgen — waren die Gassen der Industriestädte wie ausgestorben, die Soldaten hatten Bereitschaft. In Reichenberg waren in dem Gehölz nächst dem Gasthaus „Zum Stadtwäldchen“, wo die Festversammlung stattfand, Jäger mit geladenen Gewehren aufgestellt, in Grottau ritten vor dem Kolosseum, in dem Riesewetter sprach, Dragoner mit gezogenen Säbeln, die in der Sonne blitzten, auf und ab. Die Arbeiter aber ließen sich durch die aufgebotene Heeresmacht weder herausfordern noch einschüchtern, sie lernten daraus, daß das Militär auch anderen Zwecken als dem der Vaterlandsverteidigung diene. So verlief der erste Maientag ruhig und würdig. In Wien und in den nordböhmischen Industriorten ruhte die Arbeit, die Arbeiter hielten ihren Feiertag. In den industriearmen Gegenden, wohin die sozialistische Lehre noch nicht gedrungen war oder nur wenige Befenner zählte, wurde freilich gearbeitet, wenn auch vereinzelt Versammlungen abgehalten wurden, in denen die Forderung nach dem Achtkundentage, welche die Arbeiter an diesem Tage befehlte und der dieser allererste Maientag galt, erhoben wurde.<sup>3</sup> Im Verhältnis zur Stärke der Bewegung war der 1. Mai 1890 eine prächtige Leistung der österreichischen Arbeiter. „Wir können ohne Ueberhebung sagen,“ konnte ein Jahr später Eduard Krieger bemerken, „daß in keinem Staate der Welt so glänzend und umfassend . . . der Maifeiertag begangen wurde, wie bei uns in Oesterreich.“<sup>4</sup> Die größte und eindrucksvollste Feier im deutschen Böhmen war die in Reichenberg, wo der erklärte Liebling der deutschböhmischen Arbeiter, der Agitator und Dichter

<sup>3</sup> Die an diesem Tage in den Versammlungen angenommene Entschlie-  
fung lautet: „Die am 1. Mai in . . . . . tagende Versammlung erklärt  
im Einverständnis mit den Beschlüssen des Pariser Arbeiterkongresses, auf  
welchem die Arbeiter aller Länder durch über 400 Delegierte vertreten  
waren, daß die Forderung eines gesetzlich festzustellenden Normal-  
arbeitstages, der in den wirtschaftlich entwickelten Ländern schon  
jetzt, unter Wahrung aller berechtigten Interessen der Industrie, auf acht  
Stunden bemessen werden kann, sowie die übrigen von dem Pariser  
Kongress formulierten Forderungen des nationalen und internationalen  
Arbeitertages eine Lebensfrage für das arbeitende Volk sind.“

<sup>4</sup> Auf dem Parteitag zu Wien 1891. Sieh das beir. Protokoll. S. 87.

Josef Schiller<sup>5</sup> in der alten Turnhalle<sup>6</sup> vor 1500 Personen sprach — in den angrenzenden Straßen und Plätzen wogten freilich an 4000 Menschen. Er selbst erzählt uns darüber: „Als ich in die Stadt kam, zog eine Musikkapelle durch die Straßen und Hunderte von Arbeitern mit mutigen Blicken und freudestrahrenden Gesichtern gingen festlich gekleidet hinterher. Immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen durchzogen die Gassen und sammelten sich auf einem Platze vor dem großen Saale, wo um 9 Uhr die Versammlung stattfinden sollte. Es herrschte eine feierliche Stimmung, die Massen waren sich ihrer Menschenwürde bewußt und erkannten den vollen Ernst und die Bedeutung dieses unvergeßlichen Tages. Die Versammlung war musterhaft. Tausende, welche auf dem Platze und in den nahen Straßen standen — weil sie in dem Lokale keinen Platz fanden — lauschten still auf die begeisternden Worte des Festredners . . . . Nachmittags zogen die Arbeiter nach dem großen Festplatz in das nahe Dorf, Weiber und Kinder mit sich führend. Wer diesen Festzug gesehen, wird ihn nie vergessen. Manchem alten Genossen, der schon über 20 Jahre für die Rechte der Unterdrückten gekämpft, standen die hellen Freudentränen in den Augen, als er Tausende von armen Menschen in brüderlicher Eintracht vorüberziehen sah.“<sup>7</sup> Nicht minder feierlich waren die Versammlungen im nordwestböhmischen Kohlenrevier — insbesondere die alte Bergstadt Graupen sah in ihren bergigen, winkligen, von Jahrhunderte alten Häusern eingerahmten Gassen frohe Menschen und eine Massenversammlung, in welcher der später nach Amerika ausgewanderte Bergarbeiter Knorr sprach — und auch im Falkenauer Revier war die Arbeitsruhe fast allgemein.<sup>8</sup> Die opfervolle Bereitwilligkeit der österreichischen Arbeiter zur Maifeier 1890 erregte auch im Auslande die gebührende Beachtung. So erklärte noch 1891 der Nationalrat der französischen Arbeiterpartei in einem an den Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie gerichteten

<sup>5</sup> Den Lebensgang Schillers findet der Leser im ersten Bande dieses Werkes. S. 205 ff.

<sup>6</sup> wo jetzt das Cafe „Post“ steht.

<sup>7</sup> „Volkstimme“ (Teplitz) vom 29. März 1897.

<sup>8</sup> Gustav Kränkel: „Aus der Parteigeschichte Westböhmens.“ „Kampf“ (Wien). 3. Jahrg. S. 428 ff.

Schreiben: „Die Energie, der Geist und die Disziplin Eures Landes haben Euch den Triumph verschafft über die Manöver der Polizei und Euch möglich gemacht, den 1. Mai 1890 mit einem Glanze und einer Großartigkeit zu feiern, daß dieser Tag Euch an der Spitze des internationalen Proletariats marschierend gezeigt hat.“ Während das offizielle Oesterreich bei der europäischen Demokratie immer mehr in Verfall geriet, stieg die Achtung vor Oesterreichs Arbeiterschaft in allen Ländern. Hatte es sich doch gerade am 1. Mai 1890 gezeigt, daß den herrschenden Klassen Oesterreichs mit ihren bis an die Zähne bewaffneten Soldaten durch die Ruhe und Reife der Arbeiter politisch und moralisch eine Niederlage bereitet worden war.

Wenn die Arbeiterschaft im Klassenkriege ein neues Kampfmittel anwendet, scheint diese Waffe nur allzuoft, dank dem Schrecken, den sie bei den Herrschenden erregt, eine schärfere als sie ist und ihrer Natur nach sein kann. Wie im modernen Seekriege die Durchschlagskraft der Geschosse ihre Abwehr findet in der Stärke der Panzerplatten der Schiffe, so antwortet das Bürgertum auf jedes neue Kampfmittel der Arbeiter mit einem Abwehrmittel. So traf auch schon ein Jahr später, am 1. Mai 1891, das Geschöß der Arbeiter auf den stärkeren Widerstand von Behörden und Unternehmern, die den panischen Schrecken, von dem sie 1890 befallen wurden, überwunden hatten.

Schon vor dem 1. Mai 1891 versuchten die Unternehmer vielfach die Arbeiter durch Drohungen mit der Entlassung von der Arbeitsruhe abzuhalten. Die Arbeiter aber ließen sich nicht einschüchtern und begingen den 1. Mai genau so feierlich wie ein Jahr zuvor. Auch die politischen Behörden versuchten durch allerlei Quälereien das Fest zu stören, in Reichenberg wurde der Festzug verboten, in Warnsdorf kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und der übermütigen Polizei. Die Unternehmer aber machten ihre Drohungen wahr, Tausende von Arbeitern, welche das Fest des 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hatten, wurden entlassen und blieben wochen- ja monatelang ausgesperrt. Ihre Namen kamen auf sogenannte „schwarze Listen“, was für den Betroffenen ein Steckbrief wurde: er fand keine

Arbeit. Diese schweren Opfer, welche ein Teil der Arbeiterschaft Jahr für Jahr bringen mußte, führten bei manchen Vertrauensmännern dazu, sich die Frage zu stellen, ob die Maifeier — die übrigens 1891 in Oesterreich zum ersten Male auch der Erkämpfung des gleichen Wahlrechtes galt — dieser Opfer wert sei. Insbesondere in Deutschland trat der Gedanke auf, die Maifeier am ersten Sonntag im Mai zu feiern, um so den Unternehmern den Anlaß zu Aussperrungen wegen Ausbleibens aus der Arbeit zu nehmen. Auf dem Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie 1891 wurde dieser Gedankengang sowohl vom Referenten Rieger als auch von allen Debatterednern abgelehnt und der Parteitag beschloß, daß der 1. Mai „auch in Zukunft durch vollständiges Ruhelassen der Arbeit gefeiert“ werden solle.

Gerade dank dem Widerstande der Unternehmer wurde der Wille der Arbeiterklasse gestählt und so die Feier des 1. Mai zu einer ständigen Einrichtung der kämpfenden Arbeiterklasse, zu einem Fest freudiger Bekundung der Solidarität der Arbeiter aller Länder. Wer sich zur Sache der Arbeiter bekannte, war am 1. Mai da, so daß dieser Tag zu einer Heerschau wurde, bei welcher die Sozialdemokratie die wachsende Armee ihrer Befenner musterte, der Öffentlichkeit vorführte und dadurch im Bewußtsein ihrer Gegner ebenso an Macht gewann wie das Kraftbewußtsein der Massen gehoben wurde. Das wußten die Gegner und versuchten mit allen Mitteln die Maifeier unmöglich zu machen. Insbesondere 1893 setzten die nordböhmischen Unternehmer, voran die Reichenberger Textilindustriellen, alles in Bewegung, um die Arbeiter an der Arbeitsruhe zu verhindern. Trotzdem einige Betriebe arbeiteten, verlief die Feier würdig — das Wetter war kühl und der Himmel kam so den Unternehmern zu Hilfe. Dafür ruhten im Kohlenrevier alle Schächte, im Teplitzer Gebiet gab es diesmal besonders viele Versammlungen.<sup>9</sup> Daß der Maigedanke über die Kreise der Arbeiterschaft hinausgriff, bewies die Tatsache, daß ein Wissenschaftler von Welt Ruf, der später in der Geschichte seines Volkes die bedeutendste Rolle spielen sollte, Thomas Masaryk,

<sup>9</sup> Die größte in Turn im Gasthause „Wilhelmstal“.

bei einer Maiseier tschechischer und deutscher Arbeiter sprach.

Je mehr sich aber der Gedanke der Maiseier in den Hirnen der Arbeiter festsetzte, desto verbissener wurde der Kampf von Unternehmern und Behörden gegen den Maientag, desto grausamer die Verfolgungen feiernder Arbeiter. Der Staat, der angeblich Gerechtigkeit gegen alle Staatsbürger in gleicher Weise übt, trat rücksichtslos auf Seite der Unternehmer. In einem vertraulichen Erlaß der k. k. Bezirkshauptmannschaft Tepliz vom 18. April 1894 teilt der Statthaltereirat Graf Thun allen Werken und Fabriksdirektionen mit: „Da auch in den Staatsbetrieben, in welchen der 1. Mai bisher nicht freigegeben wurde, heuer eine verstärkte Agitation in der gedachten Richtung zu gewärtigen ist, wurden die Vorstände der zum Ressort der Ministerien des Handels und des Ackerbaus gehörigen Betriebe seitens der betreffenden Herren Minister aufmerksam gemacht, daß gleichwie in den Jahren 1890, 1891 und 1893 schon wegen des der Privatindustrie hiedurch gegebenen Beispiels weder eine gänzliche, noch eine teilweise Freigebung des auf einen Werktag fallenden 1. Mai stattzufinden habe und daß gegen eigenmächtig feiernde oder zur eigenmächtigen Arbeitseinstellung aneifernde Arbeiter mit aller Strenge des Gesetzes, bzw. der betreffenden Dienstordnung vorgegangen werden würde.“ Im nächsten Jahre — 1894 — beschloß eine Industriellenversammlung in Reichenberg, alle Arbeiter, welche am 1. Mai der Arbeit fernbleiben, als kontraktbrüchig zu entlassen. „Von anderen Fabriken sind am 1. Mai Entlassene innerhalb sechs Wochen keinesfalls aufzunehmen.“ Freilich erklärte die Reichenberger Bezirkshauptmannschaft den Kontraktbruch als nicht gegeben. Aber die Unternehmer wußten sich zu helfen. Ein Jahr darauf — 1895 — kamen sie überein, bei den wegen des 1. Mai Entlassenen das Datum der Entlassung nicht in Ziffern, sondern in Buchstaben (am ersten Mai) beizusetzen. Tatsächlich wurden nach dem 1. Mai 1895 mehrere tausend Arbeiter ausgesperrt. Wieder ein Jahr später hatte der 1. Mai in Deutschböhmen ein blutiges Nachspiel: Als die Firma Lederer und Wolf in Dörfel bei Reichenberg wegen der Feier des 1. Mai elf von den Arbeitern, welche

am 1. Mai nicht in die Arbeit gekommen waren, maßregelte, erklärten sich die übrigen Arbeiter, deren Aussperrung nach zehn Tagen aufgehoben worden war, mit den Gemäßigten solidarisch. Die Reichenberger Bezirkshauptmannschaft hielt sich verpflichtet, den Fabrikanten beizuspringen und verbot alle Versammlungen. Am Abend des 21. Mai wurde die Verlautbarung bekannt und die Leute strömten in Eile auf die Straße. Als die Gendarmen mit gefälltem Bajonett die Straße säubern wollten, wurden sie mit Steinen beworfen. Darauf schoß die Gendarmerie in die Menge, drei Tote und mehrere Verwundete küßten die Forscheit der Behörden.<sup>10</sup> Pernerstorfer, der getreue Eckhardt der Arbeiter im Privilegienparlament, brachte den Vorfall im Abgeordnetenhaus zur Sprache: „Wenn man erfährt, daß die Leute 1 fl. 20 kr. bis 1 fl. 50 kr. wöchentlich verdienen, dann begreift man den Aufschrei der Verzweiflung und begreift, daß Situationen kommen müssen, wo die Leute in törichter Verblendung sich selbst sagen: „Unser Leben ist nichts mehr wert.“ Aber gerade die Arbeiter, welche wußten, daß man mit Steinen in der Tasche gegen Gewehre nichts ausrichten könne, erkannten die Notwendigkeit, den Kampf gegen den bürgerlichen Staat und die Unternehmer zähe und ausdauernd zu führen, vor der Macht der Herrschenden nicht zurückzuschrecken, mochte auch der Besitz der Gewalt das Bürgertum schier unüberwindlich erscheinen lassen. Darum wurde der 1. Mai Jahr für Jahr gefeiert und wurde nach und nach das heilige Symbol des Kampfes und Zieles der Arbeiterschaft. Josef Seliger, der, damals 24jährig, die Feder zu führen lernte und ein Jahrzehnt später der unbestrittene Führer der deutschböhmischen Arbeiterklasse war, schrieb am Vorabend des 1. Mai 1894 die stolzen Worte: „Das arbeitende Volk wird nicht eher ruhen, bis ein Maientag gekommen ist, wo jeder Klassenunterschied aufgehört hat, wo die Menschen sich als freie, gleichberechtigte und glückliche Wesen betrachten können und wo von der letzten Turmspitze dieser Erde das Banner der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Gleichheit

<sup>10</sup> Die Erschossenen waren die Arbeiter Gulek und Masan und der Knabe Robert Wejnert. Sieh Karl Schiller: „Aus alter Zeit.“ „Sozialdemokrat“ (Prag). 24. März 1926.

wehen wird.“ Eine von der wirtschaftlichen Entwicklung getragene Bewegung, in der begabte Führer von solcher Siegesicherheit erfüllt waren, mußte den Sieg an ihre Fahnen heften.

\*

Der wachsende Einfluß der Arbeiterschaft auf die Staatspolitik der nächsten Jahre kommt in der schrittweisen Er kämpfung des gleichen Wahlrechtes zum Ausdruck. Der heldenhafte Kampf der österreichischen Arbeiterklasse um das gleiche politische Recht umfaßt den Zeitraum von 1891 bis 1907. Eine natürliche Scheidung erfährt diese Geschichtsepoche durch das Jahr 1897, in dem die Arbeiterschaft eine Abzählung in der Form einer allgemeinen Wählerklasse empfing. Der glänzende proletarische Feldzug dieser Jahre hängt aufs engste mit der politischen Entwicklung Oesterreichs zusammen.

Zu Ende der achtziger Jahre begannen sich auf die Regierung Taaffe, dieser langlebigsten aller österreichischen Regierungen (1879 bis 1893), die Schatten zu senken. Die soziale Entwicklung untergrub das Bündnis zwischen feudalen Grundbesitzern und Kleinbürgertum. Die Großbourgeoisie erstarrte und die bisherigen politischen Machthaber suchten im industriellen Bürgertum die Stütze gegen die erstarkende Arbeiterklasse, welche sich durch die sozialen Reformen der achtziger Jahre von ihrem Endziel nicht abbringen ließ und alle kapitalistischen Klassen bedrohte. Die Stärkung des Bürgertums innerhalb der tschechischen Nation, der wachsende Einfluß der zu Taaffe in Opposition stehenden Jungtschechen und der Niedergang der mit den Feudalen verbündeten Altschechen unterhöhlte vollends die Grundlagen der Regierungsmehrheit. Die Versuche, das bestehende Regime durch die Verwirklichung des nationalen Ausgleichs zwischen Deutschen und Tschechen zu stützen, mißlingen. Die Verständigungsaktion, die im böhmischen Landtag 1887 unternommen wurde, scheiterte ebenso wie der etwas größer angelegte Versuch von 1890. Wohl führten die in Wien vom 5. bis 19. Jänner 1890 geführten Verhandlungen zwischen Deutschliberalen und Altschechen überraschenderweise zu einem Ergebnis. Man einigte sich auf die Teilung des Landesschulrates und Landeskulturrates für Böhmen in eine deutsche und tsche-

tsche Sektion sowie auf die nationale Abgrenzung der Bezirke. Sogar das schwierige Problem der Minderheitsschulen wurde durch die Vereinbarung gelöst, daß in gemischten Sprachgebiete bei Vorhandensein von 40 Kindern des Minderheitsvolkes Schulen zu errichten seien.<sup>11</sup> Ein deutschliberaler Parteitag in Teplitz am 9. Feber 1890 erklärte sich mit dem Ausgleich einverstanden und der böhmische Landtag erhob am 3. Juni 1890 die Teilung des Landes Schulrates, am 20. Jänner 1891 die des Landeskulturrates zum Beschluß. Aber Regierung, Deutschliberale und Altschechen hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Schon bei den Landtagswahlen von 1889 hatten die Jungtschechen einen bedeutenden Sieg errungen und in dem 1891 neugewählten Abgeordnetenhaus standen 12 Altschechen 37 Jungtschechen gegenüber. Da nun die Regierung mit den Jungtschechen nicht verhandelt hatte, eröffneten diese einen Feldzug gegen das Ausgleichswerk, und unter diesem Drucke wurde am 1. April 1892 im böhmischen Landtag die Vertagung der Beratung der Ausgleichsvorlagen herbeigeführt: das Ausgleichswerk war gescheitert. Das hatte eine Erhitzung der nationalen Leidenschaften auf beiden Seiten zur Folge. Insbesondere die von den Jungtschechen geführten tschechischen Volksmassen traten in immer schärferen Gegensatz zu Regierung und Staat. Im September 1893 wurde auf Betreiben des Statthalters Grafen Franz Thun der Ausnahmezustand über Prag verhängt. Im Jänner und Feber 1894 wurde die tschechische Oeffentlichkeit durch den Prozeß gegen die „Omladina“ (Jugendbund) aufs höchste erregt. Die Prager Polizei glaubte auf eine Verschwörung gekommen zu sein, es stellte sich jedoch heraus, daß einer der Rädelstührer, Rudolf Mrva, der im November 1893 ermordet wurde, ein Polizeitagent gewesen war. Von den

<sup>11</sup> R. Charnak: „Oesterreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907.“ II. Band. Leipzig 1909.

R. F. Katndl: „Böhmen.“ Leipzig. 1919.

Karl Beer: „Geschichte Böhmens mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Deutschen in Böhmen.“ Reichenberg 1920.

Bertold Breitholz: „Geschichte Böhmens und Mährens.“ 2ter Band. Reichenberg 1925.

Dr. K. Kramář a Dr. Z. V. Tobolka: „Dějiny české politiky nové doby.“ V Praze 1919.

Emil Strauß: „Tschechoslowakische Geschichte.“ Prag 1924.

70 Angeklagten wurden 13 verurteilt. Daß infolge der Maßnahmen der Regierung die nationalen Kämpfe immer heftiger tobten, erschütterte den Glauben an die von allen Regierungsjournalisten gerühmten staatsmännischen Gaben des Ministerpräsidenten.

Auch durch die Verfolgungen der Arbeiterbewegung konnte sich die Regierung nicht ihre infolge der sozialen und politischen Entwicklung abbröckelnde Autorität bei den Parteien der gesetzgebenden Körperschaften verschaffen, zumal auch die oppositionell gesinnte liberale Bürokratie ihr gerade auf diesem Gebiete Schwierigkeiten zu bereiten verstand. So war das Regierungssystem auch in dieser Hinsicht inkonsequent und schwankte hin und her. „Die österreichische Regierung“, so kennzeichnete dies treffend Viktor Adler auf dem Kongreß in Paris 1889, „ist gleich unfähig, bei einem Werke der Gerechtigkeit konsequent zu sein, wie bei einem Werke der Unterdrückung; sie schwankt hin und her . . . wir haben einen Despotismus, gemildert durch Schlamperei“. Am 31. Juli 1889 erlosch die Verordnung, womit die Geschworenengerichte zeitweilig eingestellt worden waren, schon vorher war der Ausnahmestand in Nordböhmen aufgehoben worden, indem der Oberste Gerichtshof die alleinige Kompetenz des Prager Landesgerichts für Prozesse wegen „Geheimbündelei“ als ungesetzlich aufhob. Im Parlament holte sich Taaffe selbst eine Niederlage, indem das von ihm 1891 vorgelegte Sozialistengesetz nicht die Zustimmung der Abgeordneten fand. So mußte sich die Regierung darauf beschränken, die Arbeiterbewegung mit kleinlichen Mitteln zu schikanieren. Sie stellte 1889 das Organ der Sozialdemokratie, die „Gleichheit“ ein und löste den Verein „Wahrheit“ in Wien auf. Sie verbot das Stattfinden des Parteitages von 1891, mußte aber dem eingebrachten Refurs stattgeben. Sie verfolgte den Führer der Bewegung, Dr. Viktor Adler, setzte ihn gerade während der ersten Maifeier 1890 hinter Schloß und Riegel und ließ gegen ihn einen großen politischen Prozeß führen, der freilich mit einem Erfolg des Angeklagten und einer Blamage des Anklägers endigte. Den Gegenstand der Anklage bildeten Stellen aus Reden, die Adler anläßlich einer Nachwahl im Jahre 1893 als Kandidat in Orten des Gablonzer Bezirkes gehalten hatte.

Die Verhandlung, die vom 17. bis 20. November vor dem Reichenberger Schwurgericht stattfand und in der sich Adler ebenso mannhaft wie geschickt verteidigte, endete zum Entsetzen der Regierung mit einem Freispruch des Angeklagten.<sup>12</sup> Nach der Verhandlung fand eine Massenversammlung statt, in der Adler unter atemloser Stille der Massen sprach. „Die Rede war die großartigste Leistung, nach allen Richtungen, von allen, die ich von Adler gehört habe.“ (Kiesewetter.) Als das ärgste Unrecht, die aller schwerste Unterdrückung empfand die Arbeiterschaft freilich, daß sie fast ein halbes Jahrhundert nach der Revolution von 1848, fast ein Vierteljahrhundert, seit die deutschen Arbeiter das allgemeine, gleiche Wahlrecht besaßen, noch immer politisch rechtlos war, noch immer nicht das Wahlrecht in den Reichsrat, die Landtage und die Gemeindevertretungen besaß. Die Abgeordneten des Reichsrates gingen aus Wahlen in vier Kurien hervor. In der ersten Kurie wählten die feudalen Großgrundbesitzer, die zweite war der Großbourgeoisie vorbehalten (Handelskammern), während die Wahlberechtigung in der dritten (Städte) und vierten (Landgemeinden) Kurie an die Entrichtung einer direkten Steuer von fünf Gulden gebunden war. Daß der größte Teil der indirekten Abgaben von der Arbeiterschaft getragen wurde, wurde von den herrschenden Klassen hartnäckig übersehen. Wie fürchterlich das den Arbeitern angetane Unrecht war, geht daraus hervor, daß in Böhmen damals 45 Fideikommißbesitzer 45 und 407 landtäfliche Großgrundbesitzer 18 Abgeordnete, 186 Kammerräte 7 Abgeordnete, 92.841 städtische Wähler 32, und 263.460 ländliche Wähler 30 Abgeordnete wählten. Nicht weniger als 1,200.000 großjährige österreichische Staatsbürger Böhmens aber waren vom Wahlrecht ausgeschlossen. Voll heißender Ironie konnte Josef Hannich auf dem Wiener Parteitage 1891 auf die Folgen hinweisen, die sich daraus ergaben, daß das Wahlrecht an den Besitz eines Gewerbescheines gebunden war. Wenn einem Lohnfuhrwerksbesitzer das Roß zugrunde ging, ohne daß er ein anderes kaufen konnte, mußte er den Gewerbeschein zurücklegen und verlor das

<sup>12</sup> Schwurgerichtsverhandlung gegen Dr. Viktor Adler, begangen durch Reden im Gablonzer Bezirke; durchgeführt vor dem Reichenberger Schwurgerichte vom 17. bis 20. November 1893. Wien 1905.

Wahlrecht. Mit Recht warf daher Hannich die Frage auf, wer denn eigentlich das Wahlrecht gehabt habe: der Mann oder das Roß? — Die Maifeier 1891, bei der alle Redner auf die Unhaltbarkeit der politischen Entrechtung der weit- aus überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung hinwiesen, war das Wetterleuchten, auf welches das erste Donner- rollen bald folgen sollte. Der Parteitag von 1891 beschäf- tigte sich mit dem Wahlrechtskampf — Referent war Josef Hannich —, freilich ohne noch den Massen eine klare Antwort auf die Frage zu geben, mit welchen Waffen man in den schweren Kampf hineingehen solle. Man faßte zu- nächst den Beschluß, ohne Rücksicht auf die handgreifliche Unmöglichkeit einen Erfolg zu erzielen, sich an den Wahlen für den Reichsrat, Landtag und die Gemeindevertretungen überall dort zu beteiligen, „wo ein Wahlkampf ohne Kom- promiß möglich ist“. Es kommt darin die Anschauung zum Ausdruck, daß es nicht das Ziel der Partei sei, mit Hilfe von bürgerlichen Parteien Mandate zu erringen, sondern den Wahlkampf zur Aufrüttelung der Arbeiter zu be- nützen, sie für den Massenkampf um das allgemeine Wahl- recht überhaupt erst zu gewinnen. Es handelte sich der Sozialdemokratie, wie Viktor Adler später einmal aus- führte, nicht um Mandate, sondern um das Wahlrecht.<sup>13</sup> Die Beteiligung an den Wahlen zum Vierkurienparlament 1891 hatte auch nicht den Zweck, Mandate zu gewinnen, sondern zur Bevölkerung, die anlässlich einer Wahl den politischen Verhältnissen erhöhtes Interesse entgegen- brachte, zu sprechen. Aber selbst die Wahlergebnisse einiger Bezirke waren ein bedeutender Erfolg der Sozialdemo- kratie. Wenn die sozialdemokratischen Kandidaten vielfach mehrere hundert Stimmen auf sich vereinigten, bezeugte dies, daß die Sozialdemokratie, eben weil sie das politische Unrecht bekämpfte, in die Kreise der kleinen Besitzer in Stadt und Land einzudringen begann. Mit seinem poli- tischen Scharfblick und mit der klugen Voraussicht, die ihm eigen war, erkannte Viktor Adler, daß das gleiche Wahl- recht nicht nur eine für das Proletariat selbstverständliche Forderung, sondern daß der Kampf um das Wahlrecht das Mittel war, die Massen der Bevölkerung für die Sozial- demokratie zu gewinnen und dadurch das herrschende

<sup>13</sup> Auf dem Parteitage zu Prag 1896.

System aus den Angeln zu heben. „Worauf es ankommt, das ist, daß das ganze Volk durch das Wählen in bestimmten Zeiträumen zusammengerufen werde — nicht von uns, von Regierung wegen; jeder einzelne wird angerufen: Wie denkst du über den Staat, wie über die, welche ihn beherrschen, wie über die politischen und sozialen Verhältnisse? Von Staats wegen wird bei jeder Wahl diese Frage an jeden gerichtet, das ist das Wichtige bei den Wahlen, das ist die Gelegenheit, wo die Massen herkommen, wo wir mit den Massen reden können. Wie man dieses ausgezeichnete Mittel für die Organisation . . . . aus der Hand geben kann, wie man darauf verzichten kann, das ist das, was ich einfach nicht verstehe.“ Das führte Adler gegenüber der Opposition auf dem Parteitage 1892 aus, als der eigentliche Wahlrechtskampf noch gar nicht begonnen hatte.

Der denkwürdige Kampf, „wie demselben wenige politische Feldzüge zur Seite gestellt werden können“ (Adler), begann machtvoll mit dem Aufmarsch der Arbeiterschaft am Weltfeiertage der Arbeit des Jahres 1893. Die Forderung nach dem gleichen Recht war innerhalb der Arbeiterschaft so unwiderrstehlich geworden, daß gleich nach der Waiseier große Massenmeetings im Freien abgehalten wurden und hunderttausende Flugblätter („Eine Frage an die Rechtlosen“) begeisterten Anklang fanden. Neue Begeisterung schöpften Oesterreichs Arbeiter aus dem im gleichen Jahre stattgefundenen Generalstreik in Belgien, in welchem die Arbeiter dieses Landes das gleiche Wahlrecht erzwangen. „Belgisch reden“ blieb lange Zeit ein Drohwort der Arbeiter Oesterreichs. Auch ein Teil der bürgerlichen Oeffentlichkeit, insbesondere der slawischen Nationen, die vom gleichen Wahlrecht eine Stärkung ihrer Stellung zu erwarten hatten — die nationale „Gleichberechtigung“ bestand damals darin, daß ein Abgeordneter auf 40.044 Deutsche, 47.761 Italiener, 55.837 Polen, 56.361 Kroaten, 63.599 Rumänen, 90.893 Tschechen, 142.538 Slowenen und 930.889 Ruthenen entfiel — wurde für die Forderung der Arbeiter gewonnen. Im April 1893 stellte der jungtschechische Abgeordnete Slavik den Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Die Debatte, die hierüber abgeführt wurde, erweckte lauten Widerhall in

der Arbeiterschaft. So entschlossen die Arbeiter waren, für die Eroberung des Wahlrechtes Opfer zu bringen, so sehr hüteten sie sich vor Illusionen wegen der Folgen des gleichen Wahlrechtes für die Lage der Arbeiterklasse. An der Erhaltung des heutigen Parlamentarismus, „der doch nur die Herrschaftsform der besitzenden Klasse ist,“ so schrieb der Reichenberger „Freigeist“ im April 1893, „hat die Sozialdemokratie kein Interesse. Damit soll aber durchaus nicht gesagt sein, daß man sich seitens der klassenbewußten Arbeiter nach vormärzlichen Staatsformen sehnt. Nein, nicht zurück, sondern nach vorwärts heißt die Losung.“ Daß es die Arbeiterschaft mit dieser Losung ernst meine, bewiesen schon die nächsten Wochen. Am 9. Juli marschierten vor dem Wiener Rathause 50.000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf, in ruhiger, würdiger Form die Forderung nach dem Wahlrechte erhebend. Am 11. Juni waren auf dem Faberlicher Berge bei Reichenberg 25.000 Menschen versammelt, die den gleichen Ruf erhoben. In der denkwürdigen, der gesamten deutschböhmisches Öffentlichkeit imponierenden Kundgebung traten als deutsche Redner Ulrich, Josef Schiller und Franz Roscher auf, während von tschechischer Seite der jungtschechische Abgeordnete Samánek sprach. Auch die Versammlungen in den übrigen Bezirksstädten wiesen den stärksten Massenbesuch auf, einzelne Orte hatten solche Arbeiterversammlungen noch nicht gesehen. So kamen in Ruffig und Gablonz je 10.000, in Warnsdorf 7000 Menschen zusammen. Angesichts dieser Versammlungen wurden die Massen radikalisiert. Auf der Landeskongress der deutschen Sozialdemokratie Böhmens, die am 24. September 1893 in Warnsdorf stattfand, erhoben mehrere Delegierte den Ruf nach dem Generalstreik. Die Kongress beschloß, daß darüber in Versammlungen geredet werden möge — man zögerte einen schwerwiegenden Beschluß ohne Einvernehmen mit der Gesamtpartei zu fassen. Da die Vertrauensmänner nach der Klärung dieser schwerwiegenden, für den Wahlrechtskampf entscheidenden Frage drängten, beschloß eine am 8. Oktober in Wien stattgefundene Reichskongress der Partei, den Massenstreik als Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung des nächsten Parteitag zu setzen.

Da wurden zwei Tage später nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die bürgerlichen Parlamentsparteien, ja sogar der Minister des Aeußern davon überrascht, daß die Regierung dem Abgeordnetenhaufe einen Gesetzentwurf auf Erweiterung des Wahlrechtes vorlegte. Der Anreger der Reform war der Finanzminister Steinbach, der sich durch seine Währungsreform verdient gemacht hatte. Der Entwurf ließ das Wahlrecht für die erste und zweite Kurie unverändert, während in der dritten und vierten Kurie alle diejenigen das Wahlrecht bekamen, welche das 24. Lebensjahr erreicht hatten, lesen und schreiben konnten, ihrer militärischen Stellungspflicht nachgekommen waren, sechs Monate vor der Wahl ein und denselben Wohnort hatten und entweder eine direkte Steuer zahlten oder eine ständige Beschäftigung hatten. Dadurch wäre die Zahl der Wähler von etwa 15 auf 40 Prozent der männlichen Bevölkerung gestiegen. Die Furcht vor dem politischen Erstarken der Arbeiter füllte die jahrzehntealte Kluft zwischen den Regierungsparteien und der führenden Oppositionspartei, den Deutschliberalen, die ihren Liberalismus in der Bekämpfung einer Wahlreform zu betätigen vermeinten, welche für die Arbeiter nichts als eine kleine Abschlagszahlung sein konnte, rasch aus. Die überwiegende Mehrheit des Parlaments, deutsche Klerikale, feudale Tschechen, polnische Schlachzigen und deutsches Bürgertum, waren sich einig in der Ablehnung der Vorlage. In der Debatte, die am 23. Oktober über den Regierungsentwurf (sowie über die Anträge des Demokraten *Bernerstorfer* und des Jungtschechen *Slavik* auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, des Deutschliberalen *Plener* auf Wahl von neun (!), des Abgeordneten *Baernreither* von 20 Arbeiterabgeordneten) begann, erhoben sich nur wenige Stimmen für die bisher Rechtlosen. Damit war das Schicksal der Regierung entschieden. Vierzehn Jahre hatte sie fortgewurstedt, als sie sich zum ersten Male entschloß, an die Lösung eines Staatsproblems heranzutreten, wurde sie von denjenigen im Stiche gelassen, die sie bisher mit kleinen Geschenken immer wieder an sich zu fesseln verstanden hatte. Am 11. November 1893 wurde die Regierung *Taaffe* entlassen. Sie hatte dadurch, daß sie allen großen Problemen des öster-

reichischen Völkerstaates ausgewichen war und ihre Befriedigung darin gefunden hatte, für die nächsten vierzehn Tage vorzusorgen, Oesterreich immer tiefer in den Sumpf geführt. Trotzdem ihre letzte Tat der Versuch einer Erweiterung des Wahlrechtes war, müssen ihr brutale Verfolgung und kleinliche Schikanierung einer großen Kulturbewegung, unterbrochen durch den Versuch, die Arbeiterklasse mit Hilfe sozialpolitischer Reformen zu entmannen, zum Vorwurf gemacht werden. Sie hat durch ihre Geschenke an politische Parteien das Parlament zu einem „Landelmarkt“ gemacht (Masaryk). Sie hat in Oesterreich einen Zustand geschaffen, der „in sich vereinigt alle Rohheit und Brutalität der heutigen modernen und kapitalistischen Methode mit aller Versumpfung der alten, feudalen Zeit“. (Alder.)

Die neue Regierung unterschied sich von der alten gerade dadurch, daß sie in der einzigen Frage, in welcher Laasse einen Schritt nach vorwärts gemacht hatte, stehen bleiben wollte. Der Haß gegen die Demokratie hatte die großen Parlamentsparteien, deutsche, tschechische und polnische Großgrundbesitzer, deutsche Merikale und Liberale, zusammengeführt, die größte Sorge war ihnen die Erhaltung ihrer politischen Privilegien. Um dieses hohe Ziel zu erreichen, half der Erbe der Revolution von 1848, Ernst von P l e n e r, dem hochfeudalen Fürsten Windischgrätz in den Sattel. Die Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung, die häufige Beschlagnahme von Arbeiterblättern, unerhörte Willkür der Beamten waren der Kitt, welcher die Koalitionsparteien beisammenhalten sollte. „Das Koalitionsministerium war die schwächlichste und empfindlichste, aber zugleich die grausamste Regierung, die Oesterreich jemals gehabt hat. Die politischen Verfolgungen wuchsen in einem Maße wie nie zuvor. Man war zu vorsichtig, die Redner vor die Geschworenen zu stellen, ließ sie aber massenweise von den Bezirksgerichten verurteilen. Die Presse mußte eine wahre Orgie von Konfiskationen über sich ergehen lassen. . .“<sup>14</sup> Freilich konnte die Regierung Windischgrätz-Plener in Folge der Erregung in der Bevölkerung an der Wahlreform nicht achtlos vorüber-

<sup>14</sup> Bericht der Parteivertretung an den Parteitag in Prag 1896.

gehen. Sie legte dem Abgeordnetenhaus einen Entwurf vor, der von drei großen Arbeitermassenversammlungen in Wien mit Recht als „ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterklasse Oesterreichs“ bezeichnet wurde. Der wesentliche Inhalt dieser „Reform“ war die Errichtung einer fünften Kurie, in der obendrein nur ein Teil der Arbeiter das Wahlrecht haben sollte. Im übrigen suchte die Regierungsmehrheit die Beratungen in die Länge zu ziehen. Im April 1894 begann der Wahlreformausschuß seine Beratungen, und da sie nicht vom Fleck kamen, beantragte *Pernerstorfer* im Oktober, dem Ausschuß eine vierwöchige Frist zu geben, innerhalb derer er Bericht erstatten sollte. Alle Demonstrationen und Massenversammlungen jedoch — vom Juni bis September fanden 438 Versammlungen, darunter 104 unter freiem Himmel statt — bewogen den Ausschuß nicht, seine Arbeiten zu beschleunigen. Die Stimmung der Arbeiterschaft wurde immer erregter, der Ruf nach dem Generalstreik immer stürmischer. „Keine Ruhe in Oesterreich“, war die Parole, „bevor nicht das Wahlrecht erkämpft ist.“

Unter diesen Verhältnissen trat am 25. März 1894 in Wien ein Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zusammen, auf dem „Das allgemeine Wahlrecht und der Massenstreik“ den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete. Mit großer Spannung sah man den Beratungen entgegen, wußte man doch, daß in mehreren Versammlungen die Referenten die Erklärung des Massenstreikes gefordert hatten. Dem vorsichtig abwägenden Parteitagsreferenten *Dr. Ellenbogen* (Wien), der die Ansicht verfocht, daß der Generalstreik nicht unbedingt mit der Erkämpfung des Wahlrechtes enden müsse, trat der Sekretär der Gewerkschaftskommission *Anton Hueber* entgegen, der der Unzufriedenheit der Wiener Arbeiter mit der Führung der Partei Ausdruck verlieh. Die meisten der deutschböhmisches Delegierten wie *Hannich* (Steinschönau), *Trübenecker* (Gablonz), *Seliger* (Teplitz) standen auf Seite des Referenten. Die Debatte war ungemein bewegt. Der als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie anwesende *Bebel* mahnte ebenso zur Vorsicht wie der heftig angegriffene *Viktor Adler*. Er warnte den Parteitag, die Kräfte der Arbeiterschaft zu überschätzen. „Wir können

nicht mehr Kraft einsetzen, als wir haben. Und wenn wir über unsere Kräfte die Gegner täuschen können, so mag das für uns von Vorteil sein; wehe aber der Partei, wenn sie sich selbst über ihre eigene Kraft täuscht.“ Die Verschiedenheit der Ansichten kam in der Stellung einer ganzen Reihe von Anträgen zum Ausdruck. Angenommen wurde schließlich mit 66 zu 42 Stimmen — also mit geringer Mehrheit — eine von Adler vorgelegte Entschliebung, in der es u. a. heißt:

„Der Parteitag erklärt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit allen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Mitteln erkämpfen zu wollen, dazu gehört neben den angewendeten Mitteln der Agitation und Organisation auch der Massenstreik. Die Parteivertretung mit den Vertretern der Organisationskreise wird beauftragt, alle Vorkehrungen zu treffen, um, falls die Hartnäckigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien das Proletariat zum Neukerften zwingen sollte, den Massenstreik als letztes Mittel im geeigneten Zeitpunkt anordnen zu können.“

Zunächst zeigte sich die Regierung schwerhörig. Trotz der Demonstrationen, die im Oktober wieder einsetzten, beschleunigte der Wahlreformausschuß seine Arbeiten nicht. Der Ministerpräsident erklärte, er bedürfe nicht „der Argumente von der Straße“. Erst im Juni des folgenden Jahres kam die Regierung mit neuen Vorschlägen heraus. Danach sollten alle frankenversicherten Arbeiter 13 Mandate und alle, die eine direkte Steuer zahlten, 34 Mandate erhalten. Aber ehe noch der neue Entwurf zur Beratung gelangen konnte, war die Regierung nicht mehr. Infolge eines Streites über die Errichtung von slowenischen Parallelklassen am deutschen Gymnasium in Gills (Steiermark) war die Regierungsmehrheit zerfallen, am 19. Juni 1895 trat das Ministerium Windischgrätz vom Schauplatz seiner unrühmlichen Tätigkeit ab.

Nach einem kurzen Provisorium wurde am 29. September 1895 der bisherige galizische Statthalter Graf Kasimir B a d e n i zum Ministerpräsidenten ernannt. Er sah zunächst zwei Aufgaben vor sich: Die Tschechen zu beruhigen und der Arbeiterschaft in der Wahlrechtsfrage

irgendwie entgegenzukommen. Am 20. Oktober 1895 hob die Regierung den über Prag verhängten Ausnahmezustand, der mehr als zwei Jahre andauert hatte, auf und begnadigte am 5. November einige der jugendlichen Angeklagten aus dem Dmladinaprozess. Als das Abgeordnetenhaus am 15. Feber 1896 zusammentrat, lag bereits ein Regierungsentwurf über die Reform des Wahlrechtes vor, der die Errichtung einer fünften Kurie vorsah, in der alle 24jährigen Staatsbürger nach sechsmonatiger Sechshäftigkeit das Wahlrecht haben sollten. Die vier alten Kurien mit ihrem privilegierten Wahlrecht blieben aufrecht. Der Entwurf stieß auf den Widerstand aller demokratischen Kreise und vor allem der Arbeiterschaft, die von den vier alten Kurien ausgeschlossen blieb und die fünfte noch mit den Privilegierten teilen mußte. Im Abgeordnetenhaus forderte der Jungtscheche Slavik abermals das allgemeine gleiche Wahlrecht und Kronawetter deckte den ganzen Widersinn der Vorlage auf. Die Arbeiterschaft aber war erbittert, sah sie sich doch um die Früchte ihres jahrelangen Kampfes betrogen. Fünfeinhalb Millionen Wähler sollten weniger Abgeordnete (72) wählen als 5000 Großgrundbesitzer. Im fideikommissarischen Grundbesitz entfielen auf einen Abgeordneten neun Wähler, in der allgemeinen Wählerklasse aber 75.000. Mit Recht konnte Adler auf dem Prager Parteitage das Urteil der Arbeiterschaft dahin zusammenfassen: „Es wird neues Recht geschaffen, dieses Recht aber sofort zum Unrecht gemacht, indem das alte Unrecht weiter bestehen bleibt.“

Am 5. April 1896, da die Wahlreform vom Abgeordnetenhaus beraten wurde, es aber schon klar war, daß am Regierungsentwurf nicht viel werde geändert werden, trat in Prag der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zusammen. Der Referent zur Frage der Wahlreform, Viktor Adler, wandte sich in scharfen Worten gegen das „elende Flickwerk“ von Wahlrechtserweiterung. Damit könne sich die Arbeiterschaft nicht zufrieden geben. „Diese Wahlreform“, so rief er aus, kann nichts anderes sein, als der Ausgangspunkt einer neuen Wahlrechtsbewegung, als ein Mittel, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu erkämpfen.“ Freilich waren manche Redner in der Debatte mit dem Standpunkt des politischen Führers der

Partei nicht einverstanden. Sie warfen der Parteiführung vor, daß sie die Wahlreform „annehme“, was Adler zu der Feststellung veranlaßte, daß die Partei das neue Wahlrecht ebenso viel oder wenig „anerkenne“, wie das Vereins- und Versammlungsrecht und das Preßgesetz. Gegen die Meinung, man solle die Badenische Wahlreform mit dem Generalstreik beantworten, wandte sich Seliger, der darauf hinwies, daß der Generalstreik auf dem Papier bliebe. In den Massen war eine gewisse Befriedigung vorhanden, sie hatten das Wahlrecht, wenn auch nicht das gleiche. Die Stimmung der Vertrauensmänner charakterisierte am besten ein Reichenberger Redner, der die Wahlreform mit einer Zwangsjacke verglich, „gegen die sich der eine mit Gewalt sträubt, und in der es sich ein anderer bereits gemächlich einrichtet“. Schließlich riß Adler mit seinem Schlußwort die überwältigende Mehrheit des Parteitages mit sich fort. Mit feinem psychologischen Verständnis für Massenbewegungen traf er ins Schwarze, als er ausführte:

„Wir nehmen die Arbeiterklasse als das, was sie ist, als eine zu politischen Dingen durchaus durch ökonomische Momente bewegte Klasse. Wir wissen genau, warum die Wahlrechtsbewegung bis zu einem gewissen Punkte zu treiben war, wissen aber auch, warum sie nicht weiter zu treiben war; die Arbeiterklasse in Oesterreich hat das ganz instinktive Bewußtsein gehabt, daß in ihr die Kraft ruht, ein Wahlrecht überhaupt zu bekommen, aber daß sie ohne parlamentarische Vertretung nicht fähig ist, soweit zu kommen, das Aussehen dieser Wahlreform zu bestimmen. In dem Momente, wo die Badenische Wahlreform ihr gesagt hat: Mag sein, was will, Stimmzettel bekommt Ihr alle, in demselben Momente war die Heftigkeit und Kraft der Wahlrechtsbewegung gebrochen.“

So ließen sich die Delegierten überzeugen, daß, wie Adler auch später zu sagen pflegte, der kühle Kopf das warme Herz regieren müsse und stimmten mit 101 zu 9 Stimmen seinem Antrage zu, in welchem wohl die Wahlreform als „Monstrum“ bezeichnet, aber gar kein Zweifel darüber gelassen wurde, daß die Arbeiterklasse diesen

neuen Boden ihres politischen Kampfes beziehen müßte: „Nachdem die Bergewaltigung durch die fünfte Kurie eine so gut wie vollendete Tatsache geworden, ist es die Pflicht der Partei und ihrer Vertreter, aus diesen gegebenen Tatsachen den größtmöglichen Nutzen zu ziehen, und das neue Wahlrecht als Mittel der Agitation und Organisation, wie insbesondere als Waffe zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gründlich auszunützen.“ Zugleich wurde beschlossen, die organisatorischen Vorbereitungen für den Wahlkampf zu treffen und die einen Wahlkreis bildenden Organisationen in Wahlkreis Komitees zusammenzufassen.

Was Adler vorausgesehen, traf ein. Die arbeitenden Klassen waren zu schwach, schon 1896 das gleiche Wahlrecht zu erringen. Am 14. Juni 1896 wurde Badenis Wahlreform Gesetz. Noch ein halbes Jahr siechte das Vierkurienparlament dahin, am 22. Jänner 1896 erfolgte seine Auflösung. Das sterbende Haus verglich Josef Seliger damals mit einem Esel, der noch die Säcke zur Mühle schleppt, unmittelbar bevor er dem Schinder überliefert wird. Schon vor der Auflösung des Hauses ließ die Sozialdemokratie am 8. Jänner ihren Kampfruf in fünf Sprachen und zweieinhalb Millionen Exemplaren hinausgehen. Trotz allen Verbots der Kolportage, Verfolgung der Flugblattverbreiter durch Polizei und Gerichte gelangte der Wahlausruf in die Hände der Massen. „Die einzige Tribüne in Oesterreich, die frei ist von Polizeiaufsicht, muß von der Sozialdemokratie erobert werden“, dies wurde als Ziel des Wahlkampfes bezeichnet, „um rücksichtslos die reine und ganze Wahrheit zu sagen, um dort, wo man bisher ohne die Arbeiter gegen die Arbeiter Gesetze machte, auszusprechen, was das arbeitende Volk leidet, was es braucht und was es will“.<sup>15</sup> Auf Grund des Beschlusses des Prager Parteitages waren Wahlkreisorganisationen geschaffen worden, die bereits im Sommer 1896 Wahlkreis Konferenzen abhielten. In jedem Orte wurden Wahlvertrauensmänner bestimmt, neue Lokalorganisationen der Partei wurden gegründet. „Den Bürgermeistern und Pfaffen, den liberalen und Klerikalen

<sup>15</sup> Der ganze Ausruf ist abgedruckt in den sozialdemokratischen Zeitungen aus jener Zeit, sowie bei Prützel. IV. Band. Seite 305 ff.

Vertrauensmännern müssen wir unsere Vertrauensmänner entgegensetzen.“ Diese Parole gab Seliger auf der Teplitzer Kreiskonferenz vom 15. bis 16. August 1896 aus. Besonders eifrig arbeitete man an der finanziellen Rüstung der Partei, gerne gaben die Arbeiter von ihrem kärglichen Lohn. Innerhalb der letzten zwei Monate vor der Wahl fanden Hunderte von Versammlungen statt, darunter in vielen Orten, wo ein Sozialdemokrat vorher nie gesprochen hatte. „Der Boden der sogenannten von Gott gewollten Ordnung wurde erbarmungslos aufgewühlt.“<sup>16</sup> So wurde zum ersten Male in Südböhmen eine systematische Agitation betrieben. Im Gebiete der Reichenberger Wahlkreisorganisation wurden in der letzten Woche vor den Wahlen allein Referenten zu 52 Wählerversammlungen gestellt. Erschwert wurde der Wahlkampf dadurch, daß das Wahlrecht in Böhmen ein indirektes war: erst mußten sogenannte Wahlmänner gewählt werden und diese wählten erst den Abgeordneten. Trotz aller Erschwerungen aber kandidierte die Sozialdemokratie nicht nur in der allgemeinen Wählerklasse, sondern auch vielfach in den Städte- und Landgemeindenkurien, für welche 1896 der Steuerzensus von zehn auf acht Kronen herabgesetzt worden war. Freudig bewegt sah die Arbeiterschaft dem Wahlausgang entgegen.

In den Tagen vom 4. bis 24. März trat in Oesterreich zum ersten Male die Arbeiterschaft in breiter Front zur Wahlschlacht an. Groß war der Erfolg in Böhmen, schmerzlich die Niederlage in Niederösterreich. In Wien wurde nicht ein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt, trotzdem auf die Kandidaten der Partei 88.350 Stimmen entfielen, alle Mandate gelangten in den Besitz der unter Luegers Führung stehenden Christlichsozialen, die 117.102 Stimmen auf sich vereinigten. Gerade im Schmerze der Enttäuschung aber zeigte sich das ungebrochene Kraftgefühl der Wiener Sozialdemokratie. „Wien, das dem Lueger zu Füßen liegt,“ waren die denkwürdigen Worte des ersten Führers der Partei, der unterlegen war, „das ist für Wien eine Schmach, für die Wiener Sozialdemokratie aber ist es eine Aufgabe.“ Und einen kostbaren

<sup>16</sup> So lautet der Bericht der Parteivertretung an den Wiener Parteitag 1897.

Schatz der Erkenntnis enthält das damals gesprochene Wort Adlers, das auch später nach für die Arbeiter verlorenen Schlachten angewandt wurde: „Wir sind geschlagen, aber nicht besiegt.“

Seller Jubel aber herrschte im deutschen Gebiet Böhmens, wo nicht weniger als fünf Wahlkreise erobert werden konnten: Im Wahlkreise Reichenberg siegte Josef Hanich, in Trautenau errang einen überraschenden Sieg Wilhelm Kiefewetter, in Leitmeritz wurde Anton Schrammel in Saaz Eduard Zeller und in Eger Dr. Leo Verkauf gewählt. Von 14 gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten waren sieben in Böhmen durchgedrungen, hievon fünf Deutsche und zwei Tschechen.<sup>17</sup> So gar in den Kurien der Privilegierten hatte die deutsche Sozialdemokratie Böhmens überraschend gut abgeschnitten, in einigen Bezirken kamen die Kandidaten der Partei in die Stichwahl. Begeistert schrieb damals Heinrich Bartel den Begnern ins Stammbuch: „In allen Fugen kracht und zittert das morsche Bollwerk eurer Macht, wird es auch nicht beim ersten Sturm, der es umtobt, zu Fall gebracht.“ Die gesamte Arbeiterschaft Oesterreichs blickte mit Stolz auf ihre deutschböhmischen Genossen, der Sieg der deutschen Arbeiter Böhmens zeigte den Wiener Arbeitern, daß, wenn auch an einem Teile der Front ein Rückzug angetreten werden mußte, an einem anderen der Sieg umso größer war. Wenige Jahre später war das Verhältnis ein umgekehrtes. Schon bei den nächsten Wahlen (1901) haben die Wiener Arbeiter einen kühnen Vorstoß gemacht, während die deutschen Arbeiter Böhmens der geschlossenen Front ihrer Klassengegner weichen mußten.

Von den neugewählten Abgeordneten gehörten Hanich, Kiefewetter, Rieger und Zeller zu den Begründern der deutschböhmischen Arbeiterbewegung, weswegen es gerechtfertigt sein mag, ihnen weiter unten ein paar Worte zu widmen. Dr. Leo Verkauf war der kenntnisreiche Rechtskonsulent des Verbandes der Genossenschaftsfrankenkassen in Wien, der seine ausgezeichneten Geistes-

<sup>17</sup> Die übrigen gewählten Abgeordneten waren Ernst Berner (Wahlkreis Olmütz), Peter Cingr (Leichen), Ignaz Dalanoff (Kraufau), Josef Synbes (Brünn), Johann Koaakiewicz (Wemberg), Johann Kiesel (Graz), Eduard Rieger (Mähr.-Schönberg), Josef Steiner (Smichov), Karl Bratny (Pilsen).

gaben dem Kampfe für den sozialpolitischen Fortschritt dienstbar machte. Er vertrat seinen Egerer Wahlkreis bis 1901. Tiefere Spuren schon hatte die Wirksamkeit Anton Schrammels in Böhmen gezogen. Schrammel war 1854 geboren worden und zur Zeit seiner Wahl Redakteur in Wiener-Neustadt. 1899 in die Redaktion des „Volksrecht“ nach Auffsig berufen, war er kurze Zeit der erste Vertrauensmann der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen, 1907 bis 1911 abermals Abgeordneter, und verbrachte seine letzten Lebensjahre in Wien. Am 11. März 1917 ist er daselbst gestorben.

Ein goldenes Blatt in der Geschichte der deutschböhmisches Sozialdemokratie gebührt den beiden Textilarbeitern Josef Hannich und Wilhelm Kiefewetter, die zu den führenden Köpfen in der Generation sozialdemokratischer Vertrauensmänner der letzten zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts gehören.

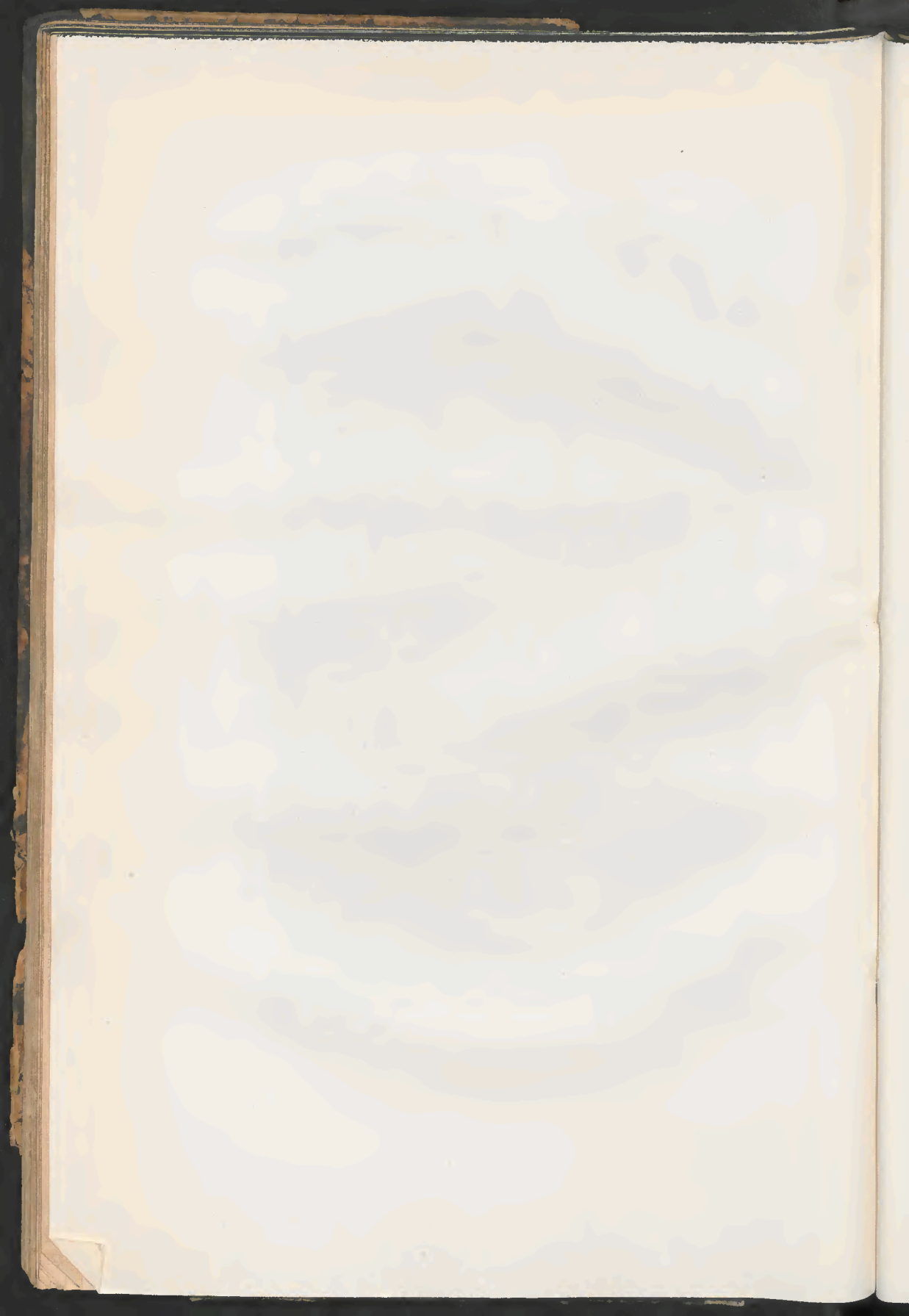
Josef Hannich, der ältere von den beiden, kam am 23. Juni 1843 in Rosenthal bei Reichenberg als Sohn eines Schneidermeisters zur Welt. Den Vater verlor er noch als Kind, seine Jugend war traurig und dürftig, hatte doch seine verwitwete Mutter für sechs Kinder zu sorgen. Frühzeitig mußte er auf dem Handspulrade spulen, um später hinter den Webstuhl gesteckt zu werden. Sein Wissensdrang trieb ihn, kaum daß er die Lehrzeit beendet hatte, in Fortbildungskurse, ins Theater und zum Buche. Trotz der überlangen Arbeitszeit, wie sie damals herrschte, lernte er Französisch und Englisch, stürzte sich mit Feuereifer auf das Studium der klassischen Literatur und vertiefte sich in die Werke Büchners und Häckels. Frühzeitig verband ihn innige Freundschaft mit Josef Schiller, dessen Schwester er zur Frau nahm. In den siebziger Jahren sehen wir ihn schon in der Reichenberger Arbeiterbewegung in der vorersten Kampfreihe, insbesondere war er im Fachverein der Manufakturarbeiter tätig. 1878 vertauscht er den Webstuhl mit der Feder und wird Redakteur des „Arbeiterfreund“. Dies blieb er bis 1882, da er, wie schon im ersten Bande dieses Werkes erzählt, verhaftet und dem Prager Landesgericht eingeliefert wurde. Vom Dezember 1882 bis zum März 1883 büßte er seine Strafe ab. Dann mußte er wieder zum Webstuhl zurück, bis er 1886 zum Brünner

„Volkshreund“ berufen wurde, den er im Sinne der „Gemäßigten“ leitete. 1891 kehrte er wieder nach Böhmen zurück und übernahm die Redaktion des „Nordböhmischen Volksboten“ in Steinschönau. Der glanzvollste Tag seines Lebens war, als er 1897 im Wahlkreise Reichenberg mit einer Vierfünftelmehrheit zum Abgeordneten gewählt wurde. Auch bei den Wahlen von 1901 konnte er seiner Partei den Erfolg sichern: er war damals der einzige in Böhmen gewählte sozialdemokratische Abgeordnete. 1905 legte er sein Mandat nieder und übersiedelte nach Wien. Ein Augenleiden erschwerte ihm fortan seine politische Tätigkeit. Trotzdem er 1907 in keiner Wählerversammlung sprechen konnte, wurde er abermals, und zwar im Wahlkreise Rumburg, zum Abgeordneten gewählt. 1911 unterlag er bei den Neuwahlen und zog sich vom politischen Leben zurück. Sein Wirken für die deutschböhmische Arbeiterschaft — er hat das Leben der Arbeiter auch in einigen Dichtungen geschildert — bleibt unvergessen.<sup>18</sup>

Dagegen war der um ein Jahrzehnt jüngere Wilhelm Kiefewetter bis an sein Lebensende in der Arbeiterbewegung aktiv tätig. Er war am 27. Dezember 1853 in Reichenberg geboren, entstammte einer alten Tuchmacherefamilie und folgte dem Gewerbe seines Vaters. Zu Beginn der siebziger Jahre — achtzehnjährig — war er schon Kassier des erwähnten Fachvereines der Manufakturarbeiter, wo er mit Josef Schiller und Hannich, Hugo Schmidt und anderen zusammenwirkte. Später ging er auf die „Walz“, wurde von den Unternehmern verfolgt und war lange arbeitslos. Gerade das aber machte ihn den Arbeitern wert. Nicht ganz 23jährig wurde er 1876 Vorsitzender des Landeskomitees der deutschböhmischen Sozialdemokratie. In den achtziger Jahren wurde auch er verfolgt und saß vom 19. August 1882 bis zum 3. März 1883 hinter den Mauern des Prager Strafgerichtes. Als nach dem Hainfelder Parteitage die Bewegung wieder einen mächtigen Aufschwung nahm, wurde er 1891 Redakteur des Reichenberger „Freigeist“ und 1892 nach Schaffung einer losen Landesorganisation deren Vertrauensmann. Der Wahlkreis Trautenuau entsandte ihn 1897 ins Abgeordnetenhaus — er hat wahr-

<sup>18</sup> Hannich lebt noch jetzt — 1926 — in Wien.







Josef Hannich  
geb. 1843



haftig die Arbeiter des dortigen Gebietes zu politischem Leben erweckt. 1901 unterlag er gegen einen Deutschnationalen. Er widmete seine Kräfte aber weiter dem Gebiet, das ihm zur zweiten Heimat geworden war, redigierte erst den „Gablunzer Gebirgsboten“, als dessen Kopfblatt zunächst das „Trautenauer Echo“ erschien, dann dieses Blatt selbst, seit 1905 auch in Trautenau wohnend. Bei allen Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften wurde er dank dem unbegrenzten Vertrauen der Arbeiter immer wieder als Kandidat aufgestellt. 1907 und 1911 blieb ihm der Erfolg versagt, 1920 wurde er in den Senat der Tschechoslowakischen Republik gewählt. Noch als 70jähriger Greis ist er hinausgezogen, ohne Wind und Wetter zu fürchten, und hat in den Tälern des Riesengebirges feurig und humorvoll zugleich der jüngeren Generation die Lehren des Sozialismus gepredigt. Am 20. April 1925 hat er seinen letzten Atemzug getan, sein Leichenbegängnis wurde zur großartigsten Totenfeier, die seine zweite Heimatstadt je gesehen.

Der in Mähren gewählte Eduard Rieger muß gleichfalls den Begründern der Sozialdemokratie Deutschböhmens zugezählt werden und hat auch später (1907 bis 1918) einen deutschböhmisches Wahlkreis (Tetschen) im Parlament vertreten. Geboren am 15. November 1865 in Görkau bei Komotau, verlor er in zartem Alter Vater und Mutter und wurde bei seiner Großmutter in Krákov erzogen, wo er auch das Tuchmachergewerbe erlernte. Mit fünfzehn Jahren war er bereits in der Arbeiterbewegung tätig, mehrjährige Beobachtungen auf Wanderungen und eifriges Studium machten ihn schon mit 19 Jahren zum Redner. 23jährig wurde er zum Delegierten auf den Parteitag in Hainfeld entsandt. Kurze Zeit darauf finden wir ihn beim Reichenberger „Freigeist“ als Redakteur. Von 1891 bis 1897 Redakteur des „Volkshfreund“ in Brünn, wurde er, 32 Jahre alt, 1897 Abgeordneter für den Wahlkreis Mährisch-Schönberg.

Der im Wahlkreise Saaz gewählte Eduard Zeller, am 16. September 1857 in Königstadt in Böhmen geboren, war von Beruf Korbmacher. Frühzeitig durchwanderte er Oesterreich, Deutschland und die Schweiz, wo er mit den Lehren des Sozialismus bekannt wurde. In den achtziger Jahren übte er in Reichenberg sein Gewerbe aus und trat

bald in der Arbeiterbewegung dieses Gebietes hervor. Auch er mußte in dieser Zeit der ärgsten Verfolgungen des Sozialismus eine Reihe von Kerkerstrafen abbüßen. Als Obmann der Reichenberger Arbeiterkrankenkasse hatte er Gelegenheit, sich mit der Krankenversicherung zu befassen und wurde 1895 Sekretär der Teplitzer Bezirkskrankenkasse. Rasch gewann er das Vertrauen der Arbeiter Nordwestböhmens und wurde 1897 zum Abgeordneten gewählt. Mit dem Erlöschen dieser Funktion (1901) begann sein politischer Niedergang. Er gehörte nicht zu jenen unbeugsamen Naturen, die allen widrigen Verhältnissen zum Troste der Sache, der sie sich geweiht, bis zum Lebensende treu bleiben. Menschliche und politische Irrungen haben ihn aus den Reihen der Arbeiter weggeführt. Als Gegner seiner einstigen Freunde ist er am 9. Dezember 1915 in Budweis, wo er die letzten Jahre als Gewerbetreibender verbrachte, gestorben. Dennoch soll er der Opfer willen, die er der Sache der Arbeiterschaft gebracht, nicht der Vergessenheit anheimfallen.

Das waren die Männer, die berufen waren, die Sache des deutschböhmisches Proletariats im Abgeordnetenhaus zu vertreten, die vor die Aufgabe gestellt waren, vom Standpunkt der Arbeiterklasse an die konkreten Probleme des österreichischen Völkerstaates heranzutreten. Mit dem Eintritt von Sozialdemokraten ins Parlament 1897 beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung.

### Drittes Kapitel:

#### Rationale und taktische Gegensätze.

Obwohl es nach dem Parteitage von Hainfeld (1888/89) den Anschein gehabt hatte, daß die Gegensätze zwischen Radikalen und Gemäßigten vollkommen beseitigt waren, mußte sich schon der Parteitag von 1892 mit Streitigkeiten innerhalb der Partei befassen, die eine unmittelbare Fortsetzung der Auseinandersetzungen der achtziger Jahre bildeten.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Hier sei auch — als eines der letzten Ausläufer der anarchistischen Bewegung der achtziger Jahre — des geplanten Attentates auf Kaiser

Im Jahre 1891 war der alte Streit innerhalb der Arbeiterbewegung über den besten und kürzesten Weg zum Sozialismus von neuem losgebrochen. Immer wird es innerhalb der Arbeiterbewegung Menschen geben, die „das Ziel so nahe sehen, daß sie danach greifen zu können glauben, und wieder welche, die es in so nebelhafter Ferne wähnen, daß sie sich in eine ernsthafte Diskussion überhaupt nicht einlassen wollen“. (Viktor Adler 1892.) Gegen die Parteiführung traten die „Jungen“ oder „Unabhängigen“ auf, die sich mit einer ähnlichen Richtung, die unmittelbar nach dem Falle des Sozialistengesetzes in Deutschland entstanden war, solidarisch erklärten. Was in Deutschland die Geister schied, war die Maifeier, welche die „Jungen“ selbst mit den größten Opfern gefeiert wissen wollten, und die Unterstützung bürgerlicher Oppositioneller bei Stichwahlen, was die neue Richtung gleichfalls heftig kritisierte.<sup>2</sup> In Oesterreich gruppierte sich die Opposition innerhalb der Partei um die von Rudolf H a n s e r und Adolf H e i m a n n herausgegebene „Volkspresse“. In dem Kreise der „Volkspresse“ gewannen immer mehr anarchistische Gedankengänge die Oberhand.<sup>3</sup> Jede straffe Parteiorganisation war diesen „Föderalisten“ ein Greuel. Die Möglichkeit, schon innerhalb der kapitalistischen Ordnung die Lage des Proletariats zu heben, wurde von ihnen geleugnet. „So lange die privatkapitalistische Produktionsweise herrscht,“ erklärte ihr Wiener Vertrauensmann N e u m a n n, „kann man nicht politisch organisieren, kann auch das Proletariat nicht physisch und geistig kampffähig gemacht werden.“ Der Streit ergriff eine Reihe von Organisationen und drohte die Entwicklung der Partei ernstlich zu hemmen, sprach doch die bürgerliche Presse von der bevorstehenden Spaltung der Sozialdemokratie. Aber die kaum errungene Ein-

Franz Josef gedacht. In der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober 1891 explodierten knapp vor der Durchfahrt des kaiserlichen Zuges zwei Bomben unter dem Eisenbahnviadukt nächst Rosenthal bei Reichenberg. Trotzdem auf die Erregung der Täter ein Preis von 10.000 Gulden ausgesetzt wurde, blieben die Nachforschungen ergebnislos. Erst mehr als dreißig Jahre später wurde das Geheimnis gelüftet. Die Attentäter gehörten einer geheimen Organisation an. Sie hießen Brunclik, Sulc, Zofka und Schmidt. (Sieh Emil S p a t n y: Liberecký atentát na rakouského císaře in Sborník věnovaný dějinám dělnického hnutí a socialismu. 3. Band. S. 23.)

<sup>2</sup> Franz M e h r i n g: „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.“ Stuttgart 1913. IV. Band, Seite 328 ff.

<sup>3</sup> B r ü g e l: IV. Band, Seite 167 ff.

heit war der großen Masse der Arbeiter ein zu kostbares Gut, um leichtsinnigerweise geopfert zu werden. Eine am 25. Oktober 1891 in Reichenberg stattgefundene nordböh-  
mische Landeskongress nahm gegen die Opposition Stel-  
lung und wünschte von den niederösterreichischen Genossen  
die baldige Austragung des Streites. Nur unter den  
Bergarbeitern im nordwestböhmischem Revier, die in den  
achtziger Jahren schon zu den Anarchisten neigten und in  
den Fachvereinen ihren Radikalismus im Kampf gegen  
höhere Mitgliedsbeiträge betätigten, insbesondere aber im  
Gebiet von Aussig und Karbitz — das 1892 Hanser auf  
dem Parteitag entsandte — hatte die Opposition Anhänger.<sup>4</sup>  
Ihr Ansehen in der Partei wurde verwirrt, als  
sich Hanser, der gegen die leitenden Parteifunktionäre  
maßlose Angriffe richtete, einige Verfehlungen zuschulden  
kommen ließ. Auf dem Parteitage 1892 kam es zum Zu-  
sammenstoß der beiden Gruppen. Den geistigen Kampf mit  
der Opposition focht Adler aus. Er erklärte die Behaup-  
tung, daß er und seine Gesinnungsfreunde sich im Kampfe  
gegen die herrschenden Gewalten nur „gesetzlicher“ Mittel  
bedienen wollten, für falsch und führte unter Hinweis auf  
das Hainfelder Programm aus, daß man jeweils die Mittel  
gebrauchen werde, die man für zweckdienlich halte. Mit  
Leidenschaft und Festigkeit trat er gegen den Mißbrauch  
auf, den die Opposition mit dem Worte „Revolution“  
treibe. „Wir haben eine Richtschnur für unser Vorgehen:  
Alles, was auf das Proletariat aufklärend  
in unserem Sinne wirkt, halten wir für  
revolutionierend, alles, was auf die Pro-  
letarier verwirrend wirkt, halten wir für  
reaktionär.“ Mit überwiegender Mehrheit bekannte  
sich der Parteitag zu dieser Auffassung und erklärte „am  
Hainfelder Programm und der gegenwärtigen Taktik nach  
wie vor festzuhalten“. Nach einer längeren Diskussion  
wurde der Beschluß gefaßt, Hanser und Heimann aus der  
Partei zu entfernen. Die anarchistische Bewegung war da-  
mit nicht verschwunden, sie suchte nun ihr Betätigungs-

<sup>4</sup> Einer von ihnen, Oskar Emil Simon, wurde später der schärfste  
Gegner der Sozialdemokratie. Ihn und seine Gesinnungsgenossen abge-  
schüttelt zu haben, ist das Verdienst Franz Deutels, des späteren Ab-  
geordneten. Siehe Anton Schrammel: „Aus der nordwestböhmischem  
Arbeiterbewegung.“ „Kampf“, VI. Jahrg. S. 116 ff.

feld außerhalb der Sozialdemokratie. Der Führer der Bewegung wurde aber nicht Hanser, sondern der aus dem Polnaer Bezirke in Böhmen stammende August Arcal.<sup>5</sup> Am 5. und 6. Juni 1892 wurde die „Unabhängige sozialistische Partei“ gegründet.<sup>6</sup> Im Jahre 1894 nahm die Zahl der Anhänger des Anarchismus zu, auch in anderen Ländern wurde die Lehre verbreitet. Die herrschenden Klassen erfaßte Angst und Schrecken, insbesondere, als am 24. Juni 1894 der Präsident der französischen Republik, Sadi Carnot, ermordet worden war. Aber bald darauf erfolgte der Niedergang der Bewegung — die in Nordböhmen nur unter den Bergarbeitern Anhänger hatte —, was in Oesterreich auch darauf zurückgeführt werden konnte, daß der begabte Arcal schon 1894 einem Lungenleiden erlag. Ganz aber starb die Bewegung nie aus, die seit 1892 bzw. 1893 in Wien erscheinende „Zukunft“ und die „Volné Listy“ (Freie Blätter) sorgten für die Verbreitung anarchistischer Ideen sowohl in Wien als auch im Brüxer Kohlenrevier.

Geschichtlich viel bedeutamer aber sind die nationalen Gegensätze innerhalb des österreichischen Proletariats, die, wie schon im ersten Bande gezeigt wurde, seit Entstehen der Arbeiterbewegung in Oesterreich niemals verschwunden waren.<sup>7</sup> In dem Zeitabschnitt, den wir hier zu behandeln haben, haben nicht die nationalen Gegensätze in der sozialdemokratischen Partei, wohl aber in den Gewerkschaften das Verhältnis zwischen der deutschen und tschechischen Arbeiterschaft getrübt. Der Streit über die Form der Gewerkschaften im österreichischen Nationalitätenstaat, der schließlich zur Sprengung der Internationalen der sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs geführt hat, begann schon in der ersten Hälfte der neunziger Jahre.

Nationale Gegensätze zwischen deutschen und tschechischen Arbeitern beschäftigten schon den ersten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der nach Hainfeld stattfand, nämlich den zu Wien 1891. In Prag hatte sich inner-

<sup>5</sup> August Arcal: „Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Oesterreichs.“ (1867 bis 1894.) Berlin 1894. Geboren 1862, starb er schon am 16. August 1894.

<sup>6</sup> B. C a i t h a m I: Český sever ve hnutí dělnickém. Prag 1926.

<sup>7</sup> Sieh: Emil Strauß: „Die Entstehung der deutschböhmisches Arbeiterbewegung Prag 1925.“ S. 118 bis 125.

halb der Partei eine nationale Strömung gebildet, welche nach außen in der Zeitung „Naše obrana“ (Unsere Wehr) in Erscheinung trat. Zunächst erklärte das Blatt, daß es auf dem Boden des Hainfelder Programmes stehe, bald aber verlangten die Schreiber der Zeitung eine Aenderung dieses Programmes, insbesondere in Bezug auf die nationale Frage. Ihr Sprecher auf dem Wiener Parteitage, Bávra, erklärte in etwas nebelhafter Weise, man müsse den Pflichten seiner Nation gegenüber gerecht werden. Was Bávra und die Seinen wollten, verdichteten sie schließlich zu dem Antrage, „daß die Organisation der sozialdemokratischen Partei nach den Volksstämmen Platz greifen soll“. Noch aber war die Mehrheit der auf dem Kongresse befindlichen tschechischen Delegierten gegen einen Antrag, der wenige Jahre später — wenn auch bei Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Ueberbaues über die sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs — seine Verwirklichung finden sollte. Mit ehrlicher Entrüstung zitierte Adolf Burian (Brünn) die Worte des tschechischen Dichters Kolár:

Rufft du einen Slawen,  
erscheine dir der Mensch!

Fast einmütig lehnte der Parteitag den Antrag ab, worauf einige der Antragsteller den Kongreß verließen. Sie gründeten eine eigene Partei, die jedoch nicht lange bestand, obzwar es ihr an der Förderung durch das tschechische Bürgertum nicht fehlte. Erst einige Jahre später sollte die Entfaltung einer nationalen Arbeiterpartei im tschechischen Volke Tatsache werden.

Trotzdem war das Verhältnis der Gesamtorganisation der österreichischen Sozialdemokratie zur Organisation der tschechischen Genossen, wie dies selbst der Bericht an den Parteitag von 1894 zugibt, „ein unklares“. Während die deutschen Sozialdemokraten in dieser Zeit eigene Parteitage nicht abhielten, sondern nur eine Gesamtpartei kannten, in der die Arbeiter aller Nationen organisiert waren, hielten die tschechischen Sozialdemokraten am 27. Dezember 1893 einen Parteitag in Budweis ab, auf welchem sie für ihre Organisationen Beschlüsse faßten und einen vom Grunde der Lokalorganisation bis zur Spitze der Parteivertretung aufgebauten Parteiapparat schufen. Wohl beschloß der Par-

teitag, daß das Parteiprogramm nur von der gesamtösterreichischen Partei abgeändert werden könne, aber schon von der Taktik der Partei hieß es, daß diese von der tschechoslavischen mit der Gesamtpartei „vereinbart“ werden solle. Damit war zum Ausdruck gebracht, daß diese Taktik auch eine andere sein könne als die der Gesamtpartei, und schließlich blieb die Frage offen, was denn zu geschehen habe, wenn eine Vereinbarung zwischen der Gesamtpartei und der tschechischen Sozialdemokratie nicht zustande komme. Willig selbständig aber sollten die tschechischen Sozialdemokraten in allen Fragen der Organisation sein. Das Streben der tschechischen Sozialdemokratie nach ihrer Selbstständigkeit tritt hier bereits handgreiflich zutage. Ein weiterer Schritt zur Schaffung selbständiger sozialdemokratischer Parteien der einzelnen Nationen Oesterreichs wurde auf dem Parteitag in Prag 1896 vollzogen, wo die Gesamtpartei bereits als ein Verband der Parteiorganisationen der verschiedenen Nationen betrachtet wird. Es wurde dort der Beschluß gefaßt, daß die politische Leitung der Gesamtpartei der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich obliege, „die sich aus den Vertretungen oder Exekutivkomitees der deutschen, tschechischen und polnischen Organisationen zusammensetzt und in der die italienischen und südslawischen Genossen entsprechend vertreten sind.“ Damit hatte die Gesamtpartei der Gründung einer selbständigen tschechischen Sozialdemokratie Rechnung getragen. Auf dem Parteitag zu Wien 1897 — der schon in einen anderen Abschnitt der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie fällt — wurde die nationale Gliederung der Partei vollkommen durchgeführt und die Umwandlung der ehemals einheitlichen Gesamtpartei in einen Verband der sozialdemokratischen Parteien der Nationen Oesterreichs vollendet.

Viel bewegter und folgenschwerer aber wurden die Auseinandersetzungen zwischen deutschen und tschechischen Arbeitern in den Gewerkschaften. Die Zusammenfassung der lokalen Fachvereine zu Kronlandsvereinen und Reichsverbänden zu Beginn der neunziger Jahre ging wohl mit Zustimmung der Tschechen vor sich, wenn auch manche der tschechischen Gewerkschafter gegen eine allzu straffe Zentralisation Einspruch erhoben. So auf dem Fach-

tage der Tischler im September 1890.<sup>o</sup> Die rasche Zunahme der tschechischen Mitglieder in den Gewerkschaften zwang zu größerer Beachtung der tschechischen Sprache in Werbung und Gliederung. Das geschah unter Zustimmung der meist deutschen Leitungen der Verbände. Dennoch gab es Streit darüber, in welchem Maße man den sprachlichen Bedürfnissen in den Gewerkschaften Rechnung tragen könne, ohne daß ihre wirtschaftliche und finanzielle Schlagkraft darunter leide.<sup>o</sup> „Aber idealistische Internationalismus konnte es nicht verhindern, daß die jahrhundertalte nationale und ökonomische Knechtung des tschechischen Volkes durch die deutsche Feudalität und Bourgeoisie auch die sozialistischen tschechischen Arbeiter mit einem gewissen Mißtrauen gegen alles, was nach Deutschland aussah, erfüllt hatte. So legten sie auch gegenüber ihren deutschen Klassengenossen in Fragen von oft rein organisatorischer Natur eine nationale Bedeutung, die auf der Gegenseite weder verstanden noch gewürdigt wurde.“ (Julius Deutsch.) Daß dieses Urteil des besten Kenners der Geschichte der österreichischen Gewerkschaften richtig ist, zeigt schon der erste schwere Kampf, der mit den tschechischen Arbeitern innerhalb der Gewerkschaften ausgetragen werden mußte. Es handelte sich um einen Verband, in dem auch später die Gegensätze eine außerordentliche Schärfe gewannen: den Verband der Metallarbeiter.

1894 entstand zwischen der Verbandsleitung und dem böhmischen Landesverein ein Streit um das Eigentum an dem tschechischen Fachblatt „Kovodělník“ (Der Metallarbeiter), das in Prag erschien. Der Redakteur, der sich einem Verbandsbeschuß fügen wollte, wurde gekündigt, worauf die Verbandsleitung den böhmischen Landesverein aus dem Verbands ausschloß. (6. Mai 1895.) Nun gab der Landesverein, der der Anlehnung an den Reichsverband nicht entzogen konnte, nach, auf einer Konferenz in Schlan am 4. August 1895 kam es zu einer Einigung: das Blatt wurde dem Verbands unterstellt.

Aber schon der Parteitag, welchen die tschechische Sozialdemokratie zu Pfingsten 1896 zu Brünn abhielt, zeigte, daß ein immer größerer Teil der tschechischen Genossen nach

<sup>o</sup> Deutsch. a. a. D. S. 174.  
<sup>o</sup> Deutsch. a. a. D. S. 223.

der Verselbständigung der tschechischen Gewerkschaftsbewegung dränge. Der Antrag, eigene tschechische Fachorganisationen und eine tschechische Gewerkschaftskommission zu gründen, wurde wohl, wenn auch mit nicht gerade ansehnlicher Mehrheit, abgelehnt und beschlossen, man möge die Angelegenheit dem nächsten Gewerkschaftskongreß zur Erledigung überweisen. Recht behielt aber die Minderheit, die durch ihren Sprecher Anton N e m e c erklärte: „Möge auch dieser Parteitag die gestellten Anträge ablehnen, so wird der nächste Parteitag die notwendige Selbständigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation für die tschechoslawische Parteiorganisation beschließen müssen.“

Auf dem Gewerkschaftskongreß, der nun ein halbes Jahr später stattfand (Weihnachten 1896 in Wien), verlangten die Tschechen die Anstellung eines eigenen tschechischen Sekretärs der Gewerkschaftskommission. Der Referent des Kongresses, Anton H u e b e r, lehnte diese Forderung ab, erklärte aber, gegen die Anstellung eines tschechischen Beamten der Gewerkschaftskommission, und zwar in Prag, nichts einzuwenden. Er wurde in seiner Haltung von dem auf dem Kongreß anwesenden Sekretär der Gewerkschaftskommission Deutschlands, Karl R e g i e n, unterstützt, der durch das Verlangen der Tschechen die einheitliche Verwaltung der Gewerkschaften bedroht sah. Mutig wie immer, wenn es galt seine Meinung zu verfechten, trat den Gewerkschaftsführern Oesterreichs und Deutschlands Viktor A d l e r entgegen und sagte offen heraus, daß die Parteivertretung die Forderung der Tschechen für berechtigt halte. „Wenn eine mächtige tschechische Gewerkschaftsbewegung da ist,“ so führte er aus, „so muß die Gewerkschaftskommission einen Beamten haben, welcher der tschechischen Sprache mächtig, aber auch Vertrauensmann der tschechischen Gewerkschaften ist. Heute ist ein Kanzleibeamter angestellt, der bedeutet für die Tschechen so viel wie gar nichts.“ Aber Adlers Rede half nicht. Die Anträge der Tschechen wurden abgelehnt, worauf diese sich an den weiteren Verhandlungen des Kongresses nicht mehr beteiligten. Selbst deutsche Gewerkschafter bezeichneten das Vorgehen der Mehrheit als einen „taktischen Fehler“. („Der Metallarbeiter“ Wien.) Wohl wäre die Sprengung der einheitlichen österreichischen Gewerkschaftsbewegung später auch erfolgt, selbst

wenn ein gegenteiliger Beschluß gefaßt worden wäre — das Streben des tschechischen Volkes ging, hervorgerufen durch die kapitalistische Entwicklung, auf allen Gebieten, auch auf dem der Gewerkschaftsorganisation, nach Selbstständigkeit — aber so fanden die tschechischen Gewerkschaftsführer einen Anlaß, die Spaltung vor den Massen der tschechischen Arbeiter zu rechtfertigen.

Die Wirkung des Wiener Beschlusses zeigte sich schon vier Wochen später. Am 31. Jänner 1897 trat in Prag ein Kongreß der tschechischen Gewerkschafts- und Bildungsvereine zusammen. Nach einem Referate Kousars anerkannte der Kongreß „die Notwendigkeit der Errichtung einer tschechoslawischen Gewerkschaftsorganisation aller in sämtlichen Kronländern Oesterreichs organisierten tschechoslawischen Arbeiter“. Seither gab es eine eigene tschechische Gewerkschaftskommission. Wenn auch die Verbände vorläufig einheitlich blieben, die nationale Trennung der Gewerkschaftszentrale war vollzogen. Ein Schritt von nachhaltiger Bedeutung für die künftige Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung war getan, der Same der Spaltung der Arbeiterbewegung war in die Erde gelegt.

#### Viertes Kapitel:

##### Die Partei und ihre Organisation.

Das Mittel, der Idee des Sozialismus Geltung zu verschaffen, die Waffe, um den Befreiungskampf der Arbeiterschaft erfolgreich zu führen, war die Organisation. Ihre Wichtigkeit hatte schon jener Römer erkannt, der, auf die Sklaven hinweisend, ausrief: „Wehe, wenn sich die Sklaven zu zählen beginnen!“ Um die Ueberzahl des Proletariats über die herrschenden Klassen zur Geltung zu bringen, bedurfte es eben der Organisation. Die Sozialdemokratie, die erste Massenpartei Oesterreichs, hat auch die erste Massenorganisation geschaffen. Die Schilderung des Werdens dieser Organisation in großen Umrissen ist ein Beitrag zur Geschichte der Demokratie. Wer die Triebkräfte der Entwicklung der Sozialdemokratie kennen lernen will, muß auch einen Blick in die Werkstatt dieser Massenpartei

werfen. Wenn der Historiker die organisatorischen Probleme der Demokratie vernachlässigte, würde er eine wichtige Seite des gesellschaftlichen Lebens unserer Zeit übersehen.

Nach dem Parteitage von Hainfeld bestanden die Organisationen der Sozialdemokratie aus Arbeiterbildungs- und Fachvereinen, die Trennung zwischen politischer und gewerkschaftlicher Organisation war weder in der Wirklichkeit da, noch war ihre Notwendigkeit im Bewußtsein der Massen vorhanden. Nach den Berichten an die Parteitage gab es in Oesterreich 1888 104 solcher Bildungs- und Fachvereine, die auf sozialdemokratischer Grundlage bestanden, mit 15.498 Mitgliedern, 1891 war ihre Zahl auf 219 Vereine mit 47.160 Mitgliedern gestiegen. Dabei mag in Betracht gezogen werden, daß vielfach Arbeiter sowohl beim Bildungsverein ihres Ortes als beim Fachverein ihres Berufes waren, so daß die Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie in Wirklichkeit kleiner war. Alle diese Vereine gruppierten sich um die Parteiblätter, welche die eigentlichen Stützpunkte der Organisation waren. Jedes Blatt hatte einen Agitationsfond, in den meist wöchentlich freiwillige Beiträge entrichtet wurden. Eine Parteileitung wurde weder 1889 in Hainfeld, noch 1891 in Wien gewählt, da man die Verfolgung der gewählten Funktionäre befürchtete. Um den Lücken und Rücken der Behörden zu entgehen, wurde auf dem Parteitag 1891 die Gründung von politischen Vereinen (jeder für ein ganzes Kronland) empfohlen. In Reichenberg war bereits im Feber 1892 der politische Verein „Vorwärts“ entstanden, der den äußeren Rahmen für die Versammlungstätigkeit der Partei abgab. Auf dem Parteitag von 1892 war es schon allgemeine Ueberzeugung, daß man die Parteiorganisation von den Redaktionen der Parteiblätter loslösen müsse. Dieser Parteitag hat erst der Partei eine festere Organisationsform gegeben. Die Genossen jedes Ortes wählten von nun ab eine Anzahl von Vertrauenspersonen. Die Vertrauenspersonen eines Bezirkes bildeten die Bezirksorganisation, die Vertreter der Bezirksorganisationen die Landesorganisation. Alle Organisierten entrichteten freiwillige Beiträge, die auf Blocks quittiert wurden. Die höchste Instanz wurde der Parteitag, — dessen Delegierte durch die Parteigenossen jedes

Ortes bestimmt wurden —, auf dem die Parteivertretung, die Leitung der Partei, gewählt wurde. So war die Organisation in den nächsten Jahren beschaffen. Eine grundlegende Aenderung machte erst die Badenische Wahlreform notwendig. Schon auf dem Parteitage von 1896 — noch bevor die Reform Gesetz ward — wurde die Anpassung der Organisation an die neugeschaffenen großen Wahlkreise gefordert, was dann insbesondere in Deutschböhmen verwirklicht wurde. Diese Kreisorganisationen wurden dann für Jahrzehnte der Mittelpunkt der Organisations- und Agitationsarbeit.

Die Partearbeit wurde sehr erschwert durch die ständige finanzielle Krise, in der sich die Partei befand. Angesichts der vielen Aufgaben der Partei und der Anforderungen, die an deren Leitung gestellt wurden, waren die Einnahmen, die vom 1. März 1894 bis zum 29. Feber 1896 nicht mehr als 12.372 fl. 87 kr. betragen, lächerlich gering. Erst mit dem Ausbau der Organisation und mit der steigenden Werbekraft der Partei stiegen auch deren Einnahmen.

Auch die Parteipresse, auf die jede Partei in der Demokratie großen Wert legen muß, teilte das Schicksal der Partei hinsichtlich der schwierigen finanziellen Lage. 1888 gab es in Oesterreich an politischen sozialdemokratischen Blättern — also abgesehen von der Gewerkschaftspresse — drei deutsche, zwei tschechische und ein polnisches mit einer Gesamtauflage von über 15.000. Mit dem Wachstum der Partei stieg naturgemäß die Verbreitung ihrer Presse. 1891 gab es schon sieben deutsche, fünf tschechische und zwei polnische Blätter mit mehr als 55.000 Abnehmern. Daß die Arbeiter auch den Humor in ihrem schweren Kampfe nicht missen wollten, zeigt das Bestehen eines deutschen und eines tschechischen Witzblattes. 1894 wurde die damals zweimal wöchentlich erscheinende „Arbeiterzeitung“ als Zentralorgan anerkannt, und es war ein bedeutender organisatorischer, politischer und geistiger Fortschritt, als man dieses Blatt, welches ganzen Generationen eine höhere politische Bildung gegeben und den Kampf der Partei außerordentlich gefördert hat, vom 1. Jänner 1895 täglich erscheinen ließ. Trotzdem das Blatt mit schweren finanziellen Nöten zu kämpfen hatte — im

ersten Jahre allein betrug die Kosten des Zeitungsstempels, dieser kulturfeindlichen Einrichtung eines barbarischen Staates, 51.000 Gulden — hat es sich durchgesetzt und wurde nicht nur zum ausgezeichneten Mittel der Beeinflussung der Massen, sondern zum Erziehungsinstrument der herrschenden Klassen und insbesondere der Bürokratie.

Ungemein fruchtbar für die Zukunft wurde auch die besondere Organisation der jugendlichen Arbeiter, deren Anfänge in die erste Hälfte der neunziger Jahre reichen.<sup>1</sup> Im Jahre 1893 entstanden in zwei Wiener Proletarierbezirken Jugendgesellschaften. („Jugendbund“ und „Bücherkorpion“.) Am 14. Oktober 1894 fand in Wien die erste Jugendversammlung statt, die Lehrlinge, die sich daran beteiligten, wurden sowohl von den Meistern als auch von den Gewerbebehörden gequält und verfolgt. In den deutschböhmisches Industriestädten entstanden derartige Jugendgesellschaften erst später: 1898 und 1899.

Diese Jugendorganisationen hatten vor allem den Zweck, die jungen Arbeiter mit den Schätzen der Geisteskultur bekannt zu machen. Die geistige Fortbildung der Erwachsenen wurde in den Arbeiterbildungsvereinen gepflegt, welche — wie schon im ersten Bande dieses Werkes ausführlich dargestellt wurde — für die kulturelle Hebung der von den herrschenden Klassen vernachlässigten Volksschichten unendlich viel getan haben. Anschaulich schildert uns in seinen Erinnerungen Gustav Kränkel die Tätigkeit eines solchen Arbeiterbildungsvereines (Graslitz) in der Zeit, von der wir erzählen: „Die allwöchentlichen Zusammenkünfte, Vereinsabende an jedem Samstag hatten neben den dazwischen abgehaltenen Versammlungen immer einen guten Besuch aufzuweisen. Vorlesungen mit anschließender Diskussion, Besprechung der Tagesfragen, besonders der Ereignisse in Deutschland, füllten anregend die Stunden der Zusammenkünfte aus . . . Der Inhalt der Bücher und Broschüren wurde von unseren Mitgliedern geradezu verschlungen.“<sup>2</sup> Die Arbeiterbildungsvereine suchten auch zum Zwecke einer erhöhten Tätigkeit untereinander Verbindung, 1891 entstand schon der „Unterrichtsverband der

<sup>1</sup> Sieh den Artikel von Hans Philipp in der „Arbeiterzeitung“ vom 26. Oktober 1924.

<sup>2</sup> Gustav Kränkel: „Erinnerungen aus der westböhmisches Arbeiterbewegung.“ „Sozialdemokrat“ (Prag), 9. Feber 1924 ff.

Arbeiterbildungs- und Fachvereine Wiens". Dem Wiener Beispiel folgten bald die deutschböhmisches Arbeiter. Am 4. September 1892 wurde der „Unterrichtsverband der Arbeitervereine Böhmens“ mit dem Sitze in Aussig gegründet. Obmann des Verbandes wurde Anton Behr. 1893 wurde eine Verbandsschule veranstaltet, der Unterrichtsgegenstand war Gesezeskunde.

All die großen politischen Erfolge der Arbeiterklasse wären ohne die segensreiche Tätigkeit der Arbeiterbildungsvereine unmöglich gewesen. Die politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen haben es der Sozialdemokratie erst möglich gemacht, die Führerin, ja geradezu die alleinige Sachwalterin der Arbeiterklasse zu sein. Mit Recht konnte Viktor Adler 1894 sagen, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich die Organisation des Proletariats als Klasse ist, welche um ihre Befreiung kämpft.

\*

Nachdem wir mit wenigen Strichen die Organisationsform der österreichischen Sozialdemokratie, von der die deutschen Sozialdemokraten Böhmens einen, und zwar nicht unwesentlichen Teil bildeten, gezeichnet haben, wollen wir uns etwas ausführlicher mit der äußeren und inneren Parteitätigkeit der deutschböhmisches Sozialdemokratie befassen.

Das Werben für die Idee des Sozialismus war zu Beginn der neunziger Jahre mit Schwierigkeiten und persönlichen Opfern verbunden, von denen sich die heutige Generation kaum eine Vorstellung machen kann. Von welcher Gesinnung die meisten politischen Beamten der Arbeiterbewegung gegenüber erfüllt waren, davon legt eine Äußerung des Teplitzer Oberkommissärs Dr. Tamhor — in der Teplitzer Bezirkshauptmannschaft saßen durch Jahre die gehässigsten Gegner der Arbeiterschaft — zu streifenden Arbeitern Zeugnis ab: „Jeder Schritt und jede Handlung, die ihr tuet, ist umsonst, da wir alles mit den Waffen niederzuschlagen beabsichtigten.“<sup>3</sup> Die Bezirkshauptmannschaft daselbst erlaubte kein einziges Flugblatt

<sup>3</sup> Nach einer Angabe des späteren Abgeordneten Peter Cingr auf dem Parteitage 1891. Sieh das Protokoll S. 34.

des dortigen Arbeiterbildungsvereines. Selbst Versammlungen, die auf geladene Gäste beschränkt waren (§ 2 des Vers.-Ges.) wurden nicht erlaubt, die Agitatoren auf Grund des Vagabundengesetzes abgeschoben. Am 16. Feber 1891 gab der dortige Bezirkshauptmann einen Erlaß heraus, wonach die Gastwirte jede Zusammenkunft anzeigen mußten, widrigenfalls ihnen die Gasthauskonzession entzogen würde. Dafür, daß die Teplitzer Behörden die Arbeiter in einer Weise quälten, die den Spott der Nachwelt herausfordert, sei als Beispiel angeführt, daß in einer Versammlung am 15. Mai 1892 die Mitglieder des politischen Vereines, der die Versammlung einberufen hatte, auf Geheiß des Regierungsvertreters auf die eine Seite, die Nichtmitglieder auf die andere Seite des Saales treten mußten. Erst Josef Seliger, seit 1893 in Teplitz, hat die Behörden dieses Gebietes zur Achtung vor dem Gesetze erzogen und der spätere Ministerpräsident Prinz Konrad Hohenlohe, genannt der „rote Prinz“, hat als Bezirkshauptmann einen anderen Geist in die Hirne der Bürokraten gebracht.

In den anderen Gegenden Nordböhmens war es nicht viel besser. Die Gründer des politischen Vereines „Vorwärts“ in Reichenberg mußten die Statuten des Vereines siebenmal einreichen. Sechsmal wurde die Bewilligung nicht erteilt, erst nach dem siebenten Einreichen der Verein gestattet. Als die Bergarbeiter Falkenaus einen Fachverein gründen wollten (1891), lud der Bezirkshauptmann Titelbach den Proponenten ein und schrieb ihn an: „Wie kann er sich unterstehen, einen Bergarbeiterfachverein zu gründen!“ Als dann der betreffende Arbeiter den Zweck des Vereines auseinandersetzte, rief der erbohte, wohl selbst vom Standpunkt der hohen Regierung etwas unzulängliche Herr: „Zweck hin, Zweck her, die Interessen der Bergarbeiter werden die Unternehmer schon selbst schützen. Die brauchen Sie mit Ihrem Verein nicht.“<sup>4</sup> Ebenso mußte man auf die Erledigung von Statuten von Arbeiterbildungsvereinen monatelang warten: Der österreichische Staat war kein Freund der Bildung. Die freie Parteiorganisation, von der schon die Rede war, wurde in Böhmen nicht anerkannt, jede einzelne Bezirkshauptmann-

<sup>4</sup> Vierzig Jahre Organisation. „Glück auf!“ (Turn bei Teplitz) vom 7. Mai 1925.

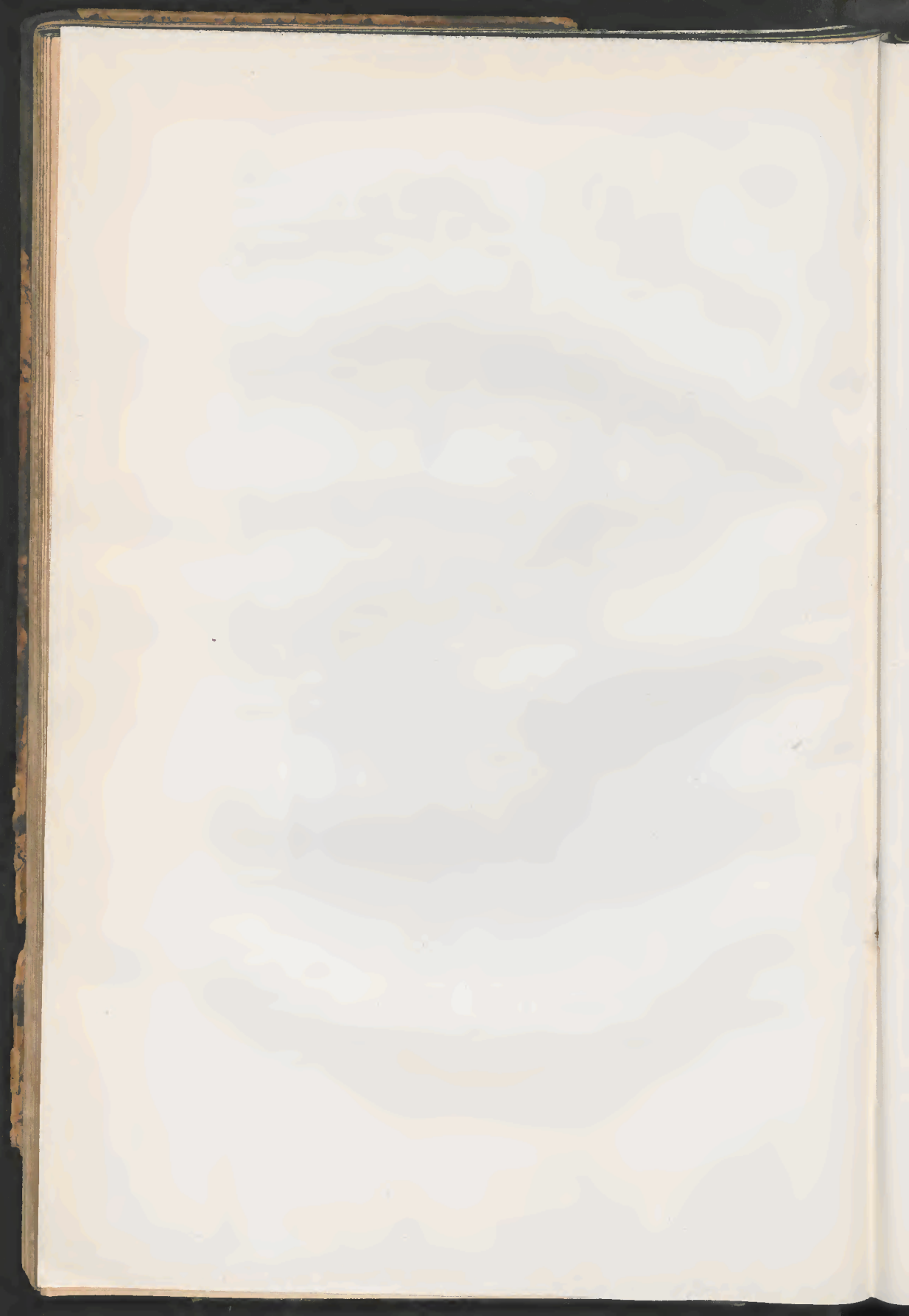
schaft mußte erst überzeugt werden, daß diese Organisationsform von Seite des Gesetzes unangreifbar war. Volksversammlungen wurden unter den wichtigsten Vorwänden verboten. Bei Abstimmungen machten die Regierungsvertreter allerlei Schwierigkeiten, insbesondere traten sie gegen Geldsammlungen zur Deckung der Versammlungskosten auf. Eine Ausnahme bildete jener Rum-burger Kommissär, der, wie uns Kiesewetter erzählt, zur Deckung der Kosten einer Versammlung sein Scherflein beitrug, indem er fünf Gulden unter seine Viertasse legte. In den Versammlungen des bereits genannten Falkenauer Bergarbeitervereines wollte der Regierungsvertreter jede Wechselrede dadurch unmöglich machen, daß er den betreffenden Arbeiterredner bei dessen Unternehmer anzeigte. Nach wenigen Tagen war der Arbeiter entlassen. So arbeiteten Behörden und Unternehmer Hand in Hand. Wenn bei einer §-2-Versammlung der Einberufer nur einen Teilnehmer mit Namen nicht kannte, wurde die Versammlung aufgelöst, wenn die Versammlung 5 Minuten später begann, als sie der Behörde angezeigt war, wurde ihre Abhaltung nicht mehr gestattet. Schallende Heiterkeit erregte es bei den Besuchern eines Arbeiterfestes in Reichenberg, als eine behördliche Kommission ein „Raritätenkabinett“ beschlagnahmte. Was es denn in diesem Kabinett Staatsgefährliches gab? „Da war zum Beispiel eine große Kartoffel, die den Apfel der Eva, mit dem sie den Adam zur Sünde verleitet hatte, veranschaulichte. In einem Fläschchen, mit Wasser gefüllt, wurden die Tränen, die die Fabrikanten für die notleidenden Arbeiter vergossen hatten, aufbewahrt und ähnliches mehr.“<sup>5</sup> Ueberger waren schon die vielen Strafen, die wegen Uebertretung des Kolportageverbotes verhängt wurden. So wurde ein Arbeiter wegen Verbreitung eines Witzblattes verhaftet, sechs Monate in Untersuchungshaft gehalten, um dann zu 24 Stunden verurteilt zu werden, die er auch absitzen mußte.

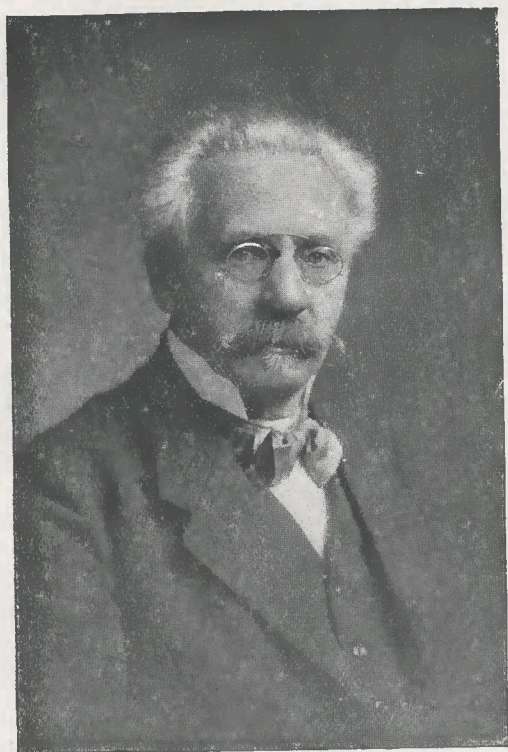
Aber weder brutale Uebergriffe der politischen Behörden noch harte Strafen der Gerichte konnten des Opfermutes und der Zähigkeit der Vertrauensmänner Herr werden. Die machtlosen Arbeiter überwandten in zähem

<sup>5</sup> R. Sch.: „Aus alten Zeiten.“ „Freigeist“, 20. Oktober 1923.



Hans Anton Jobst  
1869—1898





Wilhelm Kiewewetter  
1853—1925



Kleinkrieg die Staatsgewalt, zeigten sich den Pfiffen und Kniffen der „gesetzeskundigen“ Bürokraten gewachsen und setzten den wohlausgedachten Quälereien der Behörden eine zumindest so wohlbedachte Abwehr gegenüber. Schritt für Schritt mußten die Behörden in diesem Kampfe zurückweichen, bis sie der Strom der Arbeiterbewegung überflutete.

Angefiçhts dieses Verhaltens der Bürokratie war die Aufgabe der Sendboten, die jeden Samstag und Sonntag — insbesondere vom politischen Verein „Vorwärts“ in Reichenberg ausgesandt — hinauszogen in die Städte und Dörfer Deutschböhmens, nicht leicht, ihr Leben reich an Opfer und Mühsal. Auf die Freuden des Familienlebens und alle Annehmlichkeiten des Lebens in engem Kreise verzichtend, nahmen sie die seelischen Qualen, die ihnen durch die Behörden bereitet wurden, ebenso auf sich wie die körperlichen Beschwerden des Wanderns in Berg und Tal, in Regen und Schnee, in Hitze und Kälte. „Wie oft mußte ich im Winter ins Gebirge“, diese Schilderung Robert K ö h l e r s gilt von all denen, welche das Evangelium des Sozialismus bis in die entferntesten Winkel des Landes trugen, „bei furchtbarem Schneewetter stundenweit über die Hochflächen marschieren, die Kleider gefroren bis über die Knie und dann stundenlang im kalten Lokal sprechen, um dann in den nassen Kleidern oft auf dem kalten Boden zu schlafen.“<sup>6</sup> Bis in den äußersten Zipfel Westböhmens drangen die Reichenberger Agitatoren wie Wilhelm K i e s e w e t t e r, Franz K o s c h e r, Anton B e h r, Josef und Karl S c h i l l e r und der eben erwähnte aus Hainzdorf stammende Robert K ö h l e r sowie Adolf A l b r e c h t vor. Bald aber entsprossen diesem Boden selbst die Männer und Frauen, welche sich in der Arbeit mit den Boten aus dem Osten teilten und die Bewegung auch in die ländlichen Gebiete hinausstrugen. So Franz L i l l, der bis 1901 in Westböhmen gearbeitet, und die erste Frau, die als Rednerin in jenem Gebiet gewirkt hat, Theresia F e n k l, später L i l l s Frau. Der Mann jedoch, der in jenem Gebiet die Massen für die neue Lehre am meisten entflammt hat, war „der rote Hans“, in Westböhmen ebenso volks-

<sup>6</sup> Robert K ö h l e r sen.: „Erinnerungen aus dem Leben eines Proletariats.“ Reichenberg 1913.

tümlich wie Josef Schiller in Nord- und Ostböhmen. Johann Anton Jobst — so war sein bürgerlicher Name — hat seine entscheidenden Eindrücke in Aisch empfangen, dem in der Geschichte der deutschböhmisches Arbeiterbewegung eine besondere Rolle zugefallen war.<sup>7</sup> 1869 geboren, hat er dort die Schule besucht und das Weberhandwerk erlernt. Wie viele Arbeiter jener Zeit, die den Drang zu lernen und zu erleben in sich spürten und in ihr eintöniges Dasein Abwechslung und Abenteuer zu bringen suchten, ging auch Jobst auf die Wanderschaft. 1892 stürzte er sich mit aller Wucht in den Strom der Arbeiterbewegung, als hätte er geahnt, daß ihm vom Schicksal nur eine kurze Lebenszeit zugemessen war. Unermüdlich und die Kräfte des schwachen Körpers überschätzend, ging er Woche für Woche in Versammlungen, war Redakteur und Kreisvertrauensmann, kurz, der Mann, in dem sich die ganze Parteiarbeit in Westböhmen vereinigte. Trotzdem ihm die Ärzte Schonung auferlegten, ließ er nicht locker. Er selbst erklärte, daß ihm ein früher Tod lieber sei, als ein Leben ohne Arbeit für die Sache des Sozialismus. „Gleich dem tapferen Achilles“ sagt ein Nachruf von ihm, zog er „ewigen Ruhm bei frühem Tode“ einem langen ruhmlosen Leben vor. Noch nicht 29 Jahre alt, lag er am 31. März 1898 auf der Totenbahre. Westböhmens Arbeiter bereiteten ihm ein Leichenbegängnis, wie es Falkenau noch nie gesehen hatte.<sup>8</sup>

In den Versammlungen, die in jener Zeit abgehalten wurden, ging es nicht nur um die Probleme, die die Tagespolitik aufwarf — Wahlrecht und Lohnforderungen —, sondern um die Erweckung des Klassenbewußtseins der Arbeiter überhaupt und damit um die Schicksalsfragen der bürgerlichen Gesellschaft. Es ist eine Tatsache, in der die Beobachter des Arbeiterlebens Deutschböhmens übereinstimmen, daß die deutschböhmisches Arbeiter „Sinerer“ sind, daß sie den einmal erfaßten Gedanken im Kopfe umherwälzen und überhaupt viel schwerblütiger sind als die Arbeiter Wiens. Sie haben über den Sozialismus viel gegrübelt und faßten ihn, wie Peukert in seinen Erinne-

<sup>7</sup> Sieh den ersten Band dieses Werkes, Seite 80.

<sup>8</sup> Simon Starck: „Auch ein Märzgefallener.“ „Erinnerungen aus dem Leben und agitatorischen Wirken des Genossen Johann Anton Jobst.“ Tachau 1900.

rungen erzählt, als Humanitätsidee auf, „in welcher Wahrheit und Recht die Pole bilden, um welche sich das Tun und Lassen aller Menschen zu drehen hat“. Und wenn auch der Marxismus auf diese Auffassung nicht ohne Einfluß geblieben ist, die Menschen zum Erkennen der Wirklichkeit und der treibenden Kräfte der gesellschaftlichen Entwicklung geführt hat, so blieb bei den nordböhmisches Arbeitern den letzten Fragen alles Seins und Werdens immer großes Interesse zugewandt. Das bewiesen beispielsweise die großen Redeschlachten, welche sozialdemokratische Redner im Warnsdorfer Gebiet gegen den Pater D p i z schlugen, der es sich in den Kopf gesetzt hatte, die Arbeiter vom Sozialismus abzubringen und dem es so wenig gelang wie vielen vor ihm und nach ihm.

Die Sozialdemokratie und ihr Wirken hatten zur Folge, daß Deutschböhmens Arbeiter bei ihrem Interesse für die großen Fragen des menschlichen Lebens doch auch nicht die politischen Notwendigkeiten des Tages vergaßen. Sie beteiligten sich nicht nur an den Wahlen in die Krankenkassen — in jener Zeit ging eine Reihe dieser sozialen Institutionen in den deutschböhmisches Bezirkestädten in die Hände der Arbeiterschaft über —, sondern auch an Wahlen, wo ein unmittelbarer Erfolg nicht möglich war. Schon 1891 hatte, wie bereits erzählt, auch in Deutschböhmen die Sozialdemokratie Kandidaten in das Parlament der Bevorrechteten aufgestellt, ebenso trat man in den Kampf bei Wahlen in die Gemeindevertretungen und in den böhmischen Landtag ein, wofür sich insbesondere Seliger auf dem Parteitage von 1897 — gegen den Widerspruch Adlers — einsetzte. Ueberall, wo es möglich war, sollte die Arbeiterklasse den Kampf gegen die vom bürgerlichen Staat mit Vorrechten ausgestatteten Besitzklassen aufnehmen.

Werfen wir noch einen Blick auf die inneren Verhältnisse der Organisation der deutschböhmisches Sozialdemokratie und ihre Presse.

Die Zerissenheit des langgestreckten deutschen Randgebietes in Böhmen hat der straffen Zusammenfassung der Arbeiterorganisationen dieses Landstriches lange widerstanden. Das Fehlen einer großen Stadt, die der natürliche Brennpunkt und geistige Schwerpunkt der Gesamt-

Bewegung geworden wäre, bewirkte, daß der Schwerpunkt der Organisation in den Kreisen lag, die von der in ihrem Mittelpunkt gelegenen größeren Stadt wie Falkenau (später Karlsbad), Mies bzw. Tachau, Tepitz, Auffig, Steinschönau später Tetschen-Bodenbach, Reichenberg, zuletzt Krumau Antrieb empfingen. Deswegen ist trotz vieler Versuche die Schaffung einer lebenskräftigen deutschböhmisches Landesorganisation in den neunziger Jahren nicht gelungen. Erst die Notwendigkeit des Eingreifens in die böhmische Landespolitik und die starke Persönlichkeit Josef Seligers haben hierin einigermaßen Wandel geschaffen. Dessenungeachtet wies die Organisation der deutschböhmisches Arbeiterschaft stets einen föderalistischen Charakter auf, die Landesorganisation blieb ein Bund von Kreisen.

Der erste Versuch der Schaffung einer Landesorganisation fällt in das Jahr 1892. Am 14. August dieses Jahres fand in Reichenberg eine Landeskonzferenz statt, in der die Einteilung in 19 Organisationsbezirke vorgenommen und ein Landesvorstand gewählt wurde. Verantwortlich war dieser Vorstand dem Landesparteitag, der alle zwei Jahre zusammentreten sollte.<sup>9</sup> Der Sitz des Vorstandes war Reichenberg. Im nächsten Jahre fanden zwei Landeskonzferenzen statt, und zwar am 5. Feber in Reichenberg und am 24. September in Warnsdorf. In der ersteren fand eine Neueinteilung in 10 Organisationsbezirke statt. Diese waren: Reichenberg, Gablonz, Warnsdorf, Rumburg, Friedland, Gabel, Böhm.-Leipa, Steinschönau, Auffig, Tepitz. Westböhmen scheint man zur Landesorganisation gar nicht gezählt zu haben. In der zweiten Landeskonzferenz — die sich, wie schon früher erzählt, auch mit der Bewegung der Unabhängigen befaßte — erstattete Kiese-wetter, der erste Landesvertrauensmann der deutschböhmisches Sozialdemokratie, den Bericht der Landesparteivertretung, während Zeller über Organisation und Taktik sprach. Bemerkenswert ist, daß auf dieser Konzferenz gestritten wurde — es wurde dies eine deutschböh-

<sup>9</sup> Die erste Landesleitung der Partei war folgendermaßen zusammengesetzt: Vorstand: Eduard Zeller, Josef Ulbrich, Josef Schiller, Wilhelm Kiese-wetter, Wenzel Rezdara, Lantisch, Karl Hermann, Franz Sponer, Franz Kojcher, August Hermann. Kontrolle: Adolf Albrecht, Karl Schiller, Anton Preibisch, Gustav Nierich.

mische Eigentümlichkeit, die sich nicht nur auf die Partei der Arbeiterschaft beschränkte —, welche Stadt am besten geeignet sei, den Mittelpunkt der deutschen Arbeiterbewegung zu bilden. Ein Aufziger Delegierter bestritt entschieden, daß Reichenberg der Vorort sein müsse. Indessen blieb die — übrigens schwache — Leitung der Partei weiter in Reichenberg.<sup>10</sup> Mit Westböhmen, wo die erste größere Konferenz, welche die Organisationen des dortigen Gebietes zu einer Kreisorganisation zusammenfaßte, 1893 in Granefau bei Chodau stattgefunden hatte, blieb die Verbindung weiterhin eine nur lose.<sup>11</sup>

Die Warnsdorfer Tagung blieb auf lange Zeit hinaus die letzte Landeskonferenz, die Kreisorganisationen verkehrten fast ausschließlich mit der Parteizentrale in Wien, die Landesorganisation starb in den nächsten Jahren ab, um später (1901) wieder gegründet zu werden. Sie hatte aber wieder keine Lebensdauer. Erst seit 1907 gab es unter Leitung Josef Seligers eine wirkliche Landesorganisation, welche tatsächlich politisch führte. Um die Mitte der neunziger Jahre gab es folgende Kreisorganisationen: 1. West- und Südböhmen mit dem Sitze in Falkenau und Bezirksorganisationen in Falkenau, Eger, Nisch, Gratzlitz, Neudorf, Joachimstal, Karlsbad (mit dem Sitze in Nisch), und Krumau. Die in diesem Gebiet befindlichen Bildungsvereine hatten Ende 1895 nicht ganze 3000 Mitglieder. 2. Teplitz-Aussig: mit Bezirksorganisationen in Weipert, Raaden, Saaz, Brüx, Teplitz, Aussig und Leitmeritz. Mitgliederstand 1895 etwa 4000. 3. Reichenberg: mit Bezirksorganisationen in Friedland, Gablonz-Tannwald, Kráuzau, Grottau, Reichenberg. Angegeben werden 7000 politisch und gewerkschaftlich Organisierte. 4. Steinschönau-Haida: mit den Bezirksorganisationen Haida-Steinschönau-Teipa, Zwickau-Niemes-Gabel, Rumburg-Warnsdorf, Schludenau, Bensen und Tetschen-Bodenbach. In jedem dieser Kreise fand die Bewegung ihren Mittelpunkt in einer Zeitung, und zwar im „Volkswille“ (Falkenau), „Freiheit“ (Teplitz), „Freigeist“ (Rei-

<sup>10</sup> Die in Warnsdorf gewählte Landesleitung bestand meistens aus Reichenbergern. Sie war zusammengesetzt aus Riefewetter, Zeller, Sporer, Ulbrich, Rofcher, Albrecht, Schäfer, Trenbal, Persina und Hermann.

<sup>11</sup> Der erste Kreisvertrauensmann war der schon erwähnte Johann Anton F o b k.

chenberg) und „Nordböhmischer Volksbote“ (Steinschönau). Im folgenden Jahre (1896) löste sich Südböhmen als eigene Kreisorganisation von Westböhmen los, während aus Teilen der bisherigen Kreisorganisationen Teplitz und Steinschönau der Kreis Aussig-Tetschen entsteht.

Mit der Entwicklung der Parteiorganisation hielt die der Parteipresse gleichen Stand. Das erste sozialdemokratische Blatt Deutschböhmens, welches nach dem Parteitag von Hainfeld erschien, war der „Freigeist“ in Reichenberg. Welcher Mut die Gründer besaß, geht daraus hervor, daß das Gründungskapital nicht mehr als 40 Gulden betrug.<sup>12</sup> Die erste Nummer der neuen Zeitung, deren Gründung in einer Konferenz beschlossen wurde, die in einem Wäldchen bei Habendorf stattfand, erschien am 17. Oktober 1889, die Erscheinungsweise war zweimal monatlich. Ein öfteres Erscheinen war zunächst dadurch verhindert, daß das Gesetz für die Herausgabe eines Wochenblattes eine Kaution von 4000 Gulden (also das hundertfache Gründungskapital des „Freigeist“) und die Entrichtung des Zeitungstempels vorschrieb. Als dann das Blatt seit 1894 wöchentlich und seit 1898 zweimal wöchentlich erschien, half man sich so, daß man den einzelnen Blättern verschiedene Namen gab („Freigeist“, „Der Freigeist“, „Der neue Freigeist“). Da das Blatt lange Zeit hindurch die einzige deutsche sozialdemokratische Zeitung war, konnte es schon zur Zeit der ersten Maifeier in einer Auflage von 8000 erscheinen. Die ersten Redakteure waren Josef und Karl Schiller, Eduard Rieger, Wilhelm Riefewetter, der Verwalter Karl Schiller.<sup>13</sup>

Seit 1. April 1890 erschienen, gleichfalls in Reichenberg, die „Zeitschwingen, Blätter für Volksbildung und

<sup>12</sup> Karl Schiller: „Ein Rückblick.“ „Freigeist“, 1. Oktober 1909. Derselbe: „Aus alter Zeit.“ „Sozialdemokrat“ (Prag) 25. März 1926.

<sup>13</sup> Karl Schiller war am 29. Oktober 1850 geboren worden und hatte sich insbesondere zu Ende der achtziger Jahre um die Einigung der Arbeiterchaft im Reichenberger Gebiete große Verdienste erworben. Er hatte 1887 den Verein „Eintracht“ gegründet, in dem sich die Anhänger sowohl der Radikalen als auch der Gemäßigten zusammenfanden. Schiller war drei Jahrzehnte Verwalter des „Freigeist“, später „Vorwärts“. Er starb am 20. März 1926. (Sieh „Karl Schiller“ in „Sozialdemokrat“ vom 21. März 1926).

Aufklärung“, begründet und geleitet von Josef Beranek.<sup>14</sup> 1894 übernahm die Redaktion dieser Zeitschrift, welcher ein großes Verdienst an der Vertiefung der Weltanschauung der Vertrauensmänner jener Zeit zufällt,<sup>15</sup> Anton Behr.<sup>16</sup> Von 1894 bis 1902 erschienen die „Zeitschwingen“ in Auffsig, das nach dem Parteitage von Hainfeld zum zweiten Mittelpunkt der deutschböhmisches Arbeiterbewegung wurde. Dasselbst erschien auch vom Mai 1892 bis August 1894 der „Gesellschafter“ (so verdeutschte man „Sozialist“), redigiert von Ernst Berner, dem 1897 gewählten Abgeordneten. Das Blatt wurde dann nach Tepliz verlegt und erschien unter seinem ursprünglichen Titel bis 1896. Zu Ostern dieses Jahres wurde das „Volksrecht“ geschaffen, das ursprünglich Kopfblatt der Teplitzer „Freiheit“, seit 1897 als selbständiges Blatt in Auffsig gedruckt wurde. Josef Dobiasch, später Heinrich Dietl redigierten es.<sup>17</sup>

Früher schon waren sozialdemokratische Zeitungen in Westböhmen entstanden. Die erste war „Die Morgenröte“ unter der Redaktion des Tschechen Reznicek und des Deutschen Franz Lill, in Prag mit Antiqualettern gedruckt, die aber schon nach der dritten Nummer zu leuchten aufhörte. (1890.) Die zweite war die „Volkswacht“, deren Schriftleitung in den Händen Johann Haberfellners war, eines Porzellanmalers in Fischern bei Karlsbad, wo auch die Zeitung erschien. Ein Arbeiter namens Emisch hatte das Gründungskapital beige-steuert. Das Blatt übersiedelte dann nach Eger und hörte 1893 zu erscheinen auf. In seine Stelle trat der „Volkswille“ in Eger, später in Falkenau, dann (1904) in Karlsbad, dessen ersten Redakteure der Metallarbeiter Johann Ritsche, der frühere Mönch Josef Dobiasch und der bereits genannte Franz Lill waren. Frühzeitig hatten sich auch die Glasarbeiter des Haida-Steinschönauer Gebietes ein Kampfblatt ge-

<sup>14</sup> Geboren am 6. Juni 1856 in Erbec bei Neutrausitz. (Sieh den Artikel K. Kreibitz über Josef Beranek im „Vorwärts“-Reichenberg vom 6. Juni 1926.)

<sup>15</sup> Josef Beranek: „Volkswbildung ist Volksbefreiung.“ Ein Vortrag zur Bildungsarbeit vor 30 Jahren. „Vorwärts“ (Reichenberg), 1. Mai 1920.

<sup>16</sup> Den Lebenslauf Behrs sieh Emil Straub: „Die Entstehung der deutschböhmisches Arbeiterbewegung.“ S. 143.

<sup>17</sup> Leopold Böhl: „Dreißig Jahre Volksrecht.“ „Volksrecht“ (Auffsig) vom 4. April 1926.

schaffen. Seit November 1891 erschien in Steinschönau ein Wochenblatt unter dem Titel „Nordböhmisches Volksbote“, (aus der „Glasarbeiterzeitung“ hervorgegangen) dessen redaktionelle Leitung in den Händen Josef Hannichs lag.<sup>18</sup> Seit Feber 1894 erschien unter der Redaktion Josef Seligers, der bald der erste Journalist der Partei wurde, in Teplitz die „Volksstimme“, später „Freiheit“ genannt, mit einem „Kapital“ von 30 Gulden ins Leben gerufen. So hatte die Zersplitterung der Bewegung die Gründung von vielen Blättern — einige kurzlebige führen wir gar nicht an — zur Folge, die einander Konkurrenz machten und deren Auflagenziffern jahrelang bescheidene blieben. Auf der Landeskonzferenz in Warnsdorf 1893 führte der Referent zum Punkt Presse, Rezda, aus, daß oft Blätter ohne Notwendigkeit gegründet werden, welche dann schwer mit dem Leben kämpfen müssen.<sup>19</sup> In ähnlicher Weise kritisierte die vielen Blattgründungen auf dem Parteitag von 1897 der Pressereferent Julius Popp. Bessere Zeiten hatte die Parteipresse im Wahlkampfe 1896/97, da das erhöhte politische Interesse ein Steigen der Abnehmerzahl aller Blätter zur Folge hatte.

\*

Die Zeit vom Parteitag in Hainfeld 1889, der durch die Einigung von Radikalen und Gemäßigten die sozialdemokratische Partei Oesterreichs neu begründet hat, bis zum allgemeinen, wenn auch nicht gleichen Wahlrecht 1897, das den Einzug von Sozialdemokraten ins Parlament möglich machte, ist eine Zeit des inneren Aufbaues, der Sammlung, der Selbstverständigung, der Vorbereitung. Die stürmische Wirtschaftsentwicklung stärkte das Selbstgefühl des Proletariats und begünstigte das Wachstum der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse, denen die Lücken der Behörden und Unternehmer nichts

<sup>18</sup> Am 1. Feber 1908 übersiedelte das Blatt nach Böh.-Leipa, seit 3. April 1909 erscheint das Blatt in Bodenbach. Sieh Josef Schmetschhart: „Den Feind, den wir am tiefsten hassen . . .“ in „Zeitschrift“ der Kreisorganisation Bodenbach der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik. Bodenbach 1924.

<sup>19</sup> Auf dem Parteitage 1894 hat Popp folgende Auflageziffern bekanntgegeben: „Freiheit“ (Reichenberg) 5000, „Nordböhmisches Volksbote“ (Steinschönau) 2000, „Gesellschafter“ (Aussig) 2200, „Bädel“ (Aussig) 1200, „Volksstimme“ (Teplitz) 1500, „Volksmacht“ (Eger) 1400.

anhaben konnten. Die inneren Streitigkeiten in der Partei wurden, soweit es um die grundsätzliche Einstellung zu den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen ging, rasch überwunden, aus den Auseinandersetzungen jener Zeit ging die Taktik hervor, den Augenblicksinteressen der Arbeiterschaft ebenso Beachtung zu schenken wie den hohen Zielen der Gesamtbewegung, jedes Kampfmittel auf seine jeweilige Zweckmäßigkeit zu prüfen. Der nationale Streit innerhalb der Arbeiterbewegung war erst im Keime vorhanden und hemmte noch nicht den Kampf der Klasse. Die Partei schuf sich ihre Organisationsform und drang in neue Gebiete vor. Die Waiseier zeigte von Jahr zu Jahr die wachsende Werbekraft der sozialdemokratischen Idee, der Kampf um das allgemeine Wahlrecht brachte fast die gesamte Arbeiterklasse unter den Einfluß der Sozialdemokratie. 1897 war eine wichtige Teilstrecke auf dem Wege zum allgemeinen gleichen Wahlrecht, das ist auf dem Wege zur Demokratie, zurückgelegt. Nun galt es, im Parlament vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu den auftauchenden Staatsproblemen Stellung zu nehmen und das Parlament zur Tribüne zu machen, auf der eine bisher von der Gesetzgebung ausgeschlossene Klasse erschien. Jeder Erfolg stellte der Sozialdemokratie neue Aufgaben. Wie sie diese im folgenden Jahrzehnt löste, wie sie insbesondere ihr unmittelbares politisches Hauptziel, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, erreichte, wie die Vermehrung der Anzahl der Kurien der Anfang vom Ende des Kurienystems überhaupt war, werden wir auf den folgenden Blättern erzählen.



## Zweiter Abschnitt:

# Bis zum allgemeinen gleichen Wahlrecht. (1897—1907)

## Fünftes Kapitel:

### Wirtschaftliche Organisationen und Wirtschaftskämpfe.

Den Unterbau des mächtigen Fortschrittes der österreichischen Arbeiterbewegung im Jahrzehnt von 1897 bis 1907 bildete die fortschreitende industrielle Entwicklung Oesterreichs. So stiegen der Wert der geförderten Steinkohle von 1881 bis 1901 von 41 auf 109 Millionen, der Braunkohle von 32 auf 125, des Eisenerzes von 3 auf 19, des erzeugten Roheisens von 35 auf 80 Millionen Kronen. Um die Wende des zwanzigsten Jahrhunderts vollzogen sich in der Volkswirtschaft gewichtige Veränderungen. Das Wachstum der Betriebe hatte die Verdrängung des Einzelunternehmers durch die Aktiengesellschaften zur Folge. 1896 gab es in Oesterreich 449 Aktiengesellschaften mit 1577 Millionen Kronen, 1907 schon 648 Gesellschaften mit 2744 Millionen Kronen Aktienkapital. An Stelle der freien Konkurrenz traten Kartelle, an die Stelle des Kampfes der Kapitalisten untereinander deren Verständigung. 1900 entstand das Kupferdrahtkartell, 1903 das Eisen- und Glühlampenfabrikenkartell, 1904 das Kartell der Gummifabriken, 1905 das der Emailgeschirrfabriken, 1906 das Armaturenkartell, 1907 das Kartell der Maschinenfabriken. Wurde schon durch diese Wirtschaftsentwicklung die Interessengemeinschaft der industriellen Kapitalisten immer fester geknüpft, so wurde durch die Entstehung der landwirtschaftlichen Industrie die Interessengemeinschaft

aller Großkapitalisten erst hergestellt. Der Kampf zwischen Feudaladel und städtischem Bürgertum ging zu Ende, die Fronten dieser beiden Machtclassen schlossen sich zur Einheitsfront gegen die Arbeiterklasse. In den Reigen der bürgerlichen Massen treten, begünstigt vom Eindringen der kapitalistischen Geldwirtschaft in die Landwirtschaft, die besitzenden Bauern, deren Reichtum dank der Anwendung der Agrarwissenschaft steigt. Die Durchschnittsernteerträge an Weizen, die im Jahrfünft 1895 bis 1899 11.700 Meterzentner betragen haben, steigen im Jahrfünft 1905 bis 1909 auf 15.500 Meterzentner. Die bäuerliche Kapitalkraft kommt in dem Wachstum der Raiffeisenkassen zum Ausdruck, die 1898 180.000 Mitglieder mit 93 Millionen, 1908 784.000 Mitglieder mit 615 Millionen Kronen Spareinlagen hatten. Diese Wirtschaftsentwicklung bringt die besitzenden Bauern als Akteure auf die Bühne der Politik.

Unterbrochen wird die schnelle Entwicklung des Kapitalismus freilich durch die regelmäßigen Krisen, die von Zeit zu Zeit das Wirtschaftsleben erschüttern. Ein kritisches Wirtschaftsjahr ist in dieser Zeit des Aufschwunges 1899 eine zweite Wirtschaftskrise bricht über Oesterreich 1901 herein. Von da ab herrscht in allen Gewerben eine günstige Konjunktur bis zum Ende des hier dargestellten Abschnittes. 1903 wird der Wirtschaftsaufschwung immer stürmischer, in einzelnen Erwerbszweigen herrscht geradezu eine Ueberbürdung mit Aufträgen. Diese Zeit günstiger industrieller Entwicklung mußte die Macht des Proletariats mehren und ein Kraftgefühl erzeugen, das alle Dämme niederreißen mußte, sobald günstige politische Verhältnisse gekommen waren. Das trat 1905 ein, als die russische Revolution ein neues Zeitalter sozialer Umwälzungen in Europa einleitete.

Wohl stiegen in der Zeit der guten Konjunktur in dem geräuschvolleren oder stilleren Ringen mit den Unternehmern die Bühnen. Was aber ein Teil der Kapitalisten den Arbeitern gab, nahm ihnen ein anderer in Form hoher Lebensmittelpreise wieder weg. Die gesteigerte Nachfrage in der Zeit der guten Wirtschaftskonjunktur treibt die Preise in die Höhe. Entweder wirtschaftlicher Niedergang und damit Arbeitslosigkeit, oder guter Geschäfts-

gang und damit Teuerung — zwischen diesen beiden Polen liegt das Schicksal der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eingeschlossen. Das Jahrzehnt, von dem wir sprechen, ist eine Zeit der Teuerung. 1897 setzt das Steigen der Preise ein. Während im April dieses Jahres ein Meterzentner Weizen 7.90 fl. kostete, betrug der Preis ein Jahr später 15.20 fl. Ein Versuch der sozialdemokratischen Abgeordneten, durch Beseitigung der Getreidezölle eine Preissenkung herbeizuführen, scheiterte an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien. Statt mit Hilfe der staatlichen Finanzpolitik der Teuerung entgegenzuarbeiten, erhöhte die Regierung Thun-Raizl — mit dem berücktigten § 14 der Verfassung, also ohne das Parlament zu befragen — die Abgaben für Bier, Branntwein und Zucker. Insbesondere die Erhöhung der Zuckersteuer von 13 auf 19 Gulden hatte einen Versammlungssturm der Arbeiter im ganzen Reiche zur Folge. Am 30. und 31. Juli 1899 wurden in ganz Nordböhmen mächtige, von der sozialdemokratischen Partei einberufene Demonstrationsversammlungen abgehalten. In den größeren Städten erreichte die Teilnehmerzahl an diesen Versammlungen 10.000. Die Erregung der Massen war so groß, daß sich die Versammlungsfaktion bis zum September hinzog. Am 13. August 1899 sah Teplitz die größte Demonstrationsversammlung, welche es in der Stadt bis dahin gegeben hatte. 15.000 Menschen füllten an diesem Tage den Schmeykalplatz, von drei Tribünen sprachen die Redner. „Um jede Tribüne hatte sich eine breite und dichte Mauer gebildet, aus der niemand heraus-, die niemand durchbrechen konnte, und die so breit war, als der Schall der Redner drang. Zwischen diesen drei Gruppen von Zuhörern schoben sich hunderte hin und her, von einer Tribüne zur anderen, um etwas zu hören. Einem geschlossenen Meer von Menschen aber gleich der ganze große Platz in dem Augenblick, als die Versammlung . . . geschlossen wurde.“ Dann setzten sich die Tausenden von Menschen zu einem Umzuge in Bewegung. Es war die Parole ausgegeben worden, schweigend zu demonstrieren, und nicht ein Ruf wurde hörbar, stumm zog das Heer der Arbeiter durch die Straßen der Stadt. Der Eindruck war überwältigend. Tragischer war der Ausgang von Demonstrationen, die in Graslitz stattfanden. Nach-

dem die dortige Arbeiterschaft am 19. August 1899 eine große Kundgebung veranstaltet hatte, wurde in der Stadt eine größere Anzahl von Gendarmen zusammengezogen. Sonntag den 20. August kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Gendarmen und den Arbeitern vor einem Gasthaus. Die Gendarmen schossen in die Menge. Drei Personen waren sofort tot, eine vierte starb an den erlittenen Verletzungen, weitere sieben Menschen wurden schwer verletzt. In dem gerichtsarztlichen Befund wurde ausdrücklich festgestellt, daß alle Toten von rückwärts angeschossen waren, es konnte also von einem Angriff der Menge auf die Gendarmen keine Rede sein. Der Bezirkskommissär Dr. Roth, der den Gendarmen das Schießen befahl, mußte Graslig fluchtartig verlassen. In ganz Oesterreich rief der blutige Vorfall die Empörung und Erbitterung der Arbeiter hervor.\*

Auf die Gestaltung der Preise der wichtigsten Lebensbedarfsartikel, welche die Arbeiterschaft verbrauchte, wirkte in einer für das Proletariat ungünstigen Weise auch die Zoll- und Handelspolitik ein, welche die herrschenden Klassen seit Beginn den achtziger Jahre betrieben. Auf dem Parteitage von 1901 beschäftigte sich die österreichische Sozialdemokratie in ausführlicher Weise mit diesem Problem.

Bis zum Jahre 1851 war in Oesterreich das Verbotssystem in Geltung, durch welches die Einfuhr bestimmter Waren überhaupt verboten war. An seine Stelle trat dann durchgängig die Einrichtung der Zölle, wodurch die Einfuhr aus dem Auslande mittels des höheren oder niederen Zolles beeinflusst werden konnte. Volkswirte und Staatsmänner standen damals in zwei Lagern, dem der Freihändler und Schutzzöllner. Zunächst siegte der Freihandel. 1846 wurden im ältesten Lande industrieller Entwicklung, in England, die Kornzölle abgeschafft, durch den englisch-französischen Handelsvertrag von 1860 wurde Frankreich, durch den Vertrag Frankreichs mit dem deutschen Zollverein 1865 auch dieser für den Freihandel gewon-

\* Die Todesopfer waren der 56jährige Schuhmacher Michel Dietl (Vater von sechs Kindern!), der 27jährige Maurer Georg Bauml, der 20jährige Schlosser Rudolf Bödig, der 15jährige Instrumentenmacher Friedrich Stowasser. Am Leichenbegängnis nahmen 15.000 Personen teil, an den Gräbern sprachen die Abgeordneten Hofner und Dr. Verfauf.

nen. Auch da kam Oesterreich um eine Idee zu spät. Die hohen Zölle verhinderten die wirtschaftliche Annäherung der süddeutschen Staaten, und als Oesterreich endlich seine Zölle herabsetzte, war die wirtschaftliche Verbundenheit der deutschen Bundesländer mit Ausschluß Oesterreichs so stark, daß Preußen mit Erfolg die Aufnahme Oesterreichs in den deutschen Zollverein verhindern konnte. So hat Oesterreich durch seine Schutzzollpolitik seinen Ausschluß aus dem deutschen Bunde, den ihm Preußen nach dem siegreichen Kriege von 1866 diktierte, selbst vorbereitet.

Die Herrschaft des Freihandels wurde auf dem europäischen Festlande zu Ende der siebziger Jahre insbesondere durch die steigende Einfuhr des amerikanischen Getreides, sowie durch das Bestreben, die emporstrebende deutsche Industrie gegen den englischen Wettbewerb zu schützen, erschüttert. Die bürgerliche Nationalökonomie wandte sich vom Theoretiker des Freihandels Adam Smith dem des Schutzzollens Friedrich List zu, Bismarck brachte 1879 im deutschen Reichstag einen Zolltarif durch, der die Zölle auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft und Industrie erhöhte. Oesterreich, dessen Zollpolitik sich bis 1918 im Schlepptau der deutschen bewegte, folgte dem Beispiel im Zolltarif von 1882. Als Deutschland nach Bismarcks Entlassung wieder zur Politik eines mäßigeren Schutzzollens zurückkehrte, tat Oesterreich (1892) dasselbe. Ende der neunziger Jahre jedoch traten Industrielle und Grundbesitzer für eine neuerliche Erhöhung der Zölle ein, und die Sozialdemokratie stand vor der Notwendigkeit, den Kampf gegen die Hochschutzzölle aufzunehmen.

Der Standpunkt zu den Fragen der Zollpolitik war innerhalb der Partei nicht geklärt, was darin zum Ausdruck kam, daß auf dem Wiener Parteitage von 1901 drei Referenten über das Thema „Die Zoll- und Handelspolitik der Sozialdemokratie Oesterreichs“ sprachen. Karl Kautsky erklärte, man müsse, um innerhalb des verwickeltesten Zollproblems nicht auf einen Irrweg zu geraten, vom Interesse der arbeitenden Klasse ausgehen. „Der Proletarier ist Verkäufer der Ware Arbeitskraft, er hat ein Interesse an dem hohen Preise dieser einen Ware, aber kein Interesse an hohen Preisen anderer Waren . . .“ Ist schon so der Standpunkt gegen die alle Waren verteuernenden Schutz-

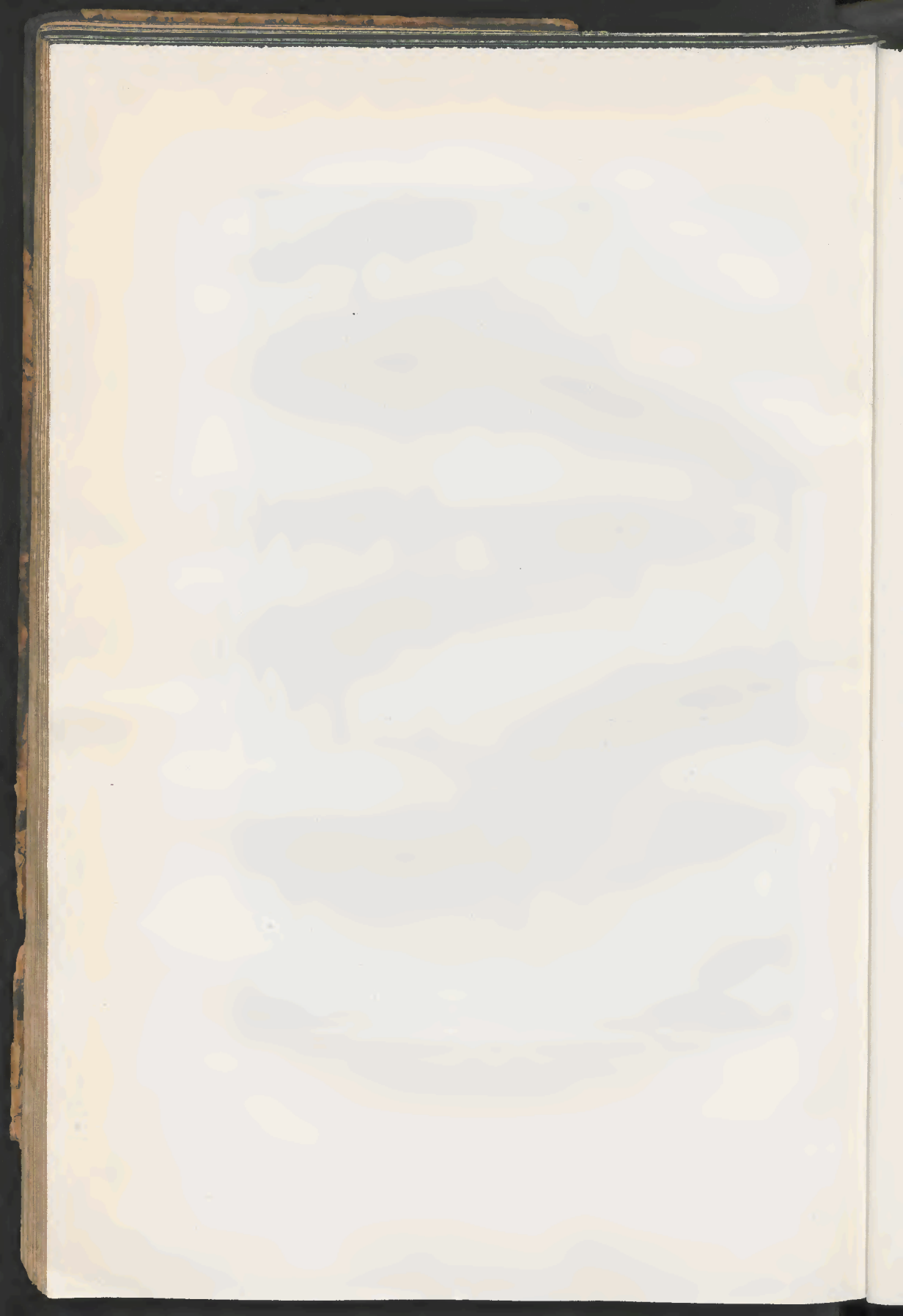
zölle gegeben, so erfließt diese Stellungnahme auch daraus, daß die Sozialdemokratie das Interesse des Gesamtproletariats vertreten müsse. „Wenn eine Kapitalistenschichte“, so führte Kautsky aus, „imstande ist, die Staatsmaschine ihren Sonderinteressen dienstbar zu machen, so wird diese Gruppe es durchsetzen, daß für sie besonders hohe Zölle festgesetzt und dadurch ihre speziellen Interessen auf Kosten der Allgemeinheit gefördert werden. Das Proletariat aber hat kein Interesse daran, daß eine besondere Industrie auf Kosten der anderen geschützt werde, es hat nur ein Interesse daran, daß sich die Gesamtindustrie entwickle.“ Als Beispiel wies der Referent auf den Eisenzoll hin, der den Eisenindustriellen hohe Gewinne bringe, aber die gesamte übrige Industrie schädige. Ebenso wandte sich Kautsky gegen die geplante Erhöhung der Getreidezölle, die einigen tausend Grundbesitzern eine Mehreinnahme von etwa 200 Millionen Kronen, der gesamten übrigen Bevölkerung aber teureres Mehl und Brot bringen würden. Weniger scharf war die Stellungnahme des zweiten Referenten, Dr. Benno Karpeles, gegen die Schutzzölle. Er hatte gegen einen mäßigen Schutzzoll einzelner Industrien nichts einzuwenden und stellte den Vertretern der Partei die Aufgabe, bei jedem einzelnen Posten des Zolltarifes ihren Standpunkt zu prüfen. Der dritte Referent, Heinrich Beer, trat gegen die Meinung seines Vorredners, daß die Entwicklung von Oesterreichs Industrie durch den Schutzzoll gefördert werden könne, auf und sah die Ursache für die Rückständigkeit der österreichischen Industrie anderwärts: „... ich sehe in den niedrigen Löhnen, in den schlechten Schulen und ... in dem Mangel einer vernünftigen Zollpolitik die Hauptursache dafür, daß unsere Industrie ... so rückständig ist ...“ In der Debatte wandten sich mehrere Redner leidenschaftlich gegen die Auffassung, die Dr. Karpeles vertreten hatte und die Wasser auf die Mühle der Schutzzöllner war. Schließlich einigten sich die Referenten darin, daß in gewissen Fällen Erziehungszölle gebuldet werden können. In der vom Parteitage angenommenen Entschließung heißt es: „... in den Anfängen der kapitalistischen Industrie kann die ökonomische Entwicklung auch gefördert werden durch Erziehungszölle für die Industrie. In Ländern

fortgeschrittener kapitalistischer Industrie werden diese Zölle aus einem Förderungsmittel ein Hemmnis der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, namentlich dort, wo man sie mit Agrarzöllen verbindet, oder wo sie die Aufgabe haben, begünstigten Kapitalistengruppen Extraprofit zuzuschänzen. Diese letzteren Zölle, ebenso wie Finanzzölle, sind unter allen Umständen auf das entschiedenste zu bekämpfen . . .“

Freilich erwies sich die Sozialdemokratie zu schwach, um die Erhöhung der Industrie- und Agrarzölle zu verhindern. Im Jänner 1903 wurde der Zolltarif bekannt, den die Regierung Koerber mit Ungarn vereinbart hatte. Danach wurde der Weizen Zoll von 3.57 auf 7.50 Kronen, der Fleisch Zoll von 14 auf 30 Kronen erhöht. Die Zölle auf Fleisch und Brot wurden sohin verdoppelt. Wurden schon dadurch die Lebensmittelpreise hinaufgetrieben, so setzte 1904 eine neuerliche Teuerung ein. In wenigen Monaten wurden nach einer Berechnung der „Neuen Freien Presse“ die Kosten eines Haushaltes um 23 Prozent erhöht. Anfang Mai 1904 kostete der Weizen 7.90 Kronen pro 50 Kilogramm, Ende Mai schon 9.36 Kronen. Ebenso stiegen die Preise von Fleisch, Zucker, Milch, Kohle. Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs in Salzburg (1904) gab es über die Frage der Lebensmittelverteuerung eine längere Debatte, in der bezüglichen Entschliebung forderte der Parteitag die Arbeiterschaft auf, „den Kampf gegen das Agrariertum mit größter Schärfe und Energie zu führen“ und die wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zu fördern. Im Mai 1905 wandte sich bei der Verhandlung des Zolltarifs im Abgeordnetenhanse der 1901 gewählte Lehrer Seitz dagegen, daß jede Hausfrau den ungarischen Agrariern ein Viertel des Mehl- und Brotpreises als Zoll entrichten müsse. (In der Ausbeutung der österreichischen Bevölkerung durch die ungarischen Grundbesitzer kam die Macht der ungarischen und die Schwäche der österreichischen Regierung zum Ausdruck.) Im Jahre 1906 stiegen die Preise erneut. Das Ergebnis war, daß in Nordböhmen von 1900 bis 1906 das Schweinefleisch von 1.20 auf 2 Kronen, das Kalbfleisch von 1.40 auf 2.60 und das Rindfleisch von 1.60 auf 2.20 gestiegen war. Das Steigen der Fleischpreise war die notwendige Folge des überragenden Einflusses der



**Demonstration gegen die Zuckersteuer**  
(Teplitz-Schönau, 13. August 1899)





Anna Altmann  
geb. 1851



österreichischen und ungarischen Agrarier, welche die Grenzsperrre für Vieh gegen die Balkanstaaten durchgesetzt hatten, wohingegen die Viehhausfuhr nach Deutschland offen blieb. Diese Politik senkte nicht nur die Lebenshaltung der breiten Massen und machte den Genuß von Fleisch zum Leckerbissen, sondern verursachte die Abneigung der serbischen Bauernklasse gegen Oesterreich und hat so beigetragen, jene politische Lage zu schaffen, die später zu einer Reihe von Konflikten mit Serbien und schließlich zum Weltkriege führte.

Dabei herrschten in einzelnen Zweigen der Produktion noch immer Zustände, die an die sozialen Verhältnisse der siebziger und achtziger Jahre gemahnten. Anlässlich eines Glasarbeiterstreiks in Lannwald im Sommer 1898 wurde die Aufmerksamkeit der Deffentlichkeit auf die grauenhaften Zustände in der dortigen Glasperlenindustrie gelenkt, wo etwa 300 Kinder im Alter von vier bis vierzehn Jahren beschäftigt waren. „Die Kinder werden zumeist mit der Arbeit des Anfädelns und Abfeilens betraut. Ihre Arbeit währt oft bis um 10 oder 12 Uhr nachts, bis sie vor Müdigkeit umsinken.“ Die Arbeitszeit für die Erwachsenen war überhaupt unbeschränkt, sie betrug in der Regel 16 bis 18 Stunden.<sup>1</sup> Der Lohn der Erwachsenen bewegte sich zwischen 1 fl. 50 kr. und 5 fl., derjenige der Kinder zwischen 70 und 80 kr. in der Woche. Bei solchen Löhnen war es für die Arbeiter und ihre Familien unmöglich, sich sattzueissen. Kartoffeln bildeten die Hauptnahrung der schwer arbeitenden Männer, Frauen und Kinder.

Kartoffeln in der Früh',  
Des Mittags in der Brüh',  
Des Abends mit samt dem Kleid,  
Kartoffeln in alle Ewigkeit.

Der Arbeitsraum war oft so klein, daß sich die Menschen kaum bewegen konnten, er diente zugleich als Wohn-, Schlaf- und Kochraum. Am Abend verpesteten Petroleumlampen die Luft. Diese Lebensweise — viel arbeiten und wenig essen — bereitete den Glasarbeitern einen frühen Tod. Der Glasstaub vernichtete ihre Lungen, so daß die

<sup>1</sup> Max Winter: „Zwischen Iser und Neiße.“ Bilder aus der Glas- Kleinindustrie Nordböhmens. Wien 1900.

Schleifer in jungen Jahren reif wurden für „Pfarrers Schleifmühl“. Es gehört zu den Sonderbarkeiten des Lebens, daß die Opfer dieser furchtbaren Verhältnisse sich über ihr eigenes Schicksal lustig machten. So pflegte man zwiſchen Pſer und Reiffe zu ſagen: „Geld ho ich genug, od an Sunnt'che un ei der Woche kee's“, oder „Arm bin ich ne, ich hab' halt niſcht.“ Dieſe humorvolle Auffaſſung eines elenden Lebens kommt in den Erzählungen und Theaterſtücken des Arbeiterdichters Franz Grundmann naturgetreu zum Ausdruck. Grundmann, der am 31. Dezember 1864 in Brettgrund bei Trautenau als Sohn eines Bergarbeiters zur Welt gekommen war, war in ſeiner Jugend von unbändiger Wanderluſt beſeelt geweſen und hatte einen großen Teil Oeſterreichs und Deutschlands bereiſt, wo er vieles ſah und in ſich aufnahm. Seit 1888 ſtand er als Glaſſchleifer in Antoniwald im Pſergebirge. Er war ein guter Beobachter und ſchilderte ſchon drei Jahre ſpäter in der Arbeiterpreſſe Leben und Leiden der Glaſarbeiter. Die Erzählungen, die er ſchrieb, ſind nicht nur eine lebenswarme Darſtellung der Sorgen und Mühen ſeiner Klafſengenoffen, ſondern zeichnen ſich durch Friſche und Humor aus. Am 30. Juni 1921 iſt Grundmann, der auch in der Organifaion der Glaſarbeiter ſeinen Mann geſtellt hat, geſtorben, unter den Glaſarbeitern des Pſergebirges wird der zugleich tatkräftige und bedächtige, gütige und wiſige Mann nicht ſo bald vergeſſen werden.

Aber nicht nur in der Heiminduſtrie, ſondern auch in Fabrikſbetrieben herrſchten für die Arbeiter unerträglich Zustände.<sup>2</sup> Der Umwälzungsprozeß in der Porzellaninduſtrie — Verwendung der Gipsgußformen und der Porzellangußmaſſe, wodurch auch große Gegenſtände von ungelerten Arbeitern hergeſtellt werden konnten, Erfindung des Buntdrucks — machte einen Teil der hochqualifizierten Arbeiter (Maler) überflüſſig und warf ſie auf die Straße. Wer aber Arbeit behielt, unterlag der fürchtbarſten Ausbeutung. So arbeiteten in Weſtböhmen an den Porzellanöfen heute oft 24, ja auch 36 Stunden ohne Unterbrechung, ihre wöchentliche Arbeitszeit betrug bis 120 Stun-

<sup>2</sup> Die Aufliger Fabrikanten ſprachen ſich 1897 in einer Entſcheidung gegen den geſetlichen Zehnſtundentag aus!

den!<sup>3</sup> Dabei war die Arbeit gesundheitlich im höchsten Grade schädlich. Max Winter, der verdiente Schilderer des deutschböhmisches Arbeiterlebens, gibt uns ein anschauliches Bild der Arbeitsweise der Porzellanarbeiter: „Hinein in den glühenden Bauch des Ofens müssen sie schliefen, schwer bepackt keuchen sie heraus in den meist zugigen Raum, der den Ofen umgibt, über Gänge müssen sie das ausgenommene Geschirr schleppen, Trepp auf, Trepp ab, und dabei müssen sie in der Minute oft einen zweimaligen Temperaturunterschied von 20 Graden und mehr auf ihren Körper einwirken lassen. Im Ofen 35 bis 40 Grad Hitze, auch mehr, im Vorraum 15 bis 20 Grad im Sommer, oft kaum 10 Grad im Winter, diesem Wechsel sind die Tagelöhner und Tagelöhnerinnen durch Stunden hindurch Minute für Minute ausgesetzt, und gerade die Arbeitszeit dieser Kategorien ist normal am längsten.“ Nicht einmal einen freien Sonntag hatten die „Brennhausklaven“. Die Arbeiter, die einen zu weiten Weg zurückzulegen hatten, um täglich nach Hause gehen zu können, wohnten in Massenquartieren, wo sie zu fünf oder sechs in kleinen Dachzimmern schliefen, „in denen kein Ofen, kein Tisch auch nur die Spur von Bequemlichkeit aufkommen lassen“. Daß unter diesen Umständen die Menschen ständig von Krankheiten heimgesucht wurden, war bei derartigen Arbeits- und Lebensverhältnissen selbstverständlich. In einem Chodauer Betrieb kamen im Jahre 1900 auf 513 Versicherte 19 Todesfälle und 305 Erkrankungen, es erkrankten also binnen Jahresfrist 59 Prozent der Arbeiter. In einem Betrieb in Pöschekau (Bezirk Elbogen) betrug der Prozentsatz an Erkrankten sogar 85 Prozent. Kein langes Leben war den Opfern einer keine Grenze anerkennenden, von keiner Moral befangenen Klasse von Profitjägern beschieden. Ergreifend ist das Mädchenlied, das die kurze Lebensdauer des Geliebten besingt:

Ma Schatz is a Dreha,  
 U Dreha maouß san,  
 Ga drat nä zea Gauha<sup>4</sup>  
 U affat geht a ahn.<sup>5</sup>

<sup>3</sup> Max Winter: „Im Fuzstnerlandl.“ Eine Studie über das Leben der nordwestböhmisches Porzellanarbeiter. Wien 1901.

<sup>4</sup> Nur zehn Jahre.

<sup>5</sup> Dann geht er ein.

Das Bild wäre unvollständig, wenn nicht erwähnt würde, daß auch auf den körperlich völlig gesunden Arbeiter in den Rädern und Transmissionen der Maschinen ständiger Tod und Verstümmelung lauerten. Eine erschütternde Zusammenfassung der Unfallstatistik gibt der durch seine sozialen Schilderungen verdiente Schriftsteller L. W. Teifen: „In der Zeit von 1897 bis 1901 wurden dem Mammon folgende Opfer dargebracht: 6563 Arme, 6055 Hände, 31.203 Finger, 25.432 Beine und Füße, 5412 Augen. Verletzungen des Kopfes kamen 3365mal und solche des Rumpfes 4355mal vor; außerdem 1415 Rippenbrüche und 1155 innere Verletzungen. 219 Personen erstickten und 166 Personen ertranken. Am Ende des Jahres 1904 gab es 6869 Witwen nach Getöteten, 9699 Waisen unter 15 Jahren, 3052 dauernd gänzlich Invalide und 52.052 dauernd teilweise Invalide.“<sup>6</sup> Im Bergbau allein gab es von 1879 bis 1907 5767 Tote und 15.225 Schwerverletzte.

Nur unter großen Opfern gelang es den Arbeitern in der Porzellanindustrie — so durch die Streiks von 1897 in Dallwitz und Mich — ihre Lebenslage zu heben. Auch in der Glasindustrie des Fsergebirges, von der vorhin die Rede war, kam es 1898 und 1903 zu heftigen Lohnkämpfen.

Die Arbeiterschaft Oesterreichs hatte um die Jahrhundertwende außerordentlich schwere gewerkschaftliche Kämpfe durchzufechten. Die meisten dieser Kämpfe galten der Herabsetzung der Arbeitszeit. 1899 war das Kampffahr der Textilarbeiter, die den Zehnstundentag verlangten, 1900 das Kampffahr der Bergarbeiter, welche die Achtstundenschicht forderten. Im Frühjahr 1899 streikten die Textilarbeiter des Mähoder Gebietes, im Herbst die von Zwettau. Der schwerste dieser Textilarbeiterkämpfe war jedoch der Streik der Brünnener Textilarbeiter, der am 26. April 1899 begann, acht Wochen dauerte und an dem 6000 Männer und 5000 Frauen beteiligt waren. Der Kampf dieser armen, ausgebeuteten Menschen, deren Wochenlohn drei bis vier Gulden betrug, die von Unternehmern und Betriebsleitern brutal behandelt und durch allerlei Kniffe bei der Lohnauszahlung betrogen wurden,

<sup>6</sup> „Die Besitzenden und die Besitzlosen in Oesterreich.“ Wien 1906.

endete mit einem Kompromiß. Der zehnstündige Arbeitstag wurde nicht durchgesetzt, wohl aber eine Lohnerhöhung.

Eine weit größere Masse von Menschen erfaßte der Streik der Bergarbeiter im Jahre 1900. Schon seit Jahren hatten die Arbeiter den Unternehmern die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, einem Grundlohn von zwei Gulden für den Häuer und wöchentlicher Lohnauszahlung vorgelegt, ohne den geringsten Erfolg erzielen zu können. Die Erbitterung und Verzweiflung der unter steter Lebensgefahr arbeitenden Menschen brach zuerst im Dstrauer Revier hervor, wo die Arbeiter eines Schachtes wegen eines Streites um die Schichtdauer in den Streik traten. Rasch ergriff die Flamme nicht nur dieses Revier, sondern alle Reviere Oesterreichs. Am 19. Jänner traten die Bergarbeiter des Teplitz-Brüx-Komotauer, am 22. Jänner des Falkenauer und Pilsner Revieres in den Streik. Insgesamt streikten von 87.000 Arbeitern etwa 65.000, d. i. 75 Prozent, davon im nordwestböhmischen Revier 20.000, im Falkenauer 5000, im Pilsner 6000. Der Kampf war nicht planmäßig ins Werk gesetzt, die Leitung konnte sich bei den Arbeitern nicht immer durchsetzen, zumal nicht mehr als 10.000 Arbeiter organisiert waren und die verfügbaren Gelder der Organisation nicht mehr als 26.000 Kronen betragen. „Eine schlecht organisierte, in ihrer Majorität unwissende und alkoholisierte Masse, wie es die Bergarbeiter waren, hätte im ersten Ansturm siegen müssen, wenn sie überhaupt zu siegen vermochte.“ Die Unternehmer wollten um keinen Preis nachgeben und so zog sich der Streik bis Ende März bzw. Anfang April hin. Die Bergarbeiter, welche ihren Unternehmern unter Lebensgefahr unermessliche Reichtümer schufen, wurden von den Grubenherren buchstäblich ausgehungert. Die Behörden standen — wie immer — auf seiten der Bergwerksbesitzer, die Regierung entsandte in das Streikgebiet Gendarmerie und Soldaten, ließ die sozialdemokratischen Zeitungen konfiszieren und die Tätigkeit der politischen Vereine einstellen. Moralische und materielle Unterstützung erhielten die Arbeiter von ihren Massengenossen in ganz Oesterreich und von bedeutenden Gelehrten wie Eugen Philippovich, Heinrich Friedjung, Max Gruber, Friedrich Jodl, Karl Menger, Lujo Brentano

und Thomas Masaryk. Die sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützten den Kampf durch die Einbringung einer Gesetzesvorlage über die Achtstundenschicht und wuchtige Anklagereden gegen die Regierung. Als gegen Ende März der Streik infolge des unsagbaren Glends der Arbeiter zusammenzubrechen drohte, traten die Gewerkschaften für dessen Beendigung ein, was in einzelnen Orten zu wüsten Szenen der Arbeiter gegen die Vertrauensmänner führte. Aber der Streik war nicht vergebens gewesen. Nicht nur wurden Lohnerhöhungen von 5 bis 10 Prozent erzielt — noch während des Streiks sprach sich der sozialpolitische Ausschuß des Abgeordnetenhauses für die Einführung der Neunstundenschicht im Bergbau aus, die im Juni 1901 tatsächlich Gesetz wurde. So hatten die Arbeiter trotz aller Rücksichtslosigkeit der Bergbauunternehmer einen gewissen Erfolg erzielt. Die traurigen Verhältnisse im Bergbau führten aber immer wieder zu größeren oder kleineren wilden Streiks. Im Jahre 1906 wollten die sogenannten „Unabhängigen“ (Anarchisten) im Duxer Revier streiken und überfielen am 2. September eine Konferenz der Union der Bergarbeiter in Dux, weil diese gegen den Streik entschieden hatte. Mehrere gewerkschaftliche Vertrauensmänner wurden hierbei blutig geschlagen. Etwa 7000 Bergarbeiter des dortigen Gebietes traten in den Streik, der schließlich auf der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Grundlage beendet wurde.

Gleichfalls von tiefer Wirkung auf die gesamte Arbeiterschaft Oesterreichs war der dreitägige Generalstreik in Triest im Feber 1902, wo bei einem Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht 7 Arbeiter getötet und 15 verwundet wurden.

Schwere Kämpfe hatten die Arbeiter auch um den 1. Mai zu führen. Stets kam es da zu Massenausperrungen, die für die Feiernden sehr opfervoll waren. So wurden 1906 allein in Alsch an 1000 Textilarbeiter ausgesperrt, bloß weil sie sich erkühnt hatten, den Weltfeiertag der Arbeit durch Arbeitsruhe zu feiern. Der Bezirkshauptmann von Alsch, der wahrscheinlich ein halbes Jahrhundert verschlafen hatte, verbot sogar den Ausgesperrten Ausflüge in die Umgebung zu machen, „weil sich die Arbeiter dadurch nur mehr dem Beruf entfremden und nur

schwer wieder an die Arbeit gewöhnen.“<sup>7</sup> In ihrem heißen Bemühen reichen Unternehmern gegen arme Arbeiter beizustehen, sorgte die österreichische Bürokratie manchmal unfreiwillig für ein wenig Humor in einer bitterernsten Zeit.

Von besonderer Bedeutung war auch der große Kampf der Eisenbahner im Jahre 1905.<sup>8</sup> Die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner war mißlich, ihr Dienst übermäßig lang und verantwortungsvoll. Alle Beschwerden und Vorstellungen, die beim Eisenbahnministerium erhoben wurden, blieben ohne Erfolg. 1897 hatte sogar Badeni die Organisation der Eisenbahner aufgelöst, ohne freilich verhindern zu können, daß sofort eine neue entstand. Als im Sommer 1905 eine längere Beschwerdeschrift, in der alle Wünsche der Eisenbahner zusammengefaßt waren, abermals keinen Erfolg erzielte, bemächtigte sich des Personals auf den Eisenbahnen große Erregung. Am 26. Oktober begannen Eisenbahnarbeiter in Brüx mit der sogenannten „passiven Resistenz“ d. h. mit der genauen Anwendung all der vielen Vorschriften, deren Befolgung eine Erschwerung des Verkehrs bedeutete, und wenn diese Methode Verbreitung fand, zur völligen Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs und damit geradezu zu einer sozialen Krisis führen konnte. Tatsächlich griff die Bewegung um sich, von der revolutionären Situation in Europa und dem Wahlrechtskampf mächtig gefördert. Bald war die Zahl derer, die sich an der passiven Resistenz beteiligten, auf 25.000 Personen gewachsen. Die Regierung wollte erst die Bewegung durch Militarisierung der Eisenbahnen brechen, schließlich aber bewilligte sie einen Teil der Forderungen der Eisenbahner, die vor allem eine Lohnerhöhung verlangten. Einer der größten gewerkschaftlichen Erfolge der Arbeiter in der Geschichte des alten Oesterreich war damit errungen worden.

Durch all die Kämpfe wurden neue Schichten der Arbeiterschaft aufgerüttelt, welche die Reihen der Gewerkschaften füllten. Das Jahrzehnt von 1897 bis 1907 ist das eines bedeutenden Aufschwunges der Gewerkschaften. 1896 betrug die Mitgliederanzahl der in der Wiener Ge-

<sup>7</sup> Zitiert in „Ferdinand Sanusch, Der Mann und sein Werk.“ Wien 1924, S. 37.

<sup>8</sup> Deutsch a. a. D. S. 304 ff.

werkschaftskommission vereinigten Verbände 98.669, 1906 aber 448.270 (die der Prager Gewerkschaftskommission angeschlossenen 34.147 inbegriffen). Auch die innere Organisation nahm eine straffere Form an. Diese Zusammenfassung der Kräfte erwies sich schon angesichts der immer stärker werdenden Unternehmerorganisationen als notwendig. 1897 wurde der „Bund österreichischer Industrieller“, 1900 in Reichenberg der „Verband nordböhmischer Industrieller“ gegründet, 1906 traten 21 große industrielle Vereinigungen zu einer Hauptstelle der Unternehmerorganisationen zusammen. Fonds zur Unterstützung bestreifter Betriebe wurden gegründet, Ausperrungen als Antworten auf Streiks wurden vorgenommen, „schwarze Listen“ angelegt. Die Zeiten, da organisierte Arbeiter unorganisierten Unternehmern gegenüberstanden, waren vorbei. Das veränderte die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen und konnte auch auf die Form der Organisation nicht ohne Einfluß bleiben. Auf dem Gewerkschaftskongreß, der Weihnachten 1896 stattfand, war die Ansicht allgemein, daß eine innigere Zusammenfassung der Organisationen notwendig sei. Nicht nur wandelten sich in den nächsten Jahren eine Reihe von Kronlandsverbänden in Reichsvereine um, auch die Vereinheitlichung der Gewerkschaften machte Fortschritte. Es gab noch sogenannte „allgemeine“ Gewerkschaften, d. h. Ortsvereine, in denen die Arbeiter aller Berufe organisiert waren. Diese Vereine starben nach und nach ab und machten den Berufsorganisationen Platz. Ebenso konnten sich die Arbeiterbildungsvereine, die in den Anfängen der Arbeiterbewegung eine hochbedeutsame Rolle gespielt hatten, dem wachsenden Einfluß der Partei- und Berufsorganisationen nicht erwehren, der Raum, der ihnen für ihre Tätigkeit übrig blieb, wurde immer enger. Den wachsenden Einfluß der Gewerkschaften mag man auch daraus ersehen, daß es ihnen immer mehr gelang, das Arbeitsverhältnis kollektiv zu regeln. 1906 gab es bereits 448 Tarifverträge, in denen das Arbeitsverhältnis von 181.633 Arbeitern festgelegt war. Mit Leichtigkeit erwehrt sich auch die Gewerkschaften des Versuches, sie unter staatliche Kontrolle zu stellen. In der Zeit der Regierung Koerber erschien — am 19. November 1902 — ein Erlaß, der die Gewerkschaften als Versicherungsvereine erklärte.

Die Arbeiter erkannten sofort die Gefahr, am 11. Jänner 1903 fanden in allen großen Industrieorten Massenversammlungen gegen den Körberschen Erlaß statt. Im Februar trat die Regierung den Rückzug an und ließ alles beim alten. Ein neues Betätigungsfeld bot den Gewerkschaften schließlich das Gesetz über die Gewerbegerichte, vor das nun gewerbliche Streitigkeiten kamen und das 1898 in Wirksamkeit trat. Im März dieses Jahres fanden überall Versammlungen statt, um den Arbeitern die Wichtigkeit des neuen Gesetzes klarzumachen.

Der Armee der organisierten Arbeiter begann sich in dem Jahrzehnt, von dem hier die Rede ist, das Korps der Privatangestellten — zunächst der Angestellten des Handels — anzuschließen. Auch die Handelsangestellten hatten die ausbeuterischen Wirkungen der kapitalistischen Profitwirtschaft zu spüren bekommen.<sup>9</sup> In den siebziger Jahren wurde in einzelnen Geschäften von 4 Uhr früh bis 11 Uhr nachts gearbeitet, es gab keine Sonntagsruhe, keinen Urlaub. Noch in den neunziger Jahren war eine Arbeitszeit von 7½ Uhr früh bis 10 Uhr abends, Sonntagsarbeit bis 2 und 3 Uhr nachmittags keine Seltenheit. Die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten Deutschböhmens ging von Teplitz aus.<sup>10</sup> Zunächst betätigten sich die klassenbewußten Handelsangestellten in den Gehilfenversammlungen der kaufmännischen Gremien, 1896 wurde der „Fachverein der Handelsangestellten und verwandten Branchen“ gegründet. Die Kämpfe der Angestellten, die mit nicht weniger Begeisterung und Opferfreudigkeit geführt wurden wie die der Arbeiter, galten zunächst der Achtuhr-, später der Siebenuhrladensperre und der Sonntagsruhe. In Ernst Hirsch gewannen die deutschen Angestellten Böhmens bald einen umsichtigen Führer.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> 1897—1922, 25 Jahre Zentralverband der Handels- und Industrieangestellten in der Tschechoslowakischen Republik. Prag.

<sup>10</sup> Um dieselbe Zeit begannen sich auch die Angestellten Prags, unter denen damals ein großer Prozentsatz deutscher Angestellter war, zu organisieren (1897). Ebenso die Angestellten in Karlsbad, Brünn und Eger.

<sup>11</sup> Ernst Hirsch war am 5. Dezember 1874 in Raaden geboren worden und stand seit 1903 an der Spitze der Angestelltenbewegung Deutschböhmens. 1908 gemahregelt, wurde er Sekretär des Zentralvereines kaufmännischer Angestellter. 1920 zum Abgeordneten gewählt, ist er am 4. Februar 1925 gestorben.

Durch die Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter 1897 gewannen die Gewerkschaften an diesen eine wertvolle Schützenhilfe im Kampfe um den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes. Sofort nach dem Zusammentritt des neugewählten Abgeordnetenhauses legte die sozialdemokratische Fraktion dem Hause eine ganze Reihe von Gesetzesanträgen vor, in denen die brennendsten Forderungen der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der Sozialpolitik zusammengefaßt waren. Ueber diese Arbeiten der Abgeordneten sowie über den Arbeiterschutz im allgemeinen referierte auf dem Brünner Parteitage 1899 *Hannich*. In dem zum Beschluß erhobenen Programm für die Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung wurden volle Koalitionsfreiheit, Anerkennung der Tarifverträge, der Achttundentag, Verbot der Nachtarbeit, Sonntagsruhe, Verbot der Kinderarbeit, Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben, Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf Kleingewerbe, Hausindustrie und Landwirtschaft, von der Arbeiterschaft gewählte Arbeitsinspektoren verlangt.

Der ein Jahr später stattgefundenen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Graz beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter. Schon 1895 hatte die Regierung diese Frage zu „studieren“ versprochen. „Die mit Blut und Tränen geschriebenen Blätter erzählen die Geschichte von zahllosen Witwen, denen ihre von furchtbarer Krankheit dahingerafften Männer nichts hinterließen, als eine Schar von acht bis zwölf hungernden Kindern, oder von tuberkulösen, herz- oder geisteskranken Männern, die ihrer skrophulösen, verkrüppelten Nachkommenschaft kein Brot mehr zu schaffen vermögen.“<sup>12</sup> Arbeiter, die bis ins hohe Alter im Dienste ihres Unternehmers gestanden waren, mußten als Greise betteln gehen und wurden dann noch bestraft. So wurde im Jahre 1892 vor dem Wiener Bezirksgericht ein Hundertjähriger wegen Bettellei angeklagt! Die Bezirksarmenhäuser waren für diejenigen, die im Alter kein anderes Dach fanden, Stätten unglaublicher Qualen. Da die Verhältnisse unerträglich waren,

<sup>12</sup> So führte der Referent *Raff* auf dem Grazer Parteitag (1900) aus.

organisierten Partei, Gewerkschaften und Krankenkassen einen Petitionsturm auf das Parlament. Am 22. Oktober 1902 übergaben die sozialdemokratischen Abgeordneten dem Hause 5006 Petitionen mit 693.007 Unterschriften. Gleichzeitig fanden im ganzen Reiche große Versammlungen statt, in denen die Forderung nach der Alters- und Invalidenversicherung erhoben wurde. Das alte Oesterreich hat bis zu seinem Untergang diese berechnigte Forderung der Arbeiterschaft nicht erfüllt. Ebenso verschloß sich die Regierung dem Wunsche der Arbeiter nach einer Reform der Krankenversicherung, weswegen es auf den Tagungen der Krankenkassen Böhmens seit 1895 zu erregten Auseinandersetzungen kam. Auf dem Parteitage zu Wien 1903 kam man auf die Einführung der Altersversicherung und die Reform der Krankenversicherung nochmals zu sprechen. In der vom Referenten E l d e r s c h beantragten Entschließung wurde „gegen die von der Regierung Koerber systematisch betriebene Verzettelung einer zeitgemäßen Reform der Arbeiterversicherung“ protestiert.

Als im Herbst 1901 die Arbeitslosigkeit anstieg, verlangten die sozialdemokratischen Abgeordneten deren entschiedene Bekämpfung, worauf die Regierung in einem Erlaß die rascheste Durchführung aller Investitionsarbeiten anordnete.<sup>13</sup>

Trotz der Bemühungen der Arbeitervertreter im Parlament machte der gesetzliche Arbeiterschutz nur geringe Fortschritte, so daß die Arbeiterschaft von der sozialpolitischen Tätigkeit des Privilegienparlamentes schwer enttäuscht war, was die Bewegung für ein Parlament des allgemeinen gleichen Wahlrechtes mächtig gefördert hat.

<sup>13</sup> In das Kapitel Sozialpolitik gehört wohl auch im weiteren Sinne die Bekämpfung der Alkoholsucht, der die Partei in diesen Jahren erhöhte Aufmerksamkeit zuwandte. Der Parteitag von 1903 beschäftigte sich mit dieser Frage in einem eigenen Punkt der Tagesordnung. Der Referent Dr. F r e i l i c h schloß seine von Sachkenntnis zeugenden Ausführungen mit dem Satze: „Nicht neue Ziele setzt uns die Abstinenz, aber sie gibt uns für unsere alten Ziele eine scharfe, wirksame, neue Waffe.“ Der Parteitag nahm einen Antrag an, in dem als das „erste Mittel“ im Kampfe gegen den Alkohol „die ökonomische Hebung des Proletariats“ bezeichnet wird. „Eine notwendige Ergänzung hierzu bildet aber die Aufklärung über die Alkoholvergiftung und die Erschütterung der Trinkervorurteile.“ Der Parteitag empfahl daher „die Abschaffung des Trinkwanges bei allen Zusammenkünften von Parteiorganisationen“. 1906 wurde der Arbeiterabstinentenbund gegründet, der den Kampf gegen den Alkohol zu seiner besonderen Aufgabe machte.

So wie für die Gewerkschaften das Jahrzehnt von 1897 bis 1907 eine Zeit raschen Aufschwunges ist, ist dies auch bei den Konsumvereinen der Fall. In diesen Jahren wurde das ganze deutsche Gebiet Böhmens mit einem Netz konsumgenossenschaftlicher Organisationen bedeckt, und auch die ersten Versuche zur Eigenproduktion überzugehen — Gründung von Arbeiterbäckereien — wurden gemacht.<sup>14</sup> Seit 1899 suchten die Konsumvereine zum Zwecke gemeinsamen Großeinkaufes auch untereinander Fühlung, die Vereine eines größeren Gebietes traten zu Einkaufstagen zusammen, deren erster in Steinschönau — eben 1899 — stattfand. Diese Bestrebungen führen endlich 1905 zur Gründung der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine (Ööc). Schon vorher (1901) war der Verband der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften entstanden, in den nach und nach die meisten Konsumvereine, die früher in einem allgemeinen Verbands (unter Führung des liberalen Abgeordneten W r a b e z) organisiert waren, eintraten, 1904 fand die Umwandlung dieses Verbandes in den Zentralverband österreichischer Konsumvereine statt. Durch das Entstehen dieser großen genossenschaftlichen Zentralorganisationen wurden die Konsumvereine gefestigt, gut beraten, und an die Stelle der früher oft unkaufmännischen Führung derselben trat eine bedächtige, umsichtige Leitung, die Genossenschaften wurden so eine Schule wirtschaftlicher Verwaltung für die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft. In der erfolgreichen Leitung der Genossenschaften kommt der Aufstieg der Arbeiterklasse zum Ausdruck.

Diese Entwicklung mußte naturgemäß zu einer Aenderung des Verhältnisses der Sozialdemokratie zu den Konsumgenossenschaften, das ursprünglich geradezu abweisend, später im besten Falle abwartend gewesen war, führen. Die den Konsumgenossenschaften feindliche Stimmung, die 1896 auf dem Parteitage in Prag geherrscht hatte, war auch 1897 auf dem Wiener Parteitage vorhanden. Daß sich aber auch in den folgenden Jahren die Parteitage wiederholt mit der Stellung der Sozialdemokratie zu den Genossenschaften beschäftigten, war ein Beweis der Un-

<sup>14</sup> Sieh Josef Aron a. a. D.

geklärtheit der ganzen Frage sowie der Tatsache, daß die ablehnende Haltung zu den Konsumvereinen, welche die Mehrheit der Vertrauensmänner einnahm, auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten war. Der Grund für das Mißtrauen gegenüber den Konsumvereinen war, daß die Vereine vielfach noch immer eine ungeeignete Zeitung hatten. Die Stimmung des Parteitages von 1897 wurde vom Referenten Schummeier treffend durch die Worte charakterisiert: „Vorsicht ist die Mutter der Weisheit.“ Alle Argumente, welche von den Anhängern der Konsumvereine ins Treffen geführt wurden, prallten an diesem Mißtrauen der Mehrheit ab. Selbst Adlers Autorität war nicht imstande, die Gegner der Genossenschaften zu überzeugen. So wurde nach einer langen Debatte eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „In Erwägung, daß die Wirtschaftsgenossenschaften nicht geeignet sind, die wirtschaftliche Lage des Proletariats zu heben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von dergleichen Wirtschaftsgenossenschaften zu empfehlen.“ Dadurch mußten freilich eine Reihe sozialdemokratischer Funktionäre, welche in den Konsumgenossenschaften tätig waren, zu schärfstem Widerspruch herausgefordert werden. Das nötigte den Parteitag in Brünn 1899, sich mit der Frage nochmals zu befassen. Diesmal trat Adler als Referent auf, der die Einrichtungen der belgischen Genossenschaften studiert hatte und sich bemühte, den Parteitag zu einer Aenderung der Stellungnahme von 1897 zu bewegen. Als Korreferent wandte sich Schummeier abermals gegen die Konsumvereine, wenn er auch diesmal weniger scharfe Töne anschlug als zwei Jahre zuvor. Adlers Geschick, in Streitfragen eine Kompromißformel zu finden, bewährte sich auch hier. In der Resolution heißt es zunächst zur Beruhigung der Mißtrauischen: „Der Parteitag muß es auch jetzt noch wiederholt ablehnen, die Konsumgenossenschaften als ein Element der Parteiorganisation aufzunehmen“, was übrigens auch die begeistertsten Anhänger der Genossenschaften nicht verlangten. Gleich darauf aber hieß es, der Parteitag „anerkennt jedoch, daß gutgeleitete Konsumgenossenschaften an manchen Orten und unter gewissen Umständen der Arbeiterschaft nützlich sein können“. Erst in den folgenden Jahren trat eine merkliche Aenderung in der

Auffassung ein. Auf dem Parteitage in Wien 1903 redete der Referent Emmerling schon ganz anders. Er hob unter Beifall hervor, daß die Genossenschaften geeignet sind, die Lebenshaltung der Arbeiter zu erhöhen und daß es Pflicht der Arbeiterklasse ist, „diese Form der Organisation nicht außer acht zu lassen, sondern sich angelegentlich um sie zu kümmern“. Ohne viel Widerspruch wurde dann eine Entschliebung angenommen, in der wohl vor leichtfertiger Gründung von Konsumvereinen gewarnt, aber gleich einleitend grundsätzlich festgestellt wird: „Die Erstarkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation des österreichischen Proletariats eröffnet die Möglichkeit, nunmehr auch die genossenschaftliche Organisation in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen.“ Noch klarer sprach es der dem Parteitag vorhergegangene Gewerkschaftskongreß im Juni 1903 aus, daß die Konsumentenorganisation eine Ergänzung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse ist. Damit war die Gleichberechtigung der genossenschaftlichen neben den beiden anderen Organisationen der Arbeiterklasse erkämpft, Klarheit in der jahrelang umstrittenen Frage gewonnen. Die Voraussetzung der innigsten Zusammenarbeit aller Zweige der proletarischen Bewegung war gegeben, die gerade in Oesterreich in einer für die Arbeiterbewegung aller Länder vorbildlichen Weise erfolgte.

So war auf wirtschaftlichem Gebiete in den zehn Jahren, die hier zur Darstellung gelangen, ein allgemeiner Fortschritt der Arbeiterklasse eingetreten. Von noch größerer geschichtlicher Bedeutung ist jedoch der politische Kampf der Arbeiterklasse jener Jahre, der mit großer Kraft, Leidenschaft und revolutionärem Anlauf geführt, mit einem der glänzendsten Siege endigte, den je zuvor das Proletariat eines Landes erstritten hatte.

Bevor wir diesen großen Feldzug gegen das herrschende System schildern, müssen wir uns den allgemeinen politischen Verhältnissen Oesterreichs, den parlamentarischen Zuständen, in denen die Krise des Staates zum Ausdruck kam, und endlich der Tätigkeit der Vertreter der Arbeiterklasse auf dem für sie neuen Boden parlamentarischer Machtkämpfe zuwenden.

## Sechstes Kapitel:

### Politik und Parlament.

Die Zeiten, die den ersten Wahlen folgten, welche die Vertreter der Arbeiterschaft ins Parlament brachten, waren bewegte. Die schweren Kämpfe der Nationen boten die denkbar schlechtesten Voraussetzungen für eine klare, einheitliche Taktik der 14 gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten, die drei verschiedenen Nationen angehörten. Immerhin behielt die Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen noch die Oberhand.

Raum war das neue Haus zusammengetreten, legte der Ministerpräsident die Mine unter das Pulverfaß: am 5. April 1897 wurden Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren erlassen.<sup>1</sup> Darin wurden alle Behörden verpflichtet, alle Eingaben in der Sprache des Einbringers zu erledigen. Damit war die Doppelsprachigkeit in beiden Ländern festgelegt, die Beamten mußten beider Landessprachen mächtig sein. Die Deutschen fühlten sich durch diese Verordnungen schwer betroffen. Ihre Forderung nach nationaler Zweiteilung der Länder war abgewiesen, von den Beamten im deutschen Gebiet wurde die Kenntnis der tschechischen Sprache verlangt, der sie in den meisten Fällen nicht mächtig waren. Im Parlament und in der deutschen Bevölkerung setzte der schärfste Kampf ein, Ministeranklage und Obstruktion waren die Antwort der deutschen Abgeordneten. Das Haus war nicht arbeitsfähig und am 22. Juni 1897 mußte die Session geschlossen werden. Im Herbst wurde aber der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition noch dadurch verschärft, daß die Regierung die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn unbedingt vor dem 1. Dezember unter Dach und Fach haben wollte. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses, in dem sich auch der Tscheche Dr. K r a m a r befand, war entschlossen, der Regierung unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu helfen. Gegen die Durchpeitschung der Ausgleichsvorlage und gegen die Anwendung geschäftsordnungswidriger Mittel traten nun auch die Sozialdemokraten geschlossen auf. Sie sahen in dem Ausgleichswerk die Zu-

<sup>1</sup> Ch a r m a b a. a. D. II. Bändchen. S. 107 ff.

teressen der arbeitenden Klassen Oesterreichs zugunsten der ungarischen Adels Herrschaft vernachlässigt und erblickten in dem gewalttätigen Vorgehen des Parlamentspräsidiums eine gefährliche Schwächung der Rechte des Parlaments. Die Sitzungen des Hauses waren fast beständig von wüsten Lärmereien erfüllt. In der Sitzung vom 23. November kam es zu regelrechten Prügelereien zwischen deutschen und slawischen Abgeordneten. Den Höhepunkt erreichten diese Kämpfe am 25. November, als der Abg. Graf Falkenhayn einen Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung vorlegte, der die Macht des Präsidiums ungebührlich ausdehnte. Ohne daß die Opposition infolge des Lärms überhaupt wußte, worum es sich handle, schritt das Präsidium zur Abstimmung. Das brachte die oppositionellen Abgeordneten — auch die Sozialdemokraten, die die Aufrichtung einer Polizeiordnung im Parlamente nicht dulden konnten — in eine maßlose Erregung. Mit wilder Entschlossenheit stürmten sie das Präsidium. Darauf traten sechzig Sicherheitsleute in Aktion, eine Reihe von Abgeordneten (darunter die Sozialdemokraten Dazynski, Steiner, Kieger, Hybes, Resel, Cingr, Verkauf und Schrammel) wurden von den nächsten drei Sitzungen ausgeschlossen und aus dem Saale hinausgeführt. Die widerlichen Szenen hatten einen Teil der Regierungsabgeordneten verstimmt und die Aufregung des Hauses wurde auf die Straße hinausgetragen. Vom 26. bis 28. November glich Wien einer revolutionären Stadt und einem Heerlager zugleich, 50.000 bis 60.000 Arbeiter waren auf der Straße. Ebenso fanden in vielen anderen Städten Oesterreichs Demonstrationen statt. Die Hofreise, welche die Angst vor revolutionären Erschütterungen packte, ließen nun Baden fallen. Die Dinge entwickelten sich so rasch, daß die „Arbeiterzeitung“ über diesen ereignisreichen Tag schreiben konnte: „12 Uhr Abzug der Arbeiter, 1 Uhr Abzug der Husaren, 2 Uhr Abzug Baden!“

Innerhalb der Arbeiterschaft herrschte über den Sturz des Gewaltmenschen freudige Erregung. „Wie wenn die Pest aus dem Lande gefegt wäre, atmen die Völker Oesterreichs auf,“ so schrieb damals Josef Seliger in der Teplitzer „Freiheit“. „Der Sturz Baden ist ein Sieg des Proletariats, und das Bürgertum kann nur sagen, daß es einen

schwachen Teil dazu beigetragen hat. Das ist ein bedeutungsvolles Moment in der Geschichte des kämpfenden Proletariats.“ Die Partei erließ Anfang Dezember einen flammenden Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem der Stolz über den errungenen Sieg würdig zum Ausdruck kam. „Ruhig und gelassen, pflichtbewußt und kampfbereit, stehen wir auf unserem Posten, von dem wir uns nicht verdrängen lassen. Wie wir unsere Pflicht zu tun neuerdings geloben, so wissen wir auch, daß Ihr uns im Kampfe nicht verlassen werdet.“ Das Manifest schloß mit den Worten, die auch später noch oft die Kämpfe der Arbeiterschaft begleiteten: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“

Freilich gab es in der Partei Menschen, denen die Taktik der sozialdemokratischen Abgeordneten in dem Sturm jener Tage nicht gefiel. Das kam später einmal zum Ausdruck. (Parteitag in Brünn 1899.) Man sagte, daß sich die Vertreter der Arbeiterschaft zu viel mit den Deutschnationalen eingelassen hätten. Viktor Adler, dem damals, wie so oft früher oder später, die Rolle zufiel, die Taktik der Partei zu rechtfertigen, hat in tiefeindringender und zugleich heiterer Weise dieses Problem behandelt: „Die Sozialdemokraten . . . sind eine merkwürdige Partei. Jede andere Partei ist froh, wenn sie Leute findet, die mit ihr gehen; wir haben die größte Angst, weil die Gefahr besteht, daß das, was wir wollen, verfälscht werde.“ Die Geschichte hat der Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Regime Badenis Recht gegeben, auch fernere Jahre haben es ebenso gezeigt, wie es die Zukunft erweisen wird, daß nationale Kämpfe mit Gewalt nicht beseitigt werden können. Indem der österreichische Feudalabsolutismus „zu seiner Rettung Polizeigewalt und Militärschutz anrief, offenbarte er brutal seinen wahren Charakter, zugleich aber auch seine totale Unfähigkeit, die österreichische Frage zu lösen“. Der Feldzug, den Oesterreichs herrschende Klassen gegen die aufsteigende Demokratie führten, konnte nicht anders enden als in völligem Zusammenbruch.

Am demselben Tage, da Badeni in aller Eile entlassen worden war, stand schon sein Nachfolger bereit: Paul Freiherr von Gautsch. Unter dem Zwang geschichtlicher Verhältnisse wurde er wenige Jahre später der Befürworter des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes. Er war in Wirklich-

keit nichts anderes als ein Vollstrecker des Willens des Kaisers und der Hofkreise, „wenn auch nicht ohne Begabung, so doch keine außerordentliche Persönlichkeit . . . erfahren in den Winkelzügen der damaligen Politik und der parlamentarischen Kulisse, aber ohne tiefe Innerlichkeit in den Grundsätzen“.<sup>2</sup> So konnte er jeweils die verschiedensten Programme und politischen Auffassungen vertreten. Seine erste Regierung war eine Enttäuschung für alle, die auf ihn große Hoffnungen gesetzt hatten. Nach drei Monaten war er verbraucht. „Sein ganzes Regierungsdaſein bestand in nichts anderem, als in einer Reihe von Anläufen, denen aber jedes Selbstvertrauen und jede innere Kraft fehlte.“<sup>3</sup> Die ersten Tage der neuen Regierung waren von neuerlichen Straßendemonstrationen, diesmal in Prag, erfüllt, von denen sich jedoch die Sozialdemokraten fernhielten. Auf die Plünderungen und Verwüstungen deutscher Gebäude und Geschäfte antwortete die neue Regierung mit der Verhängung des Standrechtes über die böhmische Landeshauptstadt (2. Dezember 1897). Knapp vor ihrer Entlassung gab die Regierung am 5. März 1898 neuerliche Sprachverordnungen heraus. Darin wurde als Dienstsprache einer Behörde jene festgestellt, „zu welcher als Umgangssprache sich die anwesende Bevölkerung des Amtsbezirkes“ bekennt. Nicht also, wie bei Baden, die Sprache der Eingabe, sondern die der Mehrheit der Bevölkerung eines Amtsbezirkes sollte für die Erledigung einer Eingabe maßgebend sein. Damit waren wieder die Tschechen nicht zufrieden, die darin eine Benachteiligung der tschechischen Minderheiten im deutschen Sprachgebiet erblickten. Gleich nach der Erlassung dieser Verordnungen machte Gautsch dem feudalen böhmischen Grafen Franz Lhun Platz, der in seiner Einbildung sich von der Vorsehung berufen fühlte, der Retter Oesterreichs zu werden.<sup>4</sup> Kaum ein Jahr später hatte er seine Unfähigkeit, den Knoten der österreichischen Verhältnisse zu lösen, dargetan.<sup>5</sup> Seinem Nachfolger, dem steirischen Grafen Clary, blieb nichts anderes übrig, als die

<sup>2</sup> Brügel a. a. O. IV. Band S. 328.

<sup>3</sup> Josef Seliger in der „Freiheit“ vom 10. März 1898.

<sup>4</sup> G h a r m a a. a. O. II. S. 125.

<sup>5</sup> Am 17. Oktober 1899 fanden in ganz Oesterreich sozialdemokratische Versammlungen statt, in denen der Genugthuung der Arbeiter über die Entlassung der Regierung Ausdruck gegeben wurde.

in den letzten Jahren erlassenen Sprachenverordnungen aufzuheben und die Zustände, die vor den Badenischen Verordnungen bestanden hatten, wieder herzustellen. (14 Oktober 1899.) Immer kürzer wurde die Regierungszeit der Ministerien. Clary mußte noch vor Weihnachten 1899 der Obstruktion, die diesmal von tschechischer Seite kam, weichen. Das folgende Ministerium Wittek erreichte nicht einmal die Lebensdauer von einem Monat. Erst am 18. Jänner 1900 konnte unter dem Vorsitz Dr. Ernst von Koerber eine Regierung gebildet werden, die Oesterreich fast ein halbes Jahrzehnt verwaltete.

Unter den genannten Regierungen fand die Sozialdemokratie Gelegenheit, sich mit einem Problem zu beschäftigen, das an sie zum ersten Male herantrat: dem österreichisch-ungarischen Ausgleich, durch den 1867 die politische Macht zwischen der deutschen Bourgeoisie und dem ungarischen Adel geteilt worden war. Die parlamentarischen Schwierigkeiten hatten, wie schon erzählt, 1897 den Beschluß des Abgeordnetenhauses über die Erneuerung des Ausgleiches unmöglich gemacht, worauf noch vor Jahresende mit Hilfe einer kaiserlichen Verordnung (§ 14 der Verfassung) der bisherige Zustand auf ein Jahr verlängert wurde. Dasselbe geschah auch im folgenden Jahre. Schon im Juli 1899 hatte die sozialdemokratische Partei Versammlungen veranstaltet, in denen gegen den Ausgleich, der die andere Reichshälfte ungebührlich bevorzugte, Stellung genommen worden war. Am 28. Juli allein wurden etwa 700.000 deutsche Flugblätter unter die Massen geworfen. Als im Jahre 1902 die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn nicht vom Flecke kamen, beschäftigte sich der in diesem Jahre stattgefundene Parteitag in Aussig mit der Frage. In dem zum Beschluß erhobenen Antrag des Referenten Ellenbogen wird gesagt, daß der Ausgleich für die österreichische Reichshälfte eine ununterbrochene Kette politischer und wirtschaftlicher Schädigungen bedeute. Die Kosten müßten in erster Linie die Arbeiter in Form wachsender indirekter Steuern und Verteuerung ihrer Nahrung durch Agrarzölle tragen. Deshalb trat der Parteitag für eine politische und finanzielle Trennung beider Reichshälften ein, gleichzeitig aber für den wirtschaftlichen Zusammenschluß gleichberechtigter und gleich starker Staaten

in einem großen einheitlichen Wirtschaftsgebiet. Politische Trennung und wirtschaftliche Vereinigung war die Parole. In noch gründlicherer Weise beschäftigte sich der Gesamtparteitag von 1903 (abgehalten in Wien) mit der Frage des Dualismus. Der Referent Austerlitz<sup>o</sup> zergliederte das Problem in einer längeren Rede, die das Wesentliche klar herausarbeitete. Auch er ging davon aus, daß der Ausgleich eine schwere Schädigung der österreichischen Reichshälfte bedeute. „Die Ungarn wollen weg von Desterreich, und die Desterreicher sind verpflichtet, sie für das Dableiben zu entschädigen.“ Die bestehende dualistische Verfassung aber verurteilt das Parlament zur Ohnmacht, denn das gemeinsame Budget für die beiden Staaten wird in den Delegationen bewilligt, dem Abgeordnetenhaus wird so sein wichtigstes Recht genommen. Deswegen trat auch Austerlitz für die Auflösung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Desterreich und Ungarn ein, für die Entfernung des „vergifteten Pfeiles des Dualismus aus unserem Körper“. Anders aber war auch sein Standpunkt hinsichtlich der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit der beiden Länder, die er für erstrebenswert erklärte. Diese wirtschaftlichen Interessen beruhten darauf, daß die Ungarn die Erzeugnisse der österreichischen Industrie genau so brauchten wie die Desterreicher die Erzeugnisse der ungarischen Landwirtschaft. „Daß wir nach Ungarn Maschinen verkaufen und die Ungarn nach Desterreich Getreide und Ochsen“, das war einer der Kernpunkte der scharfsinnigen Ausführungen des Referenten, „das reicht nicht aus, um einen Staat zu begründen. Daher“, lautete die Schlussfolgerung des Referenten, „müsse der Dualismus, der die Entwicklung der Völker hemme, verschwinden.“ „Frei und selbständig werden sich die Völker finden zu einer besseren, einträchtigeren Ordnung der Dinge.“ Auch die Debatte, die sich an das Referat angeschlossen zeigte, daß die Sozialdemokratie begriff, daß es sich bei den Verhandlungen über den Ausgleich um die Schicksalsfrage Desterreichs handle. Das sprach auch die Entschliebung des Parteitages deutlich aus: „Der Parteitag erklärt . . . nur in der vollen und freien Selbstbestim-

<sup>o</sup> Friedrich Austerlitz stammt aus Böhmen. Er ist am 26. April 1862 in Hochleben (Bezirk Jungbunzlau) geboren.

mung Oesterreichs den Weg zu sehen, auf welchem der Aufbau einer das autonome Recht aller seiner Nationen verbürgenden staatlichen Gemeinschaft möglich ist.“ Auch an diesem Problem hat sich die kleinliche Beschränktheit der herrschenden Mächte Oesterreichs gezeigt, die nicht gewillt waren, die Lösungsmöglichkeiten der großen Staatsprobleme, die damals das österreichische Proletariat aller Nationen aufgezeigt hatte, zu begreifen. Obwohl die Regierung Körber stolz darauf war, nach fünfjährigen Verhandlungen am 1. Jänner 1903 eine Einigung mit Ungarn zustande gebracht zu haben, hat die Folgezeit die Brüchigkeit all der kunstvollen Vereinbarungen gezeigt. Die Weltgeschichte ist über den österreichisch-ungarischen Ausgleich in einer Weise hinweggeschritten, wie es sich seine Begründer, deren staatsmännisches Genie jahrzehntelang gepriesen wurde, niemals haben träumen lassen.

\*

Die parlamentarische Geschichte Oesterreichs von 1897 bis 1907 zerfällt durch die Neuwahl des Abgeordnetenhauses im Jahre 1901 in zwei Abschnitte. Nachdem das Haus im Jahre 1900 monatelang durch die Obstruktion der Tschechen lahmgelegt worden war, entschloß sich Ministerpräsident Körber im September zu dessen Auflösung und zur Ausschreibung der Neuwahlen. Er erreichte freilich das Gegenteil dessen, was er beabsichtigt hatte: Die nationalradikalen Parteien erfuhren in den Wahlen eine Stärkung ihrer Stellung. Die Sozialdemokratie konnte infolge der von allen Seiten betriebenen nationalen Hege ihren Besitzstand an Mandaten, die sie 1897 errungen hatte, nicht behaupten.

Infolge der verschiedenen politischen Verhältnisse in Niederösterreich und Böhmen fielen die Wahlen in diesen beiden Hauptgebieten der Sozialdemokratie ganz verschieden aus. In Niederösterreich war der Gegner, den es niederzuringen galt, der Klerikalismus, in Böhmen aber der Nationalismus, der durch die Vorgänge der letzten Jahre auf tschechischer und deutscher Seite gestärkt worden war. So konnten in Niederösterreich vier Mandate erobert werden — davon eines sogar in der privilegierten Kurie —, während in Böhmen alle deutschen Mandate bis

auf eines (sowie die zwei tschechischen Mandate) verloren gingen. Es unterlagen Zeller im Teplitz—Saazer Wahlkreis, Schrammel im Leitmeritzer, Kiefewetter im Trautenauer, Dr. Verkauf im Egerer Wahlkreis und nur Hannich konnte die alte Hochburg der Partei, Reichenberg, behaupten.<sup>7</sup> Obwohl das Ergebnis der Wahlen eine schwere Enttäuschung für die Sozialdemokratie Böhmens war, gaben sich die deutschböhmischen Vertrauensmänner 1901 ebenso wenig einer Stimmung der Hoffnungslosigkeit hin, wie die Wiener angesichts der schmerzlichen Niederlage vier Jahre vorher. Würdig und hoffnungsvoll schrieb damals die „Freiheit“: „Das nationale Strohfeuer wird sehr bald niedergebrannt sein, dieses Wahlrecht wird auch nicht mehr sehr alt werden und dann wollen wir uns noch einmal zum Gefecht stellen.“ In durchaus richtiger Weise führte die Parteipresse als Ursache des Mißerfolges vor allem das elende Wahlrecht an. Hätte damals das gleiche Wahlrecht mit Proportionalvertretung bestanden, dann hätte die Sozialdemokratie Oesterreichs, welche sich in dem für sie unter den ungünstigsten Umständen durchgeführten Waffengang als die stärkste Partei erwiesen hatte, nicht 10 sondern 58 Mandate erobert! Außer der nationalistischen Stimmung der Bevölkerung werden als maßgebend für den Wahlausgang angeführt, daß das Parlament die Arbeiter enttäuscht hatte, weswegen die Begeisterung für die Wahlen nicht mehr so groß war als 1897, da die Arbeiter zum ersten Male wählten, ferner der Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, der Terror zahlreicher Unternehmer, der Wahlschwindel und in Böhmen insbesondere die durch den wenig erfolgreichen Verlauf des Bergarbeiterstreiks von 1900 herrschende Verzagtheit und Unzufriedenheit.

Was die Stimmung der Arbeiter vielleicht am meisten beeinflusste, was ihre Kraft und ihren Willen lähmte, war die Trostlosigkeit der parlamentarischen und politischen Verhältnisse des Staates, der zum Leben zu schwach war, dessen Totengräber aber erst ihre Kräfte sammelten. „Wenn

<sup>7</sup> In ganz Oesterreich wurden 1901 die folgenden sozialdemokratischen Abgeordneten gewählt: In Böhmen Josef Hannich, in Mähren Josef Spbes und Eduard Rieger, in Schlesien Matthias Eldersch und Peter Cinar, in Niederösterreich Wilhelm Ellenbogen, Engelbert Fernerstorfer, Franz Schummeier und Karl Seitz, in Galizien Janas Dajwuski.

Österreich stürbe“, so meinte Viktor Adler auf dem Parteitage 1903, „würden die Völker, die dieses Land bewohnen, von einer Kette befreit, die ihre Entwicklung hemmt; wenn Österreich sich zum Leben aufrafft, werden seine Völker auch das ertragen können — was sie aber korrumpiert, entnervt und ruiniert, ist dieser furchtbare Zustand zwischen Leben und Sterben.“ Trotz aller Anläufe, dem dahinstreichenden Staat neues Leben einzuhauchen, trotz dem Versuche, die Verwaltung zu modernisieren, Zensur, Polizeiwillkür und Bürokratenhochmut abzubauen und vor allem den Ausgleich der Nationen herbeizuführen — kaum ein Jahr verging, ohne daß irgendwelche großangelegte Verständigungssaktion unternommen wurde —, trotzdem der Ministerpräsident die nationalen Parteien beschwor, dem Reiche „sein Glück und seine innere Ruhe wiederzugeben“, war die parlamentarische Arbeit nicht vom Fleck zu bringen, die Gesetzgebung blieb unfruchtbar. Selbst Körbers großes Wirtschaftsprogramm — Bau von Wasserstraßen, Projekte neuer Eisenbahnen, Investitionsarbeiten auf allen Gebieten der Staatsverwaltung —, dem Parlament 1901 vorgelegt, unterbrach die tschechische Obstruktion, die das Abgeordnetenhaus nicht zu Atem kommen ließ, nur auf kurze Zeit. Treffend verglich in dieser Zeit Josef Seliger den Ministerpräsidenten mit einem Kutscher und das Parlament mit einem Gaul: „Wie der Droschkenkutscher den störrisch gewordenen Gaul, der nicht mehr ziehen will, behandelt, so geht Koerber mit dem Abgeordnetenhause um. Einmal redet er ihm im Guten zu mit schönen, lieblich klingenden Worten, dann wieder macht er ihm allerhand große Versprechungen, schließlich wieder greift er zur Peitsche, das heißt, er droht mit allerhand Repressalien, Auflösung, Paragraph 14 etc.“ Aber es halfen weder die lieblich klingenden Worte noch die Peitsche und so mußte die Enttäuschung der Arbeiterschaft über das Parlament immer größer werden, ja man war vielfach geneigt, den sozialdemokratischen Abgeordneten die Schuld an den geringen parlamentarischen Erfolgen zuzuschreiben. So wurde der sozialdemokratischen Fraktion auf dem Parteitage von 1901 vorgeworfen, daß sie für die oben erwähnten wirtschaftlichen Vorlagen der Regierung eingetreten sei, wo sie doch die auch für die Arbeiterschaft nützlichen Gesetzentwürfe

nicht ablehnen konnte. Ein Teil der Vertrauensmänner stellte sich wieder auf den Standpunkt, daß in dem Privilegienparlament jede sachliche Arbeit vergebens getan werde und daß die sozialdemokratischen Abgeordneten nur eines zu tun hätten: immer wieder das allgemeine gleiche Wahlrecht verlangen. Der Referent über die parlamentarische Tätigkeit, der Pole Ignaz Daszynski, der glänzendste Redner des Abgeordnetenhauses, faßte die Einwendungen gegen die Abgeordneten, die von der Parteiopposition erhoben wurden, witzig zusammen: „Wir fragen Sie: Sollen wir obstruieren? Und Sie sagen: Nein, aber vorwärtstreibende Elemente sollt Ihr sein. Ja treiben wir denn rückwärts? Wir fragen, sollen wir obstruieren? Nein, sagen Sie, aber eine Haltung sollet Ihr einnehmen. Das machen wir doch Tag für Tag. Schließlich sollen wir Stimmung erzeugen. Wir sind die stimmungsvollsten Redner im ganzen Hause. Wir reden nur aus unseren Stimmungen zum Fenster hinaus, häufiger vielleicht, als es notwendig wäre . . . . Wir haben . . . . gearbeitet, daß wir allgemein als die fleißigsten Abgeordneten im ganzen Parlament gelten.“ Da aber die trostlosen Verhältnisse fortbauerten, trat die Kritik an der Tätigkeit der Abgeordneten immer wieder hervor. Auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie in Nuffig (1902) mußte Bernerstorfer als Referent über die parlamentarische Tätigkeit die Fraktion abermals gegen den Vorwurf verteidigen, daß sie nicht obstruiere. Immer mehr häumte sich in den Arbeitern angesichts des jahrelangen Stillstandes in der Gesetzgebung alles auf. „Das Proletariat als das entwicklungsfähigste, der Entwicklung am meisten bedürftige und sie am meisten vorwärtstreibende Element der Bevölkerung, der eigentliche Träger aller werdenden Kultur, leidet in der Tat am allerschwersten darunter, daß durch das Abfaulen des staatlichen Gefüges jede wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in diesem Lande gehemmt wird.“<sup>o</sup> Selbst der Referent über die parlamentarische Tätigkeit auf dem Wiener Parteitage von 1903, Hannich, gab zu, daß das Wollen der Abgeordneten mit dem, was sie durchzusetzen vermögen, in unerträglichem Widerspruch stehe. Der

<sup>o</sup> So sagt der Bericht der Parteivertretung an den Wiener Parteitags von 1903.

Hauptredner der Opposition war damals Winaarsky, der die Abgeordneten abermals verpflichten wollte, zum Mittel der Obstruktion zu greifen. Schumierer hielt all denen, die dieser Meinung waren, entgegen, daß man mit zehn Mann keine wirksame, ausdauernde und erfolgversprechende Obstruktion machen könne und daß die tschechisch-nationalen Parteien in dieser Hinsicht unverläßliche Bundesgenossen seien. Einen weiteren Streitgegenstand bildete auf diesem Parteitage das Verhalten der Fraktion anläßlich der Verhandlung der Militärvorlage. Bei den parlamentarischen Beratungen der Rekrutenvorlage hatte nämlich der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten beantragt, die von der Regierung gewollte Erhöhung des Rekrutenkontingents zu streichen und das alte Kontingent wieder herzustellen. Das legte man dem Verband als Entgegenkommen gegenüber der Regierung aus und sagte, der Verband hätte die Rekruten bewilligen wollen, wenn auch nur die niedrigere Zahl. Demgegenüber wurde betont, daß dieser Antrag nur den Zweck gehabt hätte, die bürgerlichen Parteien in Verlegenheit zu bringen und sie vor ihren Wählern zu entlarven, was dadurch geschah, daß sie gegen das niedrigere Rekrutenkontingent stimmten. Keine Partei in Oesterreich hätte im übrigen — so betonte Daszynski — mit ihrer Kritik des Militarismus soviel erreicht, wie der sozialdemokratische Verband in so kurzer Zeit. Die Verhältnisse in den Kasernen waren besser geworden, die militärischen Befehlshaber hatten vor der sozialdemokratischen Kritik des Militärsystems im Abgeordnetenhaufe Angst bekommen.

Den Gipfel erreichte die verzweifelte Stimmung innerhalb der Sozialdemokratie auf dem Parteitage in Salzburg im September 1904. Man mochte noch so viele Forderungen an das Parlament stellen, man mochte jeweils bei Sessionsbeginn noch so viele Versammlungen veranstalten, man mochte sich in den Zeitungen die Finger wundschreiben: es wurde nicht anders. Von sachlichen Beratungen im Parlament war keine Rede, die Sitzungen wurden mit der Verlesung des Einlaufes ausgefüllt, die Obstruktion schöpfte alle Möglichkeiten der Geschäftsordnung aus, um das Haus zu keiner Arbeit kommen zu lassen. „Hier und da wurde die öde Langeweile des Buchstabierens vernach-

lässiger Handschriften von einem wüsten Schimpfkonzert unterbrochen, das mitunter in einen Raufexzeß auszuarten drohte.“<sup>o</sup> Nicht einmal einen Dringlichkeitsantrag konnte man zur Behandlung bringen, da die Tagesordnung durch einen ganzen Haufen von Dringlichkeitsanträgen verlegt war. Oft warteten solche „Dringlichkeitsanträge“ ein Jahr auf ihre Verhandlung und wurden durch irgendeinen Zufall an das Tageslicht gezogen. Das Budget wurde jedes halbe Jahr mit Hilfe des § 14 verordnet und der Ministerpräsident erklärte, er werde ruhig abwarten, bis das Parlament sich eines Bessern besinnen werde. In dieser Lage, warten zu können, war freilich die Arbeiterschaft nicht. Die sozialpolitische Gesetzgebung stockte, die indirekten Steuern wurden fortwährend erhöht, die Teuerung stieg, an die Verwirklichung der Arbeiterversicherung war nicht zu denken. Immer größere Massen der Arbeiter verfielen in Gleichgültigkeit. „Was wir auf das schwerste empfinden“, sagte Seliger in Salzburg, „ist, daß sich der Arbeiterschaft eine Hoffnungslosigkeit bemächtigt hat, die alle ihre Tatkraft lähmt.“ Die Versammlungen — sogar die Wahlrechtsversammlungen — waren schwach besucht, es schien nichts zu geben, womit man das Interesse der Arbeiter hätte lebendig machen können. „Es läßt sich nicht leugnen, daß wir bei jeder Aktion auf eine Gleichgültigkeit stoßen, die uns geradezu zur Verzweiflung treiben könnte.“ (Sillebrand.) Je aktionsunfähiger aber die Arbeiterschaft wurde, desto mehr versprachen sich einzelne Besserung von dem allerschärfsten, aber auch letzten Mittel, das den Arbeitern zur Verfügung stand, dem Generalstreik. Resigniert bemerkte der Referent der parlamentarischen Fraktion, Matthias Eidersch, der 1901 einen schlesischen Wahlkreis erobert hatte, daß er über die Tätigkeit in einem Parlamente berichten solle, das eigentlich gar nicht existiere. Bisher hätte man das Parlament wenigstens als freie Tribüne für die Wünsche der Bevölkerung betrachten können, aber auch das sei jetzt nicht mehr der Fall. „Das Parlament befindet sich in einem Zustand, der mit der Bezeichnung „es krepitiert“ erschöpfend dargestellt ist. Nur wenn es galt, die unverschämten Forderungen des Milita-

<sup>o</sup> Bericht an den Salzburger Parteitag.

rismus zu befriedigen und der arbeitenden Bevölkerung schwere Lasten aufzubürden, hat der Kadaver noch einige Lebensfähigkeit aufgebracht.“ In der Debatte erfaßte Adler den Kern der Sache, wenn er nachwies, daß es sich um eine Krise nicht nur des Parlaments, sondern des Staates handle, daß die Situation, in der Oesterreich sich befand, durch eine Aktion des Parlaments nicht geändert werden könne und daß bei dem damaligen Machtverhältnis der Klassen die Partei der Arbeiter „aus diesem Staatsgebilde nicht durch eine Aktion etwas Vernünftiges machen“ könne. Aus dieser Betrachtung zog der erste Führer des österreichischen Proletariats dieselbe Schlussfolgerung wie mehrere Jahrzehnte zuvor der tschechische Geschichtschreiber Franz Palacky. So wie dieser sich damit Trost zusprach, daß die Tschechen vor Oesterreich da wären und nach Oesterreich da sein werden, schloß Adler ebenso prophetisch: „Wenn Oesterreich verfault, die österreichische Arbeiterschaft wird dabei nicht zugrunde gehen.“ Der stets in Opposition befindliche jugendlich-stürmische Winarsky warf den Abgeordneten vor, daß sie nichts Ernstliches unternehmen, um den bestehenden Zuständen entgegenzutreten. Demgegenüber betonte Schuhmeier, seit 1901 Abgeordneter, daß angesichts des Fäulnisprozesses Oesterreichs der Sozialdemokratie nichts übrig bleibe, als sich die Nase zuzuhalten, „uns auf unser eigenes Haus zurückzuziehen, es zu einer starken Festung umzugestalten, bis die Zeit kommt, wo dieses faule Staatsgebilde zusammenbricht und wir dann aus unserer Festung herausbrechen können.“ Pernersdorfer versuchte die Delegierten mit der Zusicherung zu beruhigen, daß bei einer Zuspitzung der Situation, die das Eingreifen der Sozialdemokratie zu einem erfolgversprechenden machen würde, Parteiführung und Abgeordnete nicht zaudern würden, wirksame Maßregeln zu ergreifen. Auch der Führer der deutschmährischen ebenso wie derjenige der deutschböhmisches Sozialdemokratie schlugen radikale Töne an. Dr. Czech (Brünn) verlangte, man möge auf die Straße gehen und Seliger sagte, die Arbeiterschaft stehe unter dem Drucke der Empfindung, daß die Waffen nicht auslangen, mit denen die Partei bisher gekämpft habe. Freilich konnte niemand das Mittel angeben, mit dessen Anwendung man,

gleichsam im Sprunge, aus dem Moraste der Untätigkeit und Gleichgültigkeit herausgekommen wäre. Den Abgeordneten wurde schließlich auch das Vertrauen ausgesprochen.

So tief der Sumpf war, in dem man stak und so fern ein Delegierter der Tagung die Erreichung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes sah, es sollte bald anders kommen. Schon im nächsten Jahre war wie mit einem Schlage die Situation eine andere geworden, die Ereignisse in Ungarn und vor allem in Rußland verwandelten die kalte Gleichgültigkeit der Arbeiter in lodernes Feuer, die Verzweiflung schlug in revolutionäre Stimmung um. Diese neue Lage fand aber die alte Regierung nicht mehr am Ruder, deren Leiter vielfach auch im Kreise des fortschrittlichen Bürgertums als der Mann angesehen wurde, der vom Schicksal berufen war, Oesterreich zu erneuern. Wohl war Koerber an seinen Vorgängern Taaffe und Windischgrätz, Badeni und Thun, ebenso wie an seinen Nachfolgern Bienerth und Stürgkh gemessen, ein Mann des Fortschrittes. Während jene von der ebenso altherwürdigen wie hohlen Geistigkeit der Feudalität und altösterreichischen Beamtentums erfüllt waren und den Kaiser als ihren Lehensherrn betrachteten, war Koerber ein Mann des Bürgertums, der von der Pike auf gedient hatte und sich insbesondere nach außen hin als moderner Mann gab. Aber so wie das österreichische Bürgertum seine revolutionären Aufgaben seit 1848 nur zwiespältig erfüllt hatte, so schreckte auch Koerber davor zurück, die Jugendkraft der Demokratie dem österreichischen Staatsgedanken dienstbar zu machen. Er hat selten seine Gedanken zu Ende gedacht, und wenn dies geschah, schreckte er vor der Tat zurück. Er war „ein Mann der österreichischen Halbheit“. (Adler 1904.) Er verband den guten Willen zu einer Umgestaltung Oesterreichs aus einem halb feudalen zu einem bürgerlichen Staat mit einer gefügigen Schwäche gegenüber aller kleinbürgerlichen Rückständigkeit, wie sie aus der geringen industriellen Entwicklung einzelner österreichischer Landesteile notwendig hervorstach. „Gefügigkeit gegen den Klerikalismus, Konnivenz gegen Agrarier und rückständige Kleinbürger, dazu hochgestellte Phrasen von der Notwendigkeit industrieller Entwicklung und von großzügiger Wirtschaftspolitik: das ist die politische Wirklichkeit des Ministeriums

Koerber.<sup>10</sup> Auch seine vielgerühmte Geduld und Ausdauer wurde zum Schaden. „Beharrlichkeit ist eine Tugend, aber sie wird zum Verbrechen, wenn sie der Erhaltung eines verderblichen Zustandes gilt.“ Das einzige Mittel dem Parlament neues Leben einzuhauchen, hat er sich anzuwenden gescheut. Wohl hat er mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gedroht, aber er konnte sich nicht entschließen, die Drohung wahrzumachen. So wurde er nicht der Bringer des gleichen Wahlrechtes und die ehrende Bezeichnung eines österreichischen Staatsmannes muß ihm versagt bleiben, wenn man unter einem Staatsmann denjenigen versteht, der im Besitze der Macht erkennt und auch tut, was die Entwicklung gebieterisch verlangt.

Bevor noch der entscheidende Kampf der österreichischen Arbeiterschaft um das gleiche Recht entschieden war, erhielt die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie noch eine gewünschte Verstärkung: Im Jahre 1905 wurde eine zweite Bresche in die Reihen der Privilegierten geschlagen: in Steiermark wurde K e s e l in der dritten Kurie gewählt. Ebenso hatte die Wahl Viktor A d l e r s an Stelle des zurückgetretenen Hannich im Reichenberger Wahlkreis die Bedeutung, daß nun die Führung der Partei und ihrer parlamentarischen Vertretung in ein und derselben Hand lag, von demselben kühn abwägenden Kopf gelenkt wurde, der bald beweisen konnte, daß er in revolutionären Zeiten auch vor der Anwendung revolutionärer Mittel nicht zurückschreckte.

Die Zeit war gekommen, in der das österreichische Proletariat aus dem Stellungskriege zu einem großangelegten Angriff übergehen und die Mauern des Privilegienwahlrechtes in Grund und Boden schießen konnte.

#### Siebentes Kapitel:

##### Der Kampf um das allgemeine gleiche Wahlrecht.

Die Badenische Wahlreform wurde innerhalb der Arbeiterschaft als eine bloße Abschlagszahlung an die bis dahin völlig rechtlosen Schichten der Bevölkerung betrachtet, die Arbeiter waren gewillt, die ganze Schuldsomme einzufordern und nicht zu ruhen und zu rasten, bis das all-

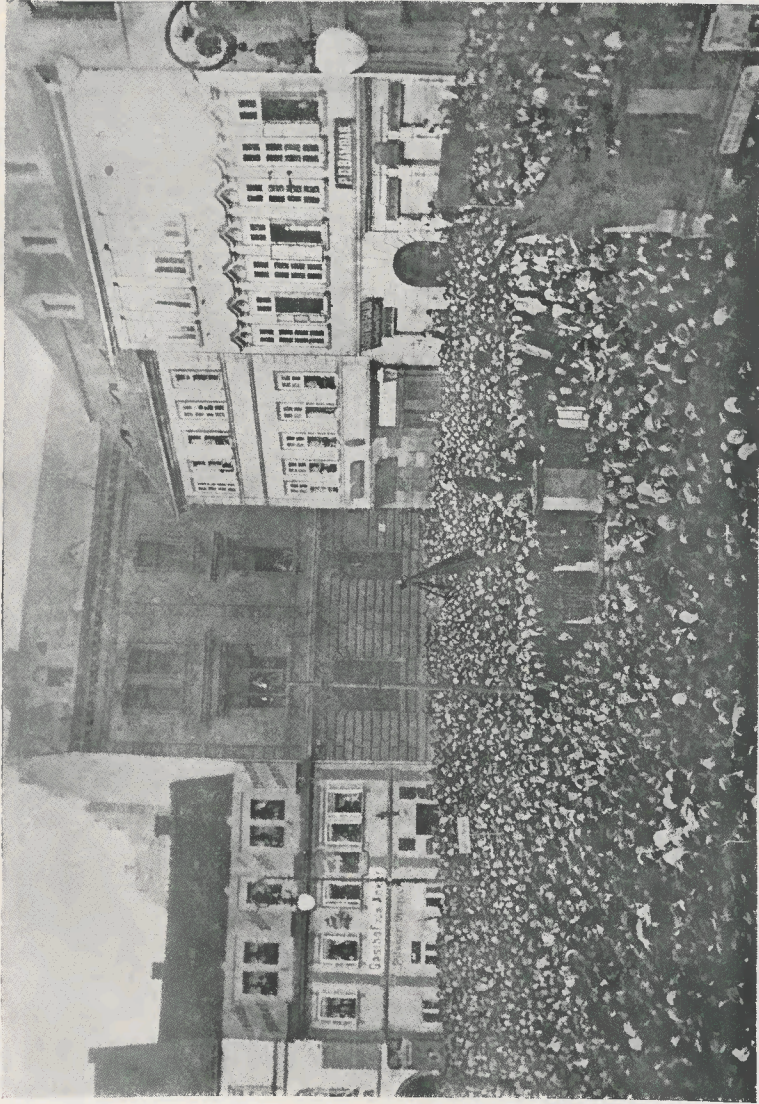
<sup>10</sup> Bericht an den Wiener Parteitag 1903.

gemeine, gleiche und direkte Wahlrecht erkämpft war. Darüber gab es keinen Streit innerhalb der Sozialdemokratie. Was in dem folgenden Jahrzehnt immer wieder Gegenstand von Auseinandersetzungen wurde, war die Anwendung der jeweils geeigneten Mittel in diesem Kampfe, damit auch die Frage des Zeitpunktes, in welchem die Aktion zu einem Generalangriff auf Staat und herrschende Klassen, welche sich dem Wahlrecht, das Bismarck dem norddeutschen Bunde schon 1867 gegeben hatte, mit aller Macht widersetzten, gesteigert werden sollte. Schon ein Jahr nach den ersten Wahlen in das Fünfkurienparlament, auf dem Parteitag in Linz 1898, gab es Stimmen, welche den Kampf mit aller Kraft aufgenommen haben wollten. Die Stimmung in der Arbeiterschaft, in der eine gewisse Zufriedenheit darüber herrschte, daß sie überhaupt gewählt hatte, war aber einer großangelegten Aktion nicht günstig. Mit Recht bemerkte Adler, der stets eine feine Bitterung für die Stimmung der Masse hatte und wohl begriff, was in der Seele der Arbeiter vorging, daß so große Bewegungen, welche die politischen Machtverhältnisse verschieben sollen, nicht ins Werk gesetzt werden können, „weil man sie machen will“, daß sie sich vielmehr „als innere Notwendigkeit aus den Verhältnissen ergeben“ müssen. Ebenso traten auf dem Brünner Parteitage 1899 — der seine historische Bedeutung dadurch erhielt, daß sich hier die Sozialdemokratie aller Nationen Oesterreichs ein gemeinsames Nationalitätenprogramm gab — Stimmen an die Oberfläche, wonach man die Wahlrechtsbewegung „entsachen“ sollte. Hier war es unter anderen Seliger, der auf diesem Parteitag aus der Masse der Delegierten zum ersten Male weithin sichtbar hervortritt, welcher den Zeitpunkt für noch nicht gekommen erachtete. Auf dem Parteitage zu Graz 1900 wurde der Generalstreik gefordert, um den herrschenden Klassen zu zeigen, daß es die Arbeiterschaft mit ihrer Forderung blutig ernst meine. Aber die Jahre der Regierung Koverber hatten in der Arbeiterschaft eine so trübe Stimmung erzeugt, daß an einen erfolgverheißenden Feldzug für die Lebensforderung der Arbeiterklasse nicht zu denken war. Am 26. Juli 1903 gab es zwar Versammlungen in allen großen Städten, aber der Aufruf zum Kampfe fand wenig Widerhall. Ein

Teil der Vertrauensmänner wurde immer ungeduldiger und rief nach dem Generalstreik. Der Referent über die Wahlrechtsbewegung auf dem Parteitage zu Wien 1903, der Tschsche Baněk, verlangte, man möge über den Generalstreik diskutieren. Er erhob gegen die Gesamtexekutive den Vorwurf, daß sie dem Drängen der Massen und der tschechischen Parteivertretung nicht nachgebe. Auch andere Redner griffen die Partei, die Abgeordneten und das Zentralorgan heftig an. Demgegenüber erklärte wiederum Adler, daß, obwohl die politische Rechtlosigkeit immer da sei, man sie nicht immer zu einer großen, zündenden Agitation benützen könne. „Sie können nicht erwarten, irgend eine Bewegung auf längere Zeit in einer Höhe zu erhalten, die die Leidenschaften in gleicher Weise zu entfalten vermag. Das ist psychologisch, auch massenpsychologisch unmöglich. Wir müssen das Bewußtsein von der Glendigkeit unseres Wahlrechtes immer lebendig erhalten bei uns, bei den bürgerlichen Parteien, bei der Regierung, aber wir können unmöglich fortwährend den Kampf in jener Siedehitze, auf jener Höhe halten, in die er nur zu gewissen Zeiten bei günstigen Gelegenheiten hinaufgetrieben werden kann.“ Ebenso aber wie Adler den Generalstreik im Augenblick ablehnte, wollte er auf diese schärfste Waffe in Zukunft nicht verzichten. „So gewissenlos es wäre, für die nächste Zeit einen Generalstreik zu politischen Zwecken anzukündigen, ebenso unklug, ja unverantwortlich wäre es, den Generalstreik abzuschwören.“ Aus diesem Grunde wurde auch in der Entschliebung, die schließlich vom Parteitage angenommen wurde, die Anwendung „äußerster Mittel“ zur Bekämpfung des Wahlrechtes in Aussicht gestellt. Aber im Jahre 1904, da die Hoffnungslosigkeit der Arbeiter noch größer wurde — wir haben das im vorigen Kapitel bereits erzählt —, war an die Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie noch weniger zu denken. Der Antrag der deutschböhmisches Delegierten Seliger und Hillebrand auf Eröffnung einer Debatte über den Generalstreik auf dem Salzburger deutschen Parteitag wurde abgelehnt und beschlossen, diesen Gegenstand auf dem nächsten Gesamtparteitag zu verhandeln. In der „Arbeiterzeitung“ verlangte Austerlitz die Dekretierung des Wahl-

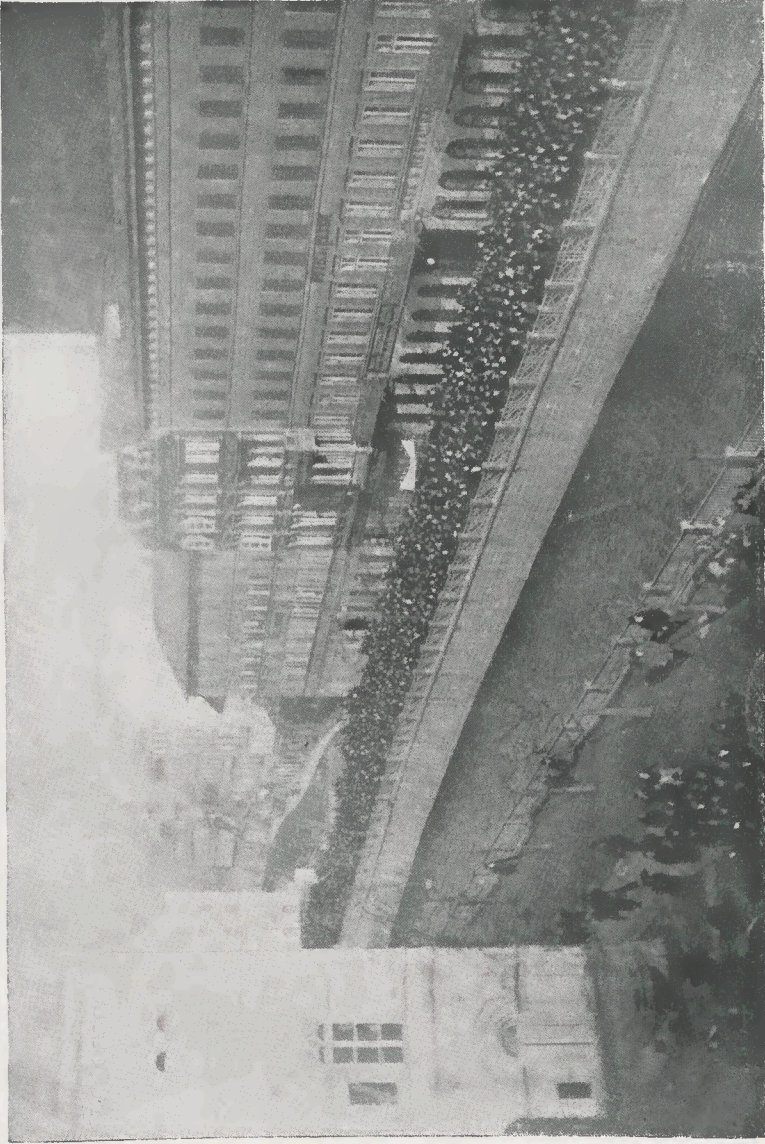
rechtes, wenn das Parlament nicht fähig sei, eine Reform zu schaffen. Der Wahlrechtskampf schien in einer Sackgasse zu sein, die Massen waren träge und gleichgültig. Da erweckten sie die Fanfarenstöße der russischen Revolution zu lebendiger Kampfesentschlossenheit.

Gleichzeitig mit dem Kampf um die Erweiterung des Wahlrechtes in das Abgeordnetenhaus wurde der Kampf um das Wahlrecht in den böhmischen Landtag geführt, in gewissen Zeiten noch stürmischer als um das Wahlrecht in das Wiener Parlament. Im Landtage gab es, ähnlich wie im Abgeordnetenhaus vor der Wahlreform Baden's, vier Kurien. Von den insgesamt 242 Abgeordneten wählten 430 Großgrundbesitzer 70 Abgeordnete, 188 Handelskammerräte 15 Abgeordnete, 108.750 privilegierte Städtewähler 92 Abgeordnete und 265.400 Landgemeindegewähler 84 Abgeordnete. Ein Abgeordneter entfiel auf 6 Großgrundbesitzer, 12 Kammerräte, 1160 Städtewähler und 3159 Landgemeindegewähler. Schon in den neunziger Jahren gab die Arbeiterschaft ihrem Unwillen über dieses Wahlrecht lebhaften Ausdruck. Im Jahre 1901, als die Landtagswahlen bevorstanden, beschäftigte sich eine am 26. Mai stattgefundene Landeskonferenz der deutschböhmischen Sozialdemokratie damit, welche Stellung die Arbeiterschaft einnehmen solle. Nach einem Referate Schrammels wurde beschlossen, sich sofort mit der tschechischen Parteiregative diesbezüglich in Verbindung zu setzen und alle Vorbereitungen zum Eingreifen in die Wahlen zu treffen. Das Ergebnis der Beratungen mit den tschechischen Genossen war ein gemeinsamer Aufruf zu den Landtagswahlen, der am 14. September 1901 erschien und von Schrammel, Seliger, Bentel und Zeller als Vertreter der deutschen, von Němec, Tujar, Schuster und Johaniš der tschechischen Sozialdemokratie unterfertigt war. Es wird darin gegen die Beherrschung des Landtages durch Feudale und Bourgeois protestiert und das allgemeine Wahlrecht gefordert. An die Stelle der Kurien der Privilegierten sollen nationale Kurien treten. Jeder nationalen Kurie wird der für Kultur- und Schulzwecke entsprechende Teil des Landesbudgets vorgelegt. Neben sozialen Forderungen wird eine demokratische Gemeindeordnung verlangt. Daß bei den Wahlen in den Kurien der Privilegierten kein Sozial-

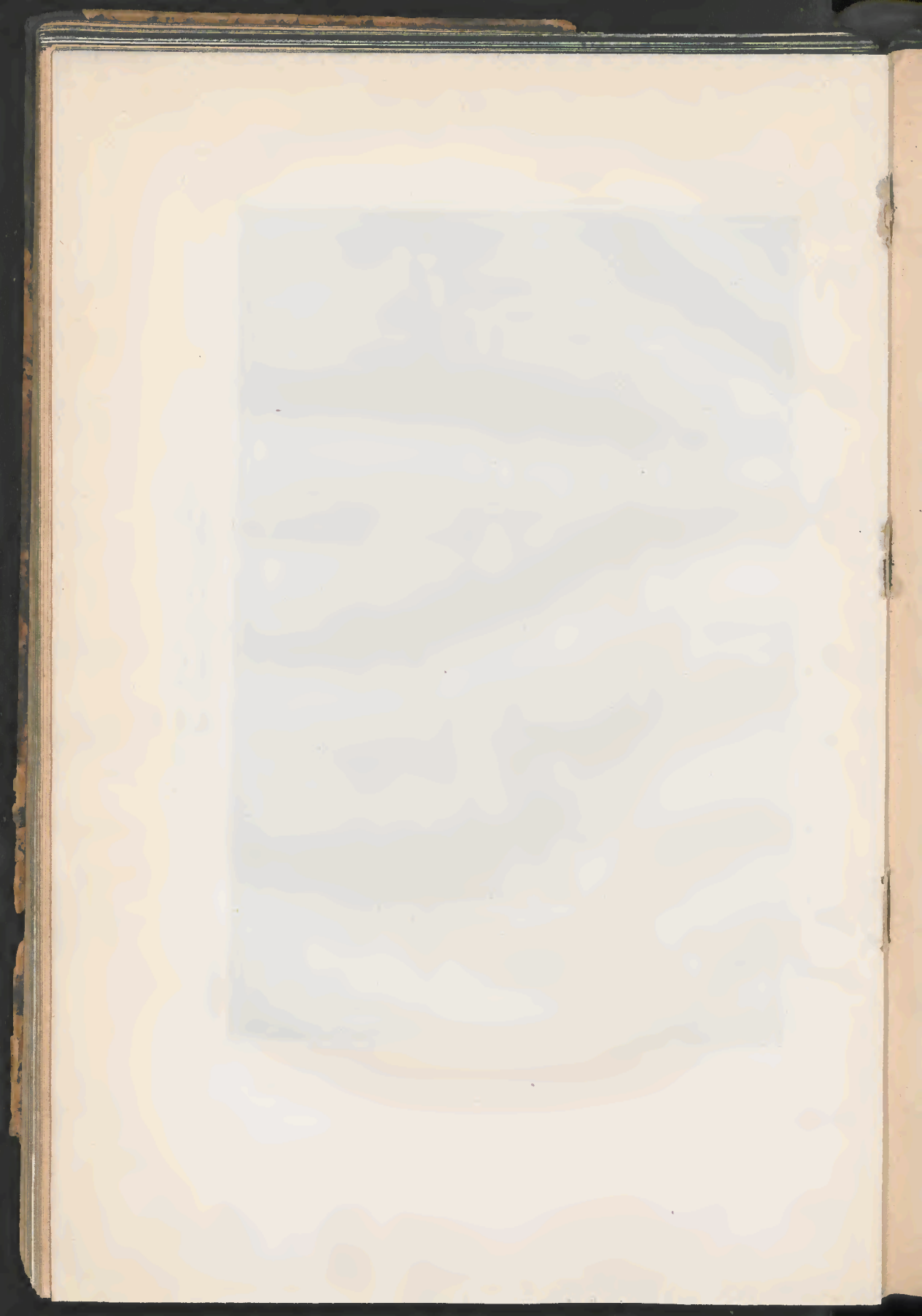


Der Kampf um das Wahlrecht  
(Der 28. November 1905 in Leptitz-Schöntau)





Der Kampf um das Wahlrecht  
(Der 28. November 1905 in Karlsbad)



demokrat durchdrang, war nicht überraschend. Erst im Jahre 1903 kam die Bewegung wieder in Schwung. Im Oktober stellte der Jungtscheche Janda einen Antrag auf Reform des Landtagswahlrechtes. Bei der Beratung auf Einsetzung einer diesbezüglichen Landtagskommission war die Galerie mit Arbeitern besetzt, die ihrer Erregung über die Verhandlung Ausdruck gaben, was den hochfeudalen Oberstlandmarschall veranlaßte, die Galerie räumen zu lassen. Die Landesexekutiven der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie richteten an die Landtagsabgeordneten eine Denkschrift, in welcher diese aufgefordert wurden, die Wahlreform schleunigst durchzuführen. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Landeshaushalt immer mehr auf indirekten Steuern (Landesbierauflage) beruhe, so daß es ein grenzenloses Unrecht sei, einem großen Teil der Bevölkerung das Wahlrecht vorzuenthalten. Durch eine Reihe von Versammlungen wurde der Denkschrift der nötige Nachdruck gegeben. Da die Arbeiten der Wahlreformkommission nicht vom Fleck kamen, wurden die Arbeiter stürmischer. Als der Landtag im Oktober 1904 zusammentrat, veranstalteten die Prager Arbeiter eine Versammlung. Nach derselben zogen die Massen über den Graben, an der Ecke Graben—Wenzelsplatz ließ ein Polizeieinspektor, weil ihn angeblich jemand mit einem Stock bedroht hatte, die Säbel ziehen, die Polizisten hieben auf die Demonstranten ein, einige verwundete blieben am Platze. Mit solchen Methoden wollte man die Wahlreformfrage lösen! Das Vorgehen der Prager Polizei weckte den Kampfesifer der Arbeiter im deutschen und tschechischen Gebiet des Landes. Ueberall wurden Versammlungen veranstaltet, in denen es begrüßt wurde, daß die Prager Arbeiter den Kampf auf die Straße verpflanzt hatten. In einer Teplitzer Versammlung wurde die Parole ausgegeben: Keine Ruhe in Böhmen, bis das Wahlrecht zum Landtage erkämpft ist. Im Jahre 1905 wurde die Bewegung infolge des gewaltig gesteigerten Kampfes um das gleiche Wahlrecht in das Abgeordnetenhaus mächtig angefaßt.

Auch der Erweiterung des Wahlrechtes in die Gemeinden wandten die Arbeiter ihr Augenmerk zu. Schon in den neunziger Jahren war es gelungen, einzelne sozialdemokratische Kandidaten bei Wahlen in einzelne Ge-

meindevertretungen zu bringen, ja ganze Wahlkörper zu erobern. Dies brachte auch mit sich, daß die Partei sich allmählich gewisse Richtlinien über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu erarbeiten mußte. Diesem Zwecke dienten die von Schumier vorgelegten „Grundsätze für das Wirken der Sozialdemokratie in den Gemeinden“ auf dem Parteitage in Graz 1900.

\*

Den entscheidenden Anstoß empfangen Massen und Partei durch auswärtige Ereignisse. Der ungeheure Spannungszustand, der in Rußland zwischen den Klassen bestand und infolge eines unerhörten politischen und wirtschaftlichen Druckes des zaristischen Absolutismus auf die arbeitenden Klassen des russischen Volkes ins unerträgliche gewachsen war, entlud sich, begünstigt durch die Niederlage Rußlands im Kriege gegen Japan, in den denkwürdigen Jänkertagen 1905. Anläßlich des Festes der Wasserweihe war es in Petersburg am 20. Jänner zu Ausschreitungen gekommen. Gleichzeitig brach in den Putilow-Werken ein Streik aus, der bald ein politisches Gesicht erhielt. „Wir wollen lieber sterben, als unter solchen Gesetzen leben“, hieß es in dem Programm der Streikenden. „Wir haben nur zwei Wege: die Freiheit und das Glück oder das Grab.“ Am 22. Jänner zogen die Arbeiter unter Führung des Popen Gapon vor das Winterpalais, um „Väterchen Zar“ ihre Beschwerden zu überbringen. Statt daß aber der Zar ihre Bitte erhörte, trat ihnen Militär entgegen, das in die enttäuschten Arbeiter rücksichtslos feuerte. Das hatte die Ausdehnung des Streiks auf die Provinz zur Folge, sowie die völlige Erschütterung des Vertrauens, das ein großer Teil der Arbeiter zum Zaren noch gehabt hatte. Der mystische Schleier um das milde und gütige Väterchen Zar war für weite Kreise des russischen Volkes zerrissen.

Aber auch auf Oesterreichs Arbeiter war die Wirkung der revolutionären Ereignisse in Rußland eine tiefe. Vier Tage nach den blutigen Vorfällen in Petersburg kam es schon in Wien zu Zusammenstößen der Arbeiter mit der Wache, weil jene in Hochrufe auf die russische Revolution ausgebrochen waren. In den nächsten Tagen fanden auch in den deutschböhmisches Städten sozialdemokratische Ver-

sammlungen statt, in denen die Redner ihrer Begeisterung über die Taten der russischen Arbeiter ohne Rücksicht auf die Anwesenheit des Regierungsvertreters Ausdruck gaben. Die Arbeiter verstanden, daß auch die Machtverhältnisse in Oesterreich von der weiteren Entwicklung der Ereignisse in Rußland nicht unbeeinflusst bleiben können. Die Hoffnung auf revolutionäre Vorgänge in Oesterreich kleidete Seliger in einer dieser Versammlungen in die Worte Ferdinand Freiligraths aus dessen Gedicht „Die Revolution“:

„Ich werde sein und wiederum voraus den Völkern  
werd' ich gehn!  
Auf eurem Nacken, eurem Haupt, auf euren Kronen  
werd' ich stehn!  
Befreierin und Rächerin und Richterin, das Schwert  
entblößt,  
ausrecken den gewalt'gen Arm werd' ich, daß er die  
Welt erlöst!“

In diesen Worten wehte schon der Feueratem revolutionärer Entschlossenheit. Um die Solidarität mit den russischen Arbeitern auch praktisch zu erweisen, schuf die Gesamtexekutive der Sozialdemokratie einen russischen Hilfsfond.

Indessen gingen die Ereignisse in Rußland weiter. Am 18. Feber wurde in Moskau der Großfürst Sergius ermordet. Auch dieser Vorfall übte in Oesterreich eine tiefe Wirkung aus. Trotzdem die „Freiheit“ den Ermordeten eine „Bestie in Menschengestalt“ genannt hatte, wurde sie nicht konfisziert. Im März kam es in Rußland zu weiteren Attentaten, das Streikfieber griff um sich. Auch die russische Bauernmasse kam in Bewegung. Der Gedenktag an die Märzgefallenen 1848 bekam unter diesen Umständen in Oesterreich eine wahrhaft revolutionäre Bedeutung, man verspürte wieder einmal die Wahrheit der Worte, daß noch alle Märsen nicht vorbei seien. Der Sturm aus dem Osten hatte alle Wolken des Pessimismus hinweggeweht, die in den letzten Jahren über der Arbeiterbewegung schwer darniederhingen. „Die Ereignisse in Rußland,“ schrieb Josef Seliger, „bedeuten eine Wiedergeburt des revolutionären Gedankens.“ In dieser revolutionären Stimmung beging

die Arbeiterschaft Deutschböhmens die Feier des 1. Mai, der großartigsten, stimmungsvollsten und feierlichsten seit 1890. Die Massen, aufgepeitscht durch die russische Revolution, riefen nach dem gleichen Wahlrecht. Gerade diesen Zeitpunkt hatte sich die Regierung ausgesucht, um dem böhmischen Landtag eine Wahlreform vorzulegen, die für die Arbeiterschaft einen Faustschlag bedeutete. Die Regierung wollte den bestehenden vier Kurien mit 242 Abgeordneten eine fünfte allgemeine Kurie — mit 18 Mandaten anfügen. Auf 16 privilegierte Mandate sollte ein Mandat der allgemeinen Wählerklasse entfallen. Die erbitterten Arbeiter antworteten am 21. Mai und den folgenden Tagen mit stürmischen Demonstrationen.<sup>1</sup>

Für den 23. Juli wurde nach Prag eine gemeinsame Landeskonferenz der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie einberufen. Die Konferenz bot das Bild eines großen Parteitagcs, 541 Delegierte waren erschienen, davon 304 Tschechen und 237 Deutsche. Den Vorsitz führten Soukup und Auzt, Schäfer und Beutel, aus Wien waren Adler, Skaret und Seitz erschienen. Ueberrascht von dem glänzenden Bild, das sich ihm bot, erklärte Adler in seiner Begrüßungsansprache, daß er eine solche Konferenz, seitdem er in der Partei sei, noch nicht gesehen habe. Ueber die Landtagswahlreform sprachen die beiden führenden Köpfe der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie Böhmens, Němec und Seliger. Němec ging davon aus, daß der Arbeiterschaft Oesterreichs Schicksal gleichgültig sei: „Wir haben kein Interesse, diese alte Ruine, dieses alte, verfallene Oesterreich zu erhalten.“ Getragen vom Kraftbewußtsein der Arbeiter jage er dem Regierungssystem schärfsten Kampf an. „Wir erhalten den Staat, und wenn wir ihm nur eine Woche lang die Mittel zu seiner Existenz verweigern, dann möchten wir sehen, was diesem Staate die Bajonette und Kanonen nützen.“ Und über die Mittel des Kampfes: „Wir werden unsere Rechte erkämpfen mit den Waffen, die uns die Regierung aufzwingt.“ Seliger begründete ein-

<sup>1</sup> Gerade damals kam es zu einer Polemik zwischen der „Arbeiterzeitung“ und dem „Právo Lidu“. Die „Arbeiterzeitung“ wollte sich mit einer fünften Kurie im böhmischen Landtag, allerdings mit mehr Mandaten, vorläufig zufrieden geben, das „Právo Lidu“ aber erklärte, daß die Arbeiter nur das allgemeine, gleiche Wahlrecht wollen, und nichts anderes. Die „Freiheit“ ergriff die Partei des „Právo Lidu“.

gehend den Anspruch der Arbeiter auf das Wahlrecht: „Wir gründen unseren Anspruch auf das gleiche Wahlrecht . . . auf die Tatsache, daß aus der Proletarierklasse alles fließt, was Fortschritt, was Leben, was Kultur heißt: die Arbeiterklasse Böhmens wird ihre Kraft und Energie nicht brach liegen lassen, sie wird sich auf der Straße ihr Recht holen.“ Ueber den Kampf um das Landtagswahlrecht referierten Steiner (tschechisch) und Schäfer (deutsch). Steiner erklärte im Vollgefühl des geschichtlichen Augenblicks: „Wir müssen jetzt einen Krieg beginnen, der zeigt, daß uns der Titel einer revolutionären Partei gebührt.“ Schäfer erinnerte daran, daß jede der beiden Parteien den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien ihrer Nation führen müsse. Unter großer Begeisterung wurde eine Entschliebung angenommen, in der erklärt wird, daß die Aufrechterhaltung und Ausdehnung des Kuriensystems ein schreiendes Unrecht sei. In keinem Kronlande habe man die Frechheit gehabt, in der allgemeinen Kurie mit weniger als der doppelten Anzahl der Reichsratsmandate zu kommen wie in Böhmen. „Zur Vergewaltigung, die überall geübt wird, hat man in Böhmen noch den niederträchtigsten Hohn und den offenen Schimpf gefügt.“ In allen Orten sollten Versammlungen und Demonstrationen stattfinden. Auch eine Resolution für die russische Revolution gelangte zur Annahme: „Die Vertreter des Proletariats Böhmens beider Nationen blicken mit leidenschaftlicher Bewunderung und aller Hoffnung ihres Herzens auf die revolutionären Proletarier Rußlands und Polens.“ Mit einem Bekenntnis zu Revolution und Internationalität schloß der Vorsitzende Soukup die Tagung: „Nicht in geschlossenen Sälen, auf den Straßen von Prag werden die deutschen und tschechischen Proletarier neuerlich ihre Verbrüderung feiern und den Kampf zu Ende führen!“ Kampfeslust und Kampfesfreude glühte auf den Gesichtern, feste Entschlossenheit und Energie leuchtete aus allen Mienen, die „Freiheit“ schrieb am 29. Juli, daß die Arbeiterschaft auch vor keinem Blutopfer zurückschrecke.

Die Massen folgten dem Aufruf der Landeskonferenz. Im August, September und Oktober demonstrierten die Arbeiter aller größeren Orte Böhmens. Am 24. September waren auf dem Havlíčekplatz in Prag 40.000 Menschen ver-

sammelt, zu denen u. a. auch Masaryk sprach. Am 7. Oktober flatterte ein von leidenschaftlichen Worten erfülltes Manifest in beiden Sprachen in 300.000 Exemplaren hinaus, das das berühmte Wort wiederholte: „Keine Ruhe in Böhmen, bis das allgemeine und gleiche Wahlrecht zum Landtage errungen ist.“ Der nächste Tag sah Massendemonstrationen in Deutschböhmen. In Tepliz sprachen Seliger und Soukup, in Aussig Ellenbogen, in Reichenberg Eldersch, in Karlsbad Kefel. Am 10. Oktober ruhte in ganz Prag die Arbeit. Alle Bäden waren geschlossen, kein Fabriksschlot rauchte, kein Hammer erklang. 60.000 bis 80.000 Menschen durchzogen die Stadt. Eine Deputation der Demonstranten, unter ihnen die Deutschen Seliger, Schäfer und Beutel, begab sich zum Oberstlandmarschall, dem Vorsitzenden des Landtages. Kamec und Seliger verdolmetschten ihm die Wünsche der Arbeiter beider Nationen. Dann begab man sich zum Statthalter. Unter diesem Drucke entschloß sich die Regierung dazu, die Zahl der Mandate in der allgemeinen Wählerklasse von 18 auf 36 zu erhöhen. Gleichzeitig sollten nationale Kurien eingeführt werden. Aber die Arbeiterschaft war mit einem solchen Entgegenkommen nicht zu beruhigen.

Inzwischen hatten aber Geschehnisse in der anderen Reichshälfte, in Ungarn, dem Kampf um das gleiche Wahlrecht ins Abgeordnetenhaus neuerliche Schwungkraft gegeben. Im Feber hatte die Regierung Tisza eine schwere Wahlniederlage erlitten, 154 ihrer Anhänger standen im Parlament nunmehr 160 Kossuthianern entgegen, die Mehrheit der ungarischen Wähler hatte gegen den Dualismus entschieden. Gegen den Willen der neuen Mehrheit wurde eine Regierung eingesetzt, an deren Spitze der General Fejervary stand. Aehnlich wie Bismarck gegen die renitente preußische Bourgeoisie seinerzeit das allgemeine Wahlrecht als Waffe benützte, so wollte es die neue Regierung, insbesondere deren Minister des Innern, K r i s t o f f y, der am 8. September 1905 eine Rede hielt, wie sie die Welt bis dahin von einem ungarischen Minister noch nicht gehört hatte: „Das allgemeine geheime Wahlrecht bildet ein sicheres Mittel, um eine endgültige Lösung der Krise und eine Regeneration der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage herbeizuführen.“ Den staatsrechtlichen Forderungen gegen-

über pflanzte er die Fahne des sozialen Problems auf: „Die staatsrechtlichen Ideen verlieren überall an Bedeutung und sie werden siegreich durch die sozialen Ideen verdrängt.“ Zum Schlusse eine Drohung an die Kossuthpartei: „Das Erscheinen neuer Elemente im Parlament, die das allgemeine Stimmrecht entfenden wird, wird zugleich neue Ideen in den Vordergrund stellen und die alten verbrauchten staatsrechtlichen Schlagworte werden in die Rumpelkammer wandern.“ Ganz Oesterreich-Ungarn horchte auf. So sprach ein Minister des Königs von Ungarn, der doch auch Kaiser von Oesterreich war. Was die Regierung des Königs von Ungarn tat, mußte es nicht auch die Regierung des Kaisers von Oesterreich tun? Zunächst kamen die ungarischen Arbeiter in Bewegung. Am 10. September hielt die ungarische Sozialdemokratie einen Wahlrechtskongreß ab, am 15. September ruhte in Budapest die Arbeit, 100.000 Menschen marschierten vor dem Parlament auf, um dagegen zu protestieren, daß von 4.3 Millionen erwachsener Männer 3.3 Millionen ohne Wahlrecht waren. Aber auch die österreichische Arbeiterschaft war nicht zu halten, sie fühlte, daß die Zeit gekommen sei, das lang geforderte Recht sich zu holen. Die kühne Rede Kristoffys und der Fortgang der Ereignisse in Rußland trieb die Erregung der Arbeiter bis zur Siedehitze. Im Juli hatte sich bereits gezeigt, daß die Gärung in der russischen Bevölkerung auf Heer und Marine übergreife, Morde an den Trägern der Staatsgewalt waren an der Tagesordnung, schon wurden in der österreichischen Arbeiterschaft Rufe laut, man werde „russisch sprechen“. Nun beschloß die Gesamtezekutive der österreichischen Sozialdemokratie die Einberufung einer Reichskonferenz für den 24. September. An der Konferenz nahmen 64 Delegierte teil, Referent war Bernerstorfer. Dieser trat für den schärfsten, rücksichtslosen Kampf gegen den Ministerpräsidenten ein, von dem es bekannt geworden war, daß er sich in einem Kronrate, an dem Vertreter der österreichischen und ungarischen Regierung teilgenommen hatten, gegen das allgemeine Wahlrecht in Ungarn wegen dessen Rückwirkung auf Oesterreich ausgesprochen hatte. Nachdem noch Némec und Garami (Budapest) gesprochen hatten, wurde eine Entschließung angenommen, in welcher erklärt wird, die Sozialdemokratie

werde dafür sorgen, daß Gantsch „der wohlverdienten Züchtigung nicht entgehe“. Ungemein wirkungsvoll war eine Rede Daszynski, der unter dem donnernden Beifall der Anwesenden ausrief: „Es wackelt mancher Thron in Europa, der fester stand als der Thron von Sabsburg!“ Das Manifest der Reichskonferenz war ein Aufruf zum Kampf: „Kündet ihnen allen unerbittlichen Kampf an, die Euer heiliges Recht bezweifeln; macht es den Mächtigen dieses Staates klar, daß die Zeit der Langmut vorüber ist, daß die arbeitenden Klassen in Oesterreich entschlossen sind, sich ihr volles Recht, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu holen . . . . Sammelt Euch, Arbeiter, und kündet laut Euer Willen. Sammelt Euch in den Versammlungen, sammelt Euch in Massen; gewaltig sei Euer Aufmarsch und entschlossen Euer Tat. Verkündet Euer Willen, daß die Rechnung auf die Geduld des Volkes falsch, daß das Spiel mit den Rechten des Volkes zu Ende ist. Euer Abgeordneten werden ihm Worte leihen im Parlament, Ihr aber werdet den Herrschenden offenbaren, daß die Arbeiterklasse in Oesterreich einig ist in der Forderung nach Sühne für die ihr angetane Schmach, einig in dem Kampfe für ihr geheiligtes Recht. Und so brause die Forderung von Land zu Land, von Volk zu Volk, schwellt zum Sturme an, bis sie Erfüllung finde: Nieder mit den Privilegien! Nieder mit den Volksfeinden! Heraus mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht!“

Zwei Tage später, am 26. September, trat das Abgeordnetenhaus unter großer Spannung der gesamten Bevölkerung zu sammen. Der Ministerpräsident wurde, als er das Haus betrat, von den Sozialdemokraten mit gewaltigem Lärm empfangen. Der Ton, in dem er vom allgemeinen Wahlrecht sprach, klang doch etwas anders als seine Rede im Kronrate: „Ich bin durchaus kein grundsätzlicher Gegner der Erweiterung des Wahlrechtes auf breiterer Grundlage.“ Ueber die Erklärung des Ministerpräsidenten entspann sich eine ausführliche Debatte. Bernerstorfer drohte unverhüllt mit der Revolution: „Die Regierung und die Dynastie mögen sich hüten, durch die Verweigerung der Volksrechte es dahin zu bringen, daß der revolutionäre Brand, der jetzt in Rußland wütet, nach Oesterreich über-

greife. Durch die Politik des Ministerpräsidenten kann es dazu kommen, daß in der Bevölkerung der Ruf ertönen wird: „Fort mit der Dynastie Habsburg!“ Schumierer erklärte, daß Oesterreich kein Fideikommiß des Hauses Habsburg sei. Auf die bürgerlichen Abgeordneten war die Stimmung der Massen nicht ohne Eindruck geblieben. Der Brünner liberale Abgeordnete Dr. Lecher setzte sich mit Entschiedenheit für das gleiche Wahlrecht ein, und obzwar bei der Abstimmung den Anträgen für das allgemeine, gleiche Wahlrecht die für die Dringlichkeit erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde, sprach sich die Mehrheit für das demokratische Wahlrecht aus. 155 Abgeordnete stimmten für, 114 wider. Das allgemeine gleiche Wahlrecht war auf dem Marsche.

Im Oktober wurden im ganzen Reiche Versammlungen abgehalten, die meisten Landtage befaßten sich mit Wahlreformentwürfen. Die Massen standen in Erwartung des Gesamtparteitages der österreichischen Sozialdemokratie, der am 29. Oktober in Wien zusammentreten und den Kampfplan für die nächsten Wochen aufstellen sollte. Es war die Ruhe vor dem Sturm, leise rollten die ersten Donner. Von Rußland wurde das Rollen immer stärker. Eine neue revolutionäre Flut war dort im Ansteigen: Eisenbahn- und Poststreiks setzten ein, Militär weigerte sich zu schießen. Dampfe Schwüle lastete auf Oesterreich, die Massen standen Gewehr bei Fuß.

Am zweihundert Delegierte der Sozialdemokratie aller Nationen Oesterreichs versammelten sich am 29. Oktober 1905 in Wien, um das Wort zu sprechen, das die Arbeiterschaft erwartete. Schon die Eröffnungsrede Adlers war von der Größe des geschichtlichen Augenblicks erfüllt. Er sprach von der russischen Revolution und erinnerte an die Worte Freiligraths:

„Den Felacie zu schlagen, schlag deinen Felacie.“

Adler betonte, daß jetzt gehandelt werden müsse: „... eines wissen wir, daß die Verhältnisse für uns noch niemals so günstig gelegen sind wie heute“, denn die Gegner haben den Glauben an ihre Sache verloren. Sodann wurde eine Resolution angenommen, in der die revolutionären Kämpfer in Rußland des Gefühles brüderlicher Solidari-

tät versichert werden. Die österreichische Sozialdemokratie folge dem Kampfe in Rußland in der festen Hoffnung, daß der Sieg der russischen Revolution „auch der westeuropäischen Reaktion den Todesstoß versetzen wird“. Ueber „Die österreichische Krise und das Wahlrecht“ sprach am 31. Oktober Ellenbogen. Er nannte das Privilegienparlament „die konstitutionelle Drapierung des Absolutismus“ und erklärte es für unmöglich, in Ungarn das gleiche Wahlrecht einzuführen, wo es die Parlamentsmehrheit nicht wolle, und in Oesterreich nicht einzuführen, wo es das Parlament wolle. „Wir haben genug von dem alten Oesterreich!“, so rief der Redner mit Unmut aus. „Wir wollen nicht länger leben in diesem Friedhof alles Großen und Schönen, in dieser Gemeinschaft von Stumpfsinn und fauler Gemüthlichkeit. Das österreichische Proletariat fühlt die Kraft in sich, es allen großen Bewegungen der großen Zeit, in der wir leben, gleichzutun. Rings um uns streben die Völker den höchsten Zielen zu. Deutschland hat sich an die Spitze der Zivilisation emporgerungen, das alte Bauernvolk von Norwegen hat mit einem Ruck einen Thron von den Schultern geschüttelt,<sup>2</sup> in Italien hat die schwer bedrückte Klasse der Bauern und Lohnarbeiter glorreiche Kämpfe bestanden und drüben im finsternen Osten geht der Tag des neuen Völkerfrühlings auf, schöner und herrlicher als je einer, die Ketten schmettern auseinander, vom Eismeer bis zum Kaukasus dröhnt der Schrei der Freiheit durch die Lande, überall schreitet der Geist einer neuen Zeit über die Völker hin und nur wir sollten verurteilt sein, den Schimpf und die Schande eines mittelalterlichen Ständeparlaments noch länger zu dulden?“ Gleichsam in Vorahnung dessen, was in den nächsten Minuten sich ereignen sollte, sprach der Redner das große Wort aus: „Nun aber ist der große Augenblick gekommen, wo es der Anspannung aller Kräfte bedarf!“

Kaum hatte das Ellenbogen gesagt, als ein historischer Zwischenfall eintrat. Es war ein Telegramm eingetroffen, das man dem Redner auf den Tisch legte. Bald flüsternten die Delegierten in den vorderen Tischreihen einander zu: „Nachrichten aus Rußland!“ Die Stille,

<sup>2</sup> 1905 hat die Trennung Norwegens von Schweden stattgefunden.

mit der Ellenbogens Rede angehört worden war, wich plötzlich einem aufgeregten Summen und Flüstern. Ellenbogen brach den Faden seiner Rede ab und während schon erregte Stimmen laut wurden: „Vorlesen!“ begann der Referent das am 30. Oktober erlassene Manifest des Zaren mit vor Erregung bebender Stimme vorzulesen, aus dem die erstaunten Zuhörer die Wundermär vernahmen, daß „der Selbstherrscher aller Reußen“ seinem Volke Verfassung und allgemeines Wahlrecht verhiess. Im Nu trat atemlose Stille ein. Kaum war aber der erste Absatz verlesen, da brach ein ohrenbetäubender Jubel los! Hochrufe auf die russische Revolution und auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht schwirrten durch den Saal. Die Delegierten hatten sich von den Sitzen erhoben und hörten die weitere Verlesung stehend an. Eine feierliche Ergriffenheit lag über dem Kongreß. Nun war Ellenbogen mit der Verlesung zu Ende. Keiner Mensch vermochte zu reden. Plötzlich brausten Revolutionsgesänge durch den Saal. Erst sangen die Tschechen und Polen die „Rote Fahne“, dann die Deutschen das Sturmlied der französischen Revolution:

„Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,  
 Zu uns'rer Fahne steht zu Hauf,  
 Wenn auch die Lüg' uns noch umnachtet,  
 Bald steigt der Morgen hell herauf.  
 Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen,  
 Zahllos ist uns'rer Feinde Schar,  
 Ob auch wie Flammen die Gefahr  
 Mög' über uns zusammenschlagen;  
 Nicht zählen wir den Feind,  
 Nicht die Gefahren all.  
 Marsch, Marsch!  
 Marsch, Marsch!  
 Und wär's in den Tod,  
 Denn uns're Fahne' ist rot.“

Jeder Teilnehmer wußte, daß in dieser Stunde auch der österreiche Wahlrechtskampf in ein neues Stadium revolutionärer Entschlossenheit getreten war.

Hierauf beendigte Ellenbogen seine Rede und es wurde eine Stunde Pause gemacht. Dann traten die Redner der einzelnen Nationen vor und feierten den großen Augen-

blick. Alle waren einig in dem Rufe: Hinaus auf die Straße! Tatsächlich strömten die Arbeiter Wiens bereits auf die Straße, große Massen durchzogen, das Wahlrecht fordernd, die Stadt.

Der Parteitag mußte nun beraten, welches Mittel die Arbeiterschaft anwenden sollte, um die herrschenden Klassen zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Man mußte das schärfste Kampfmittel der Arbeiterschaft in Anwendung bringen: den Massenstreik. Darüber sprach der besonnenste und klügste Vertrauensmann, Viktor Adler. Er nahm zunächst Stellung gegen den Generalstreik als Mittel zur Erkämpfung des Sozialismus. Diese Gedankengänge „gehen von einem grundlegenden Irrtum aus, daß man in einem bestimmten Moment auch der Arbeiterklasse mehr Kraft, mehr Macht freimachen kann, als diese Klasse in diesem Moment tatsächlich hat. Alle diese Irrtümer gehen davon aus, als ob in der Arbeiterklasse verborgen eine Kraft ruhen würde, die man in einem bestimmten Moment durch ein Zauberwort entfesseln kann.“ Wohl aber kann der Massenstreik, in einem bestimmten Augenblick für ein bestimmtes Ziel angewandt, das Proletariat mächtig vorwärtsbringen: „Bei einer gewissen Höhe der Organisation, bei einer gewissen Klarheit in der politischen Absicht und Leitung ist es möglich, den Massenstreik so diszipliniert, so besonnen, so klar über das Ziel anzuwenden wie irgend ein anderes proletarisches Kampfmittel.“ Deshalb mußte man den Beschluß des Parteitages ausklingen lassen in die ernste Mahnung, sich bereit zu machen für den Massenstreik. Bei der Begründung hiefür fand der nüchterne und stets abwägende Adler Worte, die ihn als kühnen Revolutionär erscheinen lassen: „Oesterreich hat den Wert des Lebens in diesem Oesterreich so sehr vermindert, es hat unser Leben so vergällt und zum Ekel gemacht, es hat uns jede Möglichkeit, menschlich zu leben, so eingeschränkt, daß dieses Leben keine bessere Widmung haben kann, als geopfert zu werden, um den Völkern ein neues Leben, das des Lebens wert ist, zu bereiten.“ Adler sagte bei dieser Gelegenheit auch ein Wort über sich selbst: Er sei ein nüchterner, vielleicht allzu nüchterner Mensch, aber er habe einen festen Grundsatz, nämlich in jedem Augenblick das zu tun, was

dieser Augenblick notwendig mache. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und man stehe in einem Moment, wo es notwendig sei, alles mit allem durchzusetzen: „Jetzt ist der Moment, jetzt muß sich zeigen, was für Kraft im Proletariat steckt! Jetzt oder nie!“ Nachdem noch die Vertreter der Nationen und Branchen kurze Erklärungen abgegeben hatten — man fühlte, daß die Zeit zum Reden vorüber, die zum Handeln gekommen sei — wurden zwei Entschlüsse angenommen. In der ersteren wird die Notwendigkeit des gleichen Wahlrechtes und die Unmöglichkeit, die bestehenden Zustände länger zu dulden, ausgesprochen. In der zweiten Resolution wird die Bereitschaft zum Massenstreik kundgetan: „Der Parteitag“, heißt es darin, „legt die Entscheidung, ob und in welchem Augenblick in den Kampf ums Wahlrecht . . . auch mit der Anwendung des politischen Massenstreiks eingegriffen werden muß, in die Hände der Vertrauensmänner der Organisationen des Proletariats . . .“ Der Wille des Parteitages, nunmehr alles zu wagen, fand seinen Ausdruck in einem Manifest an das arbeitende Volk aller Zungen in Oesterreich. Es begann mit dem Aussprechen dessen, was in Rußland und Ungarn geschehen war und stellte die Frage: „Ist das arbeitende Volk Oesterreichs weniger wert als das Proletariat Rußlands und Ungarns? . . . Sollen wir nicht allein den Völkern des Westens, sondern sogar denen des Ostens zum Gespött dienen? Haben wir nicht so viel Kraft in uns, den Schrei nach Recht, den wir unablässig erhoben haben seit Jahrzehnten, nun endlich in die Tat umzusetzen?“ Die Antwort darauf lautete: „Nein, arbeitendes Volk in Oesterreich, Deine Geduld ist zu Ende! Wir wollen nichts mehr von Vertröstungen und Hinhaltungen wissen . . . Der Kurienwahnwitz darf kein neues Parlament mehr gebären . . . Wir sind entschlossen, diesen Kampf mit dem Massenstreik, mit den äußersten Mitteln zu führen.“ Voll fester Entschlossenheit hieß es zuletzt: „Arbeitendes Volk, auf zum Kampfe! Auf zum entschlossenen Kampfe, der nicht früher beendet werden kann, bis wir im Siege nach Hause tragen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.“

Der Parteitag hatte den Kampf auf die Straße hinausgetragen. Die Sozialdemokratie konnte nicht mehr zögern.

Am 2. und 4. und 5. November brach in Wien und Prag der Sturm los. Bei einem Massenspaziergang auf der Wiener Ringstraße kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, bei welchem einige Menschen verwundet wurden. Am 5. November jedoch war die Polizei verschwunden, die Arbeiterschaft beherrschte die Straßen der Reichshauptstadt. Dank der Brutalität der Prager Polizei war das Schlachten in Prag ärger. Am 4. November wurden bei einer Massenkundgebung etwa 30 Arbeiter verletzt. Die Riesendemonstration am folgenden Tage kostete bereits das erste Menschenleben. Die Polizei griff die Menge — die Zahl der Demonstranten wurde auf 40.000 bis 50.000 geschätzt — auf dem Graben an und feuerte in die Fliehenden mit Revolvern hinein. 50 Personen wurden dabei verwundet, davon 2 schwer. In der Bergmannsgasse wurde ein junger Mann namens *Kubal* getötet. Am Abend kam es zu einer Straßenschlacht zwischen Dragonern und Arbeitern in der Ferdinandstraße.<sup>3</sup> Wieder gab es zahlreiche Verwundete. Am Karlsplatz wurde aus Bänken und Steinen eine Barrikade gebaut. Die Stadt wurde militärisch besetzt und glich einem Kriegslager. Zugleich wurde die Fahne des Aufruhrs in den anderen tschechischen und deutschen Städten Böhmens erhoben. In den folgenden Tagen waren die Straßen und Plätze der deutschböhmischen Städte mit Demonstranten bedeckt, zu Zehntausenden sprachen die Redner in Eger und Karlsbad, Brüx und Teplitz, Aussig und Bodenbach, Reichenberg und Trautenau, aber auch in den kleineren Städten fanden Versammlungen statt, in denen Tausende von Menschen ihren Unmut über die Weigerung der herrschenden Klassen, dem Proletariat das gleiche Wahlrecht zu geben, zu lautem, stürmischem, revolutionärem Ausdruck brachten. Ueberall erklärten die Redner, nun gebe es kein anderes Mittel als den Massenstreik. Gleichzeitig setzte auf den Bahnen die passive Resistenz der Eisenbahner ein, die Stockung des Verkehrs griff um sich. Das Bürgertum bekam Angst und selbst innerhalb der Regierung und in der Umgebung des Kaisers setzte sich die Auffassung fest, man stehe am Vorabend einer Revolution. Die Arbeiterblätter und die sozialdemokratischen Redner sprachen

<sup>3</sup> Heute Národní třída.

offen davon, daß die Demonstrationen im November das letzte friedliche Mittel seien, um das Wahlrecht zu erkämpfen.

Am einem Tage wollten Oesterreichs Arbeiter noch einmal ihre Kräfte zusammenfassen, um den Herrschenden den Ernst der Lage vor Augen zu führen. Es wurde hierzu der Tag der Einberufung des Parlaments, der 28. November 1905, gewählt. Er wurde zum Ruhmestage der Arbeiterklasse aller Nationen Oesterreichs, der nicht nur in der Geschichte des österreichischen Proletariats, sondern in der Geschichte der proletarischen Internationale fortleben wird.

Am diesem Tage ruhte fast in ganz Oesterreich jegliche Arbeit, in den Industriestädten war die Arbeitsruhe vollkommen. Die deutschböhmischen Städte brachten Menschenmassen auf die Beine, wie es bis dahin nie vorgekommen war. In Karlsbad waren etwa 25.000 bis 30.000 Menschen, in Saaz 10.000, in Brüx 15.000, in Teplitz 35.000 bis 40.000, in Aussig 35.000, in Leitmeritz 10.000, in Tetschen 25.000, in Reichenberg 40.000, in Gablonz 20.000 Menschen dem Rufe der Sozialdemokratie gefolgt. Es bot einen überwältigenden Anblick, als die Menschen mit eiserner Disziplin und Grabesruhe über die Straßen zogen, wie eine Sturmflut sich durch die Gassen wälzten und die Marktplätze überfluteten. Banner auf Banner, Fahne auf Fahne, Tafel auf Tafel zog da stundenlang vorüber, kein Ende war abzusehen. Geschäfte, Cafés, Restaurants, alles war geschlossen, die elektrischen Bahnen verkehrten nicht, es gab keine Droschke, keinen Fiaker, keinen Lastwagen, kein Dienstmann verrichtete seine Arbeit, kein Markt wurde abgehalten. Brennendes Rot leuchtete aus den Fahnen und Tafeln, aus den Nelken, welche die Demonstranten trugen.

Noch mächtiger war die Kundgebung in Prag. In zwei Kolonnen wälzte sich die Menschenflut den Wenzelsplatz hinunter. In der Mitte des Zuges war ein von zwei Ochsen gezogener Leichenwagen mit einer ordengeschmückten Puppe, dahinter ein in Trauer gehülltes Roß. Als die Versammlung auf dem Altstädter Ring eröffnet wurde, waren über 150.000 Menschen versammelt.

Am gewaltigsten aber war die Demonstration in Wien, vielleicht die größte politische Demonstration, welche

die Welt bis dahin gesehen hatte. Man schätzte die Anzahl der Beteiligten auf eine Viertelmillion. „Ein stummes Schauspiel“, schreibt ein Augenzeuge. „Tausende, Zehntausende, Hunderttausende wallen vorüber — kein Laut, kein Ruf wird hörbar. Nur der Schritt, der eiserne Schritt der Arbeiterbataillone dröhnte von der Straße herauf zur Säulenhalle des Parlaments und er redet die vernehmlichste Sprache. Und über den Köpfen der Massen wehen Hunderte von roten Bannern. Ein stummes Schauspiel und alles steht stumpf in seinem Banne.“ Von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags dauerte der Aufmarsch der in Zehnerreihen in militärischem Takt marschierenden Arbeiter. Auf den Säulenmasten des Parlaments flatterte siegreich die rote Fahne. Eine Deputation unter Führung der sozialdemokratischen Abgeordneten begab sich zum Ministerpräsidenten, ihm in aller Entschiedenheit die Forderung der Massen: Gleiches Recht, vorzutragen.

Bis weit in die Kreise des Bürgertums hat dieser Massenaufmarsch des österreichischen Proletariats seine Wirkung getan. Bürgerliche Gelehrte legten die Notwendigkeit des gleichen Wahlrechtes dar: der Prager Universitätsprofessor Heinrich *K a u c h b e r g* lieferte die statistischen Unterlagen der Begründung des Wahlrechtes, der ehemalige Burgtheaterdirektor *Max B u r g h a r d t* verherrlichte das Wahlrecht in einem Gedicht, in dem es hieß:

„Wie blutige Meere, so wälzt sich's vor,  
Wie Wolken von Rauch deckt's die Lande,  
Wie feurige Säulen, jetzt wächst es empor,  
Der Himmel erglüht im Brande:  
Was beweist du Feigling, die Welt sei verloren?  
Es wird nur in Flammen der Tag geboren.“

Die Forderung nach dem gleichen Wahlrecht hatte nicht nur die Massen aufgerüttelt. Eine mächtige geistige Bewegung ging durch das Volk, alle Dämme des Widerstandes niederreißend.

Auch der Widerstand der Regierung war gebrochen. Im Abgeordnetenhaus stand der adelige Ministerpräsident, des Kaisers Vertrauensmann, auf und erklärte, daß die Regierung spätestens im Feber einen Gesetzentwurf, enthaltend das allgemeine gleiche Wahlrecht, dem Hause vor-

legen werde. Wenige Tage später führte der Mann, der noch im Oktober das allgemeine Wahlrecht in Ungarn als eine Gefahr für Oesterreich dargestellt hatte, gegenüber den Vertretern der Feudalaristokratie im Herrenhause aus, daß der Weg der Wahlrechtsänderung bis zu Ende gegangen werden müsse. Hatte das Proletariat am 28. November auch noch nicht den endgültigen Sieg im Wahlrechtskampfe errungen, die entscheidende Schlacht war zu seinen Gunsten geschlagen, es galt nur dem Gegner die Friedensbedingungen zu diktieren.

Der Ministerpräsident hielt sein Wort: Am 23. Feber 1906 legte er den Gesetzentwurf vor, der das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum Inhalte hatte. Er begleitete die Einbringung der Vorlage mit einer tapferen Rede, in welcher er sagte, daß, selbst wenn die Regierung stürzen sollte, dies nicht der Sturz der Wahlreform sein werde. Am 7. März begann die große Debatte, in der insbesondere der Adel und das deutsche Bürgertum in erschreckender Weise offenbarten, wie bar jedes Verständnisses sie für das politische und Seelenleben der Massen der Bevölkerung waren. Sie haben damals wie auch später erwiesen, daß sie die Zeichen der Zeit nicht verstehen und haben so den wirtschaftlichen Gegensatz der Klassen politisch und ideell vertieft. Nachdem das Haus die Vorlage am 27. März einem eigens zu diesem Zwecke gewählten Ausschuß überwiesen hatte, begannen erst die Quertreiber ihr Werk. Alle Schichten der Privilegierten verbanden sich zu dem Kreuzzug gegen die Forderung der Massen: Herrenhäusler, liberale Großgrundbesitzer, böhmische Feudale, polnische Schlachzizen, deutsche Bourgeois und die „Volksmänner“ Schönerer und Stein. Noch gefährlicher waren die Heuchler, die versteckten Feinde der Wahlreform, welche die Reform mit der Sonderstellung Galiziens zu verquicken suchten oder ihre Zustimmung an die Bedingung knüpften, daß den deutschen, italienischen und rumänischen Abgeordneten die Mehrheit der Mandate zugesprochen werden müsse. Insbesondere die Polen konnten es dem Ministerpräsidenten nicht verzeihen, daß er dem Drängen der Arbeiter nachgegeben hatte. Um nun mit seiner Person eines der Hindernisse zur Verwirklichung der Wahlreform hinwegzuräumen, trat Gautsch, der konservative Baron, der

durch den Zwang der Verhältnisse, die Entschlossenheit der Arbeiter und die Furcht des Hofes vor dem Bürgerkriege, ein Fürsprecher der Demokratie geworden war, zurück. Gespannt wartete die Öffentlichkeit auf die Ernennung des Nachfolgers, weil davon das Schicksal der Wahlreform abzuhängen schien. Die massenhafte Beteiligung an der Feier des 1. Mai 1906 zeigte, daß die Arbeiterschaft darauf gefaßt war, den Feldzug für das Wahlrecht durch eine zweite Schlacht endgültig zu Ende zu führen. Am 3. Mai wurde es klar, daß der Hof — diesmal einsichtiger als Adel und deutsches Bürgertum — trotz des Rücktrittes Gautschs an dem gleichen Wahlrecht festhalten wolle. An diesem Tage wurde Prinz Konrad Hohenlohe, der schon als Bezirkshauptmann in Teplitz gezeigt hatte, daß er für die Wünsche der Arbeiterschaft ein williges Ohr habe, Ministerpräsident. Aber auch er konnte die Schwierigkeiten im Wahlreformausschuß nicht überwinden. Seinen Fall führte jedoch, noch ehe er einen Monat im Amte gewesen war, ein Streit mit der ungarischen Regierung herbei. Dort war die Wahlreform auf noch größere Schwierigkeiten gestoßen als in Oesterreich. Die Furcht der ungarischen Besitzklassen vor dem Wahlrecht hatte im April 1906 die Koalitionsregierung Weckerle-Kossuth möglich gemacht, in der sich die Freunde des Dualismus mit den Anhängern der Selbständigkeit Ungarns zusammengefunden hatten. Damit war — wie sich später zeigen sollte — der Gedanke des gleichen Wahlrechtes in Ungarn begraben. Um nun der nationalen Strömung in Ungarn entgegenzukommen, legte die neue Regierung das mit Oesterreich vereinbarte Zollgesetz nicht als gemeinsamen, sondern als selbständigen ungarischen Zolltarif dem Abgeordnetenhause vor. Der österreichische Ministerpräsident wollte das nicht zugeben und trat Ende Mai zurück. Er war keine Kampfnatur und sehnte sich nach seiner früheren, ruhigeren Stellung eines Statthalters in Triest zurück. An seine Stelle trat der gewandtere und zähere Magy Wladimir Freiherr von Beck, dem es gelingen sollte, die Wahlreform zu verwirklichen. Verheißungsvoll war schon, daß in sein Kabinett deutsche, polnische und tschechische Abgeordnete eintraten, was die Verhandlungen der Wahlreform zu erleichtern bestimmt war. Wieder aber wollten die Arbeiten des Wahlreformausschusses nicht vom

Flecke kommen, das große Werk schien noch einmal gefährdet. Drei Monate war schon im Wahlreformausschuß geredet worden, ohne daß es zu einer Abstimmung gekommen wäre. Da holte die Arbeiterklasse noch einmal aus. Am 10. Juni veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ einen Aufruf, in welchem mitgeteilt wurde, daß die Parteivertretung beschlossen habe, den herrschenden Klassen zunächst ein Warnungssignal zu geben. Das sollte eine dreitägige Arbeitsruhe in Wien sein. „Wien ist das Zentrum, ihm obliegt die Ehre und die Pflicht, voranzugehen.“ Sollte das Signal unbeachtet bleiben, werde der Massenstreik, die Lahmlegung des gesamten Wirtschaftslebens folgen. „Die Arbeiter werden sich dem Privilegiengesindel nicht beugen und werden für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht kämpfen mit allen Mitteln und bis zum Äußersten.“ Die Arbeiter Wiens waren entschlossen, voranzugehen: am 11. Juni fanden in der Hauptstadt des Reiches zehn überfüllte Massenversammlungen statt, in denen mit großer Begeisterung beschlossen wurde, die dreitägige Arbeitsruhe vorzubereiten. Drei Tage später tagten die Vertreter der Arbeiterschaft Oesterreichs in Wien. In einer Konferenz aller politischen Landesorganisationen und gewerkschaftlichen Verbände wurde beschlossen, die Vorbereitungen zum Massenstreik in ganz Oesterreich zu treffen. Die Führung des Generalstreiks sollte in den Händen eines Zentralkomitees liegen, das aus Vertretern der Partei und Gewerkschaften bestand. Die Leitung in jedem Lande sollte einem Landeskomitee obliegen. Am 17. Juni bestätigten die Arbeiter Wiens in einer Massenversammlung vor dem Rathaus den Beschluß ihrer Vertrauensmänner, zahllose gewerkschaftliche Versammlungen in allen Teilen des Reiches stimmten begeistert der Parole zu, den Widerstand der Wahlrechtsfeinde mittels des Massenstreiks zu brechen. Die lokalen Streikkomitees wurden überall gewählt, das Proletariat war nun mit seiner Rüstung zu Ende, die Mobilisierung war vollzogen, ungeduldig erwarteten die Massen die Weisung, zum Entscheidungskampfe anzutreten. Auch die Regierung schien bereit, sich zum Kampfe zu stellen. Die wichtigsten Gebäude und Plätze sollten militärisch besetzt werden, die Garnisonen hielten sich zum Abmarsch in die Industriegebiete bereit. Nun mußte entweder die

Wahlreform Gesetz werden oder es drohte zu einem Klassenkriege zu kommen, dessen Ausgang nicht abzusehen war.

Die bürgerlichen Klassen wichen zurück. Am 10. Juni war die Parole zum Massenstreik ausgegeben worden, am 12. Juni fand die erste Abstimmung im Wahlreformauschuß statt. Am 20. Juli wurde der entscheidende Paragraph sechs, der die Verteilung der Mandate auf die Nationen regelte, genehmigt. Noch einmal versuchte man das gleiche Recht zu brechen. Vergebens! Am 4. Oktober lehnte der Ausschuß das Pluralwahlrecht (mehrfaches Wahlrecht an bestimmte Personenklassen) ab, am 25. Oktober wurde der letzte Paragraph im Ausschuß genehmigt. Vom 25. November an beriet das Plenum des Hauses die Vorlage und erhob sie am 1. Dezember zum Beschluß.

Noch einmal schien es zum Massenstreik kommen zu sollen. Am 11. Dezember hatte sich nämlich die Wahlreformkommission des Herrenhauses für das vom Hause der Abgeordneten verworfene Pluralwahlrecht ausgesprochen. Die sozialdemokratische Partei stand auf der Wacht. Am 14. Dezember trat die Gesamterekutive der Partei zusammen und beschloß im Falle der Annahme des Pluralwahlrechtes im Plenum des Herrenhauses eine Reichskonferenz nach Wien einzuberufen. Da legte sich die Regierung ins Mittel. Sie gewährte dem Herrenhause den sog. Numerus clausus, d. h. die Bestimmung, daß die Zahl der Mitglieder des Herrenhauses 170 nicht überschreiten dürfe. Dadurch war für die Zukunft einer Massenernennung neuer Mitglieder durch den Kaiser, um irgend einen Beschluß des Herrenhauses nach dem Willen der Regierung herbeizuführen, ein Niegel vorgeschoben, die herrschenden Klassen hatten gegenüber dem Hause des allgemeinen Wahlrechtes im Herrenhause eine gesetzgebende Körperschaft, auf die sie sich verlassen konnten. So genehmigte denn das Herrenhaus am 21. Dezember 1906 die Wahlreform, der die Unterschrift des Kaisers am 26. Jänner 1907 Gesetzeskraft verlieh.

Heller Jubel beherrschte die proletarischen Reihen, die die Siegestrophäe heimbringen konnten. Wohl hatte das neue Wahlrecht manche Schönheitsfehler: die Frauen hatten weiter kein politisches Recht, Seßhaftigkeit und Wahlgeometrie benachteiligten die Arbeiterschaft. Dennoch war der geschichtliche Fortschritt in die Augen springend. „Der

große Feldzug ist zu Ende“, so schrieb Josef Seliger in der Silvesternummer der „Freiheit“ 1906, „Mit urwüchsigter Zyklopenkraft hat das österreichische Proletariat in einer der glänzendsten Schlachten, die je auf dem modernen Klassenkampfesboden geschlagen worden sind, die letzten Reste der reaktionären Mächte niedergeschlagen.“ Und über die künftigen Kämpfe sagte er: „Die Schlachtlinien entwickeln sich schon, im Morgenrot des jungen Völkerfrühlings sammeln sich die Streiter der alten und der neuen Welt; dem proletarischen stürmerprobten Kampfheere voran flattern die roten Banner: Schließt die Reihen!“

In der Tat: kaum war der Sieg erkämpft, mußten die Reihen geschlossen werden, denn neuen Kampf galt es zu wagen. Vom Felde der Schlacht ums allgemeine Wahlrecht kaum zurückgekehrt, begann der Aufmarsch der Arbeiter zur Wahltschlacht.

An dem Tage, nach dem die Wahlreform die kaiserliche Unterschrift erhalten hatte, gab die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs in Wien den Auftakt zum Wahlkampfe. Es wurde beschlossen, in allen deutschen Wahlkreisen des Reiches Kandidaten aufzustellen. In einem Ausruf wandte sich die Konferenz zunächst an die Vertrauensmänner: „In Süd und Nord, in Ost und West laßet uns unsere Reihen dichter und dichter schließen in treuer Einigkeit und Solidarität, laßet uns kampffreudig an die Arbeit gehen, die dem Ziele gewidmet ist: daß die Vertretung des Proletariats würdig und stark sei im Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes.“ Mitten im schärfsten Wahlkampf wurde der 1. Mai 1907 gefeiert, im Gefühl des stolzen Bewußtseins, daß es dank der Zusammenfassung der Kräfte, dank der zugleich besonnenen und entschlossenen Führung durch die Sozialdemokratie gelungen sei, einen geschichtlichen Erfolg zu erzielen.

Wochenlang wurde die intensivste Wahlagitation betrieben, die bis dahin geleistet worden war, eine gewaltige politische Erziehungsarbeit an den Massen wurde vollbracht. Der Wahlkampf wurde hauptsächlich geführt gegen den Militarismus, den agrarischen Lebensmittelwucher, die klerikale Volksverdummung und gegen die tückischen Un-

schläge auf das Koalitionsrecht. Flugblätter wurden von der Parteizentrale allein in einer Auflage von 2½ Millionen Stück verbreitet, dazu kamen noch die besonderen Flugschriften jedes Landes und jedes Wahlkreises.

So wurde der 14. Mai 1907, an dem die Wahlen stattfanden, zu einem der glänzendsten Siegestage der Sozialdemokratie Oesterreichs. „Unsere kühnsten Erwartungen sind übertroffen“, so jubelte am Tage nach der Wahl die Tepsitzer „Freiheit“. In ganz Oesterreich wurden 995.937 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, hievon 511.760 für die deutsche Sozialdemokratie, zu der sich 27.4 Prozent aller deutschen Wähler bekannten. Ueberwältigend war der Sieg in Deutschböhmen, wo sich 166.913 Wähler für die Sozialdemokratie erklärten. Dieser Sieg war die Offenbarung der Tatsache, daß der Gedanke des Sozialismus, für den Deutschböhmens Arbeiter seit einem halben Jahrhundert gekämpft und gelitten, von den Hirnen und Herzen der Massen Besitz ergriffen hatte. Gewählt wurden am ersten Wahltag in den deutschen Wahlkreisen Böhmens Bötsch (Eger), Böw (Karlsbad), Glöckel (Joachimsthal), Palme (Weipert), Seliger (Tepitz), Schrammel (Aussig-Stadt), Beutel (Aussig-Land), Kieger (Tetschen), Hanusch (Krausau), Winarsky (Friedland), Schäfer (Reichenberg), Barth (Gablonz-Land). Und dieser Sieg war errungen, trotzdem der Kampf gegen die Sozialdemokratie mit der größten Erbitterung geführt worden war. Das steigerte sich noch bei den Stichwahlen.<sup>4</sup> In den Wahlbezirken, da kein Sozialdemokrat in die engeren Wahlen kam, wurde die Parole ausgegeben, in erster Linie gegen den Klerikalen, in zweiter Linie gegen den agrarischen Brotverteuerer zu stimmen. Von den hiedurch begünstigten bürgerlichen Parteien verlangte man jedoch keine Gegenleistung. Dort aber, wo Sozialdemokraten gegen bürgerliche Wahlwerber in Stichwahl standen — es waren dies in Deutschböhmen nicht weniger als 24 Wahlkreise — war der Wahlkampf am zweiten Wahltag besonders hartnäckig. Gegen die Partei der Arbeiter wurde ein unerhörter Terror ausgeübt, die Gemeindevertretungen mit allen ihren Organen, bis zu den Poli-

<sup>4</sup> Wo kein Kandidat mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigte, mußte zwischen den Wahlwerbern mit der verhältnismäßig größten Stimmenanzahl in einem neuerlichen Wahlgang entschieden werden.

zisten hinunter, traten in den Dienst der bürgerlichen Parteien. In den Städten nützten die Fabrikanten, auf dem Lande die Grundbesitzer ihre wirtschaftliche Macht aus, Erpressung und Stimmenkauf waren an der Tagesordnung. Trotzdem konnte die deutsche Sozialdemokratie Böhmens zu ihren im ersten Wahlgange eroberten zwölf Mandaten noch vier Stichwahlmandate hinzugewinnen. Gewählt wurden diesmal Beer in Dux, Reizner in Bodenbach, Hannich in Rumburg und Bösmüller in Gablonz-Stadt. Insgesamt waren aus den zwei Wahlschlachten 50 deutsche, 27 tschechische, 6 polnische, 5 italienische und 2 ruthenische Sozialdemokraten als Sieger hervorgegangen, mit 87 Abgeordneten zog die Sozialdemokratie Oesterreichs in das neue Parlament ein.

Das demokratische Wahlrecht war ein bedeutender Fortschritt der Arbeiterbewegung Oesterreichs. Wohl war es kein Allheilmittel zur Lösung des sozialen Problems des Proletariats dieses Landes. Gerade die Sozialdemokratie, welche die Massen zur Er kämpfung des Wahlrechtes anfeuerte und in den Jahren 1905 bis 1907 den Zeitpunkt zu einer revolutionären Erhebung gekommen sah, um an Stelle des Kurienparlamentes ein Volkshaus zu setzen, hat das Wahlrecht niemals überschätzt. „Daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht . . .“ sagte der vorausschauende Adler 1904 auf dem Parteitage in Salzburg, „Oesterreich retten kann, das haben wir unser Lebtag nicht behauptet . . . Wir stellen es an den Anfang einer Reform, an den Anfang einer vollständigen Umgestaltung dieses Landes.“ Die folgende Geschichte Oesterreichs ist ein Beweis für diese Behauptung. Das allgemeine Wahlrecht konnte nur der erste Schritt sein zur demokratischen Umgestaltung Oesterreichs, zum völligen staatlichen Umbau der Monarchie. Das hat wohl das Proletariat, haben aber nicht die herrschenden Klassen des Reiches, hat insbesondere nicht das deutsche Bürgertum erkannt. Es hat die Bedeutung der Stunde, da es an der Herrschaft war, nicht erfaßt. Es hat die ganze Entwicklung der letzten Jahrzehnte mißverstanden, die mit Notwendigkeit zur Erstarkung der slawischen Völker Oesterreichs geführt hat, und träumte noch im Frühjahr 1918 von der deutschen Vorherrschaft in Oesterreich. Daß die Demokratie in Oesterreich nicht zum

Siege gelangt ist, hat wohl den Hauptanteil an dem Ende des Reiches gehabt. Die durch die kapitalistisch-industrielle Entwicklung wachsende Kraft der aufstrebenden slawischen Nationen hat den Rahmen Oesterreichs gesprengt.

Die nationalen Kämpfe waren es auch, welche die Einheit der österreichischen Sozialdemokratie schon vorher zerrissen hatten.

#### Achtes Kapitel:

##### Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie.

Wir haben bereits im vorigen Abschnitt erzählt, wie trotz des Zusammenwirkens der Arbeiter aller Nationen die Tendenz zur Verfestigung der tschechischen Sozialdemokratie als Parteiorganisation immer stärker hervortritt und — auf dem Parteitag zu St. Margaret bei Prag 1878 begonnen — auf dem Parteitag in Budweis 1893 eigentlich schon entschieden ist. Die Sozialdemokratie bedarf bei der Werbung unter der Arbeiterschaft jedes Volkes einer anderen Sprache. Die Arbeiter jeder Nation stehen einem anderen Bürgertum gegenüber, den Arbeitern jedes Volkes sind daher andere Aufgaben gestellt, sie müssen sich verschiedener Kampfmittel bedienen. Schließlich fassen die Arbeiter jeder Nation den Sozialismus in einer besonderen, der Geschichte ihrer Nation und Klasse entsprechenden Art auf, sie vermählen die sozialistische Gedankenwelt mit ihrer nationalen Tradition.<sup>1</sup> Dazu kommt, daß die österreichische Sozialdemokratie sowohl Arbeiter historischer Nationen, deren Klassengliederung voll entwickelt war, als auch solcher Nationen umfaßte, in denen gewisse Klassen der modernen Gesellschaft (Großbourgeoisie) erst in Entwicklung begriffen waren, Nationen, die eben erst aus dem Dunkel der Geschichtslosigkeit hervorgetreten waren. Die deutschen Arbeiter Oesterreichs gehörten einem Volke an, das die Staatsverwaltung beherrschte, sie empfanden den Gegensatz gegen die Herrschenden als Klassengegensatz, sie führten den Kampf gegen sie als Klassenkampf. Die tschechischen Arbeiter hingegen, insbesondere diejenigen, die eben erst zur Erkenntnis der Notwendigkeit des proletarischen Klas-

<sup>1</sup> Otto Bauer: „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie.“ Wien 1907.

senkampfes gekommen waren, fühlten sich als Arbeiter vom deutschen Unternehmer, als Staatsbürger vom deutschen Bürokraten unterdrückt, sie empfanden den Gegensatz gegen ihre Unterdrücker als nationalen Gegensatz, den Kampf gegen sie als nationalen Kampf. Auch innerhalb der Arbeiterbewegung empfanden sie die Führung der deutschen Genossen als national unerträglich, umso mehr, als ihnen dies von den Parteien des tschechischen Bürger- und Kleinbürgertums vorgeworfen wurde und sie sich seit 1897 gegen eine nationale Arbeiterpartei zu wehren hatten.

Der Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Prag 1896 trägt dieser Entwicklung Rechnung, indem die Leitung der Gesamtpartei aus den Exekutiven der deutschen, tschechischen und polnischen Parteiorganisationen zusammengesetzt wird, womit der föderative Umbau der österreichischen Sozialdemokratie, die Umwandlung aus einer Partei in einen Bund mehrerer sozialdemokratischen Parteien, in der Spitze bereits durchgeführt ist. Der Parteitag zu Wien (6. bis 12. Juni 1897) führt die nationale Gliederung der österreichischen Sozialdemokratie, die Zerlegung in die sozialdemokratischen Parteien der einzelnen Nationen Oesterreichs konsequent durch und beschließt ein Organisationsstatut, das der nationalen Gliederung der Partei Rechnung trägt. Das Organisationsstatut gliederte sich nun in das der deutschen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, das der Parteitag als deutscher Parteitag beschloß, und in ein Statut der Gesamtpartei, das die Tagung als Reichsparteitag zum Beschlusse erhob. Künftighin sollte die deutsche Partei ihre eigenen Parteitage abhalten, außerdem sollte es alle zwei Jahre Reichsparteitage geben. Damit war also die nationale Gliederung der Partei durchgehends erfolgt. „Nationale Selbständigkeit und internationale Geschlossenheit ist das Grundprinzip unserer Organisation“, heißt es in der Erklärung der Antragskommission. Um den Klassenkampf innerhalb jeder Nation wirksamer führen zu können, wurde diese Organisationsform geschaffen.

Die heftigen nationalen Kämpfe, der Streit um die Sprachenverordnungen Badenis zwangen jedoch die Partei, auch grundsätzlich zur nationalen Frage Stellung zu nehmen. In seinem Referat wies Adler 1897 mit Recht auf

eine Tatsache hin, die immer mehr ins allgemeine Bewußtsein drang, daß mit der Auffassung der Internationalität, wie sie in den 60er und 70er Jahren geherrscht hatte, das Auslangen nicht gefunden werden könne. Dieser „naive Kosmopolitismus“, wie ihn Otto Bauer später genannt hat, erschöpfte sich in der Feststellung, daß die Arbeiter aller Nationen die gleichen Interessen haben und daß es daher für die Sozialdemokratie ein nationales Problem nicht gebe. Die Machtentfaltung des Proletariats und insbesondere der Eintritt der Sozialdemokratie ins Parlament zwangen nun zu den nationalen Fragen im einzelnen Stellung zu nehmen, die Frage zu beantworten, die Adler auf dem Parteitage zu Wien (1897) folgendermaßen formulierte: „Wie ist es bei vollständiger Anerkennung der bestehenden Tatsache der nationalen Individualität und unter Hinderung jedes Versuches einer Vergewaltigung der nationalen Individualität möglich, einheitlich zu wirken?“ Dazu war freilich notwendig, eine einheitliche Stellung der Sozialdemokratie zu der aktuellsten Streitfrage, den Sprachenverordnungen Badenis, zu erzielen.

Dies war im Abgeordnetenhaus trotz der erbittertsten Kämpfe zwischen den deutschen und tschechischen bürgerlichen Parteien, die auch von Einfluß auf die Stimmung der sozialdemokratischen Wählerschaft waren, gelungen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stellten sich gegen den Erlaß von ministeriellen Sprachenverordnungen überhaupt und verlangten ein vom Parlament beschlossenes Sprachengesetz. Die Verordnungsgewalt der Regierung sollte nicht dazu mißbraucht werden, eine Partei — es handelte sich um die Jungtschechen — zum Eintritt in die Regierungsmehrheit zu gewinnen. Im übrigen betonten die sozialdemokratischen Abgeordneten, die Arbeiterschaft habe ein Recht darauf zu verlangen, „daß behördliche Organe zu ihrer Verfügung stehen, die ihre Sprache verstehen, weil nur so ihre Interessen in Amt, Gericht und Schule gewahrt werden können. Gerade deshalb aber erklären wir uns gegen diese Sprachenverordnungen, die den praktischen Bedürfnissen nicht entsprechen, wenn auch ein Teil ihrer Bestimmungen ungerechte Benachteiligungen des tschechischen Volkes aufhebt.“ (Aus einer Erklärung des Abgeordneten H y b e s im Parlamente.) Noch mehr ging Adler

auf den materiellen Inhalt der Sprachenverordnungen ein, indem er es auf dem Parteitage als eine überflüssige Härte erklärte, wenn in den tschechischen Bezirken alle tschechischen, in den deutschen Bezirken alle deutschen Beamten zur Zweisprachigkeit amtlich gezwungen werden. Den Zwang zu durchgängiger Doppelsprachigkeit in Böhmen lehnte also die Sozialdemokratie ab.

Diese einheitliche Stellungnahme war möglich geworden durch die entschiedene Kampfstellung der tschechischen Sozialdemokratie gegenüber den übrigen tschechischen Parteien. Am 30. März 1897 hatten die tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten eine Erklärung abgegeben, welche eine Antwort auf das Bekenntnis der feudalen und bürgerlichen tschechischen Abgeordneten zum historischen böhmischen Staatsrecht war. In der denkwürdigen sogenannten antistaatsrechtlichen Erklärung hieß es u. a.: „Wir protestieren als Tschechen und Sozialdemokraten gegen das Ausgraben vermoderter historischer Privilegien und Dokumente; wir sind Söhne unserer Zeit und verlangen für uns und alle Nationen Oesterreichs moderne Einrichtungen . . . wir protestieren gegen die Absicht, die Aufmerksamkeit der überwiegenden Mehrheit des politisch, wirtschaftlich, national und kulturell bedrückten tschechischen Volkes von seiner materiellen und geistigen Enge und sie auf die Irrwege eines phantastischen Staatsrechtes zu locken; wir geben weiter unserer Ueberzeugung Ausdruck, daß wir uns nur dann mit unseren deutschen Landsleuten, welche unsere Brüder sind, verständigen werden, wenn die heute herrschenden bürgerlichen Oliguen hier und dort in ihrem Egoismus vollständig erkannt und durchschaut sein werden . . . schließlich erklären wir, daß die Befreiung auch unseres Volkes aus den unwürdigen politischen Fesseln, aus sozialer Sklaverei, aus nationaler Unterdrückung nur durch den Sieg des Sozialismus durchgeführt werden kann . . .“

Diese Erklärung rief in den nationalistischen Kreisen des tschechischen Volkes einen Sturm der Entrüstung hervor, wenige Tage danach gab sich die nationale tschechische Arbeiterpartei ihr Programm. Aber die tschechische Sozialdemokratie wurde nicht wankend. Ihr Sprecher auf dem

Parteitage, Abg. Steiner, erklärte, daß das alte Staatsrecht die Herrschaft des Adels und der Kutter war, und daß seine Genossen „auf dem Boden des natürlichen Rechtes des arbeitenden Volkes“ stehen. „Wir werden“, so erklärte er mutig, „den Kampf . . . energisch weiterführen, ohne Rücksicht darauf, daß wir vielleicht einzelne Teile der indifferenten Wählerschaft dadurch gegen uns aufbringen. Unser Kampf darf durch keinen Opportunismus gehemmt werden.“

Wie ernst es der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie mit dem Kampf gegen die nationale Hege war, beweist eine der erhebensten Kundgebungen, die je in Böhmen stattgefunden hat, die große Demonstration für den Völkerfrieden am 5. September 1897 in Prag, die unter Teilnahme Hunderte deutscher Sozialdemokraten aus der Provinz ihren Verlauf nahm. Am Tage zuvor fand eine Konferenz deutscher und tschechischer sozialdemokratischer Vertrauensmänner statt, wo zunächst Seliger (deutsch) und Dedic (tschechisch) über die politische Situation und den nationalen Kampf sprachen. Es wurde eine Entschliebung angenommen, im ganzen Lande Versammlungen mit dem Programm: „Stellung der Arbeiterschaft zur nationalen Hege“ zu veranstalten. Bei dieser Gelegenheit beschäftigten sich die Delegierten auch mit Fragen der gemeinsamen Organisation. Nach Referaten von Kiefewetter und Kousár wurde beschlossen, ein gemeinsames Landeskomitee einzusetzen, das aus je drei Mitgliedern der Prager und der Reichenberger Kreisorganisation bestehen und die beiden Parteien gemeinsamen Angelegenheiten des ganzen Landes beraten sollte. Schließlich sprachen noch über den Kampf um die bürgerlichen Rechte Schrammel und Bratný. Den nächsten Tag, einen Sonntag, fand eine Massenversammlung auf der Schützeninsel statt, die von etwa 35.000 Menschen besucht war und in der von zwei Tribünen deutsch und tschechisch gesprochen wurde. Von deutschen Rednern sprachen Schrammel, Hannich, Aron, Köhler, Rezdara, Zeller, Dr. Verkauf und Kiefewetter. Nach der Versammlung zog ein mächtiger Zug durch die Straßen der Stadt, an der Spitze wurde eine große Tafel mit der Aufschrift: „Mir národu — Völkerfriede“ getragen. Nachmittags fand ein großes Fest statt. An die Arbeiterschaft

Böhmens ging ein Friedensmanifest heraus. Darin hieß es u. a.: „Um die volle Gleichberechtigung beider Volksstämme in Böhmen zu erzielen, fordern wir zunächst die Schaffung eines Sprachengesetzes, durch das dem tschechischen Volke gesetzlich dieselben Rechte auf Bildung und Kultur verbürgt werden wie dem deutschen Volke. Wir . . . protestieren gegen die Verweigerung der Errichtung von Minoritätsschulen in beiden Sprachgebieten.“ Der Aufruf schloß mit den Worten: „Nieder mit dem Rassenhaß! Hoch die Völkerverbrüderung!“ In den nächsten Tagen fanden dann in den großen Städten des Landes ähnliche Friedensdemonstrationen statt, an die sich Umzüge angeschlossen.

So war es inmitten des ärgsten nationalen Haders im Jahre 1897 gelungen, zu einer bestimmten Frage eine einheitliche Stellungnahme deutscher und tschechischer Arbeiter zu erzielen, der Springflut des nationalen Kampfes standzuhalten. Aber es sollte noch mehr gelingen.

Man empfand schon lange die Notwendigkeit, zur nationalen Frage grundsätzlich Stellung zu nehmen und das Programm, das sich die Partei in Hainfeld gegeben hatte, durch ein *n a t i o n a l e s* *P r o g r a m m* zu ergänzen. Das geschah unter Zustimmung der Vertreter der Arbeiterschaft aller Nationen auf dem historischen Parteitage zu *B r ü n n*, der in den Tagen vom 24. bis 29. September 1899 versammelt war und sich in einem eigenen Punkte der Tagesordnung mit der Nationalitätenfrage beschäftigte.

Referent über diese Frage war ein Mann, der noch nicht 30 Jahre alt war und seit einem Jahrzehnt als Redakteur der Teplitzer „Freiheit“ wirkte, der ehemalige Textilarbeiter *J o s e f* *S e l i g e r*. Zum ersten Male trat der 29jährige vor dem höchsten Parteiforum als der Vertreter der deutschböhmisches Arbeiterschaft auf. Daß ihn die Gesamtpartei mit der Aufgabe, über das schwierige Thema zu sprechen, betraut hatte, zeugte von dem Vertrauen, das sich Seliger bereits erworben hatte. Seliger ging mit Recht von der Feststellung aus, daß der Nationalitätenkampf zum allergrößten Teil auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgefochten werde und daß dieser Streit den Kampf um die Erfüllung der sozialen Forderungen des Proletariats zurückdränge. Der nationale Kampf werde damit zu einer Stärkung der Reaktion. Die Lösung dieser Frage kann sich

aber nur „in der Richtung der Demokratie bewegen. Um die nationalen Gegensätze . . . zu beseitigen, ist es vor allem anderen notwendig, den Nationen volle Selbständigkeit der Verwaltung ihrer nationalen Angelegenheiten und so eine freie Bahn für ihre Entwicklung zu schaffen . . . Die Nationen müssen . . . ihr vollstes Selbstbestimmungsrecht erhalten, derart, daß Oesterreich in nationale Selbstverwaltungsgebiete geteilt werde, die ihre nationalen Angelegenheiten selbständig besorgen.“ Den nationalen Minderheiten „muß jener Schutz gewährt werden, der zur Entwicklung ihrer nationalen Eigenart notwendig ist“. Der tschechische Referent Němec hatte einige Bedenken gegen den vorgelegten Programmwurf. Er bezweifelte, ob es möglich sei, einsprachige Verwaltungsgebiete mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Verbundenheit deutscher und tschechischer Gebiete zu schaffen. Die Furcht vor der Teilung Böhmens in einen deutschen und tschechischen Teil scheint hier schon mitgesprochen zu haben. Auch eine deutsche Verkehrssprache lehnte der tschechische Redner ab. An die Referate schloß sich eine eingehende Debatte. Adler erklärte mit Recht, die Entschliebung sei „eine revolutionäre Tat“. Im einzelnen waren jedoch viele Redner mit der Entschliebung nicht einverstanden, so daß eine Kommission gewählt wurde, welche den Programmwurf umarbeiten sollte. Es gelang in dieser Kommission die verschiedenen Anschauungen in wenigen Stunden unter einen Hut zu bringen, so daß auf dem Parteitage die einstimmige Annahme dieses Nationalitätenprogramms der österreichischen Sozialdemokratie erfolgen konnte. In den entscheidenden Stellen dieses Programmes, in welchem die Forderungen der Sozialdemokratie umgrenzt werden, heißt es:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.
2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.
3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheit-

lichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatsprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.<sup>2</sup>

Das Programm übertraf an Großzügigkeit und Einsicht in das Notwendige alle anderen Lösungsversuche, die in jener Zeit vorgeschlagen wurden, und knüpfte an die Lösungen des nationalen Problems an, wie sie das revolutionäre Bürgertum im Kremsierer Reichstage 1849 vorgeschlagen hatte. Es sah die Lösung der nationalen Frage in der Autonomie und Demokratie und suchte eine solche Formel zu finden, in der die stärksten Entwicklungsfaktoren der europäischen Gesellschaft Raum zur Entfaltung fanden. Das Bürgertum hat diese Notwendigkeiten genau so verkannt, wie der Absolutismus 1849 am Nationalitätenprogramm des revolutionären Bürgertums vorbeigegangen ist. Insbesondere das deutsche Bürgertum hat hartnäckig davor die Augen verschlossen, daß eine Lösung der nationalen Frage gegen die Demokratie nicht möglich sei. So konnte der nationale Kampf noch zwei Jahrzehnte das politische Leben Oesterreichs lahmlegen, bis ihm der vierhundert Jahre alte, allen Stürmen der Geschichte trotzhende Großstaat zum Opfer fiel. Die Erkenntnis für diese Entwicklung wurde in den Reihen der Sozialdemokratie immer tiefer, das Programm von 1899 zeigt deutlich, daß die deutsche Arbeiterschaft Oesterreichs besser begriff, worum es ging, als die deutsche Bourgeoisie. Bewahrheitet hat sich, was der Vorsitzende des Brünner Parteitages am Schlusse sagte: „Wir haben auf Brünner Boden eine Arbeit geleistet, die gewiß eine historische Tat genannt werden kann . . . . Künftige Geschichtsschreiber werden den Wert dieser Arbeit erst würdigen können.“ Man kann diesen prophetischen Worten nur hinzufügen,

<sup>2</sup> Sieh Anhang I. S. 281.

daß die Vertreter der Arbeiterschaft den weltgeschichtlichen Augenblick wohl begriffen haben, daß aber das deutsche Bürgertum, sich an das Althergebrachte hängend, durch das Unverständnis, das es allen lebendigen Kräften der Zeit entgegenbrachte, das tragische Schicksal, das ein ganzes Volk zwei Jahrzehnte später erreicht, verschuldet hat.

Während der nationalen Kämpfe, welche die Regierungszeit Körbers ausfüllten (1900—1904), da es immer mehr ersichtlich wurde, daß Oesterreich nur durch eine radikale Heilung von seiner schweren Krankheit genesen könne, hat die Sozialdemokratie immer wieder auf die in Brünn angedeutete Möglichkeit der Lösung des nationalen Problems verwiesen. „Wir zeigen den Weg, den man gehen soll“, sagte Adler in seinem Referat über Taktik 1900 auf dem Grazer Parteitage. „Wir brauchen die nationale Trennung und Föderalisierung Oesterreichs. Wir brauchen die Beseitigung des feudalen österreichischen und die Beseitigung des feudalen böhmischen Staatsrechtes.“ Mit eindringlichen Worten legte Adler dar, daß Oesterreich mit der Verfassung von 1867 nicht weiterleben könne und daß an ihre Stelle die neue Zusammenfassung autonomer nationaler Gebilde treten müsse. „Oesterreich braucht diese Revolution, um zu leben, und wenn es sie nicht verträgt, dann stirbt es, aber es stirbt nicht einen rühmlichen Tod, sondern verreckt elend auf dem Schindanger der Weltgeschichte.“ Welcher Unterschied besteht doch zwischen einer solchen Auffassung und dem, was die Vertreter des deutschen Bürgertums in ihren Versammlungen zu sagen mußten. Und während die Sozialdemokratie aus dem Stillstand der Gesetzgebung im Reichsrat und in den Landtagen die Folgerung zog, daß „die Verfassung Oesterreichs in tote et in partibus Bankrott gemacht“<sup>3</sup> habe, bestanden des Ministerpräsidenten, eines Mannes, der sich gerne als modernen Staatsmann bezeichnen ließ, „Grundsätze“ für die Vereinigung des nationalen Streites — wie er sie in einer der vielen Verständigungskonferenzen am 14. Oktober 1902 unterbreitete — in einer Dreiteilung Böhmens, nämlich in einen tschechischen, deutschen und gemischtsprachigen Teil. Körber war sich weder der

<sup>3</sup> in tote et in partibus = im Ganzen und in den Teilen.

demokratischen Kräfte noch des Strebens der Nationen nach Freiheit voll bewußt, oder hatte er nicht die Kraft, das Gewollte in die Tat umzusetzen. Die bestehende Verfassung zwang die Nationen um die Macht im Staate zu kämpfen, jede Errungenschaft, jeden Fortschritt ihrer Nation in einer Niederlage der anderen Nation zu erreichen.

Das gemeinsame Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie hat in diesen Jahren ein Neben- und Miteinanderarbeiten der Arbeiter der verschiedenen Völker möglich gemacht und den großen Erfolgen der Arbeiterklasse in den Wahlrechtskämpfen den Boden bereitet. Was damals das Verhältnis der deutschen und tschechischen Arbeiterschaft zu trüben begann, waren nicht die politischen Ereignisse, sondern das Verhältnis der Arbeiter dieser beiden wirtschaftlich und kulturell entwickeltesten Völker in den Berufsorganisationen. Politisch waren die Arbeiter in den sozialdemokratischen Parteien ihres Volkes organisiert, sollte die Gewerkschaftsbewegung, die vorwiegend die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter betraf, ähnlich gegliedert sein wie die Partei, sollte jede Nation ihre eigene Gewerkschaftsbewegung haben oder sollte diese Bewegung eine einheitliche, straff organisierte sein? Sollte sie föderalistisch sein wie die Parteiorganisation, oder zentralistisch, wie es den Auffassungen der meisten Gewerkschafter entsprach, weil nur so die einheitliche Führung der großen Wirtschaftskämpfe gewährleistet werden konnte? In der tschechischen Arbeiterschaft setzte sich der Gedanke einer eigenen tschechischen Gewerkschaftsbewegung — erst schüchtern auftretend — immer mehr fest und führte, wie schon erzählt wurde, 1897 zur Gründung einer tschechischen Gewerkschaftskommission in Prag, also zur Spaltung der Gewerkschaften zunächst in der Spitze.

Die großen wirtschaftlichen Kämpfe der nächsten Jahre, insbesondere der Streik der Bergarbeiter 1900, hatten die beiden Kommissionen zunächst genähert. Auf dem vierten Gewerkschaftskongreß im Juni 1903 in Wien sprach der Sekretär der Prager Kommission *Koušár* davon, daß nur eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation erfolgreich sein könne und gab der Hoffnung auf eine Vereinigung beider Kommissionen Ausdruck. Sogar der Tag, an welchem die diesbezüglichen Vereinbarungen festgelegt werden sollten,

war bestimmt (19. September 1904).<sup>4</sup> Mittlerweile aber schlug die Stimmung um. Kousár, der Förderer der Einigungsbestrebungen, schied krankheitshalber aus dem Sekretariat in Prag aus, und außerdem war es zu Streitigkeiten zwischen Wien und Prag wegen der Ernennung von Gewerkschaftsvertretern in den Arbeitsbeirat und wegen der Vorgänge in der Organisation der Handelsangestellten gekommen. Ein Teil der Mitglieder dieses Verbandes trat aus der Gesamtorganisation aus und gründete einen eigenen Verband, der sich auf das ganze Reichsgebiet erstrecken sollte. Wohl handelte es sich hier nicht um einen der größten Berufsverbände, das Bedenkliche und Grundsätzliche war, daß ein Verband nunmehr gespalten war, daß tschechische und deutsche auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Angestellte in zwei Verbänden organisiert waren, daß eine bestehende Organisation aus nationalen Gründen zerrissen wurde.

Zum ersten Male wurde der tiefe Riß, der sich zwischen den Vertretern der beiden Gewerkschaftszentralen aufgetan hatte, auf einer Konferenz der Sekretäre der Gewerkschaftszentralen der verschiedenen Länder sichtbar, die am 23. Juni 1905 in Amsterdam zusammentrat. Schon früher hatten sich die Sekretäre auf einer Konferenz in Stuttgart dahin ausgesprochen, daß es in jedem Lande nur eine von der Internationale anerkannte Gewerkschaftszentrale geben solle. In Amsterdam verlangte nun Němec als Vertreter der Prager Gewerkschaftskommission, daß auch diese als die Zentrale der tschechischen Gewerkschaften anerkannt werde. Die Konferenz lehnte jedoch dieses Verlangen einstimmig (bei Stimmenthaltung Oesterreichs und Spaniens) ab. Němec schlug in seiner Rede bereits nationale Töne an. Von welchem Geiste die führenden Männer der Prager Gewerkschaftskommission gegenüber ihren deutschen Kameraden erfüllt waren, legt ein Brief der Prager Kommission Zeugnis ab, in dem behauptet wird, daß die Wiener Kommission irrtümlicherweise „als ihre erste Aufgabe die gewalttätige Germanisierung der tschechischen Arbeiter betrachtet“. In dieser Weise wurden auch bald danach den tschechischen Arbeitern die deutschen gewerkschaftlichen Ver-

<sup>4</sup> Deutsch a. a. D. S. 280.

<sup>5</sup> Abgedruckt bei Deutsch a. a. D. S. 282/283.

trauensmänner geschildert. Nicht die Forderungen der Tschechen, aber die Gesinnungen, von denen sie gegenüber ihren deutschen Klassengenossen erfüllt waren, waren das Bedenkliche.

Die Vertreter der tschechischen Gewerkschaften gingen auf der gemeinsamen Konferenz der beiden Gewerkschaftszentralen, die am 15. Oktober 1905 in Brünn stattfand, einen Schritt weiter. Sie gaben eine Erklärung ab, wonach sie die Gründung von Gewerkschaftskommissionen „mit dem Wirkungskreis für alle Angehörigen ihrer Nationalität“, aus denen freilich eine Generalkommission aller „autonomer Gewerkschaftskommissionen“ gebildet werden sollte, forderten. Gleichzeitig verlangten sie aber „die Organisation nationaler Gewerkschaftsvereine und Verbände“, d. i. also die Zerreißung der bestehenden einheitlichen, aus Arbeitern mehrerer Nationen bestehenden Verbände. In der Begründung dieser Forderung hob R e m e c hervor, daß die tschechischen Gewerkschaften „das Rückgrat der politischen Bewegung“ seien, daß also die Selbständigkeit der tschechischen Sozialdemokratie die Selbständigkeit der tschechischen Gewerkschaften notwendig mache, ein Argument, das auch später immer wieder geltend gemacht wurde. Demgegenüber erklärten die Vertreter der Wiener Kommission „an den von den Gewerkschaftskongressen gefaßten Beschlüssen, die Zentralisation der Gewerkschaftsbewegung durchzuführen, unbedingt festzuhalten“. Bei diesem Gegensatz der Auffassungen war an eine Annäherung nicht zu denken, die Luft mußte breiter werden.

Inzwischen wurde sie allerdings noch überbrückt durch die revolutionäre Stimmung, in der sich die Arbeiterschaft aller Nationen Oesterreichs mitten im heißesten Ringen um das Wahlrecht befand. Wohl nahmen auch da gewisse taktische Gegensätze nationale Formen an. So waren 1905 einzelne tschechische Sozialdemokraten der Ansicht, daß das Tempo der Wahlrechtsbewegung ein stürmischeres sein mußte und schoben die Schuld, daß es so langsam gehe, auf die Deutschen. 1905 erklärte der tschechische Sozialdemokrat J a r o s c h auf einer Landeskonferenz in Prag überheblich, man wäre schon längst weiter, wenn die deutschen Genossen so arbeiten würden wie die tschechischen. Das

waren jedoch nur unwesentliche Begleiterscheinungen des sonst in voller Solidarität durchgeführten Wahlrechtskampfes. Auf dem Parteitag, der Ende Oktober 1905, also nur wenige Tage nach der erwähnten Brünner Gewerkschaftskonferenz stattfand, wäre wohl die Frage der gewerkschaftlichen Organisation erörtert worden, wenn nicht der Sturmwind der europäischen Ereignisse alles andere von der Tagesordnung fortgefegt hätte. Deswegen gab die tschechische Delegation die Erklärung ab, daß sie ihre Forderungen hinsichtlich der Gewerkschaften verschiebe. Sie unterließ jedoch nicht, den Parteitag auf die Wichtigkeit der Frage aufmerksam zu machen. Die Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie, so wurde erklärt, „fordern jedoch eindringlichst, daß diese Angelegenheit in kürzester Zeit erledigt wird, da wir ihre günstige und dem Nationalitätenprogramm entsprechende Austragung für eine unerläßliche Bedingung des weiteren gemeinsamen Vorgehens und der Existenz der sozialdemokratischen Arbeiter-Gesamtpartei in Oesterreich halten.“ Das war deutlich genug gesagt. Bemerkenswert ist auch der Hinweis auf das Nationalitätenprogramm der Partei, was wohl nichts anderes heißen soll, als daß aus der Forderung nach der nationalen Autonomie im Staate auch diejenige nach der Autonomie in den Gewerkschaften abgeleitet wird.

Auch der außerordentliche Gewerkschaftskongreß, der vom 8. bis 10. Dezember 1905 in Wien tagte, brachte keine Entscheidung. Die Tschechen wollten sich einem Mehrheitsbeschluß auf keinen Fall fügen und gaben gleich zu Beginn die Erklärung ab, daß sie „die Verantwortung und die Verpflichtung für die Durchführung der Beschlüsse dieses Kongresses nicht übernehmen können“. So konnte die zweitägige Debatte über den Gewerkschaftsstreit kein anderes Ergebnis haben, als daß beide Teile bei ihrem Standpunkt blieben. Daß die Vorschläge der Prager Kommission mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurden, war für die gewerkschaftlichen „Autonomisten“, wie sie sich selbst, oder „Separatisten“, wie sie von ihren Gegnern, den „Zentralisten“, genannt wurden, kein Grund zum Einlenken. Selbst die Tatsache, daß ein Teil der tschechischen Arbeiter gegen die Autonomisten stand, hat diese damals

und später nicht davon abgehalten, ihren Weg, den der Sprengung der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung, bis ans bittere Ende zu gehen.

Das zeigte sich schon wenige Monate nach dem Kongress. Bei den mit großer Gehässigkeit geführten Kämpfen war auch an die Aufrechterhaltung der einheitlichen Reichsverbände nicht mehr zu denken. Den Anfang machten die tschechischen Schuhmacher Böhmens, die im Juli 1906 den Reichsverband verließen und einen eigenen Verband gründeten. Sie gaben denjenigen Branchen, die ihnen nachfolgten, auch damit ein Beispiel, daß sie das Vermögen der Zentrale, soweit sich dieses bei den tschechischen Ortsgruppen befand, für den neuen Verband mit Beschlag belegten und das tschechische Verbandsblatt als Eigentum der tschechischen Organisation erklärten. Die Erbitterung auf deutscher Seite wurde dadurch erheblich gesteigert. Noch furchtbarer war, daß das Verhältnis deutscher und tschechischer Arbeiter zueinander vergiftet wurde. Die Kampfesweise der tschechischen sozialdemokratischen Blätter hatte daran den Hauptanteil. Im September 1906 veröffentlichte das „Právo Lidu“, das Hauptblatt der tschechischen Sozialdemokratie, einen Artikel, der von groben Beschimpfungen der deutschen Genossen wimmelte und wo den tschechischen Arbeitern von der „anmaßlichen Herrschsucht der deutschen Genossen“ und von ihrem „gewalttätigen und unsozialen Auftreten“ erzählt wurde. Die Massen der tschechischen Arbeiter, welche gerade in der Zeit der Wahlrechtskämpfe zur tschechischen Sozialdemokratie strömten, wurden mit Haß und Abneigung gegen die deutschen Arbeiter erfüllt und eine nationalistische Stimmung erzeugt, deren Folgen in den nächsten Jahren weittragende waren. Die heranwachsende Generation tschechischer Arbeiter wurde in einem Geiste erzogen, der der Zusammenfassung der proletarischen Kräfte die schwersten Hindernisse in den Weg stellte. Gerade als die Arbeiterschaft die Grundmauern schuf, auf denen das demokratische Oesterreich geschaffen werden sollte, wurde der von den Nationalitätenkämpfen zermühlte Boden dadurch völlig untergraben, daß der nationale Kampf auch die Arbeiterschaft ergriff. Es begann Abend zu werden für die österreichisch-ungarische Monarchie.

## Neuntes Kapitel:

### Programm und Taktik.

Mitten in dem Chaos der österreichischen Politik zu Beginn des neuen Jahrhunderts ging die Partei daran, sich ein neues Programm zu geben. Der Parteitag in Brünn 1899 hatte beschlossen, eine Kommission einzusetzen, welche einen Entwurf auszuarbeiten hatte. Diese Kommission konnte dem Wiener Parteitage 1901 einen solchen Programmentwurf vorlegen.

Die Partei war wohl mit dem Gaisfelder Programm von 1888/89<sup>1</sup> bisher gut ansgekommen, sie war in die Breite und Tiefe gewachsen, aber das alte Programm war in den Massen längst nicht so lebendig, wie ein Jahrzehnt vorher. In der Auffassung vieler Vertrauensmänner war es ein Kunstwerk und historisches Dokument, an dem sie am liebsten nichts geändert hätten. Trotzdem erwiesen sich die Bedürfnisse der Partei nach einer klaren Fassung dessen, was sie wollte, stärker als derartige Bedenken. Was die Neuschöpfung des Programmes erschwerte, war jedoch der theoretische Streit, der gerade damals in den Reihen der Sozialdemokratie Deutschlands tobte.

Der große wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts und die dadurch bewirkte Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse war nicht ohne Einwirkung auf die grundsätzliche Einstellung mancher Kreise der Partei gegenüber den entscheidenden Problemen der sozialen Entwicklung geblieben. Während einzelne Praktiker der Partei (Georg von Vollmar) schon zu Beginn der neunziger Jahre eine, wie ihre Gegner in der Partei meinten, den Klassenstandpunkt weniger scharf betonende Politik empfahlen, brachte gegen Ende des Jahrhunderts Eduard Bernstein diese Auffassungen in ein System und versuchte nachzuweisen, daß die Ergebnisse der Denkerarbeit von Marx und Engels angefaßt der Entwicklung der letzten Jahre nicht mehr in ihrer ursprünglichen Fassung aufrechtzuerhalten seien.<sup>2</sup> Von

<sup>1</sup> Abgedruckt im ersten Bande, S. 232.

<sup>2</sup> Zuerst in der „Neuen Zeit“ (Stuttgart) 1896/97, später in den Schriften: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (Stuttgart 1899) und „Zur Geschichte und Theorie des

der heftigen und leidenschaftlichen Diskussion — auf das Buch Bernsteins antwortete Kautsky mit einer Gegenschrift — war die Sozialdemokratie Deutschlands jahrelang erfüllt und auch auf den Wiener Parteitag von 1901 warfen diese Auseinandersetzungen ihre Schatten.

Das neue Programm unterschied sich in seinem grundsätzlichen Teile — die meisten sozialdemokratischen Programme gliedern sich in zwei Teile: in einen, der das Endziel der Bewegung behandelt, und in einen anderen, in dem jeweils die Gegenwartsforderungen zusammengefaßt sind — nur wenig vom Hainfelder. Der Wortführer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Kautsky, der in Wien anwesend war, gab in der Diskussion zu, daß zwischen den beiden Programmen kein wesentlicher theoretischer Unterschied bestehe. Daß der Fortschritt der Erkenntnis in die kapitalistische Entwicklung, der sich seit einem Jahrzehnt in den Köpfen der österreichischen Arbeiter vollzogen hatte, zum Ausdruck kam, war selbstverständlich. Zum Unterschiede von dem grundsätzlichen Teile des Hainfelder Programmes findet sich in dem entsprechenden Teile des Wiener Programmes der Hinweis auf die Konzentration des Kapitals und die Zentralisation der Betriebe, eine Entwicklung, die in der Zeit seit 1889 besonders beobachtet werden konnte. Zugleich wurde im Wiener Programm der für den proletarischen Kampf entscheidende Gedanke klar ausgesprochen, daß der Kapitalismus neue Formen der Produktion schaffe, durch welche die notwendigen Vorbedingungen für den Sozialismus geschaffen werden. Die Aufgabe des Proletariats sei es, diese Entwicklung zu erkennen, zu fördern und zu beschleunigen. Viktor Adler, der Referent zur Programmrevision auf dem Parteitage, ging vom gleichen prinzipiellen Standpunkte wie in Hainfeld aus: „ . . . die Grundanschauungen sind immer dieselben geblieben. Nur die Instrumentierung, die Betonung, vielleicht auch der Rhythmus, in dem sie vorgetragen wurden, wurde zeitweise ein anderer.“ Dieser Auffassung waren auch fast alle Delegierten. Vorüber die Meinungen aus-

Sozialismus“ (Berlin 1901). Die bedeutendste Gegenschrift ist: Karl Kautsky: „Bernstein und das sozialdemokratische Programm.“ (Stuttgart 1899.) Ihren Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen auf den Parteitagen der Sozialdemokratie Deutschlands in Hannover (1899) und Dresden (1903).

einandergingen, war die auch in Deutschland umstrittene sogenannte „Verelendungstheorie“. Adler führte in seinem Referate aus, daß die absolute Verelendung der Arbeiterschaft nicht größer geworden sei. Er berief sich hierbei auf Engels, der in einer Kritik des Erfurter Programmes von 1891 geschrieben hatte:

„Es ist nicht richtig, daß das Elend der Proletarier immer größer wird. Das Wachstum der Organisation wird dem Wachstum des Elends vielleicht einen Damm entgegensetzen, was aber sicher wächst, das ist die Unsicherheit der Existenz der Proletarier.“

Aber mit dem Hinweis auf den Ausspruch eines der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus war die Frage für einen Menschen, der einen so stark entwickelten Wirklichkeitsinn hatte wie Adler, nicht abgetan. Er erfaßte den Kern der Sache, wenn er, ähnlich wie dies in Deutschland Kautsky Bernstein gegenüber dargelegt hatte, ausführte, daß die Verelendung des Proletariats eine Tendenz der kapitalistischen Entwicklung sei und daß diese Tendenz auch voll zum Ausdruck käme, d. h. daß das Proletariat in immer tieferes Elend hinabgestoßen würde, wenn es dieser Verelendung nicht Widerstand leisten und mittels seiner Organisationen nicht den Kampf gegen die Verelendung aufnehmen würde. Die Tendenz der Verelendung kommt aber schließlich doch zum Ausdruck, und zwar darin, daß der Gegensatz zwischen der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und dem Reichtum der Besitzenden immer krasser wird. Indem die Arbeiterschaft erkennt, daß diesem Elend abgeholfen werden kann, wird sie erst revolutionär. „Das Elend allein macht vielleicht zum Schnapsbruder, aber die Ueberzeugung, daß dieses Elend nicht notwendig ist . . . macht revolutionär.“ Dem wurde auch von den Delegierten zugestimmt und der Passus in dem neuen Programm lautete entsprechend: „Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad der Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktionskraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums.“

Bemerkenswert ist auch, daß gegenüber dem alten Programm in dem neuen einige Verwahrungen bezüglich des Parlamentarismus und der Sozialreform fallen gelassen wurden. Nicht weil sich die Anschauung geändert hatte, sondern weil, wie Adler erklärte, diese Verwahrungen überflüssig geworden waren. In Hainfeld haben die Radikalen den Gemäßigten vorgeworfen, daß sie im Parlamentarismus den einzigen Weg zum Ziele sehen. In Wien 1901 war die Einschätzung des Parlamentes in der Partei allgemein die, daß es eine scharfe, aber nicht die einzige Waffe des Proletariats im Klassenkampfe sei. Dasselbe galt in bezug auf die Sozialreform. In den achtziger Jahren hatten Bismarck und Taaffe ebenso wie die christlichen Sozialreformer geglaubt, durch soziale Reformen die soziale Frage lösen und damit auf diese Weise die Sozialdemokratie aus der Welt schaffen zu können. Diese Auffassung mußte abgewehrt werden und daher die Stellungnahme in Hainfeld. An die Sozialreform als das sichere Mittel gegen das Anwachsen der Sozialdemokratie glaubte nun niemand mehr, jedes Stückchen Sozialpolitik mußte den herrschenden Klassen abgerungen werden. Deshalb mußte man im Programm von 1901 von einer Verwahrung gegen eine derartige Auffassung der Sozialpolitik nicht mehr reden.

In dem Teil des Programmes, in dem von den Forderungen die Rede ist, deren Erfüllung augenblicklich als notwendig erkannt wurde, kommt die größere Vielfältigkeit der Aufgaben, die der Sozialdemokratie in den letzten Jahren erstanden war, zum Ausdruck.<sup>1</sup>

Das neue Programm wurde, nachdem eine Kommission darüber beraten hatte, einstimmig angenommen. Es hat in den folgenden Jahren der Partei wertvolle Dienste geleistet und war den Arbeitermassen und Vertrauensmännern die unbestrittene Richtschnur ihres Handelns. Die Klarheit in seinem grundsätzlichen Teile, das entschiedene Bekenntnis zur Marxschen Lehre hat insbesondere die deutschen Arbeiter geistig tief beeinflusst und war ihnen in dem Wirsal der österreichischen Politik ein guter, ver-

<sup>1</sup> Siehe Anhang II. S. 288.

läßlicher Führer. Es hat die Tatkraft der Vertrauensmänner immer wieder belebt, weil aus dem Programm, wie Viktor Adler stolz bekennen konnte, „der faustische Drang, unaufhörlich bis ans Ende zu gehen und niemals zu rasten“, sprach. Es kam in diesem Programm zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie die geistige Führerin der Arbeiterklasse war, welche das Proletariat zum Kampfe anfeuernte, wenn die Kampfbedingungen gegeben waren, und es zurückhielt, um es vor Niederlagen zu bewahren. Das Programm war das einer revolutionären Partei, aber einer Partei, die weit davon entfernt war, sich in Abenteuer zu stürzen. Die Sozialdemokratie hat auch da ihre Funktion als Gehirn der Arbeiterbewegung ausgefüllt, von dem Viktor Adler nach der Schaffung des Wiener Programmes in tiefer Einsicht sagte: „Das Gehirn ist ein Hemmungsorgan, und darin besteht seine Würde; aber wenn das Gehirn gar nichts tut wie hemmen, dann geschieht das auf Kosten seiner Fähigkeit, die motorischen Zentren in Erregung zu bringen.“ Revolutionär und bedacht zugleich sollte die Arbeiterbewegung sein, das war die Taktik, welche Bebel in Deutschland, Jaurès in Frankreich und Viktor Adler in Oesterreich an den großen und kleinen Problemen der proletarischen Klassenkämpfe entwickelt und den Nachfahren als wertvolles und teuer zu hütendes Vermächtnis hinterlassen haben.

Die Klarheit in der grundsätzlichen Einstellung bewirkte auch, daß die deutsche Sozialdemokratie eine unbeirrte feste Haltung gegenüber denjenigen Arbeiterorganisationen einnahm, welche zum Zwecke der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften gegründet waren: der christlichsozialen und der deutschnationalen Arbeiterbewegung.

Die christlichsoziale Bewegung war in den achtziger Jahren, wie schon erzählt worden ist, eine Partei der sozialen Reform, die sich auf den Klassengegensatz der feudalen Grundbesitzer gegen die liberale Bourgeoisie gründete. Da die Arbeiter dank der Sozialdemokratie den Lockungen Vogelfangs, des Theoretikers dieser Bewegung, widerstanden, warfen sich die Christlichsozialen auf das

Kleinbürgertum, dessen Existenz von der modernen Industrie immer mehr bedroht wurde. Im Oktober 1895 eroberten die Christlichsozialen die Mehrheit im Gemeinderat der Reichshauptstadt, ihr Führer Dr. Karl Lueger, der sich vom einstigen Liberalen, ja Demokraten, zum Christlichsozialen gewandelt hatte, wurde 1897 Wiens Bürgermeister. Die Sozialdemokratie erkannte die schwere Gefahr, die ihr von dieser Seite drohte, als sie 1897 bei den Wahlen in die fünfte Kurie kein Mandat in Wien erobern konnte. Die Christlichsozialen versuchten nun, nicht nur das Kleinbürgertum, sondern auch die Arbeiter zu organisieren. Schon der Parteitag von 1897 beschäftigte sich daher mit den Christlichsozialen, wobei Adler hervorhob, daß man den Christlichsozialen Arbeitern anders gegenüberstehen würde, wenn es sich um eine wirkliche Arbeiterpartei handelte. Man müsse auch den Christlichsozialen gegenüber immer wieder geltend machen, daß man zwar den Klerikalismus, die politische Ausnützung der Kirche, bekämpfe, aber nicht gegen irgend einen Glaubenssatz Krieg führe. „Wir kämpfen nicht gegen die Religion“, sagte Adler. Noch ausführlicher beschäftigte sich der Linzer Parteitag 1898 mit den Christlichsozialen, nämlich in einem eigenen Punkte der Tagesordnung. Fernerstorfer konnte hierbei als Referent auf einen der wesentlichen Unterschiede der Christlichsozialen und Sozialdemokraten verweisen, der das rasche Wachstum der Christlichsozialen aufhellte: „Während die Christlichsoziale Partei, um rasch zur Macht zu gelangen, nur eines tüchtigen Schlagwortes bedurfte, und dieses Schlagwort in dem „Juden“ gefunden hat, müssen wir, wenn wir vor die Massen treten, eine schwere geistige Arbeit verrichten.“ Sicher war das eine glaubwürdige Erklärung dafür, warum die Sozialdemokratie gegenüber den Christlichsozialen langsam — wenn auch stetig — Boden gewann. In der auf dem Parteitage angenommenen Entschliebung wurde festgestellt, daß die Christlichsozialen weder mit dem Christentum, noch mit dem Sozialismus etwas zu tun haben, sondern nur die von ihnen geführten Mittelschichten im Interesse der herrschenden Klassen mißbrauchen. Es sei die Aufgabe der Partei, dagegen mit Entschiedenheit anzukämpfen und die innere Unaufrichtigkeit und Programmlösigkeit der Christlichsozialen aufzudecken.

Für Deutschböhmen war freilich von weit größerer Bedeutung als die christlichsoziale Arbeiterbewegung, die nur in den Alpenländern einige Bedeutung hatte, die deutsch-nationale.

War in Wien der Merkantilismus, so in Deutschböhmen der Nationalismus die Ideologie jenes Kleinbürgertums, das politisch selbständig geworden, den Kampf gegen die liberale Bourgeoisie aufnahm. Je demokratischer das Wahlrecht wurde, desto mehr mußten die Deutschnationalen unter den Mittelschichten, aber auch unter der Arbeiterschaft für sich werben. Die deutsch-nationale Arbeiterbewegung in Böhmen knüpft an die Gesellen- und Gehilfenvereine an, die in den achtziger Jahren als eine Art Standesvereine geschaffen wurden.<sup>4</sup> Der erste derartige Verein entstand in Budweis 1883, ähnliche Vereine entstanden in Reichenberg, Arnau, Gablonz, Hohenelbe, Tettschen, Jungbunzlau (bei Trautenau), Grottau, Rumburg und Aussig. Schon 1888 veranstalteten einige dieser Vereine einen Gehilfentag in Reichenberg, wo insbesondere vom Konkurrenzkampfe mit den tschechischen Gehilfen und Gesellen gesprochen wurde. Aber es dauerte ein ganzes Jahrzehnt, bevor sich diese Organisationen zu einem „Verband deutscher Gehilfen- und Arbeitervereinigungen in Oesterreich“, mit dem Sitze in Mährisch-Trübau, zusammenschlossen. Dort erschien auch seit 1897 „Der deutsche Gehilfe“, der 1898 den Namen „Der deutsche Arbeiter“ annahm. 1901 zählte der Verband bereits 85 Vereine zu seinen Mitgliedern, die Führer waren der Schriftsetzer Ferdinand Burschowsky, der Techniker A. Cihula, der Werkmeister Hans Knirsch und der Binder Ludwig Vogel, der 1898 einen nationalen Arbeiterverein in Brünn ins Leben rief. Politisch bildete diese Gruppe einen Teil der Alldutschen, die 1901 den deutschen Sozialdemokraten in Böhmen alle Mandate bis auf eines abnahmen. Bald danach aber gründeten die nationalen Arbeiter, weil ihnen das Verbleiben in einer bürgerlichen Partei nicht die Möglichkeit zu bieten schien, unter den Arbeitern erfolgreich zu werben, eine eigene Partei. Am 15. November 1903 erklärte sich eine Konferenz in Aussig für die Schaffung einer „Deutschen Arbeiterpartei in Oesterreich“, am 14. und

<sup>4</sup> Denkschrift aus Anlaß des 20. Gründungsjahres der Deutschen Arbeiterpartei zu Trautenau. 1924.

15. August konstituierte sich diese Partei auf einer Tagung in Trautenau. In dem Programm, das sich die Partei gab, wird die Ansicht vertreten, daß die Interessen der Arbeiter nur innerhalb der Nation vertreten werden können. Ausdrücklich wurde festgestellt, daß die Partei keine „Klassenpartei“ sei. Seit 1904 erschien auch in Aussig unter Leitung Predigers die „Deutsche Arbeiterzeitung“.

Die Voraussetzungen für das Entstehen dieser Bewegung waren die heftigen nationalen Kämpfe von Baden bis Koerber. Die Wahlen von 1901 hatten gezeigt, daß die deutschnationalen Arbeitervereine, die zunächst Kleinbürger und Vorarbeiter anzogen, den bürgerlichen Parteien wertvolle Schützenhilfe leisten konnten. Es war nur natürlich, daß sich der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, der ein Jahr nach den Wahlen in Aussig stattfand, mit der deutschnationalen Arbeiterbewegung beschäftigte. Der Referent Schrammel wies zunächst auf die Flut von Verleumdungen hin, die sich aus der deutschnationalen Arbeiterpresse auf die Sozialdemokratie ergieße. Der reaktionäre Charakter der ganzen Bewegung gehe aus dem Programm der deutschnationalen Arbeiter hervor, wo statt von der Forderung des gleichen Wohlrechtes von der „fortschreitenden Erweiterung des Wahlrechtes“ die Rede sei. In der Debatte wurde mit Entrüstung darauf hingewiesen, daß die Bewegung zur Züchtung von Streikbrechern führe und daß man ihr deshalb mit den schärfsten Waffen entgegentreten solle. Seliger, der in der Debatte zu Worte kam, erkannte richtig, daß der große Kampf mit den deutschnationalen Arbeitern erst kommen werde. In der zu diesem Gegenstand angenommenen Entschließung wird der folgende grundsätzliche Standpunkt eingenommen:

„In dem Maße als die Arbeiterklasse politische Rechte erobert und an politischem Gewicht zunimmt, wächst auch das Bedürfnis der herrschenden Klassen, Arbeiterstimmen für sich zu gewinnen und die Macht der Arbeiter durch ihre Spaltung zu schwächen. Wenn sich die bürgerlichen Parteien um die Arbeiter kümmern, so geschieht es gemeinhin, um sie ihren Zwecken dienstbar zu machen, um den Klassenkampf zu verwirren, abzustumpfen und zu verfälschen.“

Als die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie in dieser Beziehung bezeichnete die Entschliebung, die irregeführten Arbeiter aufzuklären und sie zurückzuführen auf den Boden des Klassenkampfes. Auf demselben Parteitag sprach Adler knapp und klar die Taktik aus, von der sich die Sozialdemokratie gegenüber der nationalen Arbeiterbewegung auch in den folgenden Jahren leiten ließ: „Schärfste Bekämpfung und unverföhlicher Haß den Verführern, aber brüderliche Liebe und Verföhlichkeit gegenüber den verführten Arbeitern!“ Freilich, die Aufklärung der nationalen Arbeiter war nicht leicht, da der nationale Kampf das politische Leben beherrschte, und es kamen noch, wie Seliger 1902 richtig vorausgesehen, schwere Kämpfe auch gegen diesen neuen Feind, welcher der sozialdemokratischen Bewegung erstanden war.

Trotzdem also die Kampfbedingungen innerhalb der Industriebevölkerung nicht leichter wurden, suchte die Sozialdemokratie ihre Agitation in neue Kreise der Bevölkerung zu tragen, insbesondere in das Landproletariat. Bisher war es nur gelungen, in einzelnen tschechischen Bezirken sowie in der Saazer Gegend Landarbeiter für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Bei der Erörterung der Frage, ob eine Aussicht bestehe, auf dem Lande festen Fuß zu fassen, geriet man sofort in die ganze Fülle von Problemen, die die sozialistische Betrachtung der Agrarverhältnisse aufwarf. In Deutschland war auf Parteitag bereits über diese Frage diskutiert worden und sowohl dort als auch in den Büchern, die darüber von sozialdemokratischer Seite geschrieben wurden, bildete den Hauptpunkt des Streites das Problem der Konzentration des Kapitals, d. i. die Frage, ob sich diese Konzentration in der Landwirtschaft ebenso vollziehe wie in der Industrie, ob also die Entwicklung zum Niedergange oder zur Aufrechterhaltung des bäuerlichen Mittelbetriebes führe. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs in Graz 1900, wo Ellenbogen über die „Landagitation“ referierte, wollte die Verbreitung der Ideen des Sozialismus in der Landbevölkerung nicht abhängig machen von einer bestimmten Stellungnahme in dieser theoretischen Streitfrage. Man begnügte sich daher in der betreffenden Entschliebung fest-

zustellen, daß die Existenz der Landbevölkerung unter demselben schweren Druck leide wie die der industriellen Arbeiter. Die Agitation der Sozialdemokratie müsse sich daher an jene Schichten wenden, „die vermöge ihrer Klassenlage der Idee des Sozialismus am zugänglichsten sind, an die Landarbeiter und Kleinbauern“. Dabei sei in wirtschaftlicher Beziehung die Hebung der Bodenkultur, in sozialer Beziehung die Aufhebung aller Vorrechte der besitzenden Klassen auf dem Lande und der Schutz der Landarbeiter, in kultureller Beziehung die Erweiterung der Schulbildung zu fordern. Die tieferen Zusammenhänge zwischen Sozialismus und Landwirtschaft berührt die Entschliebung nur von ferne, wenn sie „gesellschaftliche Organisation und Verteilung der Bodenprodukte“ verlangt. Die Entschliebung ist weit davon entfernt, ein Agrarprogramm zu sein. Erst Jahrzehnte später sollte die österreichische Sozialdemokratie so weit sein, ihre ferneren und näheren Ziele auch auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion abstecken zu können.

In der Epoche, die wir nun überblickt haben, ist die Zahl der Aufgaben, welche der Sozialdemokratie gestellt waren, größer geworden. An der Erörterung dieser Aufgaben war sie gereift, an ihrer Durchführung erstarbt. Das gilt von den politischen Aufgaben ebenso, wie von denjenigen, die der Organisation der Partei gestellt waren.

## Zehntes Kapitel:

### Die Parteiorganisation.

Bei einer kurzen übersichtlichen Betrachtung von Parteiorganisation und Parteipresse ist davon auszugehen, daß die Wahlreform von 1897 zunächst die Sozialdemokratie zwang, die Organisationsbezirke den geschaffenen Wahlkreisen für die Wahlen in die fünfte Kurie anzupassen. Das war aus dem Grunde notwendig geworden, weil die Bezirke, welche bei Wahlen den Kampf in einem Wahlkreise zu führen hatten, dauernd zusammenarbeiten mußten. Dadurch änderten sich auch die Grenzen der bestehenden, aus den geographischen und

sozialen Verhältnissen Deutschböhmens hervorgegangenen, im vorigen Abschnitt geschilderten Kreisorganisationen. Auf Grund der Wahlkreiseinteilung gab es seit 1898 die nachstehenden Kreisorganisationen, an denen in den folgenden Jahren festgehalten wurde: Mies (mit dem Sitze in Tachau, Organ: „Vorwärts“), Eger (mit dem Sitze in Falkenau, Organ: „Volkswille“), Saaz (mit dem Sitze in Teplicz, Organe: „Freiheit“=Teplicz, zeitweise „Wahrheit“=Brüx bzw. Oberleutensdorf, später „Volkszeitung“=Saaz), Reichenberg (mit dem Sitze in Auffig, Organ: „Volkswacht“), Reichenberg (Sitze daselbst, Organe: „Freigeist“=Reichenberg, „Nordböhmische Volksstimme“=Warnsdorf, „Nordböhmischer Volksbote“=Steinböhm, später Bodenbach), Trautenau (mit dem Sitze in Gablonz, Organ: „Gebirgsbote“), Budweis (mit dem Sitze in Krumau, Organ: „Böhmerwaldbote“). Diese Kreisorganisationen zerfielen in eine Reihe von Bezirksorganisationen, diese wieder in Lokalorganisationen. Das auf dem Auffiger Parteitage beschlossene Parteistatut regelte das gegenseitige Verhältnis dieser ganzen Gliederung und empfahl innerhalb der Lokalorganisationen noch Straßen- und Häuserorganisationen. An der Spitze jeder dieser Organisationsform standen Vertrauensmänner, bei den Organisationen, die einen weiteren Wirkungsbereich hatten (von der Lokalorganisation angefangen), Ausschüsse. Diese Stufenleiter von Organisationen stieß in den ersten Jahren auf Schwierigkeiten, die Form hat sich aber durchgesetzt und war schließlich so straff gegliedert, daß alle übrigen Parteien mit Bewunderung die Organisation der Sozialdemokratie betrachteten. Es war ein Staat im Staate und hat die großen erfolgreichen Kämpfe in diesem Jahrzehnt, die wir geschildert haben, erst möglich gemacht. In der Organisation von Massenbewegungen wurden die Kampferproben sozialdemokratischen Vertrauensmännermeister, sie lösten als erste die organisatorischen Probleme, welche durch die Erteilung politischer Rechte an die Massen der Bevölkerung für die Gesellschaft aufgeworfen wurden. Dabei war die ganze Organisationsform eine freie. Gegen das Vereinsgesetz war eine über das ganze Reich verbreitete Organisation entstanden. Wohl bestanden überall politische Vereine, die jedoch nur den Rahmen für die Versammlungstätigkeit abgaben, die also gleichsam nur für

die Behörden da waren. Das Vereinsgesetz schrieb den politischen Vereinen eine bestimmte Tätigkeit vor, an die sich die sozialdemokratischen Vereine auch hielten. Was das Gesetz politischen Vereinen nicht gestattete, tat man in der freien Organisation, der man nur freiwillige Spenden, wenn auch regelmäßige, leistete. (So waren die Frauen, die nicht Mitglieder eines politischen Vereines sein durften, bei der freien Organisation und hatten innerhalb der Partei dieselben Rechte wie die Männer.) Das Leben erwies sich auch hier stärker als der Buchstabe des Gesetzes.

Wie wurden nun die Mittel für all diese Organisationen aufgebracht? Ursprünglich wurden die Beiträge mittels Blocks, welche die Vertrauensmänner abgaben, später mittels in das Mitgliedsbuch eingeklebter Marken verrechnet. Die Wahlkreisorganisation führte 25 Prozent aller Beiträge an die Parteizentrale ab. Seit dem Linzer Parteitag aber gab es eine einheitliche direkte Reichsparteisteuer, die von jedem Mitgliede in der Höhe von einem Kreuzer monatlich abgeführt werden mußte. Von den Blockbeträgen bekam die Lokalorganisation 40 Prozent, die Bezirksorganisation 30 Prozent und der Kreis ebenfalls 30 Prozent. Als es dann später in Böhmen zu einer Landesorganisation kam, erhielt diese gleichfalls einen Anteil an diesen Beiträgen. Da man auf diese Weise nicht diejenigen Summen, die man zur Führung des politischen Kampfes als notwendig erachtete, zusammenbekam, war die Partei (und ihre Presse) in ständigen Geldnöten.

Den Mittelpunkt des Parteilebens bildeten in Deutschböhmen die Kreisorganisationen, in deren Händen — abgesehen von den den ganzen Staat betreffenden Fragen — die politische Führung lag, von denen aus das ihnen zugeteilte Gebiet bearbeitet wurde. Sie wurden allmählich im Parteileben der kraftvollste Faktor. Während in den anderen österreichischen Provinzen die Landesorganisationen immer mehr zum Mittelpunkt der Parteiarbeit wurden, konnte in Deutschböhmen eine Landesorganisation jahrelang nicht bestehen und jede auch nur lose Zusammenfassung der Kreisorganisationen ging wieder ein. Die Organisationen des langausgedehnten, durch Eisenbahnen schlecht verbundenen Gebietes widerstanden lange der Gemeinsamkeit und erst die wachsende Bedeutung der

Landespolitik, der Kampf um das Landtagswahlrecht zwang die Kreisorganisationen zu gemeinsamer Arbeit. Von den vergeblichen Versuchen, eine Landesorganisation zu gründen, die in den Jahren 1892 und 1893 unternommen wurden, haben wir schon erzählt. 1897 wurde wieder versucht, eine gemeinsame Landesorganisation mit der tschechischen Sozialdemokratie zu schaffen, die organisatorische Verselbständigung der deutschen Sozialdemokratie, die aber gerade in diesem Jahre vollendet wurde, mußte auch dieses Experiment zum Scheitern bringen. Wie groß die Abneigung der Kreise gegen eine Landesorganisation war, zeigte sich auf der Landeskonzferenz der deutschen Sozialdemokratie Böhmens am 17. Juli 1898 in Aussig, der ersten, die seit fünf Jahren wieder stattfand, wenn man von der gemeinsamen deutsch-tschechischen Landeskonzferenz von 1897 abieht. Auf dieser Tagung setzte Josef Seliger, der von da an der zäheste und unermülichste Kämpfer der Notwendigkeit einer Landesorganisation wurde, auseinander, daß der Kampf um ein demokratisches Landtagswahlrecht ein gleichartiges Vorgehen der Kreise bedinge. In der Debatte trat jedoch eine Reihe von Rednern — darunter der Abgesandte der Parteivertretung — Seliger entgegen. Tatsächlich wurde auch die geplante Landesorganisation mit 46 zu 43 Stimmen verworfen. Drei Jahre dauerte es, bevor die Notwendigkeit der Landesorganisation allgemein anerkannt wurde. Am 26. Mai 1901 kam es zu ihrer Gründung auf einer neuerlichen Landeskonzferenz. Diesmal war Viktor Adler selbst gekommen, um den Delegierten auseinanderzusetzen, daß in irgend einer Form die Zusammenfassung der Kreisorganisationen erfolgen müsse. Um den Gegnern der Landesorganisation die Sache schmackhafter zu machen, wurde ein „Verband der deutschböhmischen Wahlkreisorganisationen“ gegründet. Der Ausschuß des Verbandes setzte sich aus den Vertretern der Kreise zusammen, die engere Leitung oblag einer aus Schrammel, Beutel, Zeller und Seliger bestehenden Verbandsexekutive, der Schrammel vorsah. Die Mittel zur Erhaltung des Verbandes sollten dadurch beschafft werden, daß jeder Kreis an den Verband 10 Prozent seiner Einnahmen abführte.

Aber die Kreise gaben ihren Widerstand nicht so rasch auf. Nur drei von den Kreisorganisationen (Saaz, Leit-

meritz, Reichenberg) zahlten den vereinbarten Verbandsbeitrag, ein Teil der Kreise trat mit dem Verbandsverbande nicht in Fühlung. Auf der Landeskonferenz vom 18. August 1902, die im Anschlusse an den Parteitag von Aulzig stattfand, schilderte der Landesvertrauensmann Schrammel den Delegierten in beweglichen Worten sein wenig beneidenswertes Los. Wenn es so weiter gehen sollte, dann wäre es besser, die Landesorganisation überhaupt aufzulassen. Das aber wollte die überwiegende Mehrheit nicht und man erklärte sich schließlich bereit, dem Landesverbande die materiellen Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben zu beschaffen. Tatsächlich ging es seither etwas besser, wie auf der dritten Landeskonferenz der deutschböhmisches Wahlkreisorganisationen (August 1903) festgestellt wurde. In die Exekutive wurde dort an Stelle des ausgeschiedenen Zeller der Vertreter der Reichenberger Kreisorganisation, Anton Schäfer, gewählt.<sup>1</sup> Dann verschwindet die Landesorganisation der deutschen Sozialdemokratie Böhmens wieder auf einige Zeit im „Dunkel der Geschichte“, aus dem sie erst wieder ans Licht gezogen wird, da der energischste der Führer des deutschböhmisches Proletariats, Josef Seliger, an ihre Spitze tritt.<sup>2</sup>

Mit dem Wachstum der sozialdemokratischen Bewegung stieg auch die Anzahl der Frauen, welche in der Partei-

<sup>1</sup> In der Parteivertretung bzw. Parteikontrolle der deutschen Sozialdemokratie Österreichs war Deutschböhmen seit 1897 durch Josef Seliger, Leopold und Anton Schäfer-Reichenberg (bei letzterem mit einer Unterbrechung von 1898 bis 1902) ständig vertreten. Kurze Zeit gehörten der Parteivertretung auch Anton Schrammel, Karl Schiller und Franz Beutel an.

<sup>2</sup> Auf der Landeskonferenz vom 2. August 1903 wurde eine persönliche Angelegenheit ausgetragen, die in ihren Folgen eine gewisse politische Bedeutung hatte: der Ausschluß Simon Starck aus der Partei. Dieser, der viele Jahre hindurch in Westböhmen gewirkt hatte — er war lange Jahre Redakteur des Tachauer „Vorwärts“ und der führende Mann der Wahlkreisorganisation Mies — war mit der Partei zerfallen, gründete selbstständige Lokalorganisationen und vertrieb das von ihm herausgegebene Blatt, in dem er sich gehässig gegen die Sozialdemokratie wandte. Wiederholt suchte man durch Besprechungen und Konferenzen im Egerer Kreisgebiet die Angelegenheit friedlich auszutragen, zuletzt auf einer Konferenz am 10. Mai 1903, an der Adler und Starck teilnahmen. Alle Versuche schlugen jedoch anleht fehl und die erwähnte Landeskonferenz stellte fest, daß sich Simon Starck „durch seine seit längerer Zeit fortgesetzte, die Arbeiter schädigende Handlungsweise selbst außerhalb der Partei gestellt und dadurch den Anspruch auf die Zugehörigkeit zur Partei verwirkt hat. Einen ähnlichen Beschluß faßte eine westböhmisches Kreisorganisation in Neustadt am 9. August 1903. Starck gründete dann die Partei der Freisozialisten, die aber über die Grenzen des Bezirkes Falkenau niemals hinausgedrungen ist. Mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien wurde er sowohl 1907 als auch 1911 in das österreichische Abgeordnetenhaus, 1923 zum Bürgermeister von Falkenau gewählt.

organisation tätig waren,<sup>3</sup> und die Partei mußte den besonderen Bedürfnissen der Frauen ihre Aufmerksamkeit schenken. Am quälendsten empfanden die Frauen, daß ihnen die Gesellschaft jegliches politische Recht verweigerte, obzwar der kapitalistische Produktionsprozeß sich der Arbeitskraft der Frauen, wie schon gezeigt wurde, in steigendem Maße bediente und sie noch mehr ausbeutete wie die männlichen Arbeiter. Die Frauen hatten weder das Wahlrecht, noch durften sie politischen Vereinen angehören. Das Gesetz stellte sie in dieser Hinsicht Schwachsinnigen und Entmündigten gleich. Daher beschloß der Parteitag von 1899 für die politischen Rechte der Frauen mit größerem Nachdruck als bisher anzukämpfen. Schon vorher — Ostern 1898 — hatte zum ersten Male eine Frauenkonferenz stattgefunden, welche die Einführung von Sektionen innerhalb der Parteiorganisation beschloß.<sup>4</sup>

Auch die Arbeiterjugend wurde in dem Jahrzehnt des Wahlrechtskampfes immer mehr in den Bannkreis sozialdemokratischer Ideen gezogen. Ähnlich wie in Wien 1894 entstanden 1898 und 1899 in den deutschböhmisches Industriestädten sozialistische Jugendgemeinschaften, die in dem am 13. April 1903 gegründeten Verband jugendlicher Arbeiter Oesterreichs die Grundlage zu ihrer bedeutenden Kulturarbeit fanden. In dem Verbands wuchs eine kulturhungrige, tatkundige, revolutionäre Jugend heran. So erfaßte die sozialdemokratische Bewegung immer weitere Schichten der Bevölkerung.

Eine Verbreiterung und Vertiefung erfuhr auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung dank dem Entstehen selbständiger Arbeiterturnvereine. Das Streben nach einer Erleichterung des Körpers, nach einer gleichmäßigen Ausbildung der Körperkräfte hatte frühzeitig schon jüngere Arbeiter in die Reihen der erst unter liberaler,

<sup>3</sup> Die erste Frau Böhmens, welche ihre Klassengenossinnen zum Kampfe um den Sozialismus aufrief, war, wie schon im ersten Bande dieses Werkes erzählt worden ist (S. 181), Anna Altman, geboren am 17. November 1851 in Böhmen, die bereits seit 1876 in Versammlungen auftrat. Sie war nicht nur in Böhmen, sondern in ganz Oesterreich die erste sozialdemokratische Agitatoren. Sie lebt derzeit in Hamburg, womit gleichzeitig die in der Fußnote Seite 181 des ersten Bandes gemachte Angabe richtiggestellt ist.

<sup>4</sup> Seit der Wende des Jahrhunderts entstanden in den größeren Organisationszentren besondere Arbeiterinnenvereine.

später nationaler Führung stehenden Turnvereine geführt. Der geistige Arbeiter mag glauben, daß das Turnen für den körperlich Arbeitenden einen geringeren Wert habe als für ihn. Aber die körperliche Arbeit führt oft zu körperlicher Einseitigkeit, während das Turnen die harmonische Ausbildung des Körpers anstrebt. So trat auch in der Arbeiterschaft das Bedürfnis nach allseitigem Gebrauch ihrer Körperkräfte auf und es erschien ihnen die körperliche Ertüchtigung bald als eine notwendige Ergänzung des wirtschaftlichen und geistigen Befreiungskampfes. Schon in den achtziger Jahren war es in den allgemeinen Turnvereinen zu Gegensätzen zwischen Arbeitern und Angehörigen der Besitzklassen gekommen, in einzelnen Orten — wie in Eichwald — brachten die Arbeiter die Leitung des bis dahin nationalen Turnvereines an sich.<sup>5</sup> Die da und dort entstandenen Arbeiterturnvereine hielten am 15. April 1895 in Brünn einen Arbeiterturntag ab, auf dem es zur Konstituierung eines Kreises Böhmen kam. Der Verband der Arbeiterturnvereine wurde in einer Konferenz in Wien gebildet, die am 16. Feber 1896 stattgefunden hatte. Damals gab es nur 10 Vereine mit 700 Mitgliedern. Die böhmischen Vereine hielten ihre Tagung zu Ostern 1897 in Teplitz ab, der erste Führer der Bewegung war der spätere Abgeordnete W. Bösmüller. In diesem Jahre gab es in Böhmen bereits 22 Arbeiterturnvereine, deren Zahl bis 1900 auf 71 gestiegen war. 1909 kam es zur Gründung eines österreichischen Arbeiterturnerbundes, der im nächsten Jahre bereits ein Heer von 18.000 Turnern, die in 256 Vereinen organisiert waren, mustern konnte. So wurde der Strom der Arbeiterbewegung immer breiter, ein Gebiet der Kulturbewegung nach dem andern wurde in den Bereich proletarischen Aufwärtstrebens einbezogen.

Werfen wir noch einen Blick auf die Entwicklung der Parteipresse, dieses wichtigen Mittels sozialistischer Aufklärung, dieses geistigen Bandes, das die sozialdemokratischen Arbeiter umschlang. Die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse ist abhängig von der Stärke der Partetorganisation und von dem durch die jeweilige politische

<sup>5</sup> Ed. Erlacher: „Der fünfte Turnkreis in der Geschichte der Arbeiterturnbewegung“ in der Festschrift anlässlich des Kreisarbeiterfestes Pfingsten 1926 Teplitz-Schönau.

Lage bedingten Interesse der Massen am politischen Leben. Das Wachstum der Organisationen seit Hainfeld und das lebhafteste Interesse der arbeitenden Bevölkerung an den ersten Wahlen in die fünfte Kurie hatte zu einem Aufschwunge auch der Parteipresse geführt. Von Jahr zu Jahr stieg die Auflage, im Jahre 1898 überschritt die einmalige Auflage aller deutschen sozialdemokratischen Zeitungen das erste Hunderttausend. Trotzdem war die materielle Lage der Zeitungen keine glänzende. Das lag teils an der Gründung neuer Blätter, die den alten Zeitungen das Verbreitungsgebiet wegnahmen, teils an der ständigen Beschlagnahme und an der Belastung der Zeitungen durch den Zeitungsstempel. Die „Arbeiterzeitung“ mußte 1897 an Zeitungsstempeln allein einen Betrag von 85.000 Gulden abführen. Um diese Steuer auf Kultur und Bildung zu beseitigen, führte die Partei jahrelang einen erbitterten Kampf. Am 7. September 1897 fanden in ganz Oesterreich Kundgebungen für die Aufhebung des Zeitungsstempels und des Kolportageverbotes statt. Die Bewegung wurde immer stärker, und so entschloß sich die Regierung, die Aufhebung des Zeitungsstempels in Aussicht zu stellen. Erst neuerliche Kundgebungen der arbeitenden Massen aber bewogen die Regierung, schließlich ihre Absicht zu verwirklichen. Am 1. Jänner 1900 verschwand der Zeitungsstempel, wurden die Zeitungen von dieser lästigen Steuer befreit.

Auch die große Anzahl der in Deutschböhmen erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen war damals wie später ein schweres Hindernis der Entwicklung der Parteipresse. 1898 wurden gegen den Willen der Gesamtpartei zwei neue Blätter gegründet, der „Böhmerwaldbote“ in Kruman und die „Wahrheit“ in Brüx, die später nach Oberleutensdorf übersiedelte und 1902 zu bestehen aufhörte.<sup>o</sup> Auf den Kreiskonferenzen jener Zeit gab es heftige Debatten darüber, ob diese Blätter von der Partei anerkannt werden sollten, was indessen erst auf dem Parteitage in Graz (1900) geschah. Bei Beginn des Endkampfes um das allgemeine Wahlrecht (1905) gab es in Deutschböhmen folgende deutsche sozialdemokratische Zeitungen (Auflage in Klammern): der „Vorwärts“ in Tachau (1000), der „Volkswille“

<sup>o</sup> Sieh: „Von unten auf.“ Eine Selbstbiographie. Von Florian Gröger. Klagenfurt 1926.

in Falkenau (3600), die „Freiheit“ in Teplitz (2300), die „Nordwestböhmisches Volkszeitung“ in Saaz (850), das „Volksrecht“ in Auzig,<sup>7</sup> der „Freigeist“ in Reichenberg (2500), die „Nordböhmisches Volkszeitung“ in Warnsdorf (2150), der „Nordböhmisches Volksbote“ in Steinschönau (2000), der „Gebirgsbote“ in Gablonz (2400), das „Trautenauer Echo“ (1400) und der „Böhmerwaldbote“ in Krumau (1000). Insgesamt gab es also in Deutschböhmen etwas über 20.000 Leser von elf sozialdemokratischen Wochenblättern.<sup>8</sup> Aber die ganzen Schwierigkeiten, die für die Parteipresse aus der unglücklichen geographischen Lage Deutschböhmens entstanden, sind aus den Versuchen ersichtlich, die der Herausgabe eines gemeinsamen täglich erscheinenden Blattes entgegenstanden und niemals überwunden worden sind.

Zum ersten Male kam die Notwendigkeit der Gründung eines deutschen sozialdemokratischen Tagblattes auf der Landeskongress vom 26. Mai 1901 zur Sprache.<sup>9</sup> Diese Tagung beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Presse und beauftragte die Wahlkreisorganisationen, die Verschmelzung der in einem Wahlkreise befindlichen Blätter in Beratung zu ziehen. Außerdem wurde die Verbandsexekutive aufgefordert, der nächsten Landeskongress Vorschläge zur Schaffung eines täglich erscheinenden Landesorganes zu machen. Weder das eine noch das andere ist geschehen, Lokale Interessen erwiesen sich stärker als die Wünsche der Landeskongress. Zum Vorkämpfer der Idee eines Landesorganes wurde ebenso wie zum Befürworter einer starken Landesorganisation Josef Seliger. Auf dem Auziger Parteitage stellte er den Antrag, die Landesorganisation möge die Frage in Erwägung ziehen und dem nächsten Parteitage berichten. Mit Entschiedenheit setzte Seliger den Delegierten die Notwendigkeit eines deutschböhmisches Tagblattes auseinander. Er führte aus, daß die Bewegung bei Bestehen von nur ein- oder zweimal wöchentlichen Blättern nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen könne und daß an die Verwirklichung des Landesorganes „wohl oder

<sup>7</sup> Auflage in dem betr. Parteitagsbericht nicht angeführt.

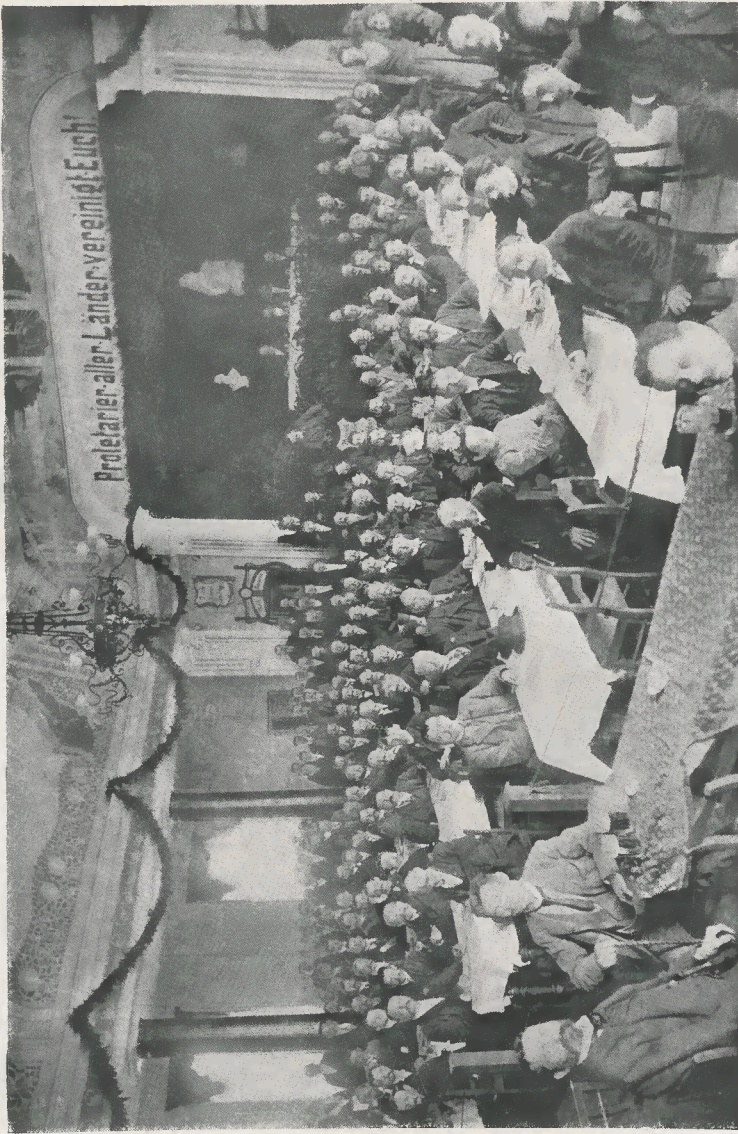
<sup>8</sup> Während der Wahlrechtsbewegung ging der Tachauer „Vorwärts“ ein.

<sup>9</sup> Im Herbst 1900 hatte bereits Seliger die Frage im Reichenberger „Freigeist“ in einem Artikel behandelt.

abel“ einmal werde geschritten werden müssen.<sup>10</sup> Auch der Referent über die Presse, P o p p, setzte sich entschieden für das Projekt ein, das vom Parteitag der Landesorganisation zur Behandlung zugewiesen wurde. Bis 1907 geschah aber nichts, um die Idee ihrer Verwirklichung näherzubringen. Im Gegenteil! Durch den Beschluß einer Reichenberger Kreiskonferenz vom April 1905, einen Gründungsfond für ein Tagblatt im dortigen Gebiet zu schaffen, wurde der Gedanke eines gemeinsamen Landesorganes von einer der großen Kreisorganisationen des Landes verworfen.

Ein Jahrzehnt proletarischen Kampfes ist an uns vorübergezogen. An seinem Beginn und an seinem Ausgange stehen bedeutsame politische Ereignisse: 1897 wählten die Massen der Arbeiter überhaupt zum ersten Male in das Abgeordnetenhaus, eroberten sich das Recht, in der Gesetgebung überhaupt mitzureden. Die völlige politische Rechtlosigkeit hörte auf. 1907 zwangen die Massen den Herrschenden das gleiche Wahlrecht auf, eroberten also die politische Gleichberechtigung am Wahltag. In zehn Jahren war der Weg vom ständischen zum demokratischen Wahlrecht zurückgelegt. Das zeigt die Kraft der Arbeiterklasse in jenen Jahren. Freilich haben sich die übergroßen Hoffnungen der Massen — nicht alle haben die abwägende Betrachtungsweise eines Viktor Adler sich zu eigen gemacht —, welche diese in der Erregung des Kampfes gehegt hatten, nicht erfüllen können. Das gleiche Wahlrecht konnte nur den Boden schaffen für die Austragung der großen Kämpfe der nächsten Jahre. Die Verschärfung der nationalen und Klassegegensätze konnte durch das allgemeine Wahlrecht nicht aufgehalten werden. Die russische Revolution von 1905 war der Ausdruck der Zeitenwende. Die Gegensätze der kapitalistischen Staaten verschärften sich von Tag zu Tag, die Scheidung Europas in zwei Heerlager wurde gerade in jenen Tagen sichtbar. Die folgenden Jahre sind die Zeit, in der sich der Weltkrieg, jene große Erschütterung aller politischen Verhältnisse vorbereitete, welche eine neue Epoche der europäischen Geschichte, eine neue Epoche der Kämpfe der Klassen und Nationen einleitet.

<sup>10</sup> Die größten Schwierigkeiten bereitete die Wahl des Erscheinungsortes. Seltiger erklärte diesbezüglich: „Wenn ein Tagblatt gegründet werden soll, so ist es nur in Prag möglich.“



Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs in Auzfig (1902)



### Dritter Abschnitt:

## Bis zum Weltkriege. (1907—1914)

### Elftes Kapitel:

#### Die Verschärfung der Klassengegenätze.

Der wirtschaftliche und geistige Aufstieg der Arbeiterklasse, ihre steigende politische Macht, hat nicht, wie der sozial empfindende Teil der herrschenden Klassen gehofft hatte, zur Milde rung der Klassengegenätze beigetragen. Die aus der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft entspringenden Kräfte haben die gesellschaftliche Kluft immer wieder vertieft und den Kämpfen der Klassen neue Nahrung gegeben. Eine dieser Entwicklungstendenzen, welche den Kampf zwischen den besitzenden und besitzlosen Klassen verschärfte und die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs in den sieben Jahren vor dem Weltkrieg auf das stärkste beeinflusst hat, war die von Jahr zu Jahr steigende **Lebensmittelteuerung**.

Seit Beginn der siebziger Jahre waren, bedingt durch die rasche wirtschaftliche Entwicklung der überseeischen Länder, die Preise wichtiger Lebensbedarfsartikel gesunken. Gegen das Ende der neunziger Jahre trat jedoch ein Umschwung ein, die Preise insbesondere der Erzeugnisse der Landwirtschaft begannen zu steigen. 1902 kosteten in Oesterreich 1000 Kilogramm ungarischen Weizens 173 Kronen, 1909 aber 322 Kronen, also um volle 86 Prozent mehr. Das wichtigste Nahrungsmittel der Bevölkerung, Mehl und Brot, wurde innerhalb eines Jahrzehntes doppelt so teuer. Ebenso drückend war die Steigerung des Fleischpreises. Ein

Kilogramm Rindfleisch kostete in Wien im Jahre 1900 136, 1908 jedoch 168 Heller. Nach Professor Kobatsch sind in Oesterreich von 1900 bis 1909 die Kleinverkaufspreise von Butter, Kartoffeln, Bier, Spiritus und Koks um 30 bis 35 Prozent, von Brot, Grieß, Schmalz um 40 Prozent, von Gemüse um 50 Prozent gestiegen, während der Durchschnittslohn des unfallversicherungspflichtigen Arbeiters nur um 21 Prozent gestiegen ist. Setzen wir die Lebensmittelpreise im Jahre 1900 gleich 100, so betragen sie in Oesterreich im Jahre 1905 = 108, 1908 = 118, 1910 = 126, 1911 = 128 und 1912 = 135.<sup>1</sup> Die Ursachen dieser für die Minderbemittelten katastrophalen Entwicklung waren die technische Unzulänglichkeit der österreichischen Landwirtschaft und Viehzucht, das Steigen der Weltmarktpreise, sowie der Hochschutzzoll und die Preiskartelle in Industrie und Landwirtschaft.<sup>2</sup>

Die raschere industrielle Entwicklung hatte die Vermehrung der Bevölkerung möglich gemacht, mit der die Entfaltung der Landwirtschaft nicht gleichen Schritt hielt. 1857 entfielen in Oesterreich auf 100 Einwohner 44 Rinder, 1900 nur 36.7. Ähnliche Ursachen hatte die Steigerung der Weltmarktpreise, weil die ehemals rasche Ausdehnung des Getreidebaues in den Kolonialländern sich nun verlangsamte. Diese Teuerung auf dem Weltmarkt wurde aber bedeutend verschärft durch den Zolltarif von 1906, in welchem die Zölle auf Lebensmittel und industrielle Rohprodukte durchgängig hinaufgesetzt wurden. Die dadurch eingetretene Möglichkeit der Preiserhöhungen wurde von Großgrundbesitzern, landwirtschaftlichen Genossenschaften, industriellen Großbetrieben und Kartellen rücksichtslos ausgenützt, die Staatsmacht völlig in die Dienste der besitzenden Klassen in Stadt und Land gestellt.<sup>3</sup> Die ohnehin — gemessen an den entwickelteren Industrieländern — mangelhafte Ernährung der österreichischen Bevölkerung wurde dadurch noch schlechter. (In Deutschland entfiel auf den Kopf der Bevölkerung ein Jahresverbrauch von 240 Kilogramm Getreide, in Oesterreich jedoch nur 159 Kilogramm.) Es war daher für die

<sup>1</sup> E n s z l a : „Tatsachen und Ursachen der internationalen Verteuerung der Lebensmittel.“ Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. Berlin 1914.

<sup>2</sup> Otto Bauer : „Die Teuerung.“ Wien 1910.

<sup>3</sup> In Chicago kostete im November 1911 der Doppelpentner Weizen etwa 175 Kronen, in Wien dagegen 260 Kronen.

sozialdemokratischen Abgeordneten selbstverständlich, daß sie im Parlament gleich nach den Neuwahlen die Sorgen der Arbeiterschaft um die Aufrechterhaltung ihrer Lebenshaltung zur Sprache brachten. Ebenso widmete der erste nach dem großen Wahlsieg zusammentretende Parteitag, der vom 30. September bis zum 4. Oktober 1907 in Wien tagte, dieser Frage ernsthafte Beachtung. Dr. Benno Karpeles, der Referent über diese die Arbeiter bedrückende Erscheinung, konnte darauf verweisen, daß im letzten Jahre allein das Mehl von 24 auf 34 Kronen im Preise gestiegen sei. Er wies nach, daß eine der Ursachen der Teuerung die fortschreitend bessere Organisation von Agrariern und Industriellen war. Während die arbeitende Klasse um ihre Lebenshaltung kämpfte, verteilte die Prager Eisenindustrie-gesellschaft, die Nutznießerin der Eisenzölle, 42½ Prozent Dividende. In einer Entschließung forderte der Parteitag infolgedessen die Aufhebung der Eisenzölle und gleichzeitig die Verstaatlichung der Kohlengruben, deren Besitzer die Preise der Kohle hinauftrieben. (Der Mittelpreis für einen Zentner Steinkohle betrug 1904 80.45 Heller, 1908 100.69 Heller, einen Zentner Braunkohle 1904 45.30, 1908 52.43 Heller.) Trotzdem lehnte das Abgeordnetenhaus einen von den Sozialdemokraten in den Fragen der Lebensmittelteuerung gestellten Antrag am 28. November 1907 ab, wogegen die Arbeiterschaft in Versammlungen entschieden protestierte.

Im nächsten Jahre gingen die Preise weiter in die Höhe, im November 1908 kam es in einzelnen deutschböhmi-schen Orten zu Straßenkrawallen der erregten Arbeiter-schaft. In den Massen wuchs das Gefühl der Verzweiflung ob dieser schier unabwendbaren Entwicklung, unter den schlechtentlohnnten Arbeiterschichten — Webern, Heimarbei-tern — stieg das Elend. Vom März 1907 bis zum Dezember 1908 betrug die Preiserhöhung — wie Renner in seinem Re-ferate über die Lebensmittelteuerung auf dem Parteitage in Reichenberg (19. bis 24. September 1909) berichtete — bei Semmeln 14 bis 27 Prozent, bei Brot 30 bis 40 Prozent, bei Schweinefett 28 Prozent. Im Herbst stiegen die Preise weiter. Der Verbrauch der gewöhnlichen Fleischsorten, Rindfleisch und Schweinefleisch, sank in den Industrie-gebieten Deutschböhmens in e i n e m Jahre (1909 auf 1910)

um 20 Prozent, der Verbrauch von Pferdefleisch stieg, bei den Fleischern spielten sich Kämpfe um die billigen Sorten ab. Angesichts dessen verlangte die Landesparteivertretung die Einfuhr argentinischen Fleisches nach Böhmen und die Abgabe von Fleisch durch die Gemeinden zum Selbstkostenpreis. Im November fanden große Kundgebungen der Arbeiterschaft für diese Forderungen statt und das Abgeordnetenhaus beschloß unter dem Drucke der Kundgebungen der Arbeiter „für die Zeit des Bedarfes“ die unbeschränkte Einfuhr von Ueberseefleisch zuzulassen. Trotz der herrschenden Fleischteuerung, welche für die Besitzlosen zu einer Fleischnot wurde, widersetzten sich die Vertreter der besitzenden Bauern, die Agrarier, der Einfuhr serbischer Schweine und machten dadurch nicht nur den Genuß von Schweinefleisch für die ärmeren Volksschichten Oesterreichs zu einem Leckerbissen, sondern brachten die serbische Viehzucht an den Rand des Verderbens. Das engherzige Gewinninteresse der österreichischen und ungarischen Agrarier hat auf diese Weise den Gegensatz zwischen Oesterreich und Serbien maßlos verschärft und so den Weltkrieg herbeiführen geholfen. Am 2. Oktober 1910 fanden in allen größeren Orten Oesterreichs neuerlich große Kundgebungen statt, in denen diese Politik zugunsten von einigen tausend Großgrundbesitzern auf Kosten von 26 Millionen Männern, Frauen und Kindern gebührend verurteilt wurde. Gefordert wurde die freie Einfuhr überseeischen Fleisches, die Abänderung des Handelsvertrages mit Serbien (Einfuhrerleichterungen für serbische Schweine), die Herabsetzung der Frachttarife für Vieh und Fleisch und die Aufhebung der unsinnigen Verzehrungssteuer. Aber die Regierung war von allen guten Geistern verlassen. Trotz der großen Fleischnot kam es im August 1911 zur Einstellung der Einfuhr des argentinischen Fleisches, weil die ungarische Regierung einfach die Bewilligung hiezu, an die Oesterreich durch einen Geheimvertrag mit Ungarn gebunden war, nicht erteilen wollte. Gleichzeitig ging eine neue Teuerungswelle über die Bevölkerung hinweg, Zucker, Mehl, Petroleum, Kaffee, Reis, Butter, Binsen, Erbsen stiegen sprunghaft im Preise. Die verzweifelte Erregung der Bevölkerung, die sich in neuerlichen Kundgebungen Luft machte, führte am 17. September 1911 in Wien zu einer Revolte, die drei Todesopfer forderte.

Auf dem Parteitage in Innsbruck (29. Oktober bis 2. November 1911) setzte Otto Bauer, der ebenso wie Renner die wirtschaftlichen Lebensfragen der österreichischen Arbeiterschaft wissenschaftlich behandelte und ein Jahr zuvor eine ausgezeichnete, tief eindringende Schrift über die Teuerung veröffentlicht hatte, auseinander, daß die Ursachen der Teuerung in dem Gefüge der kapitalistischen Wirtschaft tief verankert sind, einer Wirtschaftsordnung, die es Privatleuten überläßt, für die Ernährung des Volkes zu sorgen. Jeder Kampf gegen die Teuerung muß daher zu einem Kampf wider den Kapitalismus werden. Die Gesetzgebung, welche die Teuerung verschärft, ist nichts anderes als ein unvermeidliches Ergebnis der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse. „Der Kampf gegen die Teuerung ist der Kampf um unser letztes Ziel, um die Umwandlung der Gesellschaft zu einer neuen und höheren.“ Dieser Standpunkt wird auch in der Entschliebung des Parteitages festgehalten. Es wird darin gesagt, daß die Teuerung eine Wirkung der kapitalistischen, auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Produktionsweise sei. Sie wird verschärft durch Schutzzölle und Einfuhrverbote, die nur im Klassenkampfe gegen die an ihnen interessierten Schichten beseitigt werden können.

Dieselbe Entschliebung aber weist auch auf die damalige Steuergesetzgebung als eine der wichtigsten Ursachen der Teuerung hin. Die steigenden Militärrüstungen stellten hohe Anforderungen an die Staatskasse, und die herrschenden Klassen waren bemüht, die größeren Lasten auf die Schultern der breiten Massen der Bevölkerung zu wälzen. Die Finanzpolitik bestand in der einfachen Kunst, die indirekten Steuern, deren übergroßen Teil die arbeitenden Schichten trugen, immer wieder zu erhöhen, trotzdem bereits 1908 der größere Teil der Staatseinnahmen — 55 Prozent — durch indirekte Steuern gedeckt war. Staat und Länder gingen da Hand in Hand. Die Erhöhung der Biersteuer — der Haupteinnahme des Landes Böhmen — führte im Sommer 1908 in einzelnen Gebieten dazu, daß sich die Bevölkerung des Biergenusses enthielt. Im Mai 1909 legte die Regierung dem Parlament einen Entwurf vor, der die Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer, der Fahrkartenabgabe und Frachttarife vorsah. Die Arbeiterschaft prote-

stierte gegen die neuerliche Belastung in Versammlungen, zumal die die Arbeiterschaft belastenden Steuern dazu dienen sollten, die zusammengebrochene Finanzwirtschaft der privilegierten Landtagsklüngel aufzurichten. Im Finanzplan, den der Finanzminister Bilinski im Oktober 1909 vorlegte, sollte die Erhöhung der direkten Steuern 23 Millionen, die der indirekten aber 39 Millionen einbringen. Im Frühjahr 1910 verlangte der Minister die Einführung einer Sodawasser- und Mineralwassersteuer — von allen Getränken ließ er nur noch das Trinkwasser steuerfrei — und ein staatliches Zündhölzchenmonopol. In den Wahlen von 1911 spielte diese Steuerpolitik eine große Rolle, Karl Renner hatte schon früher eine aufklärende Schrift veröffentlicht, in der er die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zur Finanzpolitik der kapitalistischen Staaten erörterte.<sup>4</sup> Der Ausgang der Wahlen ermunterte jedoch die Regierung, dem neuen Hause im November 1911 ein neues Steuerbuckett zu überreichen, in dem die indirekten Steuern drei Viertel, die direkten jedoch nur ein Viertel ausmachten. Da die Arbeiten des Hauses nicht vom Fleck kamen, begnügte sich die Regierung 1913 mit einem „kleinen“ Finanzplan, der nur die Branntwein- und Zündhölzchensteuer, also durchwegs indirekte Steuern, vorsah. An dieser Finanzpolitik hatten die Arbeiter bis zu Oesterreichs Ende zu leiden.

Für die Arbeiter aber wurde die schlechte Lebens- und Ernährungslage katastrophal in den Wirtschaftskrisen, die in der entwickelten kapitalistischen Wirtschaft in immer kürzeren Zwischenräumen auftraten. Schon im Winter 1907/08 setzte die Arbeitslosigkeit, zunächst in geringem Maße, ein. Im Sommer 1908 gab es schon zahlreichere Betriebseinschränkungen in der Textilindustrie, in der Glasbranche und im Baugewerbe. Im darauffolgenden Winter wurde es noch ärger, eine schwere Arbeitslosigkeit lastete auf den Massen. 1909 war ein ausgesprochenes Krisenjahr, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, empfindliche Lohnherabsetzungen waren in allen Zweigen der Wirtschaft an der Tagesordnung, die Gewerkschaften verloren 30.000 Mitglieder. Im Frühjahr 1910 erreichte die Krise ihren

<sup>4</sup> Karl Renner: „Das arbeitende Volk und die Steuern.“ Wien 1909.

Höhepunkt, insbesondere im Bergbau kam es zu Massenentlassungen. Erst im Herbst 1910 wurden die wirtschaftlichen Verhältnisse etwas besser, 1911 hielt die Besserung an, wenn auch die gespannten außenpolitischen Verhältnisse die Entfaltung der Konjunktur hemmten. 1912 war das letzte Jahr der Hochkonjunktur vor dem Kriege, die Kriegereignisse in Europa, die ständige Kriegsgefahr brachten 1913 eine bedeutende Abschwächung des guten Geschäftes, einen Rückgang der Ausfuhr und ein neuerliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Insbesondere die Textilarbeiter und Heimarbeiter wurden wieder heimgesucht, im Erzgebirge hatten die Menschen weder Holz noch Kohle, um ihre Stube zu wärmen, und aßen wochen- und monatelang mittags und abends nichts anderes als Kartoffeln mit Salz. Die Zahl der Arbeitssuchenden stieg in Böhmen von 1912 auf 1913 von 283.000 auf 341.000. In dem Zeitpunkte, da die ungeheueren Militärforderungen gestellt wurden, so erzählte Bauer auf dem letzten Parteitage vor dem großen Weltbrande (31. Oktober bis 4. November 1913 in Wien), „sehen wir die Fabrikssäle leer, die Maschinen stillgelegt, Zehntausende arbeitslos, Hunderttausenden das Lohnneinkommen durch Feiertage verfürzt, ganze Heereskörper von Proletariern zur Auswanderung in das Ausland getrieben“. Bauer zeigte die Zusammenhänge zwischen den großen Rüstungen und dem Elend der Arbeitslosen anschaulich auf. Je mehr Kriegsschiffe, desto mehr Staatsschulden, mehr Staatspapiere auf dem Geldmarkt, desto weniger Pfandbriefe, weniger Hypothekarkredit, weniger Wohnbauten. Die Banken mußten das Kapital mit Rücksicht auf mögliche Kriegsausgaben freihalten, entzogen der Industrie die Kredite und zwangen die Betriebe zum Zusammenbruch. Die Sparer hoben aus Angst vor dem Kriege in den Sparkassen ihr Kapital ab und das Großkapital kaufte Auslandswechsel, um wenigstens sein Geld zu retten, wenn das Vaterland zugrunde gehen sollte. Bauer rief den Arbeitern zu, nicht in Verzagtheit und Verzweiflung zu verfallen: „Wenn wir die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Welt mit den Interessen der Arbeiterklasse erkennen, dann wird die Krise uns nicht verzagt machen, sondern sie wird uns nur eine Mahnung sein zu gesteigertem Eifer, zu verdoppeltem Mut, sie wird uns ein Ruf sein zur Tat!“ Der fol-

gende Winter 1913/1914 war für die Arbeiterschaft eine Zeit der Qual und der Sorge, des Hungers und der Kälte. Er war gleichsam der düstere Vorbote der Schreckenszeit des Krieges.

Zu diesen Nebeln der kapitalistischen Entwicklung, die im 20. Jahrhundert besonders heftig auftraten, gesellte sich noch das alte Elend hinzu, das wir in den vorangehenden Abschnitten zu schildern immer wieder Gelegenheit hatten. Trotzdem der Reichtum, den die Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft mit sich brachte, immer größer wurde, trotz allen Fortschritten der technischen Kultur mußten die arbeitenden Klassen unter schlechthin menschenunwürdigen Verhältnissen arbeiten. Die fressendste Beule am Körper der deutschböhmisches Arbeiterschaft war und blieb die Heimarbeit, über die eine besondere Untersuchung durch die österreichischen Gewerbeinspektoren Einzelheiten zutage förderte, aus denen man entnehmen kann, daß sich für die Heimarbeiter seit einem halben Jahrhundert wenig geändert hatte. So wird über die Glasschleifer berichtet: Ihre Stube, „im Winter besucht, bietet ein mitteilerregendes Bild. Die Schleifer stehen auf dem nassen, von unten her durchgekältesten Fußboden, und wenn sie auch durch Stroh- oder Holzunterlagen eine direkte Berührung mit den nassen Brettern zu vermeiden suchen, so nützt dies nicht viel, weil durch die Riemenlöcher im Fußboden und die, namentlich in den ersten Morgenstunden, in denen hauptsächlich die Zustellung des Glases und dessen Wegtransport erfolgt, auf- und zugehende Türe stets eisig kalte Luft eindringt; dazu strahlt der in der Lokalmitte stehende glühende Blechofen eine schier unerträgliche Hitze aus. Lungenleiden sind unter den Schleifern allgemein verbreitet und deren häufigste Todesursache, so daß unter den Schleifern selbst das dreißigste Lebensjahr als die normale Altersgrenze . . . angesehen wird.“<sup>5</sup> Ein ähnliches Los traf die Arbeiter der Nizdorfer Messer- und Stahlwarenindustrie: „Die Schleifmühlen, durchwegs alte Gebäude, besitzen Schleifstuben, die oft nicht einmal zwei Meter hoch sind und deren Höhe im günstigsten Falle drei Meter kaum erreicht; Ventilation besitzen sie gar keine, Licht erhalten sie nur durch

<sup>5</sup> Zitiert bei L. W. Teifen: „Die Besitzenden und die Besitzlosen in Oesterreich.“ Wien 1906. S. 119.

kleine Fensterchen, . . . die Einwirkungen des in hohem Grade gesundheitschädlichen Schleifstaubes, welcher die nie gereinigten und nie geweißten, niedrigen, dichtbesetzten Schleifstuben erfüllt, glauben die Arbeiter durch Rauchen paralytisieren zu können und qualmen alle aus kurzen, stinkenden Pfeifen . . . sie werden alle lungenkrank und erreichen kein hohes Alter, scheinen sich auch alle so ziemlich ihres traurigen Loses bewußt zu sein und erwarten mit stiller Resignation den Moment, bis die „Schleiferkrankheit“ auch sie erfaßt hat.“<sup>6</sup> Noch ärger ging es den Hauswebern, über die die kapitalistische Gesellschaftsordnung ihr unerbittliches Urteil, lautend auf Tod und Untergang, gesprochen hatte. Insbesondere im Adlergebirge schrie das Glend Tag für Tag zum Himmel. Innerhalb eines Vierteljahrhunderts war dort die Zahl der Handwebstühle von etwa 4500 auf ungefähr 1700, der durchschnittliche Wochenlohn des Weber's von zehn auf vier Kronen gesunken. „Die Folgen dieses eingetretenen Notstandes sind nur zu deutlich den Gesichtern und dem Neuzeren der dortigen Weber ausgeprägt; aschfahle Gesichtsfarbe, apathischer Gesichtsausdruck, eingedrückte Brust, schlaff herabhängende Arme, schleppender Gang kennzeichnen schon von weitem die meisten Gebirgsweber.“<sup>7</sup> Nicht nur die schlechte Arbeitsweise, auch die vollkommen ungenügende Ernährung war die Ursache des furchtbaren Aussehens der Heimarbeiter, ihrer ständigen Krankheiten und ihres frühen Todes. Sie lebten meistens von Kaffee, der früh gekocht und mittags nur aufgewärmt wurde. Abends gab es wieder Kaffee oder Kartoffeln. Im Adlergebirge gar wurde Kaffee als Lurusgetränk betrachtet und nur an Sonntagen getrunken. Statt Butter wurde Leinöl verwendet. „Früh wird gewöhnlich die Suppe für den ganzen Tag gekocht und dann zwei- bis dreimal täglich aufgewärmt . . . Fleisch kommt in den meisten Weberfamilien nur an den hohen Feiertagen auf den Tisch; doch werden gewöhnlich nur Fleischabfälle gekauft.“ Wenn 21mal Wasseruppe und 21mal Kartoffeln gegessen sind, so sagten die Bewohner des Adlergebirges, so ist die Woche um. Unter dieser Lebens-, Arbeits- und Ernährungsweise litten — das muß stets beachtet werden -- nicht nur die Erwachsenen,

<sup>6</sup> Ebenda S. 120.

<sup>7</sup> Ebenda S. 124.

sondern die Kinder, vom zartesten Alter angefangen. Von 1200 Schachtelmachern in den Bezirken Bischofteinitz und Taus waren die Hälfte schulpflichtige Knaben und Mädchen. Die Arbeitszeit stieg von täglich vier Stunden bei sechsjährigen, bis 16 Stunden bei 13jährigen Kindern. „Häufig werden von fünf Uhr früh bis neun Uhr abends, nicht selten aber bis Mitternacht oder die ganze Nacht hindurch Schachteln gemacht.“<sup>8</sup> Frühzeitig wurden die Kinder von Krankheiten heimgesucht. Ueber die zarten Kräfte hinausgehende körperliche Arbeit, mangelhafte Schulbildung, Hunger und Krankheit waren die goldene, die fröhliche, die selige Kinderzeit dieses Geschlechtes. „In den meisten Wohnstuben der Weber findet man in den Frühjahrsmonaten an Diphtheritis, Scharlach, Masern u. dgl. erkrankte Kinder. Daneben arbeiten sorglos die Väter, Mütter und Geschwister . . . In solch vergifteter Atmosphäre verbringen viele Hunderte von Weberfamilien, darunter die Kinder vom zartesten Alter angefangen, ihr ganzes Leben; kein Wunder daher, wenn das Dahinsiechen solcher Individuen schon in ihrer frühesten Jugend beginnt.“

Die Ansammlung der Menschen in Industriestädten und -dörfern verschärfte die bestehende Wohnungsnot. Die gesteigerte Nachfrage nach Wohnungen trieb die Grundrente in die Höhe und steigerte die Mieten. So mußten sich die arbeitenden Menschen mit kleinen und gesundheitswidrigen Wohnungen bescheiden. In ein- und zweiräumigen Wohnungen lebten in Brüx und Auffig 67, in Trautenau 70, in Aisch und Fischern 72, in Turn 73 Prozent der Bevölkerung. In Fischern und Trautenau wohnten mehr Menschen in ein- als in zweiräumigen Wohnungen. In Kellern wohnten in Brüx und Karlsbad drei, in Teplitz vier, in Gablonz gar fünf Prozent der Bevölkerung. In Trautenau und Gablonz waren neun bis zehn Prozent der Einwohner Altermieter und Bettgeher.<sup>9</sup> Die gesundheitlichen Zustände der Wohnungen spotteten jeder Beschreibung, die Sterblichkeit in den Proletariervierteln wuchs (im Wiener Arbeiterviertel Favoriten war sie neunmal so groß wie in der inneren Stadt), das Familienleben wurde zerstört. Ein immer größerer Teil des Arbeiterlohnes wurde von der Woh-

<sup>8</sup> Ebenda S. 120/121.

<sup>9</sup> Ebenda S. 149.

nungsmiete verschlungen. Auf dem Parteitage von 1907, wo die Wohnungsfrage von Winarsty erörtert wurde, wurden ein Reichswohnungs-gesetz, Enteignungsrecht, Erwerb-ung von Grund und Boden durch die Gemeinden, För-derung von Baugenossenschaften verlangt. Zur elenden Lebenshaltung der Arbeiter waren Wohnungsnot und Wohnungssteuerung hinzugetreten.

Auch unter der Ausbeutung durch überlange A r b e i t s-zeit hatte die Arbeiterschaft bei der schlechten Ernährung zu leiden. 1906 gab es nach amtlichen Erhebungen noch immer 263.000 Arbeiter und 144.000 Arbeiterinnen, die länger als 10 Stunden arbeiteten. Vor dem Kriege war die Arbeitszeit in der Großindustrie zumeist zehn Stunden, in vielen Betrieben wurde noch 10½ und 11 Stunden gear-beitet. Viel ärger aber waren die Verhältnisse im Klein-gewerbe und — wie wir oben gesehen — in der Heimindu-strie, diesem alten Ausbeutungsgebiete der kapitalistischen Gesellschaft, in die hineingeboren ein Leben voll Elend bis zum Tode bedeutete. Ueberarbeit, schlechte Ernährung und Wohnungsnot untergruben die Gesundheit der Bevölke-rung, die T u b e r k u l o s e, dieser Würngengel des Proleta-riats, holte sich massenweise seine Opfer aus den Reihen der Arbeiterschaft. „Erschreckend . . . sind die Verheerungen, welche die Tuberkulose unter den Hilfsarbeitern aller Be-rufsgruppen anrichtet. In der Bekleidungsindustrie und in der Industrie der Getränke ging mehr als ein Viertel der verstorbenen Hilfsarbeiter an Tuberkulose zugrunde und in weiteren vier Berufsgruppen hustete sich mehr als der fünfte Teil der Verstorbenen zu Tode.“<sup>10</sup> 1907 entfielen unter den Glaschleifern Böhmens 75 Prozent aller Todes-fälle auf die Tuberkulose. „Daß . . . fast 80 Prozent von den an der Schwindsucht Gestorbenen den arbeitenden Klassen angehören, das muß alles fein verschwiegen werden, damit das Volk nicht zu störrisch werde und auch etwas von dem Wohlsein und dem langen Leben der Wohlhabenden ver-lange. Sie sollen täglich beten: Und gib uns unser täglich Brot und — ein langes Leben auf Erden, aber sie sollen nicht wissen, daß das lange Leben ein Monopol der Für-sten und Großen und Fanatiker der Ruhe ist.“ So sprach

<sup>10</sup> Ebenda S. 161.

einer der bedeutendsten Mediziner seiner Zeit, Rudolf Virchow.

Je größer die Arbeitsintensität wurde, desto zahlreicher wurden die Erkrankungen überhaupt, denen die arbeitende Klasse ausgesetzt war. Von hundert männlichen Mitgliedern der Krankenkassen Oesterreichs erkrankten in den Jahren 1891—1895 47.4, 1896—1900 52.2, 1901—1905 53.8 und 1906 bis 1910 aber 56.7. Bei den Arbeitern der chemischen Industrie betrug in dem letztgenannten Zeitraum das Erkrankungsprozent 82.1, in der Zündwarenindustrie sogar 90.3!<sup>11</sup> In dieser Industrie richtete eine der furchtbarsten Berufskrankheiten, die der Kapitalismus kennt, die Phosphornekrose, die Arbeiter massenweise zugrunde, eine Krankheit, welche in einer Vereiterung und Abstoßung der Kieferknochen besteht, zum Verlust des Augenlichtes, zu dauernder Entstellung und häufig zum Tode führt.<sup>12</sup> Viktor Adler und der Wiener Universitätsdozent Dr. Ludwig Telecky waren es, denen das größte Verdienst daran zufällt, daß die Verwendung von weißem und gelbem Phosphor in der Zündwarenfabrikation seit 1. Jänner 1912 gesetzlich verboten war. Die stockende industrielle Entwicklung, die Hunderttausenden von Menschen keine Beschäftigung bot, der schwere Lebenskampf derjenigen, die so „glücklich“ waren Arbeit zu haben, trieb die Menschen aus dem „dankbaren Vaterland“. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts wanderten aus Oesterreich mehr als zwei Millionen Menschen allein nach Amerika aus, siebenmal so viel als aus dem volkreicheren Deutschen Reiche.

Selbst wenn man der Auffassung zuneigt, daß der Kampf ums Dasein in der menschlichen Gesellschaft Härten mit sich bringen und die Masse der Menschen zugunsten einiger starker Individualitäten zu freudlosem Dasein, zum Erleben der Hölle schon auf Erden verurteilen muß und daß dies alles unabänderlich sei — vor der Ausbeutung der Kinder im „Jahrhundert des Kindes“ muß selbst der eifrigste Verteidiger der bürgerlichen Gesellschaft verstummen. Noch 1909 waren in Böhmen 30.5 Prozent der Kinder — ein Drittel aller Kinder überhaupt — erwerbs-

<sup>11</sup> Anton Schrammel: „Ein Ruf der Arbeiterschaft der Chemischen, Gummi- und Papierindustrie nach Arbeiterschutz!“ Wien 1914. S. 31.

<sup>12</sup> Ebenda. S. 39.

tätig. Ein beträchtlicher Teil entfiel auf die Landwirtschaft und die Textilindustrie, aber auch in der Glas- und Porzellanherzeugung und in Ziegelbrennereien waren Kinder beschäftigt. Von allen sechs- bis achtjährigen Kindern waren 17,5 Prozent erwerbstätig. Wie verlogen müssen doch den Heimarbeitern im Erzgebirge die Vieder von der „seligen“ Kindheit oder Jugendzeit geklungen haben, da — wie uns eine Schriftstellerin erzählt — in manchen Gegenden Kinder auch an Schultagen sechs bis acht Stunden klöppeln mußten, an schulfreien Tagen sogar bis 14 Stunden!<sup>13</sup> Im Bezirke Grassitz klagten die Lehrer, daß die Kinder infolge der Nachtarbeit ganz abgestumpft in die Schule kommen. Der Stundenlohn für die Kinder betrug  $4\frac{1}{2}$  bis  $5\frac{1}{2}$  Heller. Auch im Böhmerwalde gab es Orte, wo 90 bis 95 Prozent der Kinder klöppeln mußten. Was wußten die von den Freuden der Jugend? „Wenn die Kinder glücklicher Gegenden draußen das Vieh hüten oder Fuhrmannle spielen, im Wasser waten oder Häuser bauen, die gleich wieder einfallen, muß das arme Kind in der schwülen Luft der Stube und dem Schmutz des Klein- und Flüsterklatsches sitzen, seine Glieder still halten und die Brust zur Arbeit beugen. So fangen sie schon, einerlei ob Knabe oder Mädchen, mit vier bis fünf Jahren an und so geht es fort — bei manchen bis ans Ende ihrer Tage.“<sup>14</sup> Was sind alle Wunderwerke der Technik, die der Kapitalismus geschaffen, gegenüber den Millionen von Menschenleben, die eine erbarmungslose Ordnung, kaum daß der Mensch das Licht der Welt erblickt, in den Abgrund stößt?

Trotzdem durch die wirtschaftliche Entwicklung die Lage der Arbeiterklasse in den Jahren vor dem Weltkriege erschwert wurde, setzten die herrschenden Klassen dem Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes zähen Widerstand entgegen. Am deutlichsten erfieht man dies aus dem Leidensweg der Alters- und Invaliditätsversicherung. Schon Roerber hatte die Verpflichtung der Gesellschaft anerkannt, für den Arbeiter, der ein ganzes Leben lang seine Kräfte im Dienste des Unternehmertums verbraucht hat oder invalid geworden war, zu sorgen. Seit dem Jahre

<sup>13</sup> Elise Cronbach: „Die österreichische Spitzen-Hausindustrie.“

<sup>14</sup> Josef Blau: „Böhmerwälder Hausindustrie und Volkskunde.“ II. Band. S. 181.

1901 ward die Erfüllung dieser Pflicht verheißen. Im Jahre 1908 legte die Regierung dem Abgeordnetenhaufe einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vor, dessen Beratung aber anfangs Mai dank der Obstruktion der Deutschradikalen, die als Erben der Liberalen die Vertretung der bürgerlichen Klasseninteressen übernommen hatten, verhindert worden war. Die begreifliche Empörung der Arbeiter darüber kam in vielen Versammlungen zum Ausdruck. Auf Krankentage und Parteitage wurde an dem Regierungsentwurf sachliche Kritik geübt. Auf dem Parteitage 1909 bekämpfte Reumann als Referent insbesondere die Absicht, den Arbeitern die Selbstverwaltung der Sozialversicherungseinrichtungen zu rauben, sowie die Absicht der bürgerlichen Parteien, das Reformwerk überhaupt zu verschleppen. Das alte Oesterreich sollte indessen die Vermittlung dieser alten Forderung der Arbeiterklasse nicht erleben.

Die Ergebnisse der sozialpolitischen Arbeit dieser Aera sind äußerst dürftig, wenn es den sozialdemokratischen Abgeordneten in den letzten Jahren vor dem Kriege auch gelang, einige Reformen durchzusetzen: so die Regelung der Lohnzahlung im Bergbau, die Ausdehnung der Unfallversicherung im Baugewerbe, die Einschränkung der Nachtarbeit der Frauen, die Regelung der Rechtsverhältnisse der Angestellten, das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor, den Schutz vor Bleivergiftungen und des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter (§ 74 der Gewerbeordnung) und das Seuchengesetz. Nicht durchgeführt werden konnte die große Reform der Sozialversicherung, das Gesetz über den Zehnstundentag, das Gesetz über die Kinderarbeit, über den Schutz der Jugendlichen und das Bäckerchutzgesetz. Auf den letzten Parteitag vor dem Kriege beschäftigte man sich immer wieder mit dem Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung, so 1912 und 1913 in Wien.

Den sozialpolitischen Reformen wandten auch die Gewerkschaften ihre Aufmerksamkeit zu, deren Entwicklung in dieser Zeit, immer wieder unterbrochen durch Wirtschaftskrisen und die Spaltungssarbeit der Separatisten, worüber im Zusammenhange noch zu sprechen sein wird, keine günstige war. Von ungefähr einer halben Million Mitgliedern, die der Wiener Gewerkschaftskommission an-

geschlossen waren, waren die Gewerkschaften vom Beginn dieses Zeitraumes bis 1909 auf 415.000, bis 1910 auf etwa 400.000 gesunken. 1911 ging es wieder vorwärts, die finanzielle Rüstung machte Fortschritte, der Mitgliederstand betrug 421.000, 1912 sogar 428.000 (davon etwa 50.000 Frauen!). Die kritischen wirtschaftlichen Verhältnisse unmittelbar vor dem Kriege brachten eine wenn auch geringe Absplitterung. 1913 betrug der Mitgliederrückgang etwa ein Prozent. Was in dieser für die Arbeiter schweren Zeit ihre gewerkschaftlichen Organisationen geleistet haben, möge nur ein Beispiel dartun: Im Jahre 1913 wurden mehr als zwei Millionen Kronen an Unterstützung für Arbeitslose ausbezahlt. Die Verschärfung der Klassenkämpfe zeigte sich in der wachsenden Bedrohung des Koalitionsrechtes, die von den Gerichten ausging. Arbeiter, die ihre Kollegen zum Eintritt in die Organisation bewegen wollten, wurden wegen Erpressung verurteilt. Der vorbereitete Entwurf des neuen Strafgesetzbuches enthielt einige das Koalitionsrecht gleichfalls bedrohende Bestimmungen. Der Parteitag von 1912 beschäftigte sich in einem Referate *Beers* mit diesen bedenklichen Erscheinungen. Die Unternehmer bereiteten den Gewerkschaften in kleinlicher Art auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten, anerkannte gewerkschaftliche Vertrauensmänner gab es in den wenigsten Betrieben.

Ähnlich wie in den politischen vollzog sich in den gewerkschaftlichen Organisationen der Zusammenschluß der deutschen Arbeiter Böhmens. In einer Gewerkschaftskonferenz, die am 26. September 1912 stattfand, wurde beschloffen, die Reichenberger Gewerkschaftskommission einstweilen als Zentralstelle für das deutsche Gebiet Böhmens anzuerkennen.

Die vielen gewerkschaftlichen Kämpfe in diesem Zeitraum anzuführen, würde über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. In den Jahren des guten Geschäftsganges endeten die meisten Lohnkämpfe mit Erfolg für die Arbeiter und so gelang es, das Lohnniveau der Arbeiterschaft zu erhöhen. Die Steigerung der Preise machte freilich nicht nur die errungenen Erfolge zunichte, sondern verschlechterte noch die Lebenshaltung der Arbeiter. Dagegen gelang es in steigendem Maße das Arbeitsverhältnis kollektiv zu regeln, mit einzelnen Unternehmern Arbeitsverträge ab-

zuschließen. Gruppen- oder Industrieverträge waren jedoch in Böhmen vor dem Kriege fast unbekannt. Im Frühjahr 1913 liefen zahlreiche wichtige Tarifverträge ab, deren Erneuerung nur mit großer Mühe durchgeführt werden konnte. Besonders in der Metallindustrie und im Baugewerbe nahmen die Lohnbewegungen einen gewaltigen Umfang an. Daß es trotz des Widerstands der Unternehmerorganisationen gelang, wichtige Verträge mit Erfolg zu erneuern, mußte als eine bedeutende Leistung angesehen werden. Gegen die Gewerkschaften und ihre Vertrauensmänner gelangten Mittel zur Anwendung, wie sie bis dahin nicht gekannt wurden. Streikbrecher wurden mit Revolvern versehen, ganze Streikbrecherorganisationen aufgestellt. Zu welchen Folgen das führte, bewies der furchtbare Vorfall, der sich am 28. Feber 1914 in Bodenbach abspielte, wo der Vertrauensmann der dortigen Buchdrucker Johann Solinger von dem Streikbrecheragenten Paul Reiling erschossen wurde. Die bürgerlichen Geschworenen sprachen den Mörder von der Anklage des Mordes frei und verurteilten ihn bloß zu acht Monaten Arrest. Die Mordtat hatte unter den Arbeitern furchtbare Erregung hervorgerufen, die noch gesteigert wurde, als am 11. April der Sekretär der Grazer Schneidergewerkschaft Kosek durch ein Attentat schwer verletzt wurde. Auch da bewies das Gericht seine Verlässlichkeit gegenüber dem Unternehmertum: es sprach den Angeklagten frei.

Die Schärfe des Klassengegensatzes zeigte sich bei einem Lohnkampf, auf den wir wegen seiner Bedeutung für das deutsche Gebiet Böhmens mit einigen Worten zurückkommen wollen, beim Streik der Bergarbeiter 1912. Die Teuerung hatte die Lebenslage der Arbeiter gesenkt und sie verlangten im März 1912 Lohnerhöhungen. Die Antwort der Unternehmer war vollkommen ablehnend. Hierauf wurden neuerliche Forderungen überreicht, aber auch diese wurden brutal abgewiesen. Nicht einmal verhandeln wollten die Unternehmer. Dabei war der Lohnanteil des Arbeiters von 57,55 Prozent der geförderten Kohle von 1890 bis 1910 auf 41,97 Prozent gesunken, der Anteil des Unternehmers jedoch von 42,45 auf 58,03 Prozent gestiegen. Daraufhin trat der größte Teil der Bergarbeiter der beiden großen Kohlengreviere Deutschböhmens in Streik, etwa 35.000 Menschen



Oswald Hillebrand  
1879—1926





Landesparteivertretung der deutschen Sozialdemokratie Böhmens (1912)



feierten. Unter den Organisatoren des Streikbruchs befand sich diesmal auch Simon Starck. Im April kam schließlich unter Vermittlung der Regierung ein Ausgleich zustande, die Arbeiter erhielten eine Lohnzulage von etwa acht Prozent, viel zu wenig angesichts der herrschenden Teuerung. Es wurde immer schwerer, den Kampf gegen die Teuerung mit gewerkschaftlichen Methoden allein zu führen.

Die Arbeiter versuchten durch ihre Organisation als Konsumenten sich der Teuerungswelle entgegenzuwerfen. Der Parteitag von 1907 machte es den Parteimitgliedern zur Pflicht, den Konsumvereinen anzugehören. Damit war der letzte Rest des Mißtrauens der Sozialdemokratie gegenüber den Konsumvereinen, wovon wir in den vorangehenden Abschnitten erzählen konnten, geschwunden. Die Konsumvereine nahmen in dieser Zeit einen bedeutenden Aufschwung, weil die Bevölkerung in der Zeit steigender Warenpreise immer mehr die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisation der Verbraucher erkannte. 1908 waren im Zentralverbande österreichischer Konsumvereine 419 Konsumgenossenschaften mit etwa 250.000 Mitgliedern organisiert, 1912 schon 540 Vereine mit fast 300.000 Mitgliedern. Von Jahr zu Jahr stieg der Umsatz und bewegte sich in den Jahren vor dem Kriege um die Ziffer von 100 Millionen. Diese aufsteigende Entwicklung konnte auch durch die Separatisten nicht aufgehalten werden, die seit 1910 im überwiegend deutschen Gebiete tschechische Konsumvereine gründeten.

Aus der sozialen Entwicklung von 1907 bis 1914 hebt sich als das bestimmende Merkmal die Verschärfung der Klassengegensätze hervor. Weltteuerung, Zollschutz und Preisvereinbarungen der Erzeuger erhöhen die Preise, senken die Lebenshaltung und verschärfen den Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Nicht nur die Bourgeoisie, auch das Kleinbürgertum, das in den achtziger und neunziger Jahren den Kampf der Arbeiter gegen die Großunternehmer mit Wohlwollen verfolgt hat, gerät in den schärfsten Gegensatz zur Arbeiterklasse und verbindet sich mit dem Großbürgertum. Die Bauern müssen unter dem Drucke der Landflucht den landwirtschaftlichen Arbeitern höhere Löhne gewähren. Bringt sie das schon in Gegensatz zur Arbeiterklasse, so noch mehr der Kampf

um die Preise der Lebensmittel, wobei sich die Bauern der Führung der Großgrundbesitzer unterwerfen. Die Kaufleute in den Städten verfolgen mit Neid die Entwicklung der Konsumvereine. „So sehen Kleinbürger und Bauern in der Arbeiterschaft ihren Feind. Verbänden sich in den achtziger Jahren Kleinbürger und Bauern mit dem Feudaladel gegen die Bourgeoisie, so verbündeten sie sich jetzt mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat.“ (Otto Bauer.) Diese Entwicklung verändert das Wesen der bürgerlichen Parteien. Die ehemaligen antikapitalistischen Parteien der Christlichsozialen und Deutschradikalen werden nun zu Interessenvertretern des Bürgertums und stellen sich den kapitalistischen Regierungen zur Verfügung. Die Verschärfung der Klassegegensätze, die Scheidung der politischen Parteien in die Lager des Bürgertums und der Arbeiterschaft drückt — abgesehen von den nationalen Kämpfen, die wir gesondert betrachten werden — dem politischen Leben Oesterreichs in den letzten Friedensjahren seines Bestandes den Stempel auf.

#### Zwölftes Kapitel:

##### Oesterreichs innere Politik.

Am 17. Juni 1907 trat das erste Parlament des allgemeinen gleichen Wahlrechtes zusammen, auf das sich hoffnungsvoll die Blicke der Massen richteten. Daß diese Hoffnungen enttäuscht wurden, lag an den Nationalitätenkämpfen, dieser Todeskrankheit der Monarchie, sowie an der Tatsache, daß die Machtentfaltung des Proletariats die Sammlung der bürgerlichen Kräfte nach sich zog und die Vertreter der Arbeiterschaft bei allen Forderungen auf die Mauer stießen, welche die bürgerlichen Parteien gemeinsam aufgerichtet hatten, um den weiteren Vormarsch des Proletariats zu hemmen. Der gewaltige Erfolg, den die Sozialdemokratie bei den Wahlen errungen hatte, trübte zunächst den Blick für die großen Schwierigkeiten, die bei der eigentlichen sozialen Ausnützung der gewonnenen Wahlschlacht entstehen mußten. So kamen die Delegierten auf dem den Wahlen folgenden Parteitag in Wien zu Ende September — wir haben es nunmehr nur noch mit Parteitagen der

deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs zu tun — in gehobener Stimmung zusammen. Der Mann, der die Schwere künftiger Kämpfe erkannte, war der nüchternste Kopf der österreichischen Sozialdemokratie, Viktor Adler, der gleich von vornherein darauf aufmerksam machte, daß die Partei im Parlament einem Kartell aller nichtproletarischen Parteien gegenüberstehe. Er sah ein, daß nunmehr an einen stürmischen Fortschritt des Proletariats nicht mehr zu denken sei. Nur Schritt für Schritt könne man dem Ziele näherkommen. Wenn man dies ausspreche, so sei dies kein Opportunismus. „Darin unterscheidet sich der falsche Opportunismus vom echten: Der echte Opportunismus geht seinen Weg zum Ziele, der falsche Opportunismus opfert das Ziel wegen augenblicklicher Vorteile.“ Da die Wände des Kurienparlaments gefallen sind, zeigen sich erst die großen Probleme, die Stück für Stück weggeräumt werden müßten.

Für die deutsche Sozialdemokratie Böhmens war eines dieser Probleme die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes auch in den Landtag. In Prag war es schon im August zu Straßenkundgebungen gekommen, für den 5. September war eine große Konferenz der Sozialdemokratie Deutschböhmens einberufen. Diese Konferenz, an der auch Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie teilnahmen, gab anläßlich des Zusammentrittes des Landtages einen Aufruf heraus, in dem gegen die Verschleppung der Landtagswahlreform leidenschaftlich protestiert wurde. Die bürgerlichen Parteien wurden beschuldigt, „die Privilegien des Feudaladels und der besitzenden Klassen hinter verlogenen Schlagworten eines nationalen Schutzes vor dem Anspruch der arbeitenden Klassen auf das gleiche Recht zu verchanzen“. Die Ungerechtigkeit des damaligen Wahlsystems sei nur daran aufgezeigt, daß der Steueranteil des Großgrundbesitzes an den gesamten Landessteuern 1.7 Prozent, sein Anteil an den Landtagsmandaten aber 29 Prozent betrug. Nicht weniger als 880.000 erwachsene Männer waren vom Wahlrecht ausgeschlossen, obzwar die Summe der indirekten Steuern, die zum größten Teil von den Nichtwählern geleistet wurden, in den letzten fünfzig Jahren sich versiebenfacht hatte. Am 12. September begaben sich Seliger und Němec zum Ministerpräsidenten, um die Be-

seitigung des schreienden Unrechts zu fordern. Der Ministerpräsident Beck mußte zugeben, daß eine zeitgemäße Umgestaltung des Wahlrechtes in den böhmischen Landtag notwendig sei. Am Tage des Zusammentrittes des Landtages — am 16. September — ging eine Abordnung der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie zum Oberstlandmarschall, überall im Lande fanden Massenversammlungen statt. In der Prager Versammlung sprach auch ein deutscher Redner, Josef Seliger, der erklärte, daß die deutschböhmischen Arbeiter den Prager Arbeitern treu zur Seite stehen werden. Auf dem Parteitage sprach 14 Tage später E l d e r s c h über den Kampf um das Landtagswahlrecht und bekämpfte die Absicht der Regierung, die Reform durch Einführung einer fünften Kurie abzutun. In einer Entschlebung forderte der Parteitag die Beseitigung der oligarchischen Scheinautonomie der Länder durch eine wirkliche Selbstverwaltung.

Der Kampf um das Landtagswahlrecht wurde erschwert durch den im November 1908 vollzogenen Rücktritt der Regierung. Becks Rücktritt stellt in der Geschichte Oesterreichs vor dem Kriege einen wichtigen Augenblick dar. Die parlamentarische Demokratie des Bürgertums war an den nationalen Gegensätzen gescheitert, Oesterreichs Fortentwicklung zur Demokratie, welche die notwendige Folge des gleichen Wahlrechtes hätte sein müssen, war abgeschnitten. Das folgende Ministerium Bienerth (1908 bis 1911) war die Regierung des Abels, des Finanzkapitals und des Generalstabes, dazu bestimmt, die Mittel für die militärischen Rüstungen aufzubringen. Es ist die historische Schuld des deutschen Bürgertums, diese Regierung gestützt zu haben. Daß in der Zeit einer so rückschrittlichen Regierung die Wahlreformarbeiten des böhmischen Landtages nicht vom Fleck kamen, war selbstverständlich. Die Beteiligung an den in diesem Jahre stattgefundenen Wahlen in den Landtag war schwach, die Bevölkerung interessierte sich nicht um den mumifizierten Vertretungskörper des „glorreichen“ Königreiches. Der Sozialdemokratie, der stärksten Partei des Landes, gelang es nicht, auch nur ein Mandat zu erobern. Dabei wurde die finanzielle Lage des Landes immer bedrohlicher, Jahr für Jahr wies der Landesvoranschlag eine

Schuld von etwa zwanzig Millionen auf, die Landesschuld überschritt den Betrag von einer Milliarde Kronen. Die Landesanstalten waren in einem trostlosen Zustande. Es gab zu wenig Krankenhäuser, die bestehenden waren höchst mangelhaft eingerichtet und hatten zu wenig Aerzte. In ganz Deutschböhmen gab es keine Irrenanstalt, in der Prager Irrenanstalt schliefen von 1200 Irren 400 auf Strohsäcken, auf 110 Geistesranke entfiel eine Badewanne, die den Kranken gereichte Milch war gewässert. Von 2065 Schwachsinnigen waren nur 70 in einer Anstalt, die anderen liefen als Bettler herum. Das Land besaß keine Blindenanstalt, kein Taubstummeninstitut, keine Anstalt für Epileptiker. 3000 Blinde ernährten sich vom Betteln, von 5600 Taubstummen waren nur 600 in einer privaten Anstalt untergebracht. Angesichts dieser schandhaften Verhältnisse wandte sich die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft immer mehr der sozialen Verwaltung zu, deren Ausbau in einem Aufruf der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie zu Beginn des Jahres verlangt wurde. Es war für die Arbeiterschaft unerträglich, zuzuhauen zu müssen, wie alle Einrichtungen des Landes verfielen und der größte Teil der Bevölkerung macht- und tatenlos zusehen mußte. Als der neugewählte Landtag im September zusammentrat, fanden wieder in den Städten Versammlungen statt, wieder begab sich eine Abordnung zum Ministerpräsidenten. Die Regierung wollte die Landtagsparteien zur Schaffung einer fünften Kurie mit 43 Mandaten bewegen, aber die Deutschbürgerlichen wollten Verhandlungen des Landtages nicht zulassen, so lange die nationale Zweiteilung des Landesausschusses nicht durchgeführt worden war. Daraufhin wurde der Landtag — am 16. Oktober 1908 — vertagt. Die Gegensätze zwischen den Deutschbürgerlichen und der Sozialdemokratie wurden dadurch aufs höchste gesteigert. Ein Aufruf der Sozialdemokratie beschuldigte die deutschen Landtagsparteien, daß sich die deutschbürgerliche Obstruktion nicht gegen die Regierung, nicht gegen die Tschechen, sondern gegen das Recht der Arbeiter wende, in den deutschböhmischn Städten kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen beiden Lagern, wobei die Deutschnationalen in Häusern, wo sich Einrichtungen der Arbeiter befanden, die Fenster einschlugen. In

den nächsten Jahren gelang es nicht, die Beratung der Wahlreform vorwärtszubringen. Im Herbst 1909 scheiterte der Versuch den Landtag arbeitsfähig zu machen, wieder an der Obstruktion der Deutschbürgerlichen. Im Feber 1910 verammelten die Obstruktionisten durch Einbringung von 50 Dringlichkeitsanträgen abermals die Verhandlung der Wahlreform. Dabei brach das Land finanziell völlig zusammen, es stellte eine Reihe von Zahlungen ein, sogar die Zahlung der Diäten für die Abgeordneten. Die Verwaltung kam zum Stillstand, 300 Irre sollten aus der Landesanstalt entlassen werden, geistesranke Sträflinge wurden in die Irrenanstalt nicht mehr aufgenommen. Diese Zustände schienen die Obstruktion müde zu machen und am 30. September 1910 kam es zu einer Landtagstagung. Aber die Deutschbürgerlichen setzten der Wahlreform wochenlang einen solchen Widerstand entgegen, daß der Landtag Ende November abermals vertagt werden mußte.

Aber nicht nur in Böhmen, sondern auch in anderen Kronländern konnten die Landtage wegen der Obstruktion irgendeiner nationalen Minderheit keine Beratungen pflegen, keine Beschlüsse fassen, auch die Arbeiten des Reichsrates waren vollkommen lahmgelegt. Immer mehr zerfraß Oesterreichs Todeskrankheit Gesetzgebung und Verwaltung. Am 5. Feber 1909 mußte der Reichsrat wegen der tschechischen Obstruktion vertagt werden, die Beratungen der für die Arbeiter bedeutsamen Gesetzentwürfe über die Alters- und Invalidenversicherung, die Reform der Kranken- und Unfallversicherung, die Verhandlungen über den Kampf gegen Teuerung und Wohnungsnot mußten abgebrochen werden. In dem Aufruf, den die Partei nach Schluß der Parlamentssession erließ, wurde darauf hingewiesen, daß durch die Beiseiteschiebung des Parlaments die Regierung allmächtig geworden sei. Deshalb werden die Arbeiter zum Kampf gegen die Alleinherrschaft der Bürokratie und für die Rechte des Volksparlaments aufgerufen. Seit 1907 wurde die Sozialdemokratie die eifrigste Vorkämpferin für die Rechte des Parlaments. Im Juli wurde der Reichsrat abermals geschlossen, die Agrarier benützten die Obstruktion dazu, die Handelsverträge mit den Balkanstaaten und damit die Einfuhr von Vieh und Fleisch zu verhindern. Es war bezeichnend, daß die tschechischen Agrarier

und slowenischen Klerikalen nicht Obstruktion gemacht hatten, als sich die Regierung Rekruten und Steuern bewilligen ließ, sondern als über die Balkanhandelsverträge verhandelt werden sollte. „Die erbärmlichste Selbstsucht der Feinerungspatrioten“ hatte sich, wie in dem sozialdemokratischen Aufruf stand, hinter nationale Forderungen versteckt. Die Arbeiterschaft gab die Antwort auf die Vertagung des Reichsrates in großen Kundgebungen. Ebenso fanden anlässlich der Wiedereröffnung des Parlaments im September sozialdemokratische Massenversammlungen statt. Die bürgerlichen Klassen waren infolge des nationalen Machtkampfes unfähig, wie Seiz auf dem Parteitage dieses Jahres ausführte, das Parlament in Besitz zu nehmen. „Unsere Aufgabe ist,“ so kennzeichnete er treffend die politischen Schwierigkeiten der Sozialdemokratie, „eines teils den parlamentarischen Kampf zu führen gegen unsere Klassengegner, andernteils aber das Kampffeld zu verteidigen, auf dem wir unsere Schlachten zu liefern haben.“ So mußte also die Sozialdemokratie die Rechte des Parlaments gegenüber der Macht der Bürokratie verteidigen. Da aber dieses Parlament kaum eine fruchtbare Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft leistete, begannen die Massen das Vertrauen zum „Volkshaus“ zu verlieren. Bemerkenswert war auf diesem Parteitag die Auseinandersetzung wegen der Audienz, die Bernerstorfer als sozialdemokratischer Vizepräsident des Abgeordnetenhauses beim Kaiser Franz Josef gehabt hatte. Der Wortführer der radikalen Richtung unter der Reichenberger Arbeiterschaft, Strasser, erklärte, daß das Vorgehen Bernerstorfers dem Empfinden des Proletariats nicht entsprochen habe. Der Kaiser habe ihn empfangen wie ein Grandseigneur seine Untergebenen kommen läßt. Adler hingegen verteidigte Bernerstorfers Gang in die Hofburg. „Der Weg von der alten Habsburger-Tradition bis zum Empfang des sozialistischen Vizepräsidenten ist auch ein Stück Weg, der gegangen werden mußte.“ Dennoch war die Ueberzeugung allgemein, daß Bernerstorfer ein zweites Mal zum Kaiser nicht gehen sollte.

Im Winter schien es, als ob das Haus des allgemeinen gleichen Wahlrechtes dennoch den Weg nach aufwärts finden werde. Am 15. Dezember 1909 begannen die tschechischen Agrarier abermals mit der Obstruktion und überreichten

dem Präsidium 37 Dringlichkeitsanträge. Die sozialdemokratischen Abgeordneten erwiesen sich hier als die zähesten Verteidiger des Parlamentes. Sie setzten es durch, daß das Haus ununterbrochen versammelt blieb. Die sozialdemokratischen Abgeordneten wurden in zwei Schichten geteilt, die Tag und Nacht Dienst hatten. Die Sitzung begann am Mittwoch den 15. Dezember um 11 Uhr vormittags und dauerte bis Samstag den 18. Dezember um 1 Uhr nachts. 86 Stunden war das Haus versammelt gewesen, die Sitzung endigte gleichsam mit einem Theatercoup. Sie wurde nämlich durch einen Antrag der den Obstruktionsisten nahestehenden Gruppen (Antrag Kref—Kramar) auf Reform der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses beendet, der die Obstruktion künftighin überhaupt unmöglich machen sollte. Es hatte sich gezeigt, daß die Macht der Obstruktionsisten nicht unüberwindlich sei.

Daß das Parlament aber nicht zu gedeihlicher Arbeit kommen konnte, lag an der Krise des Staates selbst, die immer unlösbarer wurde. Die Vielfältigkeit der nationalen Streitfragen verhinderte immer wieder längere von sachlicher Arbeit erfüllte Tagungen des Parlaments. War es nicht die deutsch-tschechische Frage, welche das Parlament an der Arbeit hinderte, war es wieder eine andere. So mußte am 5. Juli 1910 das Parlament wieder vertagt werden, weil die Slowenen die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät nicht zulassen wollten. Angesichts dieser vergeblichen Bemühungen, das Parlament zu irgend einer fruchtbaren Arbeit zu bringen, wurden die Massen von einer tiefen Parlamentsmüdigkeit und Parlamentsverdrossenheit erfüllt. (Ein Zeichen hiefür war die Niederlage der Sozialdemokratie bei der Nachwahl in Gablonz im September 1910, wo der sozialdemokratische Kandidat um fast 1000 Stimmen weniger erhielt als der kurz vorher gestorbene Abgeordnete Barth im Jahre 1907.) Die Macht des Parlaments wurde immer geringer, die Macht der Bürokratie immer größer. Die Regierung Bienert, welche den großen Staatsproblemen mit Unverständnis gegenüberstand, begann in dieser Verteilung der Macht zwischen Parlament und Bürokratie einen Vorteil zu erblicken, es wurde bequem so zu regieren. Dem Hofe und dem Generalstab handelte es sich nur um die Aufbringung der Mittel

der Militärforderungen, welche auch nur zu oft die ärgsten nationalen Obstruktionisten bewilligten, alles andere war den herrschenden Mächten mehr oder weniger gleichgültig.

So nahm der Verfall des Parlaments, welcher in Wirklichkeit nur ein Flammenzeichen für den Verfall des Staates war, seinen Fortgang. Am 27. März 1911 wurde das Haus abermals vertagt, diesmal, weil die Tschechen das Budgetprovisorium obstruierten. Nun ging *V i e n e r t h* noch weiter. Am 31. März wurde das Haus aufgelöst und das Budgetprovisorium und das Rekrutenkontingent durch kaiserliche Verordnung (§ 14 der Verfassung) festgesetzt. So unrühmlich endete das erste Haus des allgemeinen Wahlrechts, das einstens mit so stolzen Hoffnungen begrüßt worden war. An seiner Bahre stand hohnlachend der Vertreter des deutschen Bürgertums, der Justizminister *S o h e n b u r g e r*, der noch 1898 gerufen hatte, man solle diejenigen, welche mit dem § 14 regieren, an den Laternenpfahl hängen. Jetzt regierte er selber damit. Es war eine moralische Abdankung. „Mit dem schimpflichsten Verfassungsbruch endet die Tagung des ersten Parlaments des gleichen Wahlrechtes“, so hieß es in dem Aufruf, mit dem sich die sozialdemokratischen Abgeordneten an die Bevölkerung wandten. Wohl war es den Sozialdemokraten gelungen, die Gesetzgebung einiger kleinerer sozialpolitischer Vorlagen zu ermöglichen. So die Errichtung des Wohnungsfürsorgefonds, das Verbot der Nachtarbeit der Frauen, das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor, das Handlungsgehilfen- und Ladenschlußgesetz, das Staatsdienergesetz, die Erhöhung der Bezüge der Altpensionisten, Unterhaltsbeiträge für Reservisten, die Strafgesetznovelle, die Ausgestaltung des Gewerbeinspektorats, Schutz der Arbeiter gegen Bleivergiftungen, Abschaffung der Waffenübungen im letzten Dienstjahr. Aber eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe war im Herrenhause zurückgehalten oder stak in den Ausschüssen (vor allem die Sozialversicherung) und in der Bevölkerung, insbesondere in der Arbeiterschaft, war die Enttäuschung über die Unfruchtbarkeit des Parlaments groß. So waren die Umstände, unter denen die Wahlen vor sich gingen, für die Sozialdemokratie nicht die günstigsten. Das mußte die Regierung. Es war auch ihre Absicht, die Sozialdemokratie zu schwächen,

die sich den Militärforderungen am heftigsten entgegen- gestellt hatte und der Herabsetzung der Macht des Parla- ments durch die bürokratisch-militaristische Kamarilla, die auf den alternden Kaiser immer mehr Einfluß gewann, entgentrat.

Anfangs April wurden die Hauptwahlen für den 13. Juni, die Stichwahlen für den 20. Juni ausgeschrieben. Vierzehn Tage nach der Wahlauschreibung trat eine Reichskonferenz zusammen, welche die Kandidatenliste ge- nehmigte und einen Aufruf an die Wähler erließ. „Wir wollen ein starkes und arbeitsfähiges Parlament“ hieß es darin. „Wir fordern die Beseitigung des § 14, die Erweite- rung der Rechte des Parlaments gegen die Krone und die Bürokratie, die Befreiung der Schule vom klerikalen Joch.“ Der Aufruf schloß mit den Worten, welche die Wahlparole der Partei enthielten: „Gegen die Regierung des § 14! Gegen die Pläne des Militarismus! Gegen die volksfeind- lichen Steuerpläne! Gegen die kapitalistische Ausbeutung! Gegen den Lebensmittel- und Wohnungswucher!“ Im Mai begannen die Wählerversammlungen. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, daß der Wahlkampf von 1911 ein Klassenkampf war. Während 1907 unter dem befeuernden Eindruck des abgeschlossenen siegreichen Wahlrechtskampfes die Sozialdemokratie politisch farblose Wähler angezogen hatte, wandte sich ein Teil dieser Mitläufer, vom Volks- parlament enttäuscht, von der Partei ab. Dazu kam noch, daß die Wahlen im Zeichen der Sammlung der bürger- lichen Parteien vor sich gingen: sowohl im tschechischen Volk (abgesehen von Mähren) als auch im deutschen (abge- sehen vom Wiener bürgerlichen Freisinn) stellte sich der Sozialdemokratie ein Block bürgerlicher Parteien entgegen. Der Wahlkampf wurde gegen die Sozialdemokratie mit äußerster Schärfe geführt, der wirtschaftliche Druck der Unternehmer verband sich mit der Macht der Staatsver- waltung, um der Partei die Wähler abspenstig zu machen. Das Schlagwort des Bürgertums war, daß die Sozial- demokratie „nationalen Verrat“ geübt habe, an vielen Orten kam es insbesondere am Stichwahltag zu blutigen Zusammenstößen. Trotzdem gelang es der Partei, in Wien einen bedeutenden Erfolg zu erringen und die christlich- sozialen Führer fast durchwegs zu schlagen. Dagegen waren

in Deutschböhmen Verluste an Stimmen und insbesondere an Mandaten zu verzeichnen. Insgesamt erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten aller Nationen 1,043,297 Stimmen, das ist sogar noch um 3000 Stimmen mehr als 1907, davon die deutsche Sozialdemokratie 542,439 (das ist um etwa 20.000 Stimmen mehr als 1907). Die tschechoslawische Sozialdemokratie erhielt 357,623 Stimmen, die tschechische Sozialdemokratie, d. i. die tschechischen Zentrallisten, die, wie wir noch erzählen werden, eine eigene Partei gegründet hatten, 19,367 Stimmen. (Beide tschechischen Parteien zusammen genommen verloren gegen 1907 rund 23.000 Stimmen.)<sup>1</sup> Gewählt wurden 82 sozialdemokratische Abgeordnete (gegen 87 im Jahre 1907), hievon 44 deutsche (gegen 50 bisher). An deutschen sozialdemokratischen Stimmen wurden in Böhmen 165,519 abgegeben gegen 168,846 im Jahre 1907. Wäre nach dem Verhältniswahlrecht gewählt worden, hätte die Sozialdemokratie ihren Best-stand, selbst in Böhmen, behauptet. So gingen infolge des Bürgerblocks acht Mandate verloren und nur eines konnte gewonnen werden. Gewählt wurden in der Hauptwahl D ö t s c h (Eger), L ö w (Karlsbad), G l ö c k e l (Joachimsthal-Stadt), P a l m e (Joachimsthal-Land), S e l i g e r (Teplitz), R i e g e r (Tetschen), H a n u s c h (Kragau) und S c h ä f e r (Reichenberg). In der Stichwahl eroberte noch H i l l e b r a n d für die Partei das 13. Mandat.<sup>2</sup> Dagegen gingen verloren der Wahlbezirk D u r (Beer), die beiden Auffiger Mandate (Schrammel und Beutel), das Gablonzer Man-

<sup>1</sup> In zwei Wahlbezirken standen sich deutsche und tschechische Sozialdemokraten gegenüber.

<sup>2</sup> Oswald Hillebrand, der langjährige Führer der Sozialdemokratie Westböhmens, stammt nicht aus Böhmen, sondern ist ein Kind Schlesiens. In dem kleinen Städtchen Hohenplos wurde er am 7. August 1879 geboren. Dort besuchte er auch die Volks- und Bürgerschule. Die Gewalt hinreißender Rede, die später seine Zuhörer in den Bann zog, und sein starker Idealismus machten sich schon damals insofern bemerkbar, als er im Kreise seiner Altersgenossen als Prediger auftrat. Im Alter von 15 Jahren kam er in die Lehrerbildungsanstalt nach Troppau, wo er von einem Kreise alldentscher Studenten geistig beeinflusst wurde. Seine erste Bekanntschaft mit sozialdemokratischen Arbeitern war eine scharfe Auseinandersetzung, die er, der damals Alldentsche, im Zuhörerraum des schlesischen Landtags mit Sozialdemokraten hatte. Diese Auseinandersetzung endete mit einer Einladung an Hillebrand zu einer Diskussion, die den entscheidenden Wendepunkt in Hillebrands Leben bildete: Er wurde Sozialdemokrat. Das bedeutete damals für einen Schüler einer Lehrerbildungsanstalt in Oesterreich Achtung durch seine Mitschüler und Verfolgung durch die Professoren. Diese erreichten es, daß Hillebrand sein damaliges Ziel, Lehrer zu werden, nicht erreichte. Wurde er aber auch nicht Lehrer in dem Sinne, wie es seine Eltern gewünscht und er es selber zunächst ver-

dat (Bösmüller), Tetschen-Stadt (Reizner) und Rumburg (Hannich). Waren die Mandatsverluste auch schmerzlich, so war die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen so achtunggebietend, daß von einem erheblichen Rückgang der Bewegung keine Rede sein konnte. Der Anteil der günstigen sozialdemokratischen Stimmen an den Gesamtstimmen Deutschböhmens war von 1907 bis 1911 trotz der absoluten Abnahme infolge der geringeren Stimmenabgabe von 38.7 auf 39.4 Prozent gestiegen. Die Partei hatte fast 40 Prozent der Stimmen, aber nur 16 Prozent der Mandate erhalten. Der Verlust an Mandaten war dem Wahlsystem und dem Bündnis der bürgerlichen Parteien bei den Stichwahlen zu danken.

Daß die Wahlen keine Niederlage der Sozialdemokratie gewesen, bewiesen gleich die unmittelbaren Folgen. Bienerth, der der Ritter Georg der bürgerlichen Gesellschaft hatte sein wollen, mußte infolge der Niederlage, welche die Sozialdemokratie seinen Stützen, den Christlichsozialen, in Wien bereitet hatte, zurücktreten. Mit ihm trat einer der eifrigsten und böswilligsten Gegner der Arbeiterklasse vom

meint hatte, so sollte er der Lehrer einer ganzen Arbeitergeneration werden, die er mit seinem prachtvollen Idealismus erfüllte und der er seine Leidenschaft eingab, für eine bessere Welt zu kämpfen.

Seine Anfänge in der Partei waren schwer. Was er verdiente, reichte oft nicht hin, den Hunger des Jünglings zu stillen. Endlich fand er einen Gönner in dem damaligen Reichsratsabgeordneten Ernst Verner, durch dessen Einfluß Hillebrand eine Stellung als Parteisekretär in Jägerndorf erlangte. Den Höhepunkt seiner dortigen Tätigkeit bildete der Wahlkampf des Jahres 1901, in welchem er sich dem albenitischen Kandidaten geradezu an die Fersen heftete und ihm in jeder Versammlung entgegentrat. Das große rednerische Talent Hillebrands hatte inzwischen die Aufmerksamkeit weiterer Parteifreie auf sich gezogen. Josef Seliger insbesondere hatte Hillebrands Begabung erkannt und ihn 1901 nach Teplitz berufen, wo dieser beruflich bei der Bezirkskrankenkasse tätig war, aber sich sofort mit ganzer Kraft in den Strom der Arbeiterbewegung stürzte. 1902 sehen wir ihn schon als Delegierten auf dem Parteitag in Aussia, 1904 tritt er bereits auf dem Parteitag in Salzburg als Redner auf. In demselben Jahre aber sollte er ein Wirkungsfeld finden, dem er bis an das Ende seines Lebens treu blieb. Er wurde Redakteur des „Volkswille“ in Karlsbad und übernahm gleichzeitig die Leitung der Geschäfte der dortigen sozialdemokratischen Kreisorganisation. Es dauerte nicht lange, und er war zum unbestrittenen ersten Führer der sozialdemokratischen Bewegung Westböhmens emporgewachsen, als deren Vertreter er von nun ab auf allen Konferenzen und Parteitagen auftrat. Als im Jahre 1907 die deutschböhmische Landesorganisation durch Josef Seligers Tatkraft neu gegründet wurde, war es selbstverständlich, daß er als der Vertreter der westböhmischen Arbeiterchaft Mitglied der Landesparteivertretung wurde. In der Landesparteivertretung und auf den Landesparteitagen galt sein besonderes Interesse der Parteipresse, sowohl auf dem Landesparteitag in Prag 1909, als auch auf dem in Bodenbach 1911 und in Aussia 1912 war er der Referent über die Parteipresse.

Von dem glänzenden Siege, den Hillebrand für die Partei anläßlich der Wahlen in das Abgeordnetenhaus im Jahre 1911 errang, ist oben die

Schauplatz ab, dessen Wirken für Oesterreich verhängnisvoll gewesen ist. Es war kein Ruhm für das deutsche Bürgertum, daß es dieser Regierung bis an deren Ende treu gedient hatte. Nun versuchte man den Kurs zu ändern, der neue Ministerpräsident Gautsch, der wenn auch unfreiwillige Vater des gleichen Wahlrechts, sollte einer neuen Koalition der bürgerlichen Parteien der großen Nationen, einem parlamentarischen Ministerium die Wege ebnen. Bald aber kehrte man zu dem System der militäristisch-bürokratischen Regierung zurück, für die sich in der Person der Grafen Stürgkh ein dienstfertiger Leiter fand. Eine „höchst unerhebliche Persönlichkeit von sehr mäßiger Kraft“ (W. Adler) hatte er, der ehemalige Liberale, als Unterrichtsminister dem Merkantilismus Tür und Tor geöffnet, war bei seinen Wählern in Mißkredit gekommen, weswegen man ihn für das Amt eines Ministerpräsidenten besonders geeignet ansah. Dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts stand er mit unverhohlener Feindschaft gegenüber und kaum ein Regierungschef hat seit Beginn des verfassungsmäßigen Lebens die Rechte des Parlaments so mißachtet wie er. Die Sozialdemokratie brachte ihm,

Nede gewesen. In ganz Oesterreich rief diese gewonnene Wahltschlacht das größte Aufsehen und in den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft stürmische Freuden hervor. Von da ab konnte Stillebrand auch sein Können als Vertreter der Arbeiterschaft auf parlamentarischem Boden zeigen. Mehrere Male ist er im Abgeordnetenhaus als Redner hervorgetreten, weiteren Kreisen bekannt wurde er als einer der energischsten Bekämpfer der Todesstrafe, worüber er seinerzeit eine eingehende, das Problem nach allen Seiten hin beleuchtende Abhandlung im „Kampf“ geschrieben hat.

Wie alle Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, widmete auch Stillebrand seine Arbeit im Kriege vor allem der Presse und den schweren wirtschaftlichen und sozialen Sorgen der Arbeiterbevölkerung, besonders der Ernährungsfrage und der Fürsorge für die Angehörigen der Eingekerkerten. Große Aufgaben traten dann nach dem Kriege an ihn heran. Als die Deutschen Böhmens darangingen, ihr Selbstbestimmungsrecht zur Wirklichkeit zu machen, und aus dem freien Willen der gewählten Vertreter der deutschböhmisches Bevölkerung eine Landesregierung mit dem Stillebrand Mitglied dieser Landesregierung. Die österreichische Nationalversammlung bestimmte ihn auch in jenen Tagen zu einem ihrer Vertreter in dem geplanten konstituierenden Parlament des Gesamtdeutschentums in Weimar. Bei den Wahlen in den Jahren 1920 und 1925 wurde er als Listenführer des Wahlkreises Karlsbad in das tschechoslowakische Abgeordnetenhaus gewählt, wo er sowohl in politischen Fragen, als auch insbesondere im Kampfe zur Erhaltung der deutschen Schule öfters das Wort ergriff. Auf allen Parteitaggen der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, im Abgeordnetenhaus, in Hunderten von großen Versammlungen und Konferenzen hat er immer wieder die Zuhörer mit seinen flammenden Worten hingefesselt. Nach dem Tode Josef Selgers wurde er der zweite Vorsitzende der Partei, nach dem Tode Gernats deren erster Vorsitzende. Ende 1923 wurde er von einer schweren Krankheit ergriffen, am 4. Juni 1926 tat er seinen letzten Atemzug.

während dessen Regierungszeit Oesterreich in den Krieg eintrat, das stärkste Mißtrauen entgegen. Mit der Zeit wurde er zur Geißel Oesterreichs, dem der größte Teil der Bevölkerung Haß und Verachtung entgegenbrachte.<sup>3</sup>

Die Arbeit des Parlaments blieb weiter unfruchtbar, wenn man die Bewilligung der Mittel für militärische Rüstungen zu Wasser und zu Lande nicht etwa für eine besonders nützliche Beschäftigung einer gesetzgebenden Körperschaft erklärt. Die österreichischen Staatsmänner waren mit Blindheit geschlagen, auch Gautsch zeigte, daß seine Politik von 1905 und 1906 nur eine Episode gewesen war. Er wußte in seiner dritten Ministerpräsidentenschaft nichts von den schweren Sorgen der großen Massen des Volkes — wie Seitz in seinem parlamentarischen Bericht auf dem Parteitage in Innsbruck 1911 ausführte —, er stand den Ideen, die das politische Leben der Massen bewegten, verständnislos gegenüber. Bezeichnend für seine Stellung zur Sozialdemokratie in dieser letzten Zeit seines aktiven politischen Wirkens war, daß er, als am 5. Oktober 1911 im Abgeordnetenhaus ein Dalmatiner auf den Justizminister Hohenburger während einer Rede Viktor Adlers schob, diesem die moralische Schuld an dem Attentat zuschieben wollte.

Daß Stürgkh sich nicht besonders bemühte, das Parlament zu fruchtbringender Arbeit im Interesse der arbeitenden Massen zu bewegen, liegt nach dem Gesagten auf der Hand. Es lag ihm wenig daran, daß im Oktober 1912 die Ruthenen und Südslawen obstruierten, diese wegen des Ausnahmezustandes in ihrem Gebiete, jene wegen der ruthenischen Universität, und daß im Dezember die Tschechischradikalen das Parlament lahmzulegen bemüht waren. Am 19. Dezember wurde eine 56stündige Sitzung des Abgeordnetenhauses beendigt, in der die tschechischradikale Obstruktion niedergerungen wurde. (Der Abgeordnete Fressl hatte 16 Stunden gesprochen.) Aber selbst wenn das Parlament von der Obstruktion nicht bedrängt ward, brachte die parlamentarische Arbeit der Bevölkerung kaum etwas, so daß Renner in seinem parlamentarischen Bericht auf dem Parteitage in Wien 1912 von einer Vielgeschäftigkeit sprechen konnte, bei der nicht viel herauskäme. In der Bevöl-

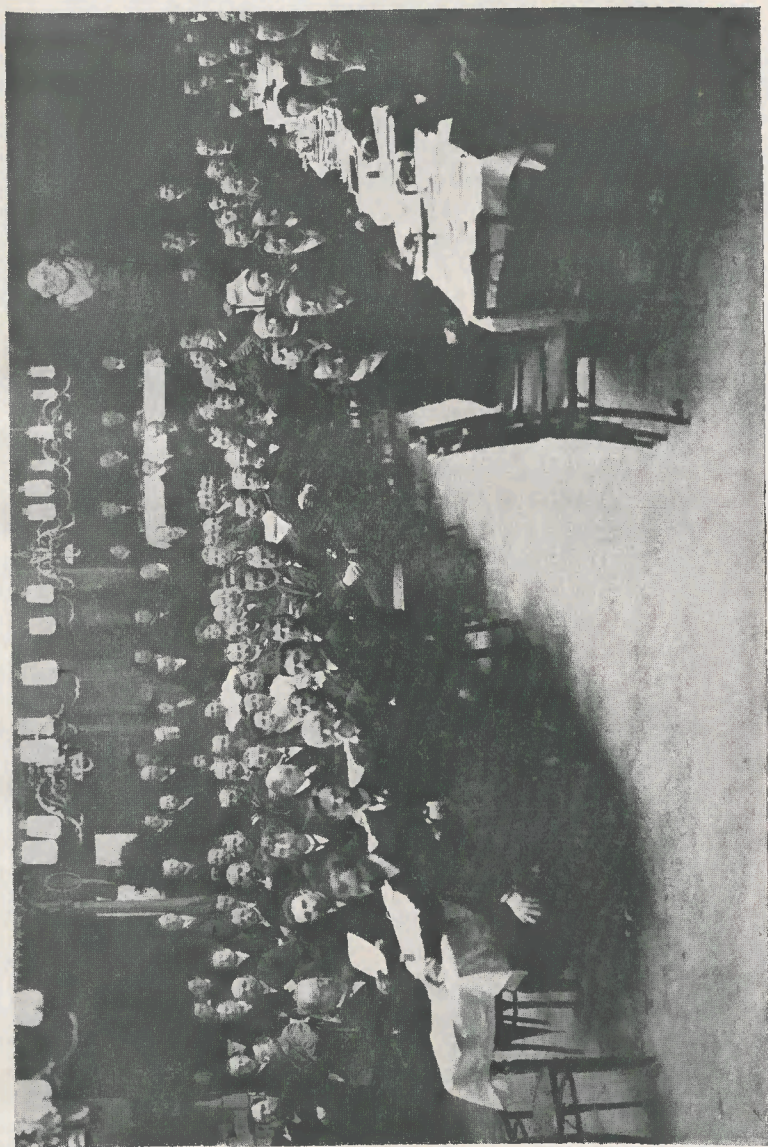
<sup>3</sup> Stürgkh ist am 21. Oktober 1916 erschossen worden.

ferung wurde die Niedergeschlagenheit immer größer. In einer Rede im Abgeordnetenhaus am 21. Mai 1913 sagte Adler, daß niemals, so lange er politisch denken könne, eine solche Verdrossenheit, Verstimmung, ja solche Verzweiflung in der Bevölkerung Oesterreichs geherrscht habe. Niemals aber wäre der Pessimismus so berechtigt und tief empfunden gewesen. Die herrschenden Mächte wußten nicht ein noch aus: sie schwankten zwischen der parlamentarischen Koalition, die an den nationalen Gegensätzen scheiterte, und der bürokratischen Diktatur, welche man schließlich als die Oesterreich angemessene Regierungsform ansah, da das Reich in die große Katastrophe des Krieges taumelte.

Nun begann der Zweifel, ob das Parlament des gleichen Wahlrechtes, das die Sozialdemokratie in jahrelangem, schwerem Kampfe den Völkern Oesterreichs errungen hatte, auch wert sei, erhalten zu werden, in den Reihen der Partei selbst sich zu regen. Auf dem letzten Parteitage vor dem Kriege, 1913 in Wien, wurde zwei Tage lang über die Frage diskutiert, ob die Sozialdemokratie gleichfalls zur Waffe der Obstruktion greifen solle, um ihre Forderungen durchzusetzen. In mehreren Anträgen wurde verlangt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten die Militärvorlagen so lange obstruieren sollten, so lange nicht die wichtigsten verlangten Arbeiterschutzgesetze beschlossen wären. Der Referent Seitz bezweifelte es, ob die Sozialversicherung kommen werde, wenn die Sozialdemokratie mitobstruiere. Es sei besser, wenn die bürgerliche Mehrheit die Gesetze beschließe, als wenn ihr der Absolutismus die Zustimmung erspare. Die Obstruktion „ist unanwendbar zum Erpressen irgendwelcher positiver Gesetze . . . sie ist aber selbstverständlich anwendbar als Abwehrmittel gegenüber einem Gesetz, das uns einen unverbesserbaren Schaden zufügen würde und das durch den § 14 nicht verhängt werden kann“. So wären die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten bereit, jeden Angriff auf das Koalitionsrecht durch Obstruktion zu verhindern. Eine Reihe von Rednern trat in der Erörterung, in welcher die Wirkungen und Folgen der Obstruktion nach allen Seiten ernst geprüft wurden, für eine radikalere Politik im Parlamente ein. Den Abgeordneten wurde vorgeworfen, eine Politik der Hofräte zu betreiben und daran erinnert, daß die P a r l a m e n t s-

verdrossenheit in Partei verdrossenheit umschlage. An diese Bemerkung anknüpfend erklärte Seliger, daß auch den Abgeordneten der Ekel über die parlamentarischen Zustände bis zum Halse gestiegen sei. Dennoch könne die Obstruktion „kein Instrument der parlamentarischen Aktion der Sozialdemokratie in dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts“ sein. In dem Augenblick, wo die Sozialdemokraten Obstruktion trieben, stünden alle Feinde des allgemeinen Wahlrechtes auf ihrer Seite. Zum Schluß wies der Redner treffend darauf hin, daß die sozialdemokratische Obstruktion nur im Zusammenhang mit einer Aktion der Massen erfolgen könnte: „Das Kampfmittel der Obstruktion im Parlament kann nichts anderes sein als das parlamentarische Mittel der proletarischen Revolution außerhalb des Parlaments.“ Friedrich Adler erklärte gegenüber der Niedergeschlagenheit mancher Vertrauensmänner, man möge sich an der Sozialdemokratie Deutschlands ein Muster nehmen, die ohne nennenswerte positive Erfolge Jahr für Jahr gearbeitet habe und sich nicht durch das Fehlen eines Augenblickserfolges niederdrücken ließ. Auferliz hob hervor, daß die Sozialdemokratie die Unfruchtbarkeit der Parlaments und damit die Obstruktion beklage und daß man die Obstruktion nicht durch Obstruktion heilen könne. Die Wurzel des Übels liege tiefer: „Das Urteil der Arbeiter über das Parlament ist nichts anderes, als das Urteil über den Staat Oesterreich.“ Bauer setzte zunächst die Aufgabe eines sozialdemokratischen Abgeordneten auseinander: „Schätzen Sie die Tätigkeit der Abgeordneten nicht danach, was sie nach Hause bringen, behandeln Sie Ihre Abgeordneten nicht als Agenten, die im Parlament für Sie Geschäfte abzuschließen haben, schätzen Sie Ihre Abgeordneten danach, was sie beitragen zur Entfesselung der Klassengegensätze.“ Und er schloß mit der richtigen Bemerkung, daß die Geschichte der Arbeiterklasse nicht auf dem Franzensring,<sup>4</sup> sondern durch das große Weltgeschehen der kapitalistischen Entwicklung entschieden werde. In richtiger Diagnose von Oesterreichs Krankheit sagte Viktor Adler: „Die Geschichte hat Oesterreich und seine Völker gegenwärtig in ein Uebergangsstadium, in einen krankhaf-

<sup>4</sup> Dort befand sich das Abgeordnetenhaus.



Landesparteitag der deutschen Sozialdemokratie Böhmens in Prag (1909)



ten Zustand gebracht, von dem man nicht weiß, ob für dieses Staatsgebilde und mit ihm ein Weg möglich ist.“ K e n n e r wiederum führte aus, daß sich die Arbeiterschaft nicht allein auf das Parlament verlassen, sondern ihre Selbsthilfe in Gewerkschaften und Genossenschaften nicht geringer schätzen dürfe. Schließlich gelang es, eine Resolution zu finden, die, ohne das Problem zu verwischen, doch allgemeine Zustimmung fand. Die wesentliche Stelle dieser vom Sekretär der deutschböhmischen Landesorganisation Karl C e r m a k beantragten Entschliebung lautete: „Der Parteitag lehnt die Obstruktion als ein n o r m a l e s Mittel der parlamentarischen Taktik ab. Die Obstruktion ist nur unter besonderen Umständen, nur als äußerstes Mittel parlamentarischer Abwehr anwendbar.“ So war von nun an der Standpunkt der Sozialdemokratie zur Obstruktion fest umrissen und vom Parteitag gebilligt.

Den Verfall Oesterreichs schilderte auf diesem Parteitag auch Friedrich A u s t e r l i c h in einem Referat über „die Reaktion in Justizpraxis und Justizgesetzgebung“. Er mußte darauf verweisen, daß die Pressefreiheit unter dem Justizminister Hohenburger, insbesondere während des Balkankrieges, fast ausgerottet wurde. Wenn die Sozialdemokraten die Freiheit der Meinung und Kritik mit aller Kraft verteidigen, so seien sie die Bahnbrecher einer besseren Zukunft. Für den Durchschnittsösterreicher sei die Verachtung alles dessen, was man Gesetz nennt, bezeichnend. „Jedes feste, bestimmte, deutlich umrissene Gesetz ist dem typischen Oesterreicher einfach ein Greuel.“ Austerlich deckte in diesem Referat meisterhaft die sozialen Grundlagen des Rechtes auf, erklärte das Verbrechen als soziale Erscheinung und schilderte die Justiz als Klassenjustiz. Die Verwahrlosung des Rechtes war eben eine der stärksten Verfallserrscheinungen des sterbenden Staates.

Auch der Verfall des Landes Böhmen machte rasche Fortschritte. Schon 1911 erklärten sich die Kreditinstitute, welche bisher dem Lande Vorschüsse geleistet hatten, zu weiteren Geldaushilfen außerstande. Für 1913 war der Abgang im Landeshaushalt mit 36 Millionen veranschlagt. Ende Juli 1913 stand das Land buchstäblich vor dem Konkurs, die Banken gaben kein Geld her, der Landes-

ausschuß konnte seine Beamten nicht bezahlen. Da griff die Regierung ein. Am 26. Juli 1913 wurde der Landtag mittels kaiserlichen Handschreibens aufgelöst und eine aus Staatsbeamten zusammengesetzte Kommission eingesetzt, die das Land zu verwalten hatte. Die Mittel dazu boten ihr die gleichzeitig verordnete Erhöhung der Landesumlagen und die Einhebung der Landesbieraufgabe. So war das Ergebnis des Kampfes zwischen Deutschen und Tschechen, daß an die Stelle der Landesautonomie der unverbüllte Absolutismus trat. Die Verfassung des Landes lag in Scherben, der Landtag, der sich einst vermaß, neben dem Reichsrat in Wien und der Repräsentantentafel in Budapest der dritte gleichberechtigte Faktor der Gesetzgebung im Bunde dreier unabhängigen Staatengruppen zu sein, war mit einem kräftigen Fußtritt fortgestoßen. Deutsche und tschechische bürgerliche Parteien standen vor einem Trümmerhaufen: Der Bodenkultur, der Verkehrsentwicklung, dem Fortschritt des Handels, der Industrie und des Gewerbes war die fördernde Unterstützung entzogen worden. Die Aufgaben der sozialen Fürsorgetätigkeit waren unerfüllt geblieben, das Volksschulwesen war verwüstet, die Lehrer darben und hungerten. In dem Aufruf, den die Landesparteivertretung erließ, wurde die Schuld an den eines Kulturlandes unwürdigen Verhältnissen der Regierung und den nationalen Parteien zugeschoben. Alle Ausgleichsverhandlungen, die etwa geplant wären und nicht mit der Wahlreform beginnen würden, wurden als Volksbetrug von vornherein verurteilt. „Keine Rückkehr zum verfrachten Privilegienwahlrecht!“ Im Lande fanden überall große Versammlungen statt, in denen die Arbeiterschaft ihre Ansprüche bei der Neuordnung der Verhältnisse im Lande anmeldete. Tatsächlich erklärte auch die Regierung, daß die Wahlreform einen unlösbaren Bestandteil des Ausgleiches der Nationen bilden müsse.

Die beste Antwort auf all die Ereignisse der letzten Jahre im Lande Böhmen war der Landesparteitag der deutschen Sozialdemokratie Böhmens, der am 28. September 1913 in Tepliz-Schönau tagte. Es war nicht nur die denkwürdigste, sondern auch die größte Tagung der deutschen Sozialdemokratie Böhmens vorher und nachher. 456 Delegierte waren

versammelt. Ueber den Zusammenbruch der bürgerlich-nationalen Politik in Böhmen sprach Otto Bauer. Er stellte ihn als einen Teil des allgemeinen österreichischen Zusammenbruches hin. Wohl streben die deutschbürgerlichen Parteien, da sie die Tschechen nicht beherrschen können, doch wenigstens danach, sich selbst zu regieren. Aber die nationale Autonomie in Böhmen ist nicht zu verwirklichen ohne vollständige Umwälzung der Verfassung nicht nur im Lande, sondern im ganzen Reiche. Der Kampf der deutschbürgerlichen Parteien gelte nicht nur den Tschechen, sondern habe auch den Zweck, den Arbeitern die Tore zum Landtag zu versperren. Die wahre Selbstverwaltung müßte auf möglichst kleine national einheitliche Körperschaften gegründet werden. Alle Aufgaben des Landtages und Landesauschusses müßten auf nationale Kreistage und Kreisauschüsse übertragen werden. Diese Kreistage wären kein Objekt des nationalen Kampfes. Hier wären die Tschechen, dort die Deutschen allein. Bauer wies aber darauf hin, daß es um viel mehr gehe, als um die Ordnung im Lande Böhmen allein. „Dieses Oesterreich muß anders werden, wenn es überhaupt sein soll . . . sonst wird dieser Staat aufgehen in den Flammen einer großen europäischen Umgestaltung.“ In seinen Schlußworten stellte Bauer gleichsam den Herrschenden ein Ultimatum: „Wir wollen nicht unsere Hoffnungen setzen auf eine Katastrophe, wir wollen noch einmal den anderen den Weg zeigen, wie man den Staat umbauen könnte, damit man in ihm leben kann. Hören sie uns nicht, dann gilt als letztes Wort der Satz von Marx: Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten; sie haben eine Welt zu gewinnen.“ Eine auf-rüttelnde, von tiefem Erfassen des Problems zeugende Rede hielt Josef Seliger über „die Bedeutung der autonomen Verwaltung für die Arbeiterschaft Böhmens“. „Mit der Verwaltung verknüpft ist unser ganzes Sein, unser Aufstieg auf allen Gebieten des sozialen Lebens. In der Landesverwaltung steckt nichts, was nebensächlich oder untergeordnet wäre, darin steckt das meiste, was zu tun ist, um das Volk glücklich und besser zu machen.“ Das Bild, das Seliger von den Verhältnissen im Lande gab, war niederschmetternd. Die trockenen Ziffern der Statistik wurden zur

furchtbaren Anklage gegen die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien und die Volksfeindlichkeit der Landesverwaltung. „Scham überkam uns, als uns durch dieses Referat zum ersten Male so recht klar und übersichtlich der ganze Jammer böhmischer Verwaltungsschande zum Bewußtsein gebracht wurde“, so schrieb damals ein Parteiblatt. Es war auch eine Schande. Das Schulwesen Böhmens gehörte zu dem rückständigsten in ganz Oesterreich. 55 Prozent der Schulen in Deutschböhmen waren zweiklassig, einzelne Schulklassen wiesen einen Besuch bis 94, 98, ja sogar 122 Schüler auf. Die Fürsorge für Taube, Stumme und Schwach sinnige lag ganz darnieder. Während andere Kronländer für schwach sinnige Kinder große Beträge auswarfen, gab Böhmen keinen Heller. Die Lehrer waren schlecht bezahlt, die Krankenhäuser überfüllt, die Kranken mußten auf der Landstraße elend zugrunde gehen. Die Armenpflege stand im Zeichen des Bettelsacks, das Land hatte eine einzige Gebäranstalt, keine Landeswaisenanstalt, kein Landesfiechenhaus, keine Anstalt für Blinde, Taube, Stumme, Epileptiker. Es gab keine Landesanstalt für Jugendfürsorge, ja kein Heller wurde für Jugendfürsorge ausgegeben. „Darum wollen wir,“ erklärte Seliger, „die soziale Verwaltung aus dem Landtag herausreißen, denn dort kann sie nicht erfüllt werden; wir wollen sie auf die Kreisvertretungen stellen, weil sie dort erst möglich ist.“ Seligers Rede bedeutete nicht nur einen bedeutsamen Fortschritt in der geistigen Entwicklung dieses Mannes, sondern auch ein weiteres geistiges Eindringen der Partei in die Aufgaben der Verwaltung.

Unter großer Begeisterung beschloß der Landespartei-tag die Herausgabe eines Manifestes an die Arbeiter. Dasselbe beginnt mit einer Darstellung des Zusammenbruchs der Landesverfassung und -verwaltung. Dann wird den bürgerlichen Parteien zugerufen: „Ihr seid schuld an dem Absolutismus im Lande wie an der Verelendung des Reichsrats! Schuld ist euere politische Taktik, die gegen den deutschen Arbeiter herzlos und hochmütig verfährt, um ihn in Rechtlosigkeit zu erhalten, die aber jeder Regierung in liebedienerischer Knechtseligkeit ergeben ist, um die Gunst von oben zu erhandeln!“ Im Sinne der Ausführungen der Referenten wird sodann die Forderung nach natio-

nalere Autonomie, sozialer Verwaltung, gleichem Wahlrecht in den Landtag und demokratischer Kreisverwaltung erhoben und begründet. Dieses Programm kann nicht „erbettelt und abgeschmeichelt werden, es muß erkämpft werden durch die Massen des arbeitenden Volkes“. Zu diesem Kampf ruft das Manifest auf. Mit der Erringung des Wahlrechtes ist erst die Hälfte der notwendigen Verfassungsreform erfüllt: die Demokratisierung der Gesetzgebung. Nun gelte es das größere Werk zu tun: die Demokratisierung und Sozialisierung der Verwaltung durch die nationale Autonomie. Das Manifest umschrieb dann die Aufgabe der Arbeiterschaft folgendermaßen: „Eine neue Aufgabe ist gestellt, eine neue Kräftepoche bricht an. Völlig Mut und Kraft wird die deutsche Arbeiterklasse ihr Heldentum zu Ende tun: die Freiheit und Selbstregierung unseres Volkes voran! Die Arbeiter der anderen Nationen werden folgen!“ Und zum Schluß die kühnen prophetischen Worte: „Oesterreich wird sein ein freier Bund freier Völker, oder es wird nicht sein!“ Mit Begeisterung wurde das Manifest einstimmig angenommen. „Als sich die Versammlung zur Abstimmung über das Manifest erhob, da war es, als wenn ein heiliger Schwur von Hunderten tapferen Streikern im Beginne der Schlacht geleistet wird.“ So schrieb ein Teilnehmer.

Nachdem noch Schäfer über die nächsten Aufgaben der Partei gesprochen hatte, wurde beschlossen, die Arbeiter in Versammlungen zum Kampfe aufzurufen. In einer befeuernden Rede des Vorsitzenden Glöckel wurden nochmals die Ergebnisse der Tagung den Delegierten zu Bewußtsein gebracht und diese erhebendste Tagung des deutsch-böhmischen Proletariats von Hainfeld bis zum Weltkriege geschlossen. In großen Versammlungen berichteten die Delegierten nach dem Parteitag über den Verlauf der Beratungen. Hätte nicht die drohende Kriegsgefahr bald darauf jede andere Sorge verdrängt und wäre nicht der Krieg ausgebrochen, der Teplitzer Landesparteitag wäre der Ausgangspunkt schwerer Kämpfe um die Neuordnung in Böhmen geworden.

In Wien ging der Verfassungsprozeß des Parlaments inzwischen weiter. Im Winter 1913 auf

1914 war die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses wochenlang durch die ruthenische Obstruktion lahmgelegt. Gerade in der Zeit, wo die Arbeitslosigkeit am größten war, wo die Bewilligung von Krediten für die Unterstützung Arbeitsloser die Lebensfrage Zehntausender war, wurde das Parlament geschlossen. Am 16. März 1914 vertagte der Ministerpräsident die Volksvertretung. Die Regierung wollte angesichts der drohenden auswärtigen Verwicklungen freie Hand haben und bewilligte sich mit Hilfe des § 14 alle von der Militärverwaltung geforderten Kredite. Den Staatslenkern Oesterreichs schienen die paar Heller für die Arbeitslosen eine nicht zu rechtfertigende Ausgabe, während sie in das Danaidenfaß militärischer Rüstungen Million auf Million warfen. Obwohl im Mai über Anregung der Sozialdemokraten fast alle Parteien sich in einer Obmännerkonferenz für die Einberufung des Parlamentes aussprachen, ließ es der parlamentsfeindliche Stürgkh beim alten: Mit dem § 14 war leichter zu regieren. Daß das Reich vor der Entscheidung über seine weitere Existenz stand, davon hatten weder Oesterreichs Staatsmänner noch die deutschbürgerlichen Parteien eine Ahnung. Wohl aber die Sozialdemokratie. „Der Zusammenbruch des Reiches,“ so schrieb die Teplitzer „Freiheit“ schon am 15. November 1913, „die chaotischen Wirren in beiden Saaten, der hoffnungslose Niedergang der Länder, der wilde Kampf der Nationen — all das sind uns nur die Flammenzeichen, die uns ankündigen, daß wir der Stunde schon nahe sind, in der unter dem ehernen Zwange großer weltgeschichtlicher Ereignisse entschieden werden wird, ob dieses Oesterreich sich noch umhilden kann zu einem Bund der freien Donauvölker, oder ob es in den Flammen aufgehen muß und wir Bürger werden eines großen, freien Gemeinwesens der deutschen Nation, das sich dehnen wird, soweit die deutsche Zunge klingt.“

Ein Duzend Jahre nach diesem Ausspruch kann noch nicht gesagt werden, ob diese Voraussicht sich voll erfüllen wird. Aber die Entscheidung für Oesterreich war kaum nach einem Jahr fällig gekommen: Es ging auf in den Flammen einer großen europäischen Umgestaltung!

## Dreizehntes Kapitel:

### Die nationalen Kämpfe.

Das Stück Demokratie, das den Völkern Oesterreichs 1907 ward, schien zunächst den Machtkampf der Nationen in den Hintergrund gedrängt zu haben. Deutsches und tschechisches Bürgertum vereinigten sich mit dem polnischen Adel, um Oesterreich parlamentarisch zu regieren, an die Stelle feudal-bürokratischer Regierungen trat die Regierung der Parlamentsmehrheit.<sup>1</sup> Der Kampf um die Wahlreform hatte sogar einen Augenblick Krone und Proletariat zusammengeführt. Die Krone erblickte im allgemeinen gleichen Wahlrecht in Ungarn die stärkste Waffe gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen des magyarischen Kleinadels (Gentry), in Oesterreich wieder ein Mittel, um den Nationalitätenkampf einzudämmen. Vielfach sah man im neuen Wahlrecht den Beginn des Umbaues der feudal-absolutistischen Monarchie in einen Donaubundesstaat freier Völker. In dieser Zeit erschienen die Hauptwerke der beiden bedeutenden Theoretiker in der Nationalitätenfrage, nicht nur der Sozialdemokratie Oesterreichs, sondern der sozialistischen Internationale, des Deutschmährers Karl Renner und des Wienerers Otto Bauer.<sup>2</sup> Renner glaubte, daß die Macht der Krone und die internationale Gesinnung der Arbeiterklasse stark genug sein könnten, um den Umbau Oesterreichs, die Anpassung der feudalen Nationalitätenmonarchie an die Demokratie und an das durch sie gestärkte Streben der Nationen nach Selbstregierung, zu vollführen. Auch Otto Bauer glaubte, daß im Rahmen der österreichisch-ungarischen Völkergemeinschaft eine Lösung des Nationalitätenproblems gefunden werden könne, daß „das Nationalitätsprinzip als Regel der Staatenbildung in das Nationalitätsprinzip als Regel der Staatsverfassung“ umschlagen könne. Beide erwiesen sich nicht nur als ernste

<sup>1</sup> Otto Bauer: „Die österreichische Revolution.“ Wien 1923.

<sup>2</sup> Rudolf Springer (Karl Renner): „Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie.“ Wien und Leipzig 1906.

Otto Bauer: „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie.“ Wien 1907.

Karl Renner ist am 14. Dezember 1870 in Untertannowitz in Mähren, Otto Bauer am 5. September 1881 in Wien geboren. Bauer hat in Böhmen die Mittelschule besucht (1897–1900 in Reichenberg).

wissenschaftliche Forscher, die die große Bedeutung des Problems erkannten, sondern als Staatsmänner, welche auf Grund der damaligen sozialen und politischen Machtverhältnisse eine bis ins einzelne gehende Antwort auf die Schicksalsfrage der Monarchie zu geben verstanden. Diese Möglichkeiten der Lösung des nationalen Problems durch den vollständigen Umbau der Verfassung und Verwaltung des Reiches aber ließen die herrschenden Mächte von 1907 ebenso ungenützt vorübergehen wie die herrschenden Mächte von 1849. Nicht nur ließen sie unbeachtet die gewaltige Stärkung, welche die slawischen Nationen — Tschechen und Ruthenen, Slowenen und Serbokroaten — aus den demokratischen Kräften zogen, Oesterreichs herrschenden Mächte haben geradezu mit Ueberwitz die Reime der Lösung des nationalen Problems verschüttet. Als die parlamentarische Regierung Beck 1908 die Militärforderungen des Hofes und Generalstabes nicht ohne weiteres vertreten wollte, wurde sie gestürzt und an ihre Stelle traten bürokratisch-militaristische Regierungen, welche die Monarchie in Krieg und Untergang führten. So wie die Husaren des Windischgrätz 1849 den Kremstierer Reichstag auseinandertrieben und damit den Verfassungsentwurf begruben, der das gemeinsame Werk des Bürgertums aller Nationen war, so stürzte die Militärmamilla Franz Ferdinands und die Liebedienerei der Christlichsozialen die parlamentarische Regierung Beck und vernichtete damit die bescheidenen Ansätze des Völkerfriedens. Die Gefahr eines Krieges an der Seite Deutschlands, die seit der Annexion Bosniens 1908 immer wahrscheinlicher wurde, verschärfte die Gegensätze zwischen Staat und Slawen und kettete das deutsche Bürgertum immer mehr an den kaiserlichen Absolutismus, der im 20. Jahrhundert nicht von langer Dauer sein konnte. War das deutsche Bürgertum von 1895 bis 1905 noch großdeutsch gewesen, sah es die Lösung der deutschen Frage in dem Anschluß der Deutschösterreicher an das Deutsche Reich, so wurde es 1908 bis 1918 schwarzgelb und erblickte das Heil des Deutschtums in der Herrschaft über Slawen und Romanen des Donaureiches.

Diese Entwicklung hat die Gegensätze zwischen deutschem Proletariat und deutschem Bürgertum verschärft. Die

deutsche Sozialdemokratie wollte den Umbau Oesterreichs in einen Bund freier und gleichberechtigter Völker und trat dem Streben des deutschen Bürgertums nach der Vorrherrschaft im Staate entgegen. In Böhmen enthüllte die Sozialdemokratie den Nationalismus der Deutschbürgerlichen als die spanische Wand, hinter der sich deren Arbeiterfeindschaft verbarg. Eine wüste Heze wurde gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft entfesselt, auf den Straßen und Plätzen Deutschböhmens kam es im Herbst 1908 zu Zusammenstößen zwischen Nationalisten und Sozialisten. Die Obstruktion der Tschechen im Reichsrat und der Deutschen im Landtag peitschte den nationalen Haß auf, in Deutschböhmen kam es zu Ausschreitungen gegen die Tschechen, in Prag gegen die Deutschen. Im Winter 1908/09 kam es in Prag Sonntag für Sonntag zu Kundgebungen gegen die Deutschen, am 2. Dezember 1908 wurde über die Landeshauptstadt das Standrecht verhängt. Die Rufe der Sozialdemokratie zur Besonnenheit verhallten. Die Landesparteivertretung hatte am 30. Juni 1908 eine Resolution beschlossen, in der sie ihre Bereitwilligkeit erklärte, am nationalen Ausgleichswerk mitzuarbeiten. Der Weg dazu sei die nationale Autonomie, welche eng verknüpft sei mit dem gleichen Wahlrecht in die Landtage. Die tschechische These von der Einheit und Unteilbarkeit des Landes Böhmen wird abgelehnt. „Für die deutsche Sozialdemokratie Böhmens gibt es keine Kronländer und kein Staatsrecht“, sondern bloß „das lebendige Recht der beiden Nationen auf Selbstbestimmung“. Als erste Maßregel zum nationalen Ausgleich erscheinen das gleiche Wahlrecht in den Landtag und national abgegrenzte Kreise. In dem Streit um die Ämter werden deutsche Beamte für die deutsche, tschechische Beamte für die tschechische Bevölkerung verlangt. Die allgemeine Doppelsprachigkeit wird als überflüssig bezeichnet. Alle Ämter der Deutschen sollen sich des Deutschen als „innerer Amtssprache“ (Sprache des Verkehrs der Ämter untereinander), alle tschechischen Ämter der tschechischen „inneren Amtssprache“ bedienen. „Womit dem Amt der Charakter eines nationalen Besitztums verliehen werden kann, ist klar, es gibt nur ein Mittel hierzu: das Amt in den Besitz der Nation überzuführen.“ (Josef Seliger.) In der Zeit der furchtbarsten Auspeitschung

der nationalen Leidenschaften, am Tage nach der Verhängung des Standrechtes über Böhmens Landeshauptstadt, da das Parlament von nationalen Stürmen widerhallte, erhob sich Viktor Adler im Abgeordnetenhause und rechnete mit den nationalen Heißspornen von beiden Seiten ab. Völl edlen Zornes rief er ihnen das Wort Grillparzers von der Humanität, die sich zur Nationalität entwickelt und bis zur Bestialität gediehen sei, entgegen. Den deutschen Nationalisten aber sagte er, daß das deutsche Volk in Oesterreich niemals seine Freiheit erringen könnte, wenn auch die anderen Nationen nicht frei würden. Wahrhaft staatsmännisch klingen die Worte Jahre später, nachdem sie gesprochen wurden: „Wir wollen für die Deutschen die Autonomie, die volle Selbstregierung von der Gemeinde bis hinauf zum Staate. Weil wir aber unser Volk hinaufführen wollen zu jener Höhe der Demokratie und Selbstregierung, darum wissen wir auch, daß wir das nie erreichen können, wenn wir nicht auch allen anderen Völkern dieselbe Selbstregierung gönnen.“ In dem wüsten Chaos fanden sich die sozialdemokratischen Abgeordneten aller Nationen noch einmal zusammen und verlangten in einem Antrage im Jänner 1909 im Abgeordnetenhause die Einsetzung eines Nationalitätenausschusses, der sich mit der Vorbereitung der Gesetzentwürfe über die Regelung der nationalen Frage im allgemeinen und des Schutzes der nationalen Minderheiten im besonderen befassen sollte. Die „bürgerlichen Parteien“, so hieß es in diesem Antrage, „haben in jahrzehntelangem Kampfe die wichtigste nationale Frage ungelöst gelassen: die Sicherung der nationalen Rechte durch Gesetze. Das Recht der Nationen beruht heute auf Verordnungen, die immer wieder für unwirksam erklärt, auf Gewohnheiten, die immer wieder durchbrochen werden, auf gerichtlichen Auslegungen, die ewig schwanken — keine Nation ist ihres Rechtes gewiß“.

Trotzdem die Nationalisten alle Leidenschaften gegen die Sozialdemokratie losgekoppelt hatten, wichen diese nicht um eine Haarsbreite von ihrer grundsätzlichen Einstellung zur nationalen Frage ab und kämpften weiter um die Freiheit aller Nationen. Im Abgeordnetenhause unterzog am 3. Juli 1909 Seliger die Politik des bürgerlichen Nationalismus einer vernichtenden Kritik. Wie sehr ist in

Erfüllung gegangen, was der Führer der deutschböhmisches Arbeiterschaft damals über die Bedrückung der tschechischen Minderheiten in Nordböhmen sagte:

„Ich behaupte als deutscher Sozialdemokrat, daß die Unterdrückung der tschechischen Minoritäten, namentlich das Verhalten der bürgerlichen Machtfaktoren im deutschen Sprachgebiet gegenüber den tschechischen Minoritäten in der Schulfrage, niemandem mehr schadet als gerade dem deutschen Volke.“

Dieser Standpunkt trug den deutschen Sozialdemokraten den Vorwurf des „nationalen Verrates“ zu. In Wirklichkeit haben sich diejenigen, welche diesen Vorwurf erhoben, an den Interessen der deutschen Nation am schwersten versündigt.

Aber der Machtkampf der Nationen, dessen Träger vor 1848 der Adel, von 1848 bis etwa 1890 das Großbürgertum gewesen war, hatte seit etwa 1890 das Kleinbürgertum und seit 1907 auch immer mehr die Arbeiterklasse ergriffen. In den beiden Parlamenten der fünf Kurien, von 1897 bis 1907, hatten die sozialdemokratischen Abgeordneten einen einheitlichen Klub mit einheitlicher Politik und Taktik gebildet. 1907 trat an die Stelle des Klubs ein Verband der Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten der Nationen. Am 26. Juni 1908 stimmten bei der Abstimmung über einen Antrag, der die Errichtung einer deutschen Kunstakademie in Prag betraf, deutsche und tschechische sozialdemokratische Abgeordnete verschieden. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich bei einer Abstimmung über doppelsprachige Tafeln im Jänner 1909 und am 30. Juni 1910 bei einem Antrage über die Errichtung tschechischer Privatschulen in Wien. Eine Auseinandersetzung zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten über das Problem der nationalen Minderheiten, welche 1909 und 1910 in dem 1907 geschaffenen wissenschaftlichen Organ der deutschen Sozialdemokratie, dem „Kampf“, geführt wurde, endete statt mit einer Annäherung, mit das Verhältnis der beiden Parteien trübenden Mißverständnissen. Bei den Wahlen 1911 hatten in zwei Wahlkreisen tschechische gegen deutsche Sozialdemokraten

kandidiert, beim Zusammentritt des neuen Hauses wurde der Verband nicht mehr erneuert, der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten machte ebenso wie der tschechische seine eigene Politik. Maßlos verschärft und vergiftet wurde aber das Verhältnis zwischen deutscher und tschechischer Sozialdemokratie durch den Kampf um die Gewerkschaften, den wir bis 1907 bereits geschildert haben und der in dem Zeitabschnitt, von dem wir jetzt erzählen, zum Ende der sozialdemokratischen Gesamtpartei und zur völligen politischen Selbständigkeit der sozialdemokratischen Parteien der österreichischen Völker führte.

Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie war die Auffassung des nationalen Problems keine einheitliche. Das trat zum ersten Male auf dem Parteitage in Reichenberg (1909) an die Öffentlichkeit. In derselben Rede, in der Straffer (Reichenberg) gegen Pernertstorfers Empfang beim Kaiser Bedenken erhob, erklärte er auch, daß er die Ansicht, wonach die Sozialdemokraten auch „gute Deutsche“ seien, für gefährlich halte. Die Partei dürfe sich nicht des Vortrages der Gegner bedienen, weil dadurch die Gegensätze zu den Nationalisten verdeckt würden. Straffer führte diese Auffassung des sogenannten „intransigenten Internationalismus“ später in einer Broschüre näher aus.<sup>3</sup> Adler betonte demgegenüber, daß die Sozialdemokraten nicht nur gute, sondern bessere Deutsche seien als ihre Gegner, daß man dem nationalen Problem nicht ausweichen dürfe, sondern es erfassen müsse. Dagegen herrschte in Bezug auf die Abwehr der Angriffe der tschechischen Sozialdemokratie im Verfolge des Kampfes um die Gewerkschaften Einmütigkeit.

So wie das gleiche Wahlrecht den Kampf der Nationen für kurze Zeit in den Hintergrund gedrängt hatte, so die Wahlreformbewegung den Kampf der deutschen mit dem größten Teil der tschechischen Arbeiter um die Gewerkschaften. Dieser Kampf trat in dem Augenblick in eine neue Phase, als die Leitung der tschechischen Sozialdemokratie den Kampf um die „autonomen“ tschechischen Gewerkschaften als eine Angelegenheit der tschechischen Sozialdemokratie erklärte. Am 27. und 28. März 1910 fand in Prag eine

<sup>3</sup> Josef Straffer: „Der Arbeiter und die Nation.“ Reichenberg 1912.

Konferenz der tschechischen Sozialdemokratie statt, in der die neue Auffassung folgendermaßen formuliert wurde:

„Die bisherige Entwicklung der Internationale wie der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei befiehlt uns geradezu, uns selbständig zu machen und die tschechische politische Bewegung mit der gewerkschaftlichen zu einheitlichem Vorgehen zu vereinigen, das allein imstande ist, wirksam die Interessen und Bedürfnisse des tschechischen Proletariats zu wahren und dieses zu einer unüberwindlichen Armee der sozialdemokratischen Internationale zu schulen.“

Damit hatte sich die Leitung der tschechischen politischen Partei mit den autonomen tschechischen Verbänden solidarisch erklärt, obwohl der größere Teil der tschechischen Arbeiter sich noch in den Zentralverbänden befand. (In den autonomen Verbänden waren 1910 etwa 50.000 Arbeiter, in den Zentralverbänden das Doppelte an tschechischen Arbeitern organisiert.) Freilich wurde das Verhalten derjenigen, welche den autonomen Verbänden nicht beitreten wollten, nicht verurteilt, „niemand darf wegen seiner abweichenden Anschauung über die Organisationsform verletzert oder verfolgt werden“, hieß es, aber dieser Beschluß hielt nicht lange vor.

Besonders scharf traten die Gegensätze sowohl zwischen deutschen und tschechischen Arbeitern als auch innerhalb der tschechischen Arbeiterschaft in Brünn hervor, wo seit einiger Zeit die von der tschechischen Sozialdemokratie dorthin entsandten Redakteure der „Kovnost“ („Gleichheit“), Blaštímil Tušar und Karl Vaněk, den erbittertesten Kampf gegen die Zentralverbände führten.<sup>4</sup> Am 3. und 4. April 1910 trat eine Landeskongress der Zentralorganisationen während in Brünn zusammen, welche, gezwungen durch die maßlosen Angriffe der „Kovnost“ und dadurch, daß dieses Blatt ausschließlich die Ansichten der Separatisten vertrat, ein Organ gründete, den „Proletár“ („Proletarier“), wo die Ansichten der Zentralisten verfochten wur-

<sup>4</sup> Tušar war von 1919 bis 1920 tschechoslowakischer Ministerpräsident und starb am 22. März 1924 in Berlin. Vaněk wurde 1919 Bürgermeister von Brünn und starb daselbst am 23. Februar 1924 als Angehöriger der kommunistischen Partei.

den. So gab es in Brünn seit dem 15. April 1910 zwei tschechische sozialdemokratische Zeitungen, die einander grimmig befehdeten. Vierzehn Tage später sahen Olmütz und Brünn bereits zwei verschiedene Maifeierkundgebungen, eine zentralistische und eine separatistische.

Von zwei Seiten wurde im Sommer 1910 der Versuch gemacht, den Streit zu schlichten. Otto Bauer machte den Vorschlag der nationalen Sektionierung der einheitlichen Gewerkschaften und die Vertretung der Gesamtpartei schlug die Einberufung einer Konferenz vor, wo die gewerkschaftlichen Streitfragen bereinigt werden sollten. Beide Versuche scheiterten. Der Vorschlag Bauers wurde von den Separatisten verworfen und die Konferenz kam nicht zu Stande, weil die tschechoslawische Sozialdemokratie die vorherige Anerkennung der autonomen Organisationen verlangte. So kam der Streit vor das höchste Forum, den Internationalen Sozialistenkongress, der vom 28. August bis 3. September 1910 in Kopenhagen tagte.

Die Wiener Reichsgewerkschaftskommission hatte, da alle Versuche die Streitfrage im Lande selbst zu bereinigen, ergebnislos geblieben waren, beschlossen, die Entscheidung des Internationalen Kongresses anzurufen, und so beschäftigte in Kopenhagen zum erstenmal eine innere Frage der österreichischen Arbeiterbewegung ein internationales sozialistisches Forum. Dem Kongress lagen zwei Anträge vor. Der eine stammte von der Wiener, der andere von der Prager Gewerkschaftskommission. In dem einen Antrag wurde die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheit festgehalten, in dem anderen vorgeschlagen, „den Antrag der Gewerkschaftskommission in Wien dem Internationalen Sozialistischen Büro als eine interne Angelegenheit der Parteien in Oesterreich zuzuweisen“. Die Anträge wurden einer Kommission zugewiesen, die drei Sitzungen abhielt. Hueber begründete den Wiener Antrag, indem er vor allem darauf hinwies, welchen Schaden es für die Arbeiterschaft bedeute, wenn deren Organisationen zersplittert, während die Unternehmer einheitlich organisiert sind. Der Separatismus bedeute eine Gefahr nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für den Sozialismus. Nemeč sprach von der Geistigkeit der tschechischen Arbeiter: „Die tschechischen Arbeiter in ihrer Mehrheit sagen: die

Sache wird in Wien gemacht, vielleicht ganz gut gemacht, aber sie wird doch eben in Wien gemacht.“ T u s a r führte aus, die Tschechen „wollen die selbständige Organisation, damit sie die tschechischen Arbeiter besser organisieren und besser für den Klassenkampf schulen können“. O t t o B a u e r erklärte den Separatismus „aus dem Geist einer Bewegung, die immer mehr nach nationaler Absonderung auf allen Gebieten strebt“. S o u f u p wieder meinte, man müsse die Internationale durch Stärkung ihrer nationalen Bestandteile stärken. V i k t o r A d l e r erbat nichts mehr, als einen Mahnruf an die Tschechen. Das Hauptargument der Zentralisten war die Notwendigkeit der einheitlichen Führung der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft, das der Separatisten die notwendige Einheit von Partei und Gewerkschaft. Die Vertreter aller Länder stellten sich auf die Seite der Wiener Kommission, so daß in der Vollziehung des Kongresses der Kommissionsreferent, der Russe P l e c h a n o f f, sagen konnte: „In der Grundfrage selbst war sich die Kommission einig und es wird kaum ein anderes Beispiel in der seltenen Einmütigkeit der Auffassung in der Internationale geben.“ V i k t o r A d l e r fand im Plenum versöhnliche Worte für die Separatisten. Bei der Abstimmung blieben die Tschechen allein: mit 222 gegen 5 Stimmen wurde der Antrag der Kommissionsmehrheit zum Beschluß erhoben. Dieser Beschluß lautete:

„Der Internationale Sozialistische Kongreß zu Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart<sup>5</sup> beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkte, daß die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staat im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist.

In vielsprachigen Staaten müssen selbstverständlich die einheitlichen Gewerkschaften den sprachlich-kulturellen Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder Rechnung tragen.

Der Kongreß erklärt ferner, daß jeder Versuch, internationale einheitliche Gewerkschaften in national-separa-

<sup>5</sup> 1907.

tistische zu zerschlagen, der Absicht dieser Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses widerspricht.

Das Internationale Sozialistische Büro und das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften werden aufgefordert, den unmittelbar interessierten Parteien ihre Dienste zur Verfügung zu stellen, um die darüber vorkommenden Konflikte zu ebnen, in einem Geiste der Verständigung und der sozialistischen Brüderlichkeit."

Gleichzeitig wurde den tschechischen Zentralisten ein Vertretungsrecht in der Internationale zuerkannt.

Wer aber geglaubt hatte, daß die Separatisten den Mahnruf der Arbeiter aller Nationen beherzigen werden, erlebte eine schwere und bittere Enttäuschung. Die tschechische sozialdemokratische Presse schrieb von deutschen und tschechischen zentralistischen Arbeitern in einer in der Arbeiterbewegung seit der Spaltung der achtziger Jahre nicht gekannten Weise. Schon einige Monate vorher hatte die separatistische Brünner „Kovnost“ die Maifeier der Zentralisten einen „Maskenzug“ genannt, die Teilnehmer der Olmüzer Feier bekamen die Beinamen „Renegaten“, „Ausfresser“ der Arbeiterschaft, „Aufrührer“, „Denunzianten und Zuträger“. Selbst ein Mann wie Anton Němec, der jahrzehntelang in engster Kampfgemeinschaft mit der deutschen Sozialdemokratie verbracht hatte, verstieg sich, kaum von Kopenhagen zurückgekehrt, dazu, im August im „Právo Lidu“, dem Hauptblatt der Partei, zu schreiben: „Was die österreichischen kapitalistischen Regierungen mit ihrem ganzen bürokratischen, politischen, gerichtlichen und militärischen Apparat nicht vermocht haben, das will die deutsche Sozialdemokratie zustande bringen: das tschechische Proletariat zum Schutze und zur Erhaltung des deutschen Charakters Oesterreichs in ihren deutschen zentralen Gewerkschaften und politischen Organisationen erhalten. In diesem Faktum muß man das Wesen unseres Streites mit den deutschen Genossen suchen.“ Wurden durch eine solche Schreibweise die tschechischen Arbeiter dem Nationalismus zugetrieben und in ihnen der Haß gegen die deutschen Arbeiter gezüchtet, so war noch folgenschwerer der Ausschluß von Funktionären der Zentralorganisationen aus der tschechoslowakischen Sozialdemokratie. Nun machte die Exekutive der Ge-

sampartei nochmals den Versuch, eine Grundlage für eine Schlichtung des so häßliche Formen angenommenen Streitens zu finden. Am 30. September beschloß die Gesamterekutive, eine Vermittlungskommission zu diesem Zwecke einzusetzen. Am 13. November trat diese Kommission in Prag zusammen. Vorsitzender war der polnische Sozialdemokrat Dr. D i a m a n t, Schriftführer der Deutsche S e l i g e r und der Tscheche T a y e r l e. Den streitenden Teilen wurde ein Antrag Adlers zur Diskussion übermittelt, in dem verlangt wurde „die Herstellung von gemeinsamen organisatorischen Einrichtungen, die sowohl die Zentralverbände als auch die separatistischen Organisationen umfassen und die Gemeinsamkeit der dazu nötigen Mittel verbürgen“. Die Separatisten ließen sich zur Beantwortung mehrere Monate Zeit. Erst am 2. März 1911 war eine separatistische Konferenz in Prag, welche die Antwort formulierte. Es wurde darin vorgeschlagen, daß in national einheitlichen Gebieten die Arbeiter der Organisation ihrer Nation anzugehören haben. In national gemischten Gebieten wird der Beitritt zu einer der Organisationen freigestellt. Dieser Vorschlag wurde in einer Konferenz der Zentralisten am 17. März abgelehnt, weil dies die Auslieferung von tausenden Arbeitern an die separatistischen Verbände zur Folge gehabt hätte. Auch der Gewerkschaftskongreß im Oktober 1910 hatte beschlossen, „an der grundsätzlichen Bedingung der einheitlichen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art sowie an der einheitlichen Verwaltung der finanziellen Mittel dieser Kämpfe festzuhalten“. Auch private Vermittlungsvorschläge von Adolf Braun und Otto Bauer, die dahin gingen, die zentralen und autonomen Verbände durch einen organisatorischen Ueberbau zu verbinden („Internationale Gewerkschaftsvereinigungen“), fanden keinen Anklang.

Deswegen wurde auch der Anregung, die damals vielfach gegeben wurde, zur Entscheidung des Gewerkschaftskonfliktes den Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie einzuberufen, nicht Rechnung getragen. In einem Artikel im „Kampf“, in welchem sich Viktor Adler mit dieser Frage beschäftigte, setzte er auseinander, daß den tschechischen Genossen der Wille zur Gemeinsamkeit fehle und diese Tatsache auf einem Gesamtparteitage festzustellen, wäre nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich. Dieser

Parteitag würde der Gemeinsamkeit mehr Hindernisse bereiten, als er Wege zu ihr schaffen könnte. Adler sprach damals das große Wort aus, daß die tschechische Sozialdemokratie „eine lebensgefährliche Phase in ihrer Entwicklung“ durchmache.

Wenige Wochen später hatte Adler Gelegenheit, in einer politischen Rede die Aufgaben auseinanderzusetzen, welche für die deutsche Sozialdemokratie aus der ganzen Lage entstanden waren. Am 25. März 1911 begrüßte Adler in Bodenbach den Landesparteitag der deutschen Sozialdemokratie Böhmens. Er sprach zunächst von den Gefahren, welche für die Gesinnung auch der deutschen Arbeiterschaft entstehen. Der Streit mit den tschechischen Sozialdemokraten trifft die deutsche Sozialdemokratie vor allem deshalb, weil auch in der deutschen Arbeiterschaft Zweifel darüber entstehen, „ob die Internationale der Arbeiterschaft ein bloßes Wort oder auch Blut und Leben und Wirklichkeit ist“. Gegenüber der damals aufgetauchten Meinung, es müsse ein neues Nationalitätenprogramm der sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs geschaffen bzw. das Brünner Programm vervollständigt werden, hob er hervor, daß dazu die Zeit so ungünstig sei wie nur je. Die deutsche Sozialdemokratie müsse die praktischen Konsequenzen aus dem Brünner Programm für sich allein ziehen, selbstverständlich in internationalem und proletarischem Geiste. „Wenn der Brand im Hause des Nachbarn wütet,“ so kennzeichnete Adler treffend das Verhältnis der beiden Parteien, „müssen wir zunächst unser eigenes Haus retten, wenn wir auch alle bereit sind, dem andern Hilfe zu leisten — der von uns freilich keine Hilfe haben will.“ Auch im Bericht des Landesvertrauensmannes Seliger nahm der Gewerkschaftsstreit einen breiten Raum ein. In der Entschließung dazu wird von der Verschärfung der Klassengegensätze in Böhmen ausgegangen und gesagt, daß die Arbeiterklasse den Ansturm der Unternehmer und bürgerlichen Parteien nur in voller Einheit abwehren könne. Deswegen werden alle Bestrebungen, die darauf abzielen, die Gewerkschaften zu zersplittern, verurteilt. Alle Parteimitglieder werden aufgefordert, „ihre ganze Verbekraft in den Dienst der internationalen Gewerkschaften zu stellen und ihre Bemühungen für die Stärkung der gewerkschaft-

lichen Organisationen des Proletariats zu verdoppeln“. Hatte sich schon früher die tschechoslawische Sozialdemokratie voll und ganz hinter die „autonomen“ Gewerkschaften gestellt, so ergriff nun auch die deutsche Sozialdemokratie im Gewerkschaftskampf in aller Form Partei. Aber in der Resolution wurde nicht vergessen, jeden Zweifel an der Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf mit der tschechischen Arbeiterschaft zu verscheuchen. „So sehr wir den Zwist in der gewerkschaftlichen Organisation und seine Wirkungen bedauern, so bleiben wir doch im Kampfe gegen Unternehmertum und Klassenstaat die treuen Verbündeten und Helfer wie der Arbeiter aller anderen Nationen, so auch des tschechischen Proletariats.“

Ablers und Seligers maßvolle Reden fanden aber weder die ungeteilte Zustimmung der Gewerkschaften, noch die des Reichenberger Flügels der Partei. Hausmann ging die Resolution zu wenig weit, ebenso Strasser. Ihnen pflichtete Jarolim bei. Schließlicb stellten Kreibich und Hausmann einen Antrag, in dem die Parteigenossen aufgefordert werden, den Separatismus überall auf das energischste zu bekämpfen und die tschechischen Zentralisten in jeder Weise zu unterstützen. Dagegen trat Adler auf: „Glauben Sie mir, wir können nichts anderes tun, als den Brand ausbrennen zu lassen, der bei den tschechischen Genossen ausgebrochen ist.“ Auch Bauer setzte auseinander, daß der Kampf gegen die Separatisten nur von den tschechischen Zentralisten geführt werden könne. Daraufhin änderte Kreibich seinen Antrag ab, so daß es zum Schlusse hieß, es sei „alles daranzusetzen, um die tschechische Arbeiterschaft über die Schädlichkeit des Separatismus aufzuklären“. In dieser Form wurde der Antrag auch angenommen. Zum Schlusse des Parteitages gab es eine peinliche Szene. Der anwesende Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie, Stivin, meldete sich zu Worte und erklärte, daß er der letzte tschechische Sozialdemokrat sei, der auf einem Landesparteitage der deutschen Sozialdemokratie spreche, wenn der Antrag Hausmann—Kreibich durchgeführt werde. Die Ausführungen des Redners wurden mit eifriger Ruhe angehört und von Seliger sofort zurückgewiesen.

In der tschechischen Arbeiterbewegung selbst war die Spaltung nicht mehr aufzuhalten. Die aus der tschechosla-

wischen Sozialdemokratie ausgeschlossenen Zentralisten betrieben aufs eifrigste die Gründung einer eigenen politischen Partei. Am 13. und 14. Mai 1911 fand in Brünn die Konstituierung der „Tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (zum Unterschied von der bisherigen „Tschechoslawischen“) statt. Die tschechoslawische Partei schob die Schuld an dieser Gründung den deutschen Genossen in die Schuhe, die Gehässigkeit in der Polemik des „Právo Lidu“ kannte keine Grenzen mehr. So wurde erklärt, daß der Sozialismus der deutschen Genossen in dem Grundsatz gipfle, der tschechische Arbeiter solle „tributpflichtig und untertänig sein der deutschen Sozialdemokratie . . . Die deutschen Genossen verlangen von uns, daß wir uns bedingungslos ihrem Diktat überall und in allem unterwerfen, wenn nicht, gehen sie gegen uns genau so gehässig vor wie unsere ärgsten Feinde“. Die deutschen Sozialdemokraten wurden den tschechischen Arbeitern als herrschsüchtige und nationale Chauvinisten hingestellt und man schreckte auch nicht vor der Verleumdung zurück, daß die deutsche Sozialdemokratie bei den Wahlen 1911 irgend jemandem gegenüber „gewisse nationale Verpflichtungen“ übernommen habe. Mit Recht konnte Otto Bauer diese Schreibweise auf dem Bodenbacher Parteitag dahin charakterisieren, daß ein tschechischer Arbeiter, der vor zwei Jahren angefangen hatte das „Právo Lidu“ zu lesen, nunmehr ein Deutschenhasser sein müßte.

Die große Auseinandersetzung über das Verhältnis zur tschechischen Sozialdemokratie erfolgte im Schoße der deutschen Partei auf dem Parteitage zu Innsbruck, die vom 31. Oktober bis 2. November 1911 durchgeführt wurde und die fesselndste Erörterung der nationalen Frage war, die je in der Sozialdemokratie Desterreichs erfolgt ist. Eingeleitet wurde sie mit einem Referat Viktor Adlers über „das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien in Desterreich“, in dem die Sorge Adlers um die Gestaltung der Zukunft zum Ausdruck kam. Er nannte den Konflikt einen ernstesten, das Leben bedrohenden. Man müsse die Frage aufwerfen, ob sich die tschechische Sozialdemokratie als die tschechische Gruppe der Internationale oder als die sozialdemokratische Gruppe innerhalb der tschechischen Parteien fühle.

Zu dieser Fragestellung zwingt die Art, wie der Kopenhagener Beschluß in den Reihen der tschechischen Sozialdemokratie aufgenommen wurde: „Das schlimmste . . . „ was uns passiert ist, das, was uns am meisten stutzig machen muß und was am wenigsten ermutigend für die Zukunft ist, das ist die Behandlung, die die Internationale nach dem Kopenhagener Kongreß nicht nur in der tschechoslavischen Presse, sondern auch in den offiziellen Kundgebungen und Betätigungen der tschechoslavischen Partei erfahren hat.“ Als taktischen Grundsatz verkündete auch in Innsbruck Adler, wie ein halbes Jahr vorher in Bodenbach, daß sich die deutsche Sozialdemokratie bemühen müsse, das internationale Bewußtsein der deutschen Arbeiter zu erhalten und daß man jeden Gang zu Vergeltungsmaßnahmen unterdrücken müsse, weil das die Arbeiter auf Jahrzehnte hinaus national vergiften würde. Adler ging in dieser Sorge um den internationalen Geist der deutschen Arbeiter so weit, daß er es als unnötig erklärte, jeden journalistischen oder rednerischen Erzeß der Separatisten den deutschen Arbeitern zur Kenntnis zu bringen. Adler war nicht dafür, alle Beziehungen zu den Tschechen abzubauen: „Ich habe noch nicht gesehen, daß man zum Zusammenschluß kommt, indem man Beziehungen abbricht.“ Ebenso war Adler nicht für die Gründung einer eigenen zentralistischen Partei der tschechischen Arbeiter. Die Zentralisten hätten den Krieg innerhalb der Partei führen sollen. Zum Schlusse gab Adler der Hoffnung Ausdruck, daß die Internationale, dank der wirtschaftlichen Notwendigkeiten, wieder aufgerichtet werden und daß die deutsche Sozialdemokratie diese schwere Aufgabe auf sich nehmen wird. Dabei werde man Geduld haben müssen. „Die Geduld ist nebst der Tapferkeit die schönste sozialdemokratische Tugend.“ In der Resolution, die Adler dem Parteitage vorlegte, wird der Separatismus „als der internationalen Grundanschauung der Sozialdemokratie widersprechend“ abgelehnt und die durch ihn bewirkte Zerschlagung der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen als praktisch verderblich erklärt. Er ist „eine ernste Gefährdung unseres politischen und gewerkschaftlichen Kampfes“ und die Partei wird die Gewerkschaftsorganisationen in ihrem Kampf gegen die Separatisten unterstützen.

„So sehr der Parteitag diese Spaltung, die eine notwendige Konsequenz der separatistischen Methode ist, bedauert, so sehr muß er die Tatsache begrüßen, daß ein erheblicher Teil der tschechischen Arbeiter den Grundsätzen der Internationale treu geblieben ist und erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie die neugegründete tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich als proletarische Bruderpartei anerkennt und daß er ihren Anspruch, in die Gesamtpartei als gleichberechtigte politische Organisation aufgenommen zu werden, unterstützen wird.“ Zum Schluß wird der Wille zur Versöhnung betont: „Den Weg zum Frieden in zäher Geduld offenzuhalten, ist die unverbrüchliche Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.“ Schließlich wird zu geeigneter Zeit die Einberufung der Reichskonferenz der Exekutiven aller sozialdemokratischen Parteien verlangt.

Zwei Tage dauerte die Debatte, an der sich zwanzig Redner beteiligten und welche die Fülle der Talente und Individualitäten an den Tag brachte, die die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs in sich barg. Der nationale Flügel der Partei ebenso wie der intransigent-internationale und das marxistische Zentrum schickten ihre besten und eindrucksvollsten Redner ins Treffen. Den Reigen eröffnete der Reichenberger Josef Straßer, der einen Antrag vorlegte, in welchem der Abbruch aller Beziehungen zu den tschechischen Separatisten und die Bildung einer neuen Gesamtpartei (ohne die Separatisten) verlangt wurde. Wie soll es der Arbeiter verstehen, fragte er, wenn die zentralistische Partei anerkannt und die separatistische ebenfalls anerkannt wird. „Wie soll er es verstehen, daß er den Separatismus als Gewerkschafter wie einen Gelben bekämpfen, im politischen Kampf aber als ebenbürtigen Parteigenossen betrachten soll?“ Wilhelm Nießner verteidigte das von der Brünner Organisation dem Parteitag vorgelegte Memorandum, worin der Standpunkt begründet wurde, die tschechische sozialdemokratische Partei (Zentralisten) als einzig berufene Vertreterin der tschechischen Arbeiterschaft anzuerkennen. Bei Lohnkämpfen und bei allen politischen Aktionen werde für die deutsche Parteiorganisation in jedem Orte die Frage aufstehen, mit welcher der beiden Organisationen sie zusammengehen solle. Man könne sich der Erkenntnis nicht verschließen, „daß der Separatismus zum

großen Teil von unserer Schwäche, unserer Nachgiebigkeit und unserer Unentschlossenheit lebt". Der Wiener Universitätsdozent Eudo Hartmann erklärte die Assimilation der Tschechen im deutschen Gebiet für zweckmäßig, weswegen man sich dafür einsetzen müßte. Domeš vertrat die Ansicht, daß sich der Separatismus in seinen programmatischen Erklärungen als sozialistisch ausbebe, in seinen Handlungen aber unsozialistisch sei. Hueber machte die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie nach Nationen für die Entstehung des Separatismus verantwortlich. Bauer führte aus, daß der Separatismus seine Werbekraft der Kraft der nationalen Ideologie verdanke. Er wandte sich scharf gegen Hartmann, der die Partei einen Weg führen wolle, der hinunterführt auf das Niveau des Separatismus. Der Abwehrkampf kann nicht geführt werden als Abwehrkampf der Deutschen gegen tschechische Eröoberer, sondern als Abwehrkampf internationaler Sozialdemokraten. Eine fesselnde Rede hielt Leuthner. Er stellte es als eine besondere Art des tschechischen Nationalismus hin, daß dieser in sich „die tätigste Angriffskraft und zugleich die Duldermiene des Verfolgten“ verknüpfe. Nustertlich erklärte, das Wesentliche sei bei einer nationalen Forderung, ob sie in den Entwicklungstendenzen des Klassenkampfes liege, ob sie „proletarischen Notwendigkeiten oder ob sie bürgerlichen Machtbedürfnissen entspricht... Das aber ist die größte Abirrung der tschechischen Sozialdemokratie, daß sie nun alles, was aus den Machtbedürfnissen der Nation als nationale Frage entsteht, bedenkenlos auch als ihre eigene Sache klassifiziert und den Kampf dafür als allgemeine sozialdemokratische Verpflichtung deklarieren möchte". Ähnlich wie Bauer wandte sich auch Seliger gegen Hartmann. Er wies dessen Ansicht, daß die Sozialdemokratie ein Interesse an der Assimilation der tschechischen Minderheiten habe, „auf das allerschärfste zurück". Die Rede Seligers ist bemerkenswert in ihrer nüchternen Einschätzung gegebener Tatsachen. Die sozialdemokratischen Parteien, so führte er aus, stehen einander als Macht zu Macht gegenüber und müssen sich über die strittigen Fragen auseinandersetzen. Es gehe nicht an, die anderen wie irregegangene Kinder auf den richtigen Weg zu leiten. „Ich glaube, ein Akt der Ausschließung der Separatisten aus der

Internationale, wenn er möglich wäre . . . wäre im letzten Grunde ein Schlag gegen uns selbst . . . Darum ist es das erste taktische Gebot für uns, Geduld zu bewahren und nichts zu unternehmen, was die Gegensätze verschärfen kann.“ R e n n e r verwies darauf, daß nun auch die tschechischen Sozialdemokraten von der Idee des böhmischen Staates erfüllt seien. „Sie können ihr Staatsrecht nicht erzwingen, so haben sie angefangen, ihr Staatsrecht zu konstruieren auf dem Boden der Gewerkschaft.“

Mit geringen Aenderungen wurde schließlich die Resolution Adler, welche die mittlere Linie zwischen den Anschauungen hielt, genehmigt. Endgültig geregelt wurde die Frage des Verhältnisses zu den tschechischen Zentralisten in einer Sitzung der Gesamtexekutive der Sozialdemokratie Oesterreichs am 20. Juni 1912, in der die neue Partei in die österreichische Internationale aufgenommen wurde. Zu dieser Sitzung waren die Vertreter der tschechoslawischen Sozialdemokratie nicht erschienen. Sie hatten die Zusammenarbeit mit den übrigen sozialdemokratischen Parteien aufgegeben. Einige Zeit später wurden die tschechischen Zentralisten auch in die Sozialistische Weltinternationale in Brüssel aufgenommen.

Nicht einmal die drohende Kriegsgefahr hat die tschechoslawische Sozialdemokratie zur Teilnahme an den Sitzungen der sozialdemokratischen Gesamtpartei Oesterreichs bewogen. So war die österreichische Internationale ein Torso — der größte Teil der tschechischen Arbeiterschaft hielt sich von ihr fern — als der Krieg über Europa hereinbrach und mit seiner eisernen Gewalt auch das Band zerriß, das die sozialistischen Parteien Europas seit der Gründung der Zweiten Internationale im Jahre 1889 fest umspannt hatte.

Wie der Ertrinkende sich an einen Strohhalm klammerte, so glaubten noch Oesterreichs Staatsmänner in der Zeit, da kriegerische Konflikte überall auftraten, da der Boden Europas erzitterte, da die erstickende Atmosphäre in den Beziehungen der Staaten das Nahen des Gewittersturmes kündete, nachholen zu können, was mehr als sechs Jahrzehnte versäumt worden war, den deutsch-tschechischen Völkerversteh durch einen Friedensschluß zu beendigen. Es war viel zu spät. Die Verständigungskonferenzen, die im Mai 1910 in Wien und Prag geführt wurden,

verliefen ergebnislos, die Hoffnung, die im September desselben Jahres auftauchte, es werde möglich sein, die Verhandlungen im böhmischen Landtage wieder aufzunehmen, erwies sich als eitel. Ein Jahr später, im September 1911, brachte man es schließlich so weit, daß eine ständige Kommission für den nationalen Ausgleich zusammentreten konnte; der neue Statthalter, der Führer des böhmischen Adels und ehemalige Ministerpräsident Fürst Franz Thun sollte das große Werk zustande bringen. Vom Herbst 1911 bis zum Frühjahr 1912 gingen die Verhandlungen weiter, die deutschen Parteien wurden insbesondere von den Lehrern gedrängt, die vom Landtag eine Erhöhung ihrer Bezüge verlangten. Mitte Mai 1912 waren die Verhandlungen abermals gescheitert, um kurze Zeit danach wieder aufgenommen zu werden und Ende Juli nochmals zu scheitern. Mitte Oktober 1913 — der Landtag des „glorreichen Königreiches“ war nicht mehr, die Verfassung des Landes mittels kaiserlicher Verordnung beseitigt — sollten wieder Verhandlungen stattfinden, die aber noch weniger erfolgreich waren; sie waren nämlich gescheitert, bevor sie begonnen hatten. Wenige Monate später entschloß sich die Regierung dazu, selbst Vorschläge zu machen. Am 23. Jänner 1914 übergab der Ministerpräsident den Parteien einige Ausgleichsvorlagen, enthaltend eine Neugestaltung der Landesordnung, eine Landtagswahlreform, welche eine Kurie der bisherigen Nichtwähler vorsah, sowie Vorlagen über den Sprachengebrauch bei staatlichen und autonomen (Landes-, Bezirks-, Gemeinde-) Behörden. Mitte Feber wurde beschlossen, die Vorlagen der Regierung in acht Subkommissionen (vier deutschen und vier tschechischen) zu beraten. Alle Vorsichtsmaßregeln waren getroffen: Die Deutschen und Tschechen sollten getrennt Beratungen abhalten und nach Abschluß ihrer Beratungen wieder mit der Regierung in Fühlung treten. Bemerkenswert bei diesen Verhandlungen war, daß von den tschechischen bürgerlichen Parteien die tschechischen Sozialdemokraten zugezogen wurden, während die deutschbürgerlichen Parteien von einer Zuziehung der deutschen Sozialdemokraten nichts wissen wollten. Trotz der Abwesenheit der deutschen Sozialdemokraten hielten sich die tschechischen Sozialdemokraten zu den Verhandlungen bereit. Nach wenigen Tagen war es frei-

lich mit den ganzen Ausgleichsverhandlungen aus. Noch einmal wurde ein Ausgleichsversuch gemacht: am 4. Juni 1914 traten in Wien die Vertreter der deutschen und tschechischen Parteien Böhmens zusammen, diesmal war auch die deutsche Sozialdemokratie und zwar durch Seliger vertreten. Am 15. Juni wurden die Verhandlungen nach Prag verlegt. Am 22. Juni kam eine Einigung dahingehend zustande, daß mit der Weiterführung der Verhandlungen ein Ausschuß von Reichsratsabgeordneten betraut werden sollte und zu diesem Zwecke der seit Monaten vertagte Reichsrat einzuberufen sei. Am 30. Juni verlangten die Tschechen die Einberufung des Landtages. Am 17. Juli traten die Vertreter der deutschen Landtagsparteien zusammen und lehnten den Vorschlag der Tschechen ab. Den Reichsrat berief der Ministerpräsident Stürgkh nicht ein. So war der letzte der kaum zählbaren Versuche, die im alten Oesterreich gemacht wurden, den Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen zustandezubringen, gescheitert.

Wenige Tage nachdem die Teilnehmer der allerletzten Ausgleichskonferenz den Beratungstisch verlassen hatten, raste die Kriegsfurie durch Europa, trat an die Stelle politischer Beratungen und Demonstrationen, Massenversammlungen und Obstruktionslärms der blutige Krieg ganzer Erdteile; an Stelle der Waffe der Kritik trat die Kritik der Waffen. In dem ungeheueren Wirbelsturm, in dem Europa mehr als vier Jahre hin- und hergeworfen und die Monarchie in Fetzen gerissen wurde, ist freilich die nationale Frage in den Sudetenländern ebensowenig einer Lösung zugeführt worden wie in den 66 Jahren von 1848 bis 1914. Nicht der feudale Absolutismus, nicht der Staat der Privilegierten, nicht die bürokratisch-militaristische Monarchie, nicht der Krieg von 1914 und nicht der Friede von 1919 haben Böhmens Schicksalsfrage einer Lösung nähergebracht. Die stärksten Entwicklungskräfte der bürgerlichen Gesellschaft haben die geschichtslosen Nationen Oesterreichs zum Leben erweckt und sie in den Kampf geführt gegen die alten historischen Völker. Das Reich, das den Türkenstürmen im 16. und 17. Jahrhundert ebenso getrotzt hatte wie den Versuchen seiner Gegner im 18. Jahrhundert, es aufzuteilen, wie der genialen Kriegskunst Napoleon Bonapartes im 19. Jahr-

hundert, war an den nationalen Kämpfen im 20. Jahrhundert zerschellt. Damit wurden die Grundlagen für den Kampf der Nationen verschoben, unter ganz anderen Bedingungen traten sich die Gegner im neuen Europa gegenüber.

#### Vierzehntes Kapitel:

#### Dem Weltkrieg entgegen!

Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft hatte zu Beginn des neuen Jahrhunderts nicht nur die Völkerkämpfe in Oesterreich verschärft, sondern auch die Gegensätze zwischen den europäischen Staaten immer mehr gesteigert. Das Streben nach Entfaltung der kapitalistischen Produktion, d. i. nach größerem Profit, führt das Bürgertum zur Beherrschung des innern Marktes mit Hilfe der Hochschutzzölle, die das Land gegen den ausländischen Kapitalismus absperrten und der Kartelle, welche die durch den Schutzzoll gebotenen Möglichkeiten der Erhöhung der Warenpreise ausnützen sollten. Aber der innere Markt, dessen Aufnahmefähigkeit in den europäischen Kulturstaaten im 19. Jahrhundert dadurch gesteigert wurde, daß die Erzeugung für den Selbstgebrauch durch die Warenproduktion fast vollständig verdrängt wird, genügt nicht mehr. In die fernsten Gebiete Asiens, Afrikas und Australiens dringt der Kapitalismus, um Absatzmärkte zu suchen, um seine Produktion zu vergrößern. Die europäischen Staaten versuchen die noch herrenlosen Länder der Welt, das heißt diejenigen Länder, die noch keinem Kapitalistenstaat gehören, unter ihre Herrschaft zu bringen, diese Länder sich als ihre wirtschaftlichen Einflusssphären zu sichern oder gar politisch als Kolonien ihrer Herrschaft zu unterwerfen, durch Export von Kapital oder Waren, Zinsen oder Unternehmergewinn aus ihnen zu ziehen. Aber der herrenlosen Länder werden immer weniger, immer größer daher die Gegensätze der kapitalistischen Staaten, die sich ihre Absatzmärkte abzugewinnen suchen. Große Heere werden aufgestellt, große Flotten ausgerüstet, um die Kapitalisten der anderen Länder abzuschrecken und einzuschüchtern. (Imperialismus.) Seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert befindet sich die Welt

in ununterbrochener Kriegsgefahr, eine Reihe von Kriegen leitet ein neues Zeitalter der Weltgeschichte ein. Haben wir von 1871 bis 1905 in Europa eine friedliche Entwicklung ohne Kriege und Revolutionen zu verzeichnen, begann seit der russischen Revolution eine neue Epoche innerer Umwälzungen und kriegerischer Ereignisse. Der russischen Revolution von 1905 folgt die persische von 1906, die türkische von 1908, die chinesische von 1912. Während der russischen Revolution erfolgt die kriegerische Auseinandersetzung zwischen Rußland und Japan 1904/5, auf Europa selbst greift die weltpolitische Spannung in der Annexionskrise 1909 über. Bald folgen die Marokkokrise 1911 und der Krieg Italiens mit der Türkei 1911/12, schließlich die beiden Balkankriege 1912/13. Das alles war das Vorspiel zum eigentlichen Trauerspiel: dem Weltkriege 1914 bis 1918.

Ende Oktober 1906 erhielt die auswärtige Politik Oesterreichs einen neuen Leiter, den Vertrauensmann des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand, den Freiherrn von Aehrenthal. Der frische Zug, den der neue Mann in die österreichische Politik brachte, erwies sich als verhängnisvoll. Eine agile, auf Mehrung der Macht Oesterreichs zielende Außenpolitik mußte dem innerlich morschen Staat zum Verhängnis werden. In Erscheinung trat die neue Politik in der Annexion Bosniens und der Herzegowina.

Schon am 27. Jänner 1907 hatte Aehrenthal in den Delegationen, jenen Parlamentsausschüssen, die ihr verfassungsmäßiges Dasein den zwischen Oesterreich und Ungarn gemeinsamen Angelegenheiten verdankten, den Bau der sogenannten Sandtschafbahn angekündigt, welche Bosnien mit Mazedonien verbinden und damit Oesterreichs Einfluß auf dem Balkan weitertragen sollte. Die Erregung darüber war in den europäischen Staatskanzleien kaum verstummt, als am 5. Oktober 1908 die völlige Besitzergreifung (Annexion) Bosniens und der Herzegowina verkündet wurde, zweier Länder, welche 1878 auf Grund der Beschlüsse der Großmächte auf dem Berliner Kongresse von Oesterreich besetzt worden waren und formal noch der Souveränität des türkischen Sultans unterstanden. Den Anlaß dazu gab die Revolution, die im Juli in der Türkei stattgefunden hatte und welche die von ihr durchgeführten

Verfassungseinrichtungen auch auf die beiden von Oesterreich besetzten Länder ausdehnen wollte. Gleichzeitig erklärte sich Bulgarien, das der Oberhoheit der Türkei unterstand, zum unabhängigen Zarat.<sup>1</sup> Der Zustimmung Rußlands und Italiens hatte sich Oesterreich versichert, indem es Rußland die Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen zugestand, während es Italien gegenüber auf gewisse Rechte, die es in Montenegro besaß, verzichtete. Dagegen wurde die Stimmung gegenüber der Monarchie in Serbien immer drohender, die erstrebte nationale Einigung des Südslawentums schien bedroht. Am 12. Oktober beschloß die serbische Skupschtina, sie erwarte von der Regierung, daß sie die bedrohten serbischen Interessen verteidigen werde, was noch eine versteckte Drohung war. Im Dezember aber erklärte der Fürst Nikita von Montenegro ganz offen, er sehe keinen anderen Ausweg als den Krieg mit Oesterreich. Serbien verlangte einen Hafen an der Adria und die Selbstverwaltung für die von Oesterreich in Besitz genommenen Gebiete. Zum Zeichen, daß es den Serben mit ihren Forderungen ernst sei, ließ sich der Kriegsminister vom Parlamente Kredite bewilligen und die Regierung rief am 13. März 1909 das zweite und dritte Aufgebot unter die Waffen. In Oesterreich, wo gleichfalls Reservisten einberufen wurden, war der Generalstab zum Krieg entschlossen; dessen Chef, Konrad von Hötzendorf, drängte dazu. Lehrenthal suchte jedoch den entstandenen Streit friedlich beizulegen. Die Sozialdemokratie arbeitete mit aller Kraft in derselben Richtung. Am 26. März brachten die sozialdemokratischen Abgeordneten einen Dringlichkeitsantrag ein, in welchem verlangt wurde, die Regierung möge ihre Bemühungen um die Erhaltung des Friedens fortsetzen. Adler, der sich damals wie auch später mit der ganzen Kraft seiner Beredsamkeit für den europäischen Frieden einsetzte, begründete den Antrag, dessen Dringlichkeit vom Hause auch angenommen wurde. Lehrenthal war es gelungen, am 28. Feber die Türken gegen eine Geldentschädigung zur Un-

<sup>1</sup> Heinrich Friedjung: „Das Zeitalter des Imperialismus 1884 bis 1914.“ Berlin. 1. Band 1919, 2. und 3. Band 1922.  
Justus S a s s a g e n : „Umriss der Weltpolitik II 1908–1914.“ Leipzig und Berlin 1916.

Richard C h a r m a t s : „Geschichte der auswärtigen Politik Oesterreichs im 19. Jahrhundert.“ Zweiter Teil. Von der Revolution bis zur Annexion (1848–1908). Leipzig und Berlin 1914.

erkenntnis der Annexion zu bewegen und am 26. März erklärte sich auch Rußland dazu bereit. Es war Lehrenthals beste Zeit, er hatte die kriegerischen Absichten der militärischen Kreise des eigenen Landes durchkreuzt und einen diplomatischen Sieg errungen: am 31. März fügte sich auch Serbien und gab — unter dem Druck der Großmächte — eine Erklärung der Anerkennung der Annexion ab.

Die militärischen Kreise, deren Wunsch, Serbien in blutigem Waffengange niederzustrecken, nicht erfüllt worden war, waren nun bemüht, für eine zweite Gelegenheit, Serbien mit Krieg zu überziehen, zu rüsten. Im Juni 1910 verlangte in Oesterreich allein der Finanzminister Bilinski für Landheer und Marine mehr als eine halbe Milliarde. Im Jänner 1911 kam die Regierung mit neuen Forderungen. Sie verlangte die stufenweise Erhöhung des Rekrutenkontingents von 103.000 auf 154.000 Mann und die Erhöhung des Militär- und Marinebudgets um ein volles Viertel. Insbesondere waren es die Forderungen für die Marine, welche von Jahr zu Jahr stiegen. 1897 hatte das Marinebudget 28 Millionen Kronen betragen, 1911 aber 123 Millionen. Vier Großkampfschiffe (Dreadnoughts) sollten gebaut werden, die allein 310 Millionen kosteten. Im Frühjahr wurde die neue Wehrvorlage verhandelt, Ende Juni hatte sie das Parlament genehmigt und den sozialdemokratischen Antrag auf durchgängige Herabsetzung der Militärdienstzeit von drei auf zwei Jahre abgelehnt. Trotz des erhöhten Rekrutenkontingents wurde die zweijährige Dienstzeit nur für einen Teil der Mannschaft festgesetzt.

Die Sozialdemokratie hatte in Versammlungen und Kundgebungen für den Frieden und gegen die Wehrreform Stellung genommen und die Bevölkerung auf die Kriegsgefahren, die aus dem Rüstungsfieber entstehen mußten, aufmerksam gemacht. Ein jahrzehntelanger Friede hatte den Glauben der Menschen an die Möglichkeit von Kriegen erschüttert, sie stumpf gemacht gegenüber den Gefahren, welche die moderne Waffentechnik in sich barg. Es war nicht leicht, die Menschen aufzurütteln und die Massen mit dem Bewußtsein der Gefahren, die Europa drohten, zu erfüllen. Daneben fand die Sozialdemokratie Zeit, sich mit dem Militarismus grundsätzlich auseinanderzusetzen. Auf dem

Parteitag von 1911 sprach Hugo Schulz über die Wehrreform. Er bezeichnete die militärischen Einrichtungen als Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlichen Staates. „So wie das Unternehmertum die Arbeitskraft der Massen für Zwecke des privaten Kapitals ausbeutet . . . so beutet der Militarismus die Wehrkraft der Massen für Zwecke des kapitalistischen Systems aus.“ Schulz legte klar die Widersprüche dieses Systems in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft auseinander: „Der grundsätzliche Widerspruch, der das Wesen des Militarismus in ein doppeltes Wesen zerfallen läßt, liegt darin, daß er zugleich ein Gewaltinstrument der herrschenden Klassen nach innen und außen sein muß, daß er von vornherein nach zwei Fronten steht und nach jeder Front eine andere Physiognomie zu zeigen geneigt ist. Nach innen gewandt ist er ein sehr vornehmer, hocharistokratischer Feudalherr . . . nach außen aber posiert er mit Vorliebe den Volksmann und nennt seine Armee das Volk in Waffen.“ Wie der Referent auseinandersetzte, habe die Sozialdemokratie nicht die Schaffung kleiner Söldnerheere anzustreben, wie es die Pazifisten wollen, sondern die Demokratisierung der Armee. „Unser Antimilitarismus ist nicht ein bloßer Gefühlsprotest gegen die Barbarei und Greuel des Molochs, sondern etwas ganz anderes. Er ist der Ausdruck unseres Strebens nach Wiedereroberung der Waffengewalt für das Volk.“ Die Taktik, welche die Sozialdemokratie dem Militarismus gegenüber zu befolgen habe, müsse darin bestehen, einerseits dem militaristischen System so wie bisher keinen Mann und keinen Groschen zu bewilligen, andererseits jede Gelegenheit zur Demokratisierung des Heeres zu benutzen, um so aus der Waffe der herrschenden Klassen eine Waffe der Arbeiterschaft zu machen.

Inzwischen waren neue Kriegsgefahren heraufgestiegen. Am 27. September 1911 war der Krieg Italiens mit der Türkei ausgebrochen, in dem es sich um den Besitz von Tripolis handelte. Da der Krieg länger dauerte, als man annahm und sich für Italien große Schwierigkeiten ergaben, das Land zu besetzen und festzuhalten, fehlte es in Militärkreisen nicht an Stimmen, die wie vorher gegen Serbien, nun gegen Italien loszuschlagen wollten. Abermals widerstand Aehrenthal diesen militärischen Einflüssen. Die

Sozialdemokratie veranstaltete überall Versammlungen, in denen gegen das Vorhaben des Generalstabes auf das schärfste protestiert wurde. Kaum aber war der italienische Feldzug gegen die Türkei beendet, da brach das Unwetter auf dem Balkan selbst mit aller Gewalt los. Im Frühjahr schon hatten unter dem Schutze Rußlands Bulgarien, Serbien und Griechenland miteinander ein Bündnis abgeschlossen, dessen Ziel die Vertreibung der Türken aus Europa war, im Oktober erklärten Montenegro und die drei anderen Nachbarstaaten der europäischen Türkei den Krieg. (Erster Balkankrieg.)

In den ersten Wochen hatte es den Anschein, als ob die Heere der Balkanstaaten die Türkei über den Haufen werfen sollten, die Aufteilung der europäischen Türkei schien unmittelbar bevorzustehen. Die österreichische Diplomatie war von der geringen Widerstandskraft der Türken überrascht. Die Heere der Verbündeten drangen dabei nicht nur gegen das Herz der Türkei, Konstantinopel, mit großer Schnelligkeit vor, sondern näherten sich auch immer mehr der Adria, und bedrohten damit den von den Regierungen Oesterreichs seit Jahrzehnten aufgerichteten Einfluß auf der Balkanhalbinsel. Am 30. Oktober 1912 erklärte nun das Wiener Kabinett, es könne der Forderung Serbiens nach einer Gebietserweiterung bis an die Adria keinesfalls zustimmen. Die Serben scherten sich um den Einspruch Oesterreichs nicht und besetzten am 10. November Metso am Adriatischen Meere. England, Frankreich und Rußland — deren enge politische Zusammenarbeit bereits Tatsache geworden war — traten geschlossen für die von Oesterreich als mit dessen Interessen unvereinbar erklärte Ueberlassung eines Adriahafens an Serbien ein, und Rußland veranstaltete eine Probemobilisierung, um den Forderungen Serbiens Nachdruck zu verleihen. Daraufhin ordnete Oesterreich die Mobilmachung der an der Grenze Rußlands befindlichen drei Armeekorps an und verstärkte die im Süden liegenden Truppen durch Einberufung von Reservemannschaft. Italiens Unterstützung sicherte sich die Monarchie durch die Erneuerung des Dreibundes. So stand sich Europa in zwei Heerlagern gegenüber. Bevor aber noch von irgend einer Seite losgeschlagen wurde, schlossen die Balkanstaaten am 3. Dezember mit der Türkei einen Wa-

fenstillstand und in London trat eine Konferenz der dortigen Botschafter der Großmächte zusammen, auf der alle strittigen Fragen bereinigt werden sollten, um so den europäischen Krieg zu verhüten.

Die deutsche Sozialdemokratie erkannte die ungeheurere Gefahr, in der Oesterreich und ganz Europa schwebten. Am 7. Oktober kam Ellenbogen in den Delegationen zu Worte und wies auf die Möglichkeiten eines Weltbrandes hin. Nach einem solchen Weltkriege würde Europa einer Wüste gleichen, aus den Ruinen des Krieges würde die soziale Revolution emporsteigen. Oesterreich müsse in der gegenwärtigen Lage eine unbedingt friedliche Politik treiben. „Das leiseste Handauflegen auf das kleinste Gebiet würde für Oesterreich einen Krieg nach drei Fronten sofort nachziehen.“ Am 15. Oktober erschien ein Aufruf aller sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs — mit Ausnahme der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, die auch hier ihre eigenen Wege ging — worin mit Besorgnis festgestellt wurde, daß die Gefahr eines Weltkrieges nie größer war als in jenen Tagen. Die Aufgaben der österreichischen Balkanpolitik wurden im Gegensatz zur Politik der Herrschenden folgendermaßen gekennzeichnet: „Die Völker Oesterreichs haben nur ein Interesse am Balkan: friedlichen Warenaustausch mit den Balkanvölkern . . . Nicht Krieg gegen Serbien, sondern Kampf gegen die agrarische Hungerpolitik — das ist die Balkanpolitik, die wir brauchen.“ In dem Augenblick, da Serbien in den türkischen Sandschak, aus dem Oesterreich 1908 seine Besatzungstruppen herausgezogen hatte, einmarschieren und die Wiener Regierung den Serben deswegen den Krieg erklären wollte, rief der Aufruf den Herrschenden zu, daß der ganze Sandschak nicht die Knochen eines österreichischen Arbeiters wert sei. Der Aufruf schloß mit der eindeutigen Lösung, in welcher die Politik der Sozialdemokratie damals zusammengefaßt werden konnte: „Der Balkan den Balkanvölkern!“ In zahllosen Versammlungen wurde dieser Standpunkt vertreten und auf dem Ende Oktober stattgefundenen Parteitag von Adler eingehend begründet. Auch er erkannte in seinem Referat über den Krieg und die Internationale bis ins einzelne die furchtbaren Folgen eines europäischen Krieges: „Wir stehen vor der Gefahr,

daß die Greuel, die sich im Kriege des Balkans zutragen, nach Europa herübergeschleppt werden, daß wir in einen Krieg hineingetrieben werden, der verwüstet, was das Resultat jahrhundertelanger Arbeit ist. Wir stehen davor, daß der jahrelange mühselige Aufbau aller Vorkehrungen, aller Maßregeln, aller Einrichtungen zur Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter in einem Moment hinweggeblasen werden von der Barbarei des Krieges. Wir stehen vor den Gefahren, daß Zehntausende und Hunderttausende bluten müssen für eine Sache, die sie nichts angeht. Ja wir stehen vor der Gefahr, daß in einer Zeit, wo die arbeitenden Schichten ohnehin durch Lebensmittelsteuerung und alles, was damit zusammenhängt, Wohnungsteuerung, das ganze Massenelend, das sich in der letzten Zeit mit geradezu gesteigerter Brutalität in jeder einzelnen Familie geltend macht, daß zu ihm noch der Krieg kommt, die Arbeitslosigkeit, deren Grenzen sich gar nicht übersehen lassen und daß unser ganzer kultureller und politischer Zustand, er möge so hoch oder so niedrig eingeschätzt werden, wie man will, zurückgeworfen werden auf unabsehbare Zeit, auf einen Standpunkt, von dem aus neue Arbeit erst in Jahrzehnten einen Wiederaufbau ermöglicht.“ Er warnte die Herrschenden vor dem Kriege, der für sie „ein Sprung ins Dunkle und Düstere, ein Sprung in das Unabsehbare“ wäre und stellte sich äußerst kritisch gegen die Türkenfreundschaft von Regierung und deutschem Bürgertum, welche die Slawen in unversöhnliche Opposition gegen den Staat trieb. „ . . . wir können meines Erachtens“, so führte Adler in richtiger Einschätzung der Entwicklungskräfte auf dem Balkan aus, „unsere Hoffnung nicht mehr setzen auf die zermorschte Macht des türkischen Reiches, sondern wir müssen unsere Hoffnungen setzen nicht auf das Vergehende und Verfallende, sondern auf das Kommende, werdende und hoffentlich kräftig werdende Volk Bulgariens und Serbiens.“ Der zum Beschluß erhobene Antrag endete ähnlich wie der kurz vorher erlassene Aufruf der Partei: „Keine Einmischung in den Balkankrieg! Der Balkan den Balkanvölkern! Erhaltung des Friedens!“

Aber nicht nur die österreichische Sozialdemokratie, auch die sozialistische Internationale war mit aller Kraft bemüht, die Kriegsgefahr abzuwenden, die Massen in den

Kampf für den Frieden zu führen. Am Sonntag den 18. November 1912 sahen Europas Hauptstädte mächtige Friedenskundgebungen des Proletariats. In Berlin sprachen an diesem Tage Jaurès, D'Grady und Renner, in Paris Scheidemann, Bernerstorfer, Vandervelde, Macdonald und Rubanowitsch, in London Frank, Anseele, Longuet, Quersch, Barnes, in Amsterdam Wolkenbuhr und Adler. Wenige Tage später traten (am 24. November) die Vertrauensmänner der Proletarier aller Länder zu einem internationalen Sozialistenkongreß im Baseler Münster zusammen. Orgelspiel leitete diese, für die meisten Teilnehmer eindrucksvollste und gewaltigste Kundgebung, an der sie in ihrem Leben teilgenommen haben, ein. Von gewaltigem Pathos und höchster sittlicher Empörung erfüllte, von glühender Beredsamkeit und überzeugender Gewalt getragene Reden folgten, die das grauenhafte Gespenst des Krieges zeichneten und die Massen zur Verteidigung der europäischen Kultur aufriefen. Die Führer des Proletariats verschiedener Länder waren es, die von der Kanzel sprachen: Haase-Deutschland, Keir Hardie-England, Grewlich-Schweiz, Sakajoff-Bulgaren, Viktor Adler-Oesterreich, Jaurès-Frankreich, Daszynski-Polen. Der Franzose Jean Jaurès, der glänzendste Redner seiner Zeit, zitierte die Worte des deutschen Dichtersfürsten Friedrich Schiller: *Vivos voco, mortuos plango, fulgura frango!* „Vivos voco — Ich rufe die Lebenden zur Verteidigung des vom Mord bedrohten Lebens. Mortuos plango — Ich beweine die ungezählten Toten, die auf den furchtbaren Schlachtfeldern am anderen Ende Europas liegen, deren Verwesungsgeruch zu uns dringt, wie die Neue über die Untaten. Fulgura frango — Ich zerschmettere die kriegerischen Blitze, die in den Wolken leuchten und Gefahr verkünden!“<sup>2</sup> An zwei Tagen — dem 24. und 25. November 1912 — berieten die Delegierten über die Kriegsgefahr. Das Ergebnis war ein Manifest, das zunächst an die früheren Beschlüsse Internationaler Kongresse in Stuttgart (1907) und Kopenhagen (1910) erinnerte, in denen die Haltung der Sozialdemokratie zum Kriege folgendermaßen umschrieben war:

<sup>2</sup> In der historischen Kundgebung haben aus Deutschböhmen teilgenommen: Karl Cermak, Oswald Hillebrand, Anton Jarolim, Frana Palme, Anton Schäfer, Josef Selliger.

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Dann wurden die Aufgaben der einzelnen sozialistischen Parteien angesichts der damaligen europäischen Lage gekennzeichnet. Am Schlusse wendet sich der Kongreß an das Proletariat der ganzen Welt:

„So wendet sich der Kongreß an Euch, Proletarier, und Sozialisten aller Länder, daß Ihr in dieser entscheidenden Stunde Euerer Stimme vernehmen laßt! Verkündet Eueren Willen in allen Formen und in allen Orten, erhebt Eueren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten, vereinigt Euch in Massen zu großen Kundgebungen, nützt alle Mittel aus, die Euch die Organisation und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Sorgt dafür, daß die Regierungen beständig den wachsamsten und leidenschaftlichsten Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen!“

So war die auswärtige Politik der Sozialdemokratie aller Nationen auf die gleiche Linie gebracht, die Kraft des Proletariats in einer Richtung in Bewegung gesetzt: sie galt der Erhaltung des Friedens. Das Prole-

tariat von 1912 und 1913 war die größte Friedensmacht, die die Welt vor dem großen Kriege am Werke sah.

Während es so vorläufig gelang, die Gefahr eines Weltbrandes abzuwenden, erreichte die Londoner Konferenz nicht ihr Ziel, dem Krieg der Balkanstaaten ein Ende zu setzen. Am 7. Jänner 1913 wurde die Konferenz ergebnislos geschlossen, da Bulgarien auf der Abtretung Adrianopels bestand, was die Türken um keinen Preis zugeben wollten. Damit begann der Krieg von neuem. (Zweiter Balkankrieg.) Bald aber sahen die Balkanstaaten, daß sie die Türkei nicht völlig niederwerfen konnten. Wohl fiel am 6. März Adrianopel, aber es gelang den Serben und Bulgaren nicht, bis zur Hauptstadt der Türkei vorzudringen. So kam es am 16. April abermals zum Waffenstillstand. Nur im Westen der Balkanhalbinsel wurde noch um Skutari gekämpft. Obwohl Oesterreich die Einverleibung Skutaris in den montenegrinischen Staat nicht zu dulden erklärt und die Botschafterkonferenz die Stadt dem neu zu gründenden albanischen Staat zugewiesen hatte, ließen die Serben und Montenegriner von der Belagerung der Stadt nicht ab. Abermals wollte der österreichische Generalstabschef Conrad an Serbien und Montenegro den Krieg erklären, und als am 23. April Skutari fiel, schien der Kriegsausbruch unmittelbar bevorzustehen. Oesterreich erklärte die Räumung Skutaris erzwingen zu wollen. Nun drängten die Großmächte den Montenegrinerfürsten Nikita nachzugeben, am 3. Mai erklärte sich dieser zur Räumung der Stadt bereit, am 14. Mai rückten die Truppen der Großmächte in das heiß umstrittene Gebiet ein. Auch die anderen zwischen den Balkanstaaten einerseits, der Türkei andererseits strittigen Fragen gelang es zu bereinigen, am 27. Mai wurde in London der Vorfriede unterzeichnet.

Aber die Völker Europas konnten nicht aufatmen. In dem Augenblick, da die Balkanstaaten der Türkei die Beute abgejagt hatten, entstand der Streit um deren Verteilung. Rußlands Vermittlung schlug fehl und die Balkanstaaten rüsteten, den Streit untereinander mit Waffengewalt auszutragen. Am 29. Mai bereits hatten Serbien und Griechenland ein Bündnis gegen ihren bisherigen Verbündeten Bulgarien abgeschlossen und auch Rumänien, das sich bisher

nicht eingemischt hatte, stellte seine Ansprüche. Am 28. Juni begann der dritte Balkankrieg. Nach vier Wochen war Bulgarien dem vereinten Ansturm seiner Gegner — Serbien, Griechenland, Rumänien — erlegen. Am 30. Juli mußte es den Waffenstillstand unterzeichnen, am 10. August den Frieden von Bukarest abschließen, der das Übergewicht Serbiens und Rumäniens auf dem Balkan festlegte.

Aber das Jahr 1913 sollte nicht zu Ende gehen, ohne nicht noch einmal Oesterreich hart an den Rand des Krieges zu führen. Die Botschafterkonferenz in London hatte, wie bereits erzählt, die Schaffung eines selbständigen Staates Albanien beschlossen, welcher indessen von Serbien besetzt war. Am 24. September machte Serbien mobil, um das Land zu behaupten, am 2. Oktober forderte die österreichisch-ungarische Regierung Serbien auf, Albanien zu räumen. Die serbische Regierung lehnte ab. Daraufhin forderte Oesterreich am 19. Oktober die Räumung binnen acht Stunden, am 20. Oktober nahm Serbien an, womit die Gefahr eines Krieges — auf einige Monate verschoben war.

Die österreichische Regierung benützte die kritische Situation der beiden Jahre 1912 und 1913 immer wieder dazu, vom Parlament die Bewilligung zu großen Rüstungsausgaben zu erhalten. Im Oktober 1912 forderte sie einen Rüstungskredit von 205 Millionen Kronen, eine für damalige Zeiten unerhört hohe Summe. Ein ernstes Anzeichen dafür, daß die Regierung mit dem Kriege rechnete, war aber die Vorlage des Kriegsleistungsgesetzes im Dezember. Durch das Gesetz wurde die Bereitstellung aller Staatsbürger bis zu 50 Jahren für Zwecke des Krieges festgelegt. Im Herbst 1913 kam die Regierung mit noch größeren Militärforderungen als ein Jahr zuvor. Für die Marine (Bau von Ueberdreadnoughts) wurden 426 Millionen, für Rekruten-Mehrkosten 150 Millionen, für die Mobilisierung 350 Millionen, zusammen fast eine Milliarde verlangt, die Anzahl der Rekruten sollte abermals um 40.000 Mann erhöht werden. Die Sozialdemokratie kämpfte mit aller Kraft gegen diesen Rüstungswahnsinn und gegen die Vergeudung des Volksvermögens, waren doch in wenigen Jahren die kostspieligsten Kriegsschiffe altes Eisen geworden. Der sonnige 1. Mai 1913 war dem Kampf gegen Rüstungen und Kriegsgefahr geweiht, in

Volkssammlungen, im Parlamente, auf Parteitagungen wurde der nimmermüde, zähe Kampf geführt. Auf dem letzten Parteitage vor dem Weltkriege, der vom 31. Oktober bis 4. November 1913 in Wien stattfand, befaßte sich Abg. Leuthner in einem mehrstündigen Referat mit den ungeheuren Rüstungen für Heer und Marine. „Der Militarismus hat von dem Staat vollständig Besitz ergriffen, er zerrüttet seine Finanzen, gräbt die Quellen der Steuerkraft ab und entzieht den sozialen und kulturellen Reformen alle Mittel, drückt die breiten Schichten des arbeitenden Volkes ins tiefste Elend und treibt sie übers Meer. Der Militarismus ist zum einzigen Inhalt unseres Staatslebens, unserer Staatstätigkeit geworden.“ Erschüttert sahen diejenigen, die den Kampf um den Frieden als den Kampf um die europäische Kultur ansahen, daß das Staatsschiff mit vollen Segeln in die Katastrophe steuere.

So bricht das Jahr des Unheils heran. Im April wurden neue Militärkredite verlangt. Für die Umbewaffnung der Artillerie, für neue Großkampfschiffe, Torpedo- und Unterseeboote sollten 426 Millionen aufgebracht werden. Die Regierung hatte bereits darauf verzichtet, die Kredite vom Abgeordnetenhaus bewilligt zu erhalten, am 24. März war eine kaiserliche Verordnung erschienen, durch welche die Regierung ermächtigt wurde, eine Anleihe von 375 Millionen Kronen aufzunehmen, die zum größten Teile Rüstungsausgaben diente. Ebenso wurde ohne Zustimmung des Parlaments das Rekrutenkontingent erhöht. Die militärische Diktatur warf ihre Schatten voraus.

Am 1. Mai 1914 erhob das Proletariat seine warnende Stimme. Es war ein düsterer Tag: kühl und regnerisch. Trotzdem war die Beteiligung der Arbeiterschaft massenhaft. Der Tag galt dem Protest gegen Kriegsrüstung und Kriegshege, dem Kampf gegen den Absolutismus, für die Demokratie, für die Selbstregierung der Völker und für die alte Forderung der Sozialdemokratie seit dem 1. Mai 1890, den Achtstundentag. In der Entschliebung wurde eine ausreichende Hilfe für die unglücklichen Opfer der Kriegskrisen der letzten Jahre verlangt. Die Hilfe, die der Staat den Arbeitslosen drei Monate später brachte, war — der Krieg.

Wenige Tage vor der Kriegserklärung, es war am 24. Juli, da das Ultimatum an Serbien ergangen war, erscholl der Ruf der Sozialdemokratie innezuhalten in dem gefährlichen Spiel, noch einmal, obzwar die Verfasser schon wußten, daß das Verhängnis kaum mehr aufzuhalten war. Es blieb nichts anderes übrig, als die Verantwortung an dem blutigen Drama vor der Geschichte festzustellen. In dem Aufruf der sozialdemokratischen Abgeordneten, der übrigens zum Teil beschlagnahmt wurde, hieß es:

„Wir sind überzeugt, daß für alles, was Oesterreich-Ungarn im Interesse des Schutzes seiner Staatlichkeit begehrt, die Erfüllung im Frieden zu erreichen war und immer noch wäre und daß keine staatliche Notwendigkeit, keine Rücksicht auch auf ihr Ansehen die Großmacht zwingt, die Bahnen der friedlichen Verständigung zu verlassen. Deshalb erklären wir im Namen der arbeitenden Klasse, erklären es als die Vertreter der deutschen Arbeiter in Oesterreich, daß wir für diesen Krieg die Verantwortung nicht übernehmen, daß wir für ihn und für alles, was ihm an furchtbar ernsten Folgen entspringen mag, denjenigen die Verantwortung zuschieben, die den verhängnisvollen Schritt, der uns vor den Krieg stellt, erfunden, unterstützt und gefördert haben.“

Die Ohren der Herrschenden waren für Warnungen taub, Oesterreichs Arbeiterklasse zu schwach, um dem Rad der Geschichte in die Speichen zu fallen. „Heute sehen wir, daß die Kräfte, die zum Kriege drängten, stärker waren als wir“. Das war die quälende Erkenntnis am Tage der Kriegserklärung.

Es war die nationale Revolution im Süden des Reiches, die den Anlaß gab zum gewaltigsten Blutvergießen, das die Welt gesehen. Aus dem Zusammenprall des nationalen Kampfes der Südslawen mit der österreichisch-ungarischen Monarchie ging der Weltkrieg hervor.<sup>3</sup>

Wie kein anderes großes Volk Europas waren die Südslawen zu Beginn des 20. Jahrhunderts staatlich zerrissen. In Oesterreich lebten Slowenen und Serbokroaten in drei Kronländer, Krain, das Küstenland und Dalmatien

<sup>3</sup> Otto Bauer: „Die österreichische Revolution.“ Wien 1923.

zersplittert, ein Teil lebte unter ungarischer Herrschaft (Kroatien), ein Teil gehörte beiden Staatshälften der Monarchie und keiner an (Bosnien und die Herzegowina), ein Teil bildete unter Serbien und Montenegro selbständige Staaten und ein Teil lebte unter türkischer Oberherrschaft in Mazedonien. Die wirtschaftliche Entwicklung des 19. Jahrhunderts hatte zunächst zum Sturz der Herrschaft der türkischen Grundherrenklasse in Alt-Serbien und zur wirtschaftlichen und politischen Befreiung des serbischen Bauern geführt. Noch bedeutamer aber war die Entstehung eines Bürgertums bei Slowenen, Kroaten und Serben, welches der Träger der nationalen Kultur, der geistige Führer des Volkes und sein Vorkämpfer im Kampfe um seine Freiheit und Einheit wurde. Das Jahr 1903 bedeutet den Beginn der südslawischen Revolution: Die Dynastie Obrenowitsch in Serbien wird gestürzt, an Stelle des dynastischen Absolutismus tritt die Herrschaft der serbischen Bürger- und Bauernklasse. In Mazedonien erheben sich die Serben gegen die Türken und in Kroatien bringt es die politische Krise an den Tag, daß der Kampf zwischen Magyaren und Kroaten in ein entscheidendes Stadium tritt. 1905 kommt es zur politischen Einigung zwischen den Serben und Kroaten, womit ein jahrzehntelanger, aus der hervorgegangener Stammeskampf sein vorläufiges Ende findet, 1912 tritt eine ähnliche politische Verständigung zwischen Kroaten und Slowenen ein. Die nationale Revolution des Südslawentums findet nun kräftige Nahrung an den Gegensätzen zwischen Serbien und Montenegro einerseits, Desterreich andererseits. Der serbisch-österreichische Handelskrieg von 1906 bringt die serbischen Bauern in schwere wirtschaftliche Not und stärkt ihren Haß gegen Desterreich. Die Annexion Bosniens 1908 und die bereits erzählten Ereignisse während der Balkankriege 1912/13 reißen den Abgrund zwischen den beiden Gegnern vollends auf. Der Krieg ist nur eine Frage der Zeit geworden, er bedarf nur eines Anlasses.

Da erschießt ein serbischer Revolutionär am 28. Juni 1914 in Sarajewo den Erzherzog-Thronfolger und seine Gemahlin. Nun halten die österreichischen Staatsmänner den Augenblick für gekommen, den gewünschten Feldzug

gegen Serbien zu unternehmen. Am 23. Juli richtet Oesterreich-Ungarn an die serbische Regierung ein Ultimatum, in welchem die gerichtliche Untersuchung gegen die an dem Anschlag beteiligten serbischen Staatsbürger unter Mitwirkung österreichischer Beamter und die Unterdrückung der auf Losreißung südslawischen Gebiets von Oesterreich-Ungarn gerichteten Bestrebungen verlangt wird. Die serbische Regierung nimmt das Ultimatum nicht in seiner Gänze an, worauf Oesterreich-Ungarn am 28. Juli Serbien den Krieg erklärt.

Die Entwicklung der europäischen Politik in den letzten Jahren aber weitet den serbisch-österreichischen Feldzug zum Weltkriege aus, die nationale Revolution des Südslawentums verbindet sich mit den weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Gegensätzen der Mächte.

Nach dem Zusammenbruch der Vorherrschaft Napoleons in Europa hatten sich in der Heiligen Allianz Rußland, Oesterreich und Preußen zusammengefunden, um die feudale Ordnung auf dem europäischen Festlande aufrechtzuerhalten. (1815.) Der Bund zwischen den absoluten Monarchien Oesterreich und Rußland, durch den noch 1849 die ungarische Revolution niedergeworfen worden war, wurde durch den Krimkrieg (1853—1856) erschüttert, in welchem Oesterreich den Russen im Kampfe gegen England und Frankreich keine Waffenhilfe leistete. Das Bündnis zwischen Oesterreich und Preußen aber ging im Kampfe um die Vorherrschaft in Deutschland in Brüche. (1866.) Aber Deutschland errang seine Einheit im Kriege gegen seinen französischen Nachbarn (1870/71) und der Gegensatz, der sich daraus zwischen den beiden Mächten ergab, übte auf die europäische Politik von 1871 bis 1914 den tiefsten Einfluß aus. Wohl gelang es Bismarck, eine Zeitlang Frankreich in Europa zu isolieren und Deutschland Bundesgenossen zu sichern. 1879 schloß er das Bündnis mit Oesterreich, welches letzteres infolge seines Gegensatzes zu Rußland auf dem Balkan einen Rückhalt brauchte. 1882 wurde dieses Bündnis durch den Beitritt Italiens zum Dreibund erweitert, weil Italien in seinem Ausdehnungsdrang in den Mittelmeerlandern auf den Widerstand Frankreichs stieß.

Aber schon zu Beginn der neunziger Jahre begannen sich die Gegner Deutschlands, dessen wirtschaftliche und

politische Macht immer mehr wuchs, zu sammeln. Während noch Bismarck trotz des Bündnisses mit Oesterreich Rußland durch den sogenannten Rückversicherungsvertrag neutralisiert hatte, erneuerte dessen Nachfolger diesen Vertrag nicht mehr und trieb Rußland in die Arme Frankreichs, so daß es zu dem für Deutschland gefährlichen Bündnis seines östlichen und westlichen Nachbarn kam. (1891.) Entscheidend aber wurde der Gegensatz zwischen Deutschland und England. Als Deutschland seinen überseeischen Besitz immer mehr ausdehnte und seine Flotte vermehrte, versuchte England, sich zunächst durch ein Bündnis zu sichern. (1902.) Als Deutschland dies ablehnte, näherte sich England den Franzosen und regelte die mit Frankreich bestehenden kolonialen Schwierigkeiten, derenwegen es 1898 beinahe zu einem Kriege Frankreichs gegen England gekommen wäre. Am 8. April 1904 kam es zwischen den beiden Staaten zur Entente cordiale, die bald darauf durch eine Militärkonvention noch gefestigt wurde. Gerade damals aber wurde das französisch-deutsche Verhältnis infolge der Marokkokrise neuerdings getrübt. (1905.) Schon damals standen England, Frankreich und Rußland zusammen und auch Italien war mehr auf seiten Frankreichs als Deutschlands. Um nun Rußland in die neue Mächtegruppierung hineinanziehen, verständigte sich England mit Rußland über die Interessen beider Staaten in Vorderasien (1907), welche ihr gegenseitiges Verhältnis seit Jahrzehnten getrübt hatten. In der Annexionskrise 1908/9, in der Marokkokrise von 1911 und während der Balkankriege hielt der neue Dreiverband fest zusammen, Europa stand sich in zwei Heerlagern gegenüber. Die Gefahr, daß bei irgend einem Streit durch das System von Bündnissen geradezu automatisch ein allgemeiner europäischer Konflikt entstehen mußte, wuchs. Dieser Fall ergab sich nach dem Ultimatum Oesterreichs an Serbien. Am 28. Juli erklärte Oesterreich den Serben den Krieg. Drei Tage später macht Rußland mobil. Am 1. August erklärt Deutschland an Rußland, am 3. August an Frankreich den Krieg. Am 4. August folgt die Kriegserklärung Englands und Belgiens an das Deutsche Reich, am 6. August die Oesterreichs an Rußland.

So wurde durch die nationale Revolution der Südslawen Oesterreich in einen Krieg gegen seinen russischen

und serbischen, bald auch montenegrinischen (7. August 1914), später italienischen (23. Mai 1915) und rumänischen (16. August 1916) Nachbarn hineingerissen. Dieser Krieg rief die nationale Revolution der übrigen Völker Oesterreich-Ungarns hervor, die zum Ende des Reiches führte. 1913 hatte Otto Bauer geschrieben: „Oesterreich wird in einen Bundesstaat autonomer Nationen verwandelt werden oder es wird aufhören zu sein.“ Als dies Dynastie und deutsches Bürgertum erkannten, war es zu spät: Oesterreich hörte auf zu sein.

### Fünfzehntes Kapitel:

#### Parteiorganisation und Parteipresse.

Nachdem der Kampf um das gleiche Wahlrecht beendet war, ging die Partei daran, ihr Haus zu bestellen. Auf dem den ersten Wahlen in das Volkshaus folgenden Parteitag (1907) gab sich die Partei ein neues Organisationsstatut. Die neue Verfassung der Partei sah die Gliederung nach Lokal-, Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen vor, wobei jedoch die Kreisorganisationen nicht unbedingt gebildet werden mußten. In Böhmen blieben sie freilich auch weiterhin der politische Schwerpunkt des Parteilebens. Die materiellen Mittel sollte die Parteizentrale weiterhin durch eine Reichsparteisteuer von zwei Hellern pro Mitglied zugewiesen erhalten, der Beitrag an die Landes-, Bezirks- und Lokalorganisation sollte wenigstens 20 Heller betragen. Die Beiträge sollten nunmehr auf Quittungskarten, die zugleich Mitgliedsbücher waren, bestätigt werden. Im Gebiete jeder Bezirksorganisation sollte — mußte aber nicht — ein politischer Verein bestehen.

Nach Abschluß des Parteitages fand eine deutschböhmisches Landeskongress statt (am 5. Oktober 1907), die für die Zukunft der Landesorganisation von entscheidender Bedeutung wurde. In dieser Konferenz gelang es nämlich, eine lebenskräftige Organisation zu schaffen. Seliger hielt eine Rede, in welcher er betonte, daß der Mangel eines starken wirtschaftlichen und politischen Zentrums für die deutschböhmisches Landesorganisation eine große Schwierigkeit bedeute. Aber dennoch sei die Landesorganisation

aus politischen und organisatorischen Gründen notwendig. Politisch schmiedete der Kampf um das Landtagswahlrecht die deutschböhmisches Organisationen zu einer Einheit. Aber auch organisatorisch brauche man die Landesorganisation. „Wohl sind die Kreisorganisationen natürliche Gebilde, die in der ökonomischen und sozialen Struktur sowie in der Parteitradition ihre feste Wurzel haben; doch wir brauchen die Landesorganisation, um das ganze Land Böhmen vollständig zu organisieren und den industriell weniger entwickelten Gebieten unsere Hilfe bringen zu können.“ Die Konferenz stimmte den Ausführungen Seligers zu und die Schaffung der Landesorganisation — die finanziell auf der Abführung von zehn Prozent der Mitgliedsbeiträge beruhte — wurde beschlossen. Gleichzeitig wurde die Einteilung der Kreise folgendermaßen festgesetzt: Trautenau-Landskron, Gablonz-Hohenelbe, Reichenberg-Tepla, Warnsdorf, Aussig, Teplitz-Saaz, Karlsbad-Eger und Südböhmen. Die Landesparteivertretung sollte aus sieben Mitgliedern bestehen, von denen vier die Exekutive und drei die Kontrolle bildeten. Sitz der Exekutive war Aussig-Teplitz. Während noch vor wenigen Jahren die politische Führung der deutschböhmisches Sozialdemokratie bei der Kreisorganisation Reichenberg gelegen war, verschob sich nun die Leitung der Landespartei teils infolge der industriellen Entwicklung des Elbegebieten sowie Nordwestböhmens, teils infolge der überragenden Persönlichkeit Josef Seligers hieher. Es konnte auch gar kein Zweifel darüber sein, daß Seliger der Vorsitzende der Landespartei werden mußte, seine Führung war unbestritten. Ihm stand als Schriftführer, später als Sekretär der Landesorganisation der vor kurzem aus Wien nach Deutschböhmen gekommene ehemalige Handlungsgelhilfe Karl C e r m a k zur Seite. Diese beiden Männer, deren Wirken im Zusammenhange noch gedacht werden muß, waren es, welche der Landesorganisation Leben eingeflüßt haben und sie betreuten, bis diese in der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik aufging (1919).<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Die übrigen Mitglieder der Landesparteivertretung waren Heinrich Dietl (Aussig), Franz Beutel (Aussig), Oswald Hillebrand (Karlsbad), Anton Schäfer (Reichenberg) und Josef Pabekt (Gablonz). Auf dem Parteitage in Aussig (1912) kamen Rotich (Aussig), Kremser (Teplitz), Reitzner (Wodenbach) und Hanni Neumann (Aussig) dazu.

Mit der formalen Schaffung der Landesorganisation waren die Schwierigkeiten nicht behoben. Erst allmählich vermochte sie sich dank der Persönlichkeit Seligers, der auf allen Kreiskonferenzen anwesend war, durchzusetzen. Für den Eingang der finanziellen Mittel wurde durch die Ausgabe einer einheitlichen Landesmarke gesorgt, welche die Kreise von der Landesexekutive zu beziehen gezwungen waren. So konnte Seliger auf dem Landesparteitag in Prag (31. Jänner und 1. Feber 1909) sagen, daß sich die Landesorganisation tief in das Bewußtsein der Parteigenossen eingegraben habe. Auf diesem Parteitag kam es auch zur Gründung neuer Kreisorganisationen, nämlich Plan-Lachau, Bodenbach-Böhm.-Leipa und Eger. In den nun bestehenden elf Kreisen gab es etwa 60 Bezirks- und 650 Lokalorganisationen mit annähernd 25.000 Organisierten.

Einen weiteren Schritt nach vorwärts machte die Parteiorganisation durch die Beschlüsse des im selben Jahre stattgefundenen Reichenberger Parteitages, wo der Entwurf Seligers die Grundlagen der Beratungen bildete. Zweierlei wurde dort festgesetzt: Es sollte der politische Verein überall die Grundlage der politischen Organisation sein und jedes Mitglied eine im ganzen Reiche gleiche Mitgliedskarte mit einer einheitlichen Beitragsmarke erhalten. Damit war die Partei erst wirklich eine straff organisierte Verwaltungseinheit mit einer leicht kontrollierbaren, gut funktionierenden Kassagebarung geworden. Die Beschlüsse des Reichenberger Parteitages wurden — es ist dies ein Beweis für die Schlagfertigkeit der Organisation — in kurzer Zeit auch durchgeführt. Vom 1. Jänner 1910 wurden die Beiträge überall mit der gleichen Marke bestätigt und bis zum nächsten Parteitage (1911) waren 88 Prozent aller Mitglieder Angehörige politischer Vereine. Die Gesamtzahl der in der deutschen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs Organisierten betrug damals fast 150.000. Finanziell von Bedeutung war die Schaffung eines Wahlfonds, der pro Mitglied mindestens zwanzig Heller vierteljährlich betrug und wovon die Hälfte dem Zentralwahlfond, die Hälfte bei der Bezirksorganisation verblieb.

Auch auf dem Landesparteitag in Bodenbach (März 1911) konnte ein weiteres Wachstum der Parteiorganisation in Deutschböhmen festgestellt werden. Die Anzahl der Be-

zirksorganisationen war in den letzten zwei Jahren von 60 auf 72, die der Parteimitglieder von weniger als 25.000 auf etwa 35.000 gestiegen. Eine wesentliche Stärkung erhielt die Landesorganisation dank der Errichtung eines selbständigen Landessekretariats, dessen Leitung in den Händen Karl Cermaks lag.

Die eintretenden ungünstigen politischen Verhältnisse — insbesondere die Verschärfung der nationalen Kämpfe — setzten nicht nur der Erfassung neuer Wählermassen durch die Sozialdemokratie ein vorläufiges Ziel (was in den Wahlen von 1911 zum Ausdruck kam), sondern brachten sogar einen leichten Rückgang in der Zahl derjenigen, welche sich durch die Entrichtung der Parteisteuer als Parteimitglieder bekannten. Der Bericht der Parteivertretung an den Wiener Parteitag von 1912 verzeichnet einen Mitgliederrückgang in einem Jahre von 146.623 auf 145.524, der noch größer gewesen wäre, wenn der Rückgang in der Anzahl der männlichen Mitglieder nicht gemildert worden wäre durch die Zunahme der weiblichen. (Abnahme der Männer um 3000, Zunahme der Frauen um 2000.) Dieser Parteitag nahm nun nochmals eine Aenderung des Parteistatuts vor. Unter anderem handelte es sich um die Wahlen der Delegierten zum Parteitage. Schon das Wiener Statut von 1907 hatte dem Delegierungsrecht der Lokalorganisationen ein Ende gemacht und dieses nur den Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen zugestanden. Nun tauchte 1912 der Gedanke des Proportionalwahlrechtes bei den Wahlen der Parteitagsabgeordneten auf. Der Parteitag hat das nicht genehmigen können. „Es wäre sehr bedauerlich,“ sagte der Referent Seitz, „wenn nicht alle Organisationen, die nach den Grundsätzen der Sozialdemokratie und für sie wirken, vertreten wären. Diese Vertretung stört aber eine rein verhältnismäßige Vertretung.“

In den letzten Jahren vor dem Kriege hielt der geringe Rückgang der Anzahl der Mitglieder an. Von 1912 auf 1913 ging die Zahl der Parteimitglieder in ganz Oesterreich von etwa 145.000 auf 142.000 zurück, davon in Böhmen von 40.294 auf 40.193, ebenso die Anzahl der Lokalorganisationen von 725 auf 691. „Wenn wir in dieser Zeit der Wirtschaftskrise, die noch ungemein verschärft worden ist durch den politischen Niedergang in Oesterreich, unsere organisa-

torische Stärke auf dieser Höhe halten konnten, so ist das wohl der beste Beweis für die innere Kraft und Stärke unserer Organisation.“ So meinte Seliger 1913. Aus der politischen Verdrossenheit konnten die Massen nicht einmal durch den leidenschaftlichen Kampf der Sozialdemokratie gegen die Kriegsgefahr aufgerüttelt werden, die Menschen ahnten nicht die Größe der Katastrophe, in die sie von den herrschenden Mächten geführt wurden.<sup>2</sup>

Einen Lichtblick auch in den letzten Jahren vor dem Kriege bedeutet das Wachstum der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Überall, wo die Möglichkeit vorhanden war, wurden freie politische Frauenorganisationen gebildet, die ihre Zentrale im Frauenreichskomitee hatten. Selbst in den Jahren 1911 bis 1914, da die Anzahl der organisierten Männer sank, stieg die Anzahl der weiblichen Parteimitglieder, die 1912 etwa 14 Prozent der Gesamtmitgliedschaft betrug. Das Blatt der sozialdemokratischen Frauen hatte vor dem Kriege eine Auflage von etwa 30.000. Seit 1912 gab es jährlich einen Frauentag, welcher der Aufzettelung der politisch noch gleichgültigen Frauen diente. Seit 1908 gab es auch in Deutschböhmen Landesfrauenkonferenzen und eine Landesfrauenorganisation. Die erste Landesvertrauensperson war Fanni Neumann (Nuffig). 1912 gab es in Deutschböhmen 71 sozialdemokratische Frauenorganisationen mit 4231 organisierten Sozialdemokratinnen.

Von ebensolcher Bedeutung wie die Frauenorganisation war für die Partei die Organisation der Jugend. Von den Anfängen der Jugendorganisation in Deutschböhmen haben wir bereits gesprochen. Im ganzen übrigen Oesterreich war die Jugendorganisation nicht stärker als in Deutschböhmen allein. Das Jahr des Aufschwunges der Jugendorganisation ist 1908. Während 1903 in ganz Deutschböhmen nur in 4 Orten, 1907 erst in 9 Orten eine Jugendorganisation bestanden hatte, schnellte 1908 die Anzahl der Gruppen auf 36 empor. Auch in den ferneren Jahren bis zum Kriegsausbruch hielt die günstige Entwicklung der Jugendorganisation an. 1911 gab es in Deutsch-

<sup>2</sup> Nicht vergessen sei, daß am 12. Feber 1913 der volkstümliche Führer der Wiener Sozialdemokratie, Franz Schühmeier, ermordet wurde. Er war den deutschböhmtischen Arbeitern aus Versammlungen, die er hier gehalten, bekannt.

Böhmen 191 sozialdemokratische Jugendgruppen, im ganzen übrigen Oesterreich nur 115. 1913 waren in Deutschböhmen 6833 Jugendliche sozialdemokratisch organisiert, im übrigen deutschen Oesterreich nur 5229. Seit dem 20. Oktober 1907, an welchem Tage die erste Landesjugendkonferenz in Königsberg an der Eger getagt hatte, gab es auch eine Landesjugendorganisation, deren erster Vertrauensmann der Auffiger Rudolf Müller war.

Aber nicht nur die jugendlichen Arbeiter, auch die Kinder des Proletariats wurden im Geiste der Gemeinschaft erzogen. Das war die besondere Aufgabe der „Kinderfreunde“, einer proletarischen Organisation, die von Graz ihren Ausgang nahm und in Böhmen 1906 zuerst im Auffiger Gebiete Fuß faßte. So wurden auch die Kinder in den erhebenden Aufstieg des Proletariats einbezogen, die Kulturerrungenschaften der Arbeiterklasse den Arbeiterkindern nutzbar gemacht.<sup>3</sup>

Seit 1907 stellte sich die Partei eine neue große Aufgabe: die systematische Bildungsarbeit unter den Parteimitgliedern. War die Partei in der Zeit der Wahlrechtskämpfe gewachsen, so galt es nun, die Neugewonnenen mit dem Sinn des Sozialismus vertraut zu machen. Durch das allmähliche Absterben der Bildungsvereine und die Zunahme der politischen Aufgaben der Partei entstand die Gefahr, daß sich die Massen einzig und allein mit den Sorgen des Alltags befassen und den wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Seit 1908 bestand bei der Parteivertretung eine eigene „Zentralstelle für das Bildungswesen“, deren tatkräftiger Leiter Dr. Robert Danneberg war. Es wurden zunächst Vortragsreihen veranstaltet, in denen nicht nur aktuelle Fragen, sondern die allgemeinen Grundlagen der sozialdemokratischen Politik erörtert wurden. 1912 wurde ein weiterer Fortschritt dadurch erzielt, daß sich auch bei den Kreis- und Bezirksorganisationen eigene Ausschüsse bildeten, deren Aufgabe die Pflege der Bildungsarbeit war. Durch Sammlung von Unterrichtsleitungen, Neueinrichtungen auf dem Gebiete der Büchereien (Vereinigung der kleinen Bü-

<sup>3</sup> Der Begründer dieser Bewegung ist Anton Krtsch (Graz), ihr erster Vorkämpfer in Böhmen Wenzel Karl (Nestomitz).

herein der verschiedenen Arbeiterorganisationen zu Zentralbibliotheken) und mehrwöchige Parteischulen wurde den Vertrauensmännern ebenso wie der Masse der Arbeiterschaft Gelegenheit geboten, auf allen Wissensgebieten Eroberungen zu machen. Die Generation sozialdemokratischer Mitglieder vor dem Weltkriege hat dadurch ihre Kenntnisse erweitert, ihr soziales Weltbild vertieft. Daß die Partei die große Aufgabe, die ihr angesichts der schlechten Schulbildung der Arbeiterschaft zufiel, erkannte, dafür seien die Worte angeführt, die der Referent über die Bildungsarbeit auf dem Parteitage von 1912 sprach: „Die verdamnte Bedürfnislosigkeit, von der schon Lassalle gesprochen hat, ist auch in geistiger Beziehung zu bekämpfen. Wir müssen die Arbeiter nicht nur nach höheren Löhnen, nach kürzerer Arbeitszeit, nach besseren Wohnungen begehrlieh machen, sondern auch nach geistigen Gütern, nach der sozialistischen Bildung, die wir für den Kampf brauchen.“ So wuchs die sozialdemokratische Bewegung nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe, sie war nicht nur an der Arbeit, das Proletariat von den wirtschaftlichen, sondern auch von den geistigen Fesseln zu befreien, in die es der Kapitalismus geschlagen hatte, die Arbeiter aus ihrer materiellen Not, sondern auch aus ihrer geistigen Enge herauszuführen.

Ein Mittel der Bildung und Aufklärung der Arbeiterschaft war seit jeher die sozialdemokratische Presse. Die Wahlrechtsbewegung brachte auch hier einen großen Aufschwung. 1904 hatte die Auflage der in Deutschböhmen ein- bis zweimal wöchentlich erscheinenden Parteipresse 22.000 betragen, 1909 aber 42.000. 1912 verfügte die Partei in ganz Oesterreich über 27 politische Blätter. In dem Jahre vor dem Kriege betrug die Durchschnittsauslage der Parteiblätter in Deutschböhmen über 46.000. 1911 stellte der in Gablonz erscheinende „Gebirgsbote“ sein Erscheinen ein,<sup>4</sup> 1909 wurde der „Volksbote“ nach Bodenbach verlegt. Seit 1911 erschien in Wien ein Massenagitationsblatt: „Das Volk.“

Das wichtigste und zugleich schwierigste Presseproblem der deutschböhmischn Sozialdemokratie war die Schaffung

<sup>4</sup> Die erste Nummer des Gablonzer „Gebirgsboten“ erschien am 22. Oktober 1896, die letzte am 29. September 1911. Der erste Redakteur war Robert Köhler.

eines sozialdemokratischen Tagblattes für Deutschböhmen, zu dem es jedoch in dem ganzen geschilderten Zeitabschnitt nicht gekommen ist, trotzdem dessen Notwendigkeit allgemein anerkannt worden war. Die Ursachen dieser Schwierigkeiten waren dieselben, die sich der Entstehung der deutschböhmisches Landespartei in den Weg gestellt hatten: die unglückliche geographische Lage des langgestreckten, zerrissenen deutschen Sprachgebietes in Böhmen und das Fehlen eines Zentrums der Arbeiterbewegung des Landes, welches stark genug gewesen wäre, die Grundlage für die Verbreitung eines täglich erscheinenden Arbeiterblattes zu werden. Seit 1901 beschäftigte, wie bereits berichtet wurde, dieses Problem die Partei. Je mehr nach 1907 die Partei in die Landespolitik eingriff, desto mehr machte sich das Fehlen eines Blattes bemerkbar, in welchem im Namen der gesamten deutschböhmisches Arbeiterschaft Tag für Tag auf das schwere Unrecht, das ihr angetan wurde, aufmerksam gemacht werden konnte. Seit 1907 gab es auch eine lebenskräftige Landespartei, die aber kein Organ hatte. Auf dem Prager Parteitag von 1909 wurde die Frage des gemeinsamen Landesorgans vom Referenten über die Parteipresse Oswald Hillebrand eingehend behandelt. „Wir haben kein Organ,“ so meinte er, „das sozusagen der sichtbare Ausdruck unseres Gesamtwillens ist.“ Wo sollte aber dieses Landesorgan erscheinen? Nach der Meinung des Referenten konnte ein Tagblatt in Deutschböhmen niemals über den Rang eines Provinzblattes hinauskommen. Es konnte nur Bedeutung erlangen, wenn es dort erschien, wo die Fäden der Politik zusammenliefen, in Prag. Auch Adler und Austerlitz sprachen sich für die Gründung eines Landesorgans aus. Gegen Prag als Erscheinungsort machte sich freilich schon die Opposition der Reichenberger geltend. In einer Resolution erklärte der Parteitag „die Schaffung eines gemeinsamen Tagblattes für Deutschböhmen für ein dringendes Erfordernis und eine zwingende Notwendigkeit der Partei.“ Die Landesparteivertretung wurde beauftragt, die Vorbereitungen zu treffen und das Ergebnis zur endgültigen Entscheidung einem neuen Landesparteitag vorzulegen. Der Frage des Erscheinungsortes wich die Resolution aus.

Die Landesparteivertretung war entschlossen, den ihr gewordenen Auftrag auszuführen. Am 6. Feber 1910 wurde die Schaffung eines Gründungsfonds für das Landesorgan beschlossen und als Datum des Erscheinens der 1. Jänner 1911 in Aussicht genommen. So schien alles in bester Ordnung.

In den Kreisen der führenden Vertrauensmänner war der Zweifel daran, ob ein täglich erscheinendes Landesorgan in Prag, wo es angesichts der geringen Zahl der deutschen Arbeiter in der Landeshauptstadt nicht die gewünschte breite Grundlage für seine Verbreitung haben konnte, niemals geschwunden. Je näher der Termin rückte, der für das Erscheinen des Blattes in Aussicht genommen war, desto stärker wurden die Bedenken. So standen sich auf dem Landesparteitag in Bodenbach (1911) verschiedene Auffassungen gegenüber. Ein Antrag Auffiger Delegierter verlangte die Herausgabe des Blattes in Prag ab 1. Oktober 1911, ein zweiter Antrag, von den Reichenbergern gestellt, bezweckte die Aufhebung des Prager Beschlusses nach Gründung eines Landesorgans. Wohl wurde der zweite Antrag abgelehnt und der erste mit Mehrheit angenommen, aber in Wirklichkeit entsprach den Wünschen der Delegierten am meisten ein Antrag Seliger = Cermak = Hillebrand, der auch einstimmig zum Beschluß erhoben wurde und der den Kreisorganisationen freigestellte, selbst an die Herausgabe eigener Tagblätter zu schreiten, wenn das gemeinsame Landesorgan bis zum 1. Oktober 1911 nicht tatsächlich erscheinen werde.

Die Wahlen in das Abgeordnetenhaus im Sommer des gleichen Jahres schufen eine Lage, welche die Herausgabe des Blattes am 1. Oktober unmöglich machte. Während der Wahlbewegung gab die Reichenberger Kreisorganisation ihr Blatt täglich heraus, wobei es auch nach den Wahlen blieb. (Das Blatt führte den Namen „Vorwärts“.) Damit war die Gründung eines gemeinsamen Tagblattes der Sozialdemokratie Deutschböhmens unmöglich geworden, dem Landesparteitag von Auffig 1912 blieb nichts anderes übrig, als „die Herausgabe eines gemeinsamen Tagblattes für Deutschböhmien gegenwärtig für undurchführbar“ zu erklären.

In der Unmöglichkeit der Schaffung eines gemeinsamen Organes spiegeln sich die Schwierigkeiten des politischen Wirkens der Sozialdemokratie Deutschböhmens anschaulich in dem hier geschilderten Zeitabschnitt und in den späteren Epochen ihrer Geschichte wieder.

## Sechzehntes Kapitel:

### Josef Seliger und Karl Čermak.

Seit der Jahrhundertwende trat innerhalb der Vertrauensmänner der deutschböhmisches Arbeiterschaft Josef Seligers starke Persönlichkeit immer mehr in den Vordergrund, seit dem siegreichen Kampf um das allgemeine Wahlrecht war er der unbestrittene Führer, der es blieb bis zu seinem Tode. In ihm verkörpert sich der Aufstieg der Arbeiterklasse seines Heimatlandes, sein Leben ist ein Stück Arbeiterbewegung selbst, seine Persönlichkeit hat in der Politik der deutschböhmisches Arbeiterklasse tiefe Spuren gezogen. Eine Geschichte der Sozialdemokratie Böhmens wäre Stückwerk, ohne daß man des Lebens und Wirkens ihrer stärksten geistigen Kraft gedenken würde.

Durch die Wirtschaftsentwicklung und wohl auch durch eigene Schuld war das trotzige Bauerngeschlecht der Seliger, das jahrhundertlang in Preußisch-Schlesien gewesen war, um Haus und Hof gekommen, die kapitalistische Hausindustrie bot ihm harten Lebenserwerb.<sup>1</sup> Seligers Vater, der den gleichen Namen trug, hatte in unermüdlicher Arbeitsfron in Schönborn bei Reichenberg dem Walde ein schmales Ackerstück abgerungen und darauf ein Haus gebaut. Wenn er um sechs Uhr morgens in die Spinnerei ging, hatte er schon auf dem Felde gearbeitet. Ihm half seine gleich arbeitssame wie empfindsame Frau Anna, die ihr reiches Gemütsleben auf ihren Sohn Josef vererbte. In dem einsamen, am Waldrande gelegenen Häuschen, von dessen Fenstern man die Türme der Stadt Reichenberg sah, erblickte dieser am 17. Feber 1870 als sechstes Kind seiner Eltern das Licht der Welt. In der zweiklassigen Schule seines Heimatortes genöß der wißbegierige Knabe seine Ausbildung, ein Jahr

<sup>1</sup> Emil Strauß: „Josef Seligers Anfänge.“ „Sozialdemokrat“ (Prag) 18. Oktober 1928.

lang war er bei einer tschechischen Familie in der Nähe von Jungbunzlau, wo er auch die Schule besuchte. Noch in der Schulzeit mußte er die Schwere des Lebens für den Arbeiter der kapitalistischen Gesellschaft erkennen und nach Schluß des Unterrichtes am väterlichen Webstuhl für den Unterhalt der Familie mitforsorgen. Gerne hätte er nach dem Austritt aus der Volksschule weiterstudiert — die Mittel der Familie reichten nicht dazu. Voll Bitternis darob erfüllt, mußte er den väterlichen Beruf ergreifen, erst am häuslichen Webstuhl, später in der Fabrik in einem Nachbarorte sich sein Brot verdienen.

Aus der Zeit des Handwerks hatte sich der Brauch herübergerettet, daß der Bursche, der seine Lehrlingszeit hinter sich hatte, zum Wanderstab griff. So wie für die Arbeiterführer des Geschlechtes vor ihm, wurde auch die Zeit der Wanderschaft für Josef Seliger entscheidend. 1887 und 1888 arbeitete er in Deutschland, wo die Arbeiterschaft weit vorgeschrittener und klassenbewußter war und wo Seliger den ganzen staatlichen Machtapparat als Instrument der Klassenherrschaft kennen lernte. So wurde sein Klassenbewußtsein, das sich zum erstenmal in einem nationalen Turnverein aufgebäumt hatte, als ein paar Bürgerjöhuchen sich vom Kinde des armen Webers das „Du“ verboten, gestärkt und vertieft. Nach seiner Rückkehr in die Heimat sehen wir ihn schon im Arbeitergesangverein und im Arbeiterbildungsverein. Von nun an suchte er Geselligkeit und Geistesbildung in den Organisationen seiner Klasse.

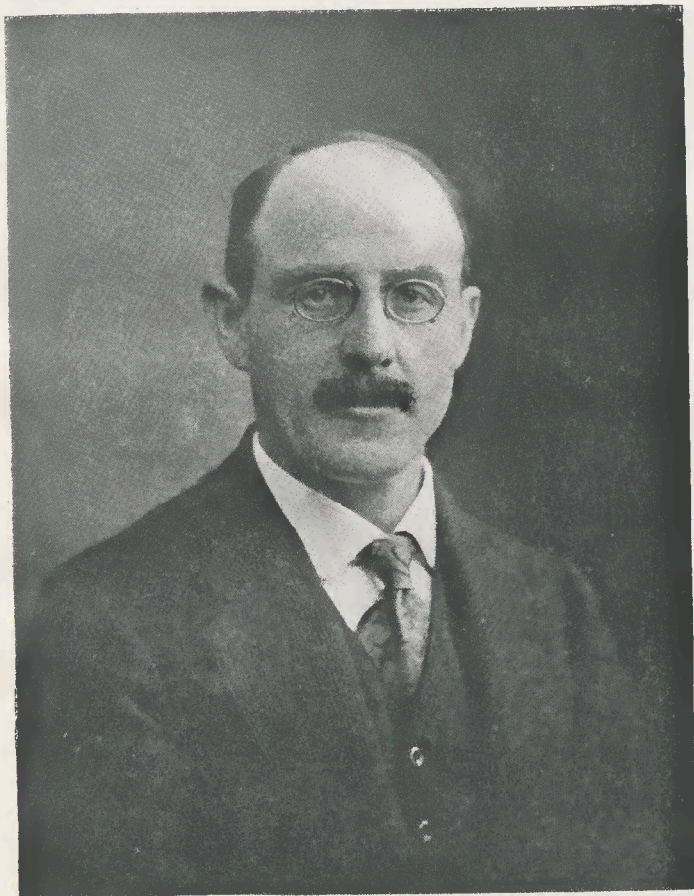
In die Zeit der Wiedervereinigung der einundeinhalb Jahrzehnte von Bruderkämpfen zerspaltenen Arbeiterbewegung fallen Josef Seligers politische Anfänge. Der mächtige Strom der Begeisterung, der damals durch alt und jung ging, hat auch ihn mitgerissen und ihm alle Qualen tragen geholfen, welche ein engstirniges Unternehmertum gerade für die Begabtesten unter den Arbeitern übrig hatte, bloß weil sie hell auszusprechen den Mut hatten, was die andern dunkel empfanden. So wurde er von Fabrik zu Fabrik gejagt und mußte sich eine Zeitlang als Kellner im Wirtshause einer Kleinstadt fortbringen. Gerade in jener Zeit hat er unablässig daran gearbeitet, die Lücken seiner Geistesbildung auszufüllen. Bald war er so weit, daß er

den anderen etwas zu sagen mußte. Zum ersten Male ist er am 30. November 1890, noch nicht 21 Jahre alt, aufgetreten.<sup>2</sup> Die führenden Vertrauensmänner horchten auf, als sie den jungen Textilarbeiter von Spinoza und Kant reden hörten. Bald drang sein Ruf über die Grenzen des engen heimatlichen Gebietes hinaus, 1892 spricht er schon in der weiteren Umgebung Reichenbergs, 1893 sogar schon in Westböhmen. Den Teplitzer Vertrauensmännern hatte der feurige Jüngling in einer großen Versammlung, die am 20. August 1893 in Kleinaugezd bei Teplitz stattgefunden hatte, so gefallen, daß sie ihn nach Teplitz beriefen.<sup>3</sup> Seit November 1893 stand er tagsüber hinter dem Verkaufstisch des kleinen Konsumvereinsladens in Eichwald bei Teplitz, während er abends in Versammlungen abgearbeiteten aber hoffenden Menschen das Evangelium ihrer Sendung predigte. Lange sollte Seliger freilich Mehl und Zucker nicht verkaufen. Schon im Feber 1894 vertauschte er das Ladenpult mit dem Redaktionstisch. Am 15. Feber 1894 erschien die erste Nummer der „Volksstimme“, mit ganzen 30 Gulden „Gründungskapital“ ins Leben gerufen. Welche Vorstellung der 24jährige Redakteur von seiner Aufgabe hatte, zeigt das Programm, das er in der ersten Folge der „Volksstimme“ entwickelte: „Sie wird, indem sie die Lupe der Kritik an die Einrichtungen des heutigen Gesellschaftslebens setzt, rücksichtslos die Schäden und Gebrechen, unter denen das Volk zu leiden verurteilt ist, klarlegen, sowie dieselben auf ihre wahren Ursachen zurückführen. Dabei wird sie aber auch die Wege angeben, welche das Volk zu wandeln hat, um aus diesem Leben voll Elend, voll Entbehrung und Knechtschaft zu einem wahren und freien Menschentum zu gelangen.“ Seine Belesenheit erhellt daraus, daß er zu Zeugen für seine Ausführungen schon in den ersten Nummern des Blattes Shakespeare, Heine und Herwegh aufruft und seine historischen Kenntnisse gehen daraus hervor, daß er die Massen durch die Erinnerung an die Geschichte der großen französischen Revolution zu entflammen sucht.

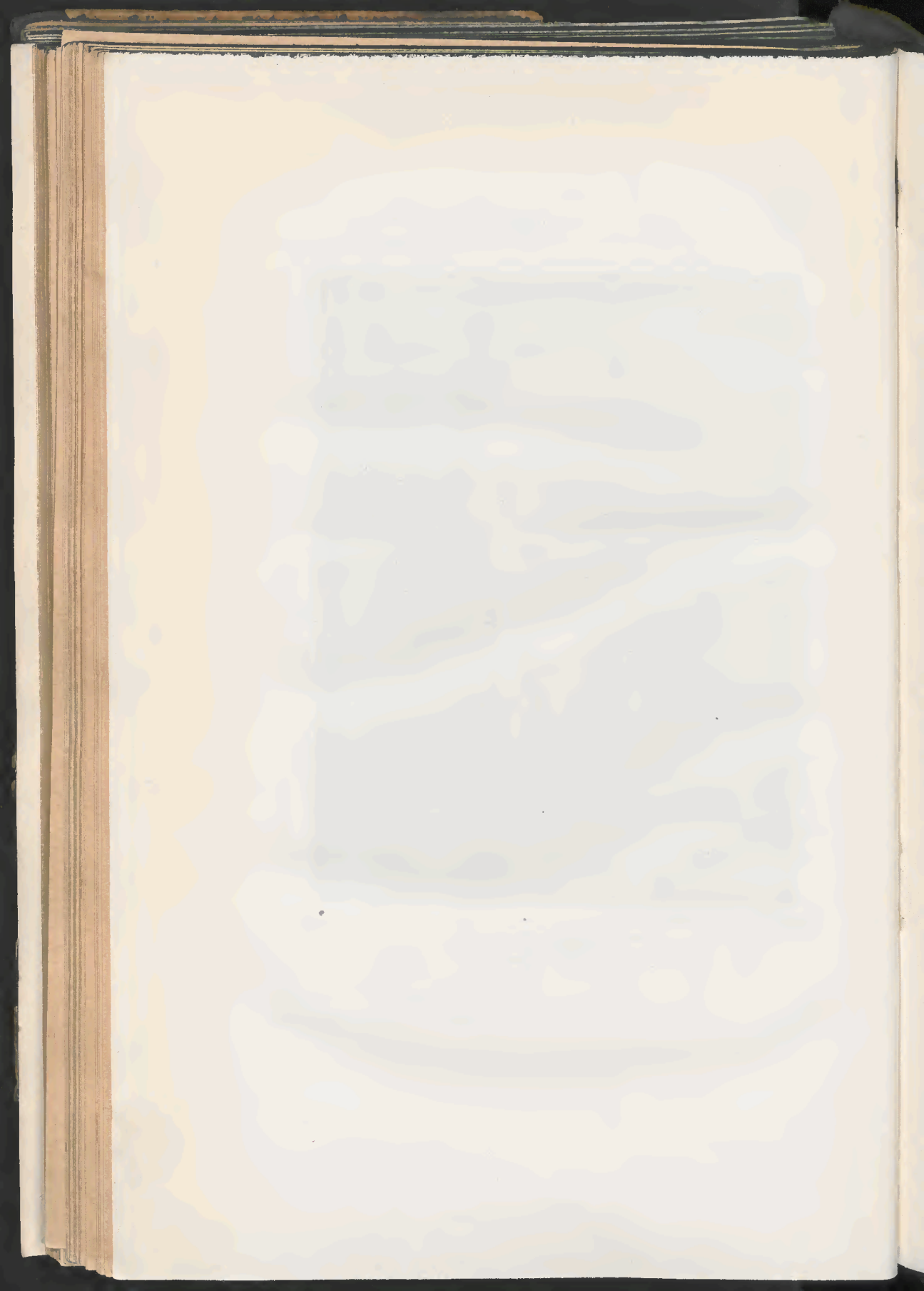
<sup>2</sup> In Ratibendorf bei Reichenberg.

<sup>3</sup> Kurz vor seiner Uebersiedlung nach Teplitz hatte er — am 4. Juni 1893 — geberetet. Für Seligers Berufung nach Teplitz waren auch die tschechischen Arbeiter eingetreten. Siehe F. Cajthaml-Liberté: Jak jsme se s Němci rozešli. „Právo Lidu“ (Prag) vom 28. Feber 1926.

Wenn die Stadt einen neuen Bürgermeister bekommt, hält er den Lesern einen geschichtsmaterialistischen Vortrag über die Bedeutung der Persönlichkeit im öffentlichen Leben, naht ein Feiertag, erörtert er die Haltung der Sozialdemokratie zur Religion, wird das Budget beraten, klärt er die Arbeiter über ihr Interesse an Staatshaushalt und Steuergesetzgebung auf, wenn die Getreidepreise steigen, ist dies ein Anlaß, über die Funktion der Börse zu schreiben, wenn die Völker hinten in der Türkei aufeinander schlagen (türkisch-griechischer Krieg 1897), erläutert er die Bedeutung der auswärtigen Politik für das Proletariat. Ueber den Rahmen der politischen Journalistik hinausgreifend, läßt er Literatur und Kunst nicht außer acht und widmet der Erstausführung von Hauptmanns „Webern“ eine eingehende Betrachtung. Mit eisernem Fleiß eignet er sich — der zur Zeit der Uebernahme der Redaktion mit den Schwierigkeiten der Sprache, ja der Rechtschreibung zu kämpfen hatte — die völlige Beherrschung seiner Muttersprache an, seine Darstellungsweise wird lebhaft und anschaulich. So hielt er dem sterbenden Vierkurienparlament 1896 folgenden Nachruf: „So schmäzlich es gelebt, so jammervoll elend geht es in den Tod. Kraft- und saftlos sieht es dahin, wie ein alter lebensmüder Greis, der an Marasmus zugrunde geht und dessen Leib den üblen, penetranten Geruch der Fäulnis um sich verbreitet, noch ehe er verscharrt ist. Und wie zum Hohngelächter erhält es seinen Totenschein schon ausgestellt, noch ehe es eigentlich gestorben ist. Schwarz auf weiß wird ihm bestätigt, daß sein Lebensfaden abgeschnitten ist.“ (Die Wahlreform war nämlich schon Gesetz geworden.) Treffend spöttelt auch Seliger über den nationalen Streit in Oesterreich: „Wie der Hund, der nach seinem Schwanz haßt, drehen wir uns seit mehr als einem Jahre im Kreise um den Sprachenstreit herum und wenn wir einen Moment innehalten, bemerken wir, daß wir um keinen Schritt weitergekommen sind, was uns in diesem komischen Lande trotz allem nicht daran hindert, den Kreiseltanz von neuem zu beginnen.“ Sittliche Empörung führt seine Feder, wenn er des Arbeitslosen Erwähnung tut. „Schwerer als den Verbrecher die Verurteilung zu langjährigem schweren Kerker, schwerer und härter trifft oft den Arbeiter das Los des Hinausgeworfenseins aufs Pflaster, trifft ihn das

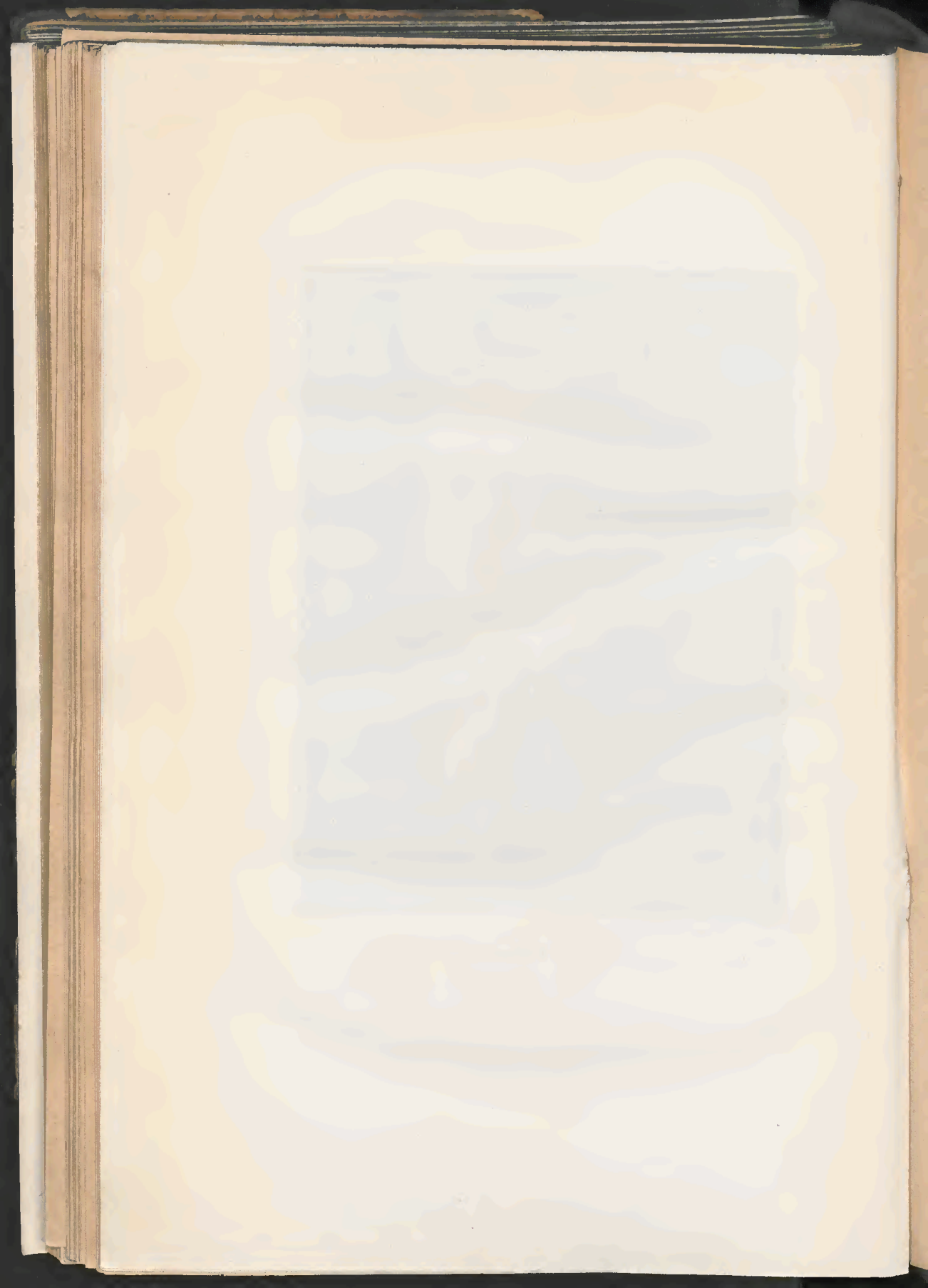


Jožef Seliger  
1870—1920





Karl Čermak  
1881—1924



Urteil der aufgezwungenen Arbeitslosigkeit . . . . Die bürgerliche Gesellschaft jedoch mag es nicht leiden, wenn das Elend hervorkommt aus seinen Höhlen und Winkeln, wenn es hinzutreten wagt vor diese Gesellschaft, und darum hat sie auch ihre bestellten und bezahlten Organe, welche bei jeder Gelegenheit es verhindern sollen, daß die Arbeiter sich zusammenfinden, um ihr Elend zu zeigen.“ Aus dem mit den ärmlichsten Mitteln erhaltenen Blatte — wie oft war kein Geld da, den kärglichen Wochenlohn des Redakteurs zu zahlen — sprach der unerschütterliche Glaube an die Sieghaftigkeit der sozialistischen Idee: „Das arbeitende Volk wird nicht eher ruhen, bis ein Maienitag gekommen ist, wo jeder Klassenunterschied aufgehört hat, wo die Menschen sich als freie, gleichberechtigte und glückliche Wesen betrachten können und wo von der letzten Turmspitze dieser Erde das Banner der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Gleichheit wehen wird.“ Der wissenschaftliche Sozialismus war ihm kein totes Schema, er konnte für das, was schon vor ihm ähnlich ausgesprochen wurde, als Journalist immer neue Wendungen finden. So schrieb er einst anlässlich des Gedenktages der Revolution von 1848: „Die Ideale der bürgerlichen Demokratie sind durch die Dampfshlote und Eßsen der Fabriken längst in die Wolken hinauf verpufft.“ Von tiefer Erkenntnis des österreichischen Problems zeugt der Satz, den er 1897 schrieb, als man inmitten des wüsten nationalen Chaos nach einer eisernen Hand rief, welche die zerfahrenen Verhältnisse in Ordnung bringen sollte: Für Oesterreich sei nicht eine eiserne Hand, sondern ein kluger Kopf notwendig. Mit leidenschaftlicher Gründlichkeit, Unermüdblichkeit und Geschicklichkeit bekämpfte er gewisse lokale Mißstände, zog gegen die einflußreichsten Menschen des bürgerlichen Lebens zu Felde und freute sich, wenn im Kampfe die Splitter flogen. Seine scharfe Feder brachte ihn oft mit dem Gerichte in Streit. Schon 1894 büßte er eine dreiwöchige Arreststrafe ab, die er einem Artikel über das Wahlunrecht zu verdanken hatte. Die längste Gefängnisstrafe traf ihn wegen eines Artikels über eine Gemeindeangelegenheit: Vom 17. November 1899 bis zum 2. Juni 1900 saß er im Teplitzer Bezirksgericht, wohl dem fidelestem Gefängnis, das damals in Böhmen bestand und wo kürzere oder längere Urlaube nichts Ungewöhnliches waren.

Ein ehrendes Denkmal für Josef Seliger wird stets seine Haltung in der nationalen Frage bleiben. Schon 1894 verteidigte er anlässlich der Eröffnung einer einklassigen tschechischen Schule in Teplitz das Recht der tschechischen Bevölkerung gegen das dortige Bürgerblatt. 1896 schüttete er die volle Schale seines Zornes und Hohnes über die Liberalen aus, die vor den Behörden auf den Knien rutschten, um das Verbot einer tschechischen Versammlung zu erwirken. Wir werden noch sehen, wie er seiner grundsätzlichen Stellungnahme zum nationalen Problem treu geblieben ist und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung zu Zeiten der Herrschaft des deutschen ebenso wie des tschechischen Bürgertums verfochten hat.

Aber Seliger war nicht nur Journalist, sondern auch Agitator und Organisator. Jahrelang ist er Woche für Woche, beinahe Tag für Tag in Versammlungen hinausgezogen, hat in Sitzungen alle Sorgen der Arbeiterbewegung erwogen, hat den Gewerkschaften sein Augenmerk gewidmet — er war jahrlang Obmann der Gruppe der Textilarbeiter in Teplitz —, betreute die Krankenkassa des Teplitzer Bezirkes jahrzehntelang als Obmann und ebenso den Teplitzer Arbeiterkonsumverein.

So rückte er in den Reihen der Vertrauensmänner der österreichischen Sozialdemokratie immer mehr in den Vordergrund: 1894 hat der damals 24jährige auf einem Parteitage mit großer Bedachtsamkeit die schwierige Frage des Generalstreiks erörtert, von da an fehlte er auf keiner größeren Tagung der österreichischen Arbeiterschaft. 27jährig wird er schon Mitglied der Parteikontrolle, mit 28 Jahren ist er Parteitage referent über die deutschnationale Bewegung, wobei er für den Führer dieser Partei, Karl Hermann Wolf, den Spitznamen „Maulherkules“ prägt. Daß er aber einer der ersten Vertrauensmänner der Partei geworden ist, tritt auf dem historischen Brünner Parteitage (1899) besonders deutlich hervor, wo dem 29jährigen die Ehre zuteil wird, der Referent über den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, die Nationalitätenfrage, zu sein.

Gerade dieser rasche Aufstieg aber führte zum vorübergehenden Aufgeben seiner Teplitzer Stellung. Streitigkeiten mit Vertrauensmännern der Teplitzer Kreisorganisation

— insbesondere mit dem damaligen Reichsratsabgeordneten Eduard Zeller, der Seliger sowohl an Festigkeit des Charakters als auch an Begabung nachstand — zwangen ihn, seine Tätigkeit anderswohin zu verlegen. Er ging nach seiner Heimat Reichenberg, wo er seit Anfang Juli 1900 als Redakteur des „Freigeist“ tätig war.<sup>4</sup> Aber auch dort war seines Bleibens nicht lange, weil er alles, was ihm für die Arbeiterbewegung nützlich schien, mit ungestüme Leidenschaft verwirklichen wollte. So schied er schon im November von Reichenberg und nahm eine Parteistellung außerhalb Böhmens, in Floridsdorf bei Wien an. Das Wirken in Niederösterreich gehörte nicht zu den schönsten Erinnerungen seines Lebens. „Mein rechtes Arbeitsfeld ist es nicht“, schrieb er damals in einem Briefe an seinen Freund.<sup>5</sup> Eine verzweifelte Stimmung bemächtigte sich seiner. Wenn er nicht in voller Tätigkeit sein konnte, hatte er keine Freude am Leben. „Ich habe weder Lust zum Faulenzen, noch entspricht es meiner Neigung, mich dafür von der Partei bezahlen zu lassen.“<sup>6</sup> Es war für ihn eine Erlösung, als er wieder nach Böhmen zurückgehen konnte. Vom Mai 1901 wirkte er in Komotau als Sekretär der Eisenbahnerorganisation, bis ihn die Teplitzer im Herbst wieder zur Leitung der „Freiheit“, die an Stelle der „Volksstimme“ getreten war, zurückriefen. Von da an blieb er bis an sein Lebensende der unbestrittene Führer der Arbeiterschaft nicht nur des dortigen Gebietes, sondern des deutschen Proletariats Böhmens überhaupt.

Das kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß er seit 1901 bei jeder in Teplitz stattfindenden Wahl, sei es in den Landtag oder in den Reichsrat, als Kandidat der Sozialdemokratie auftritt. Ob die Wahl für ihn aussichtsvoll war oder nicht, er hat sich in den Wahlkampf mit voller Kraft gestürzt und das bei Wahlen rege politische Interesse zur Aufrüttelung der Massen benutzt. Bei den Wahlen in das Abgeordnetenhaus 1901 unterlag er in dem Teplitzer Städtebezirk ebenso wie im Landgemeindebezirk Teplitz—Dux—Bilin bei den Landtagswahlen. Bei einer Ersatzwahl

<sup>4</sup> Bemerkenswert ist, daß er dort die Frage der Schaffung eines sozialdemokratischen Tagblattes in Deutschböhmen aufwarf.

<sup>5</sup> Brief an Franz J. Fellinghaner in Weisert vom 9. Feber 1901.

<sup>6</sup> An ebendenselben am 8. April 1901.

in den Landtag 1902 und bei den allgemeinen Landtagswahlen 1908 verlor er die Schlacht immer wieder gegen den Führer der Deutschnationalen, Karl Hermann Wolf. Einen glänzenden Sieg erfocht er jedoch bei den ersten Wahlen nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht 1907, wo er den industriellen Landgemeindebezirk im ersten Wahlgang eroberte. Auch 1911 hielt er das Mandat für die Partei fest. Er hat immer den engsten Kontakt mit den Wählern gesucht, sein Wirken war in dieser Hinsicht beispielgebend. Sofort nach seiner Wahl hielt er eine große Wählerversammlung ab, und kaum war die erste Session des neuen Parlaments geschlossen, eilte er in seinem Wahlbezirke von Ort zu Ort, um seinen Wählern Rechenschaft abzulegen. Er hat jahrelang jede Sitzungspause von zwei oder drei Tagen dazu benutzt, um die Reise von Wien nach Tepliz zu unternehmen und mit den Vertrauensmännern im besonderen sowie mit der Arbeiterschaft im allgemeinen in Verbindung zu sein. Seliger hat im Parlament viel gelernt, er dringt in seiner Auffassung der politischen Probleme tiefer, seine Reden und Aufsätze werden gehaltvoller. Immer bleibt er Journalist mit Leib und Seele, immer hat er das Bedürfnis von dem, was er gesehen und gelernt, den Arbeitern zu erzählen. Im Juni 1908 zeigte die Regierung den Mitgliedern der Delegationen die Werften und Kriegsschiffe der österreichischen Marine, um die Volksvertreter den Wünschen der Marineverwaltung gefügiger zu machen. Seliger wurde durch das Gesehene nicht aus einem Saulus ein Paulus. Wie er schrieb, hat das Gesehene in ihm „auß neue die Ueberzeugung gekräftigt, daß es keine größere Kulturarbeit geben kann als die, den Kampf gegen den Krieg bis zu dessen völliger Ausrottung mit allen gebotenen Mitteln und mit ganzer Energie zu führen . . . . So konnten die Delegierten der Reihe nach beobachten, wie der Marinismus durch Tausende fleißige Hände ungeheuerere Werte schafft, wie er in Riesennengen von Stahl und Eisen die Kräfte und den Schweiß von Menschenlegionen aufstapelt und wie er dann die metallenen Kolosse dazu verwendet, die Kulturarbeit ganzer Generationen von Geschlechtern und die Menschen selbst zu Tausenden mit einem Schlage zu vernichten und wie er weiter sinnt und schafft, um immer mehr und mehr die Technik des Menschen-

mordes und der Kulturvernichtung zu vervollkommen und immer raffiniertere Methoden dieses traurigen Metiers ausbildet.“

Sein Wirken in der Zeit, da er Abgeordneter des Wiener Reichsrates war, war umfassend innerhalb und außerhalb des Parlaments. Seit 1907 war er als Vorsitzender der Landesparteivertretung offiziell der Führer der deutschen Sozialdemokratie des Landes und auch im Parlament innerhalb der sozialdemokratischen Abgeordneten und den Gegnern gegenüber der Repräsentant der deutschen Arbeiterschaft Böhmens. Als solcher hat er in Zeitungen und Zeitschriften ebenso wie bei Konferenzen, Parteitagen und im Parlament zu allen Fragen, die das Interesse der deutschböhmisches Arbeiterschaft berührten, das Wort ergriffen. In der kurzen Lebensskizze, die hier gegeben werden kann, kann die Vielfältigkeit dieses Wirkens im einzelnen gar nicht aufgezeigt werden, umsomehr, als in den vorhergehenden Kapiteln der Stellungnahme Seligers zu den verschiedensten Problemen der österreichischen Politik öfters gedacht worden ist. Insbesondere der nationalen Frage galt seit 1907 sein besonderes Interesse, als Führer der deutschen Sozialdemokratie Böhmens hatte er oft die Stellung der Partei zu diesem Kernproblem des alten Oesterreich zu kennzeichnen.<sup>7</sup> Von besonderer Bedeutung war seine bereits erwähnte Rede, die er am 3. Juli 1909 im Abgeordnetenhanse hielt und wo er die Aufgabe der nationalen Politik der Sozialdemokratie kurz und klar umschrieb:

Die deutsche Arbeiterklasse zur Mitbesitzerin, zur Mitverwalterin, zur Mitgenießerin der deutschen Kulturgüter zu erheben, aus den Hintersassen der Nation freie, gleichberechtigte, vollwertige Nationengenossen zu machen, ist das Ziel unserer nationalen Politik, der wir deutschen Sozialdemokraten dienen werden mit der ganzen Kraft, die uns die Liebe zu unserem armen, ausgebeuteten, arbeitenden deutschen Volke gibt.

Seliger hat diese Auffassung zeitlebens nicht geändert. Er hat nicht anders gesprochen, als durch die Ereignisse des

<sup>7</sup> „Josef Seliger über die nationale Frage.“ „Sozialdemokrat“ (Prag) vom 17. Oktober 1925.

Jahres 1918 die Deutschen in den Sudetenländern der tschechischen Herrschaft unterworfen worden sind. Seliger ist sich treu geblieben. Er verlangte für die deutsche Arbeiterschaft ein Jahrzehnt später daselbe. So schrieb er 1919:

Der Nationalitätenstaat oder der übernationale Staat ist an sich durchaus kein Hindernis für die Machterhaltung des Proletariats und seinen Kampf um die Demokratie und seine letzten großen Ziele. Aber die Bedingung ist, daß dieser Staat auf dem Willen der Nationen beruht, die ihn bewohnen, daß sie ihn begründen aus dem Rechte ihrer freien Selbstbestimmung, daß er in diesem Sinne ein Rechtsstaat und kein Gewaltstaat sei.<sup>a</sup>

\*

Als das europäische Trauerspiel 1914 seinen Anfang nahm, hat Josef Seliger keinen Augenblick geschwankt, im Sinne der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkonferenz für die rascheste Beendigung des Krieges einzutreten.<sup>b</sup> Schon am 2. September 1914 wandte er sich in dem Blatte, dessen Leitung ihm auch im Kriege anvertraut war, gegen die allzu eifrigen Patrioten, die bei jeder Gelegenheit Siegesdemonstrationen veranstalteten, am 20. Oktober 1914 schrieb er gegen die Phrase vom Durchhalten, im Frühjahr 1915 trat er mit aller Leidenschaft den imperialistischen Kriegszielen der Bourgeoisie entgegen. Sein besonderes Interesse galt im Kriege dem Ernährungsproblem, worüber er eine ganze Reihe sachkundiger Aufsätze in der „Freiheit“ und in der „Arbeiterzeitung“ schrieb. Im Teplitzer Bezirke sowie im Lande Böhmen war es in den verschiedenen Ausschüssen seine tatkräftige Persönlichkeit, die auf die Beseitigung der Mißstände und auf die Erfassung und gleichmäßige Verteilung der Vorräte an Lebensmitteln drang. Je länger aber der Krieg dauerte, je geringer die Vorräte wurden, desto schwieriger wurde die Arbeit jener Vertrauensmänner, die das grenzenlose Glend der Bevölkerung mitansahen und mitempanden und doch nicht helfen konnten. „Was soll da

<sup>a</sup> „Warum kämpfen wir für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes?“ Teplitz-Schönan 1919.

<sup>b</sup> Seligers Leben von 1914 bis 1920 fällt außerhalb des Rahmens dieser Arbeit. Deshalb nur die kurze Skizze.

werden?" fragte Seliger am 18. Feber 1917 in einem Briefe.<sup>10</sup> „Für den, der sein persönliches Schicksal bewußt so tief verschlungen hat mit dem seiner Gemeinschaft, wie das bei einem Sozialdemokraten eben der Fall ist, ist diese Frage geradezu eine Schicksalsfrage, die ihn in diesem Augenblick mit tiefer Traurigkeit erfüllen muß. Elend auf allen Seiten, kein Ausblick auf Besserung, im Gegenteil, wachsende Verschärfung der Not — das Bewußtsein, nichts ändern zu können und doch am Ende mitverantwortlich gemacht oder gehalten zu werden, ohne daß man die Möglichkeit hätte, diesem Irrtum zu begegnen; das ist entsetzlich.“ Als dann die Dinge immer ärger wurden, die lange Dauer des Krieges die Menschen zur Verzweiflung brachte und der Widerstand der Arbeiter sich zu regen begann, erkannte Seliger mit dem Instinkt des Politikers die bevorstehende Auflösung der bestehenden Machtverhältnisse und die kommende soziale Krisis. „... ich habe das Gefühl,“ so schrieb er am 24. Jänner 1918,<sup>11</sup> „daß wir kritischen, sehr, sehr kritischen Zeiten entgegengehen, bei denen es vielleicht nicht darauf ankommen wird, wie die Grade der Macht, der politischen und wirtschaftlichen Kraft abgestuft sind, wo man nicht darnach fragen wird können, was wir zu leisten imstande sind, sondern wo uns die Verhältnisse hineintreiben werden in einen Wirbel, in dem es einfach gelten wird, alle Sehnen bis zum Neuesten anzuspannen, um das Höchstmaß an Kraft herauszuholen, unbesehen und unbefragt, ob es Erfolg haben wird oder nicht.“

Seliger erkannte nicht nur, daß mit dem Ende des Krieges für die Arbeiter aller Nationen ein kritischer Augenblick kommen werde, sondern sah auch mit Sorge dem Schicksal der deutschen Arbeiter in den Sudetenländern entgegen. Seinen Standpunkt, den er in der Vorkriegszeit bezogen hatte, brauchte er weder während des Krieges noch in der Zeit, da der vorausgesagte „Wirbel“ eingetreten war, zu ändern. Es war eine Vorahnung kommender Schicksalsgemeinschaft der Sudetendeutschen, welche die Vertrauensmänner der deutschen Sozialdemokratie Böhmens, Mährens und Schlesiens am 16. und 17. September 1916 in Brünn zu einem sudetendeutschen Arbeiter-

<sup>10</sup> An Ernst Girsch.

<sup>11</sup> An Karl Seitz (Wien).

tage zusammenführte. „Wie wir für alle Nationen das Selbstbestimmungsrecht fordern,“ erklärte dort Seliger als Hauptreferent, „so wollen wir auch jeden Versuch abwehren, der nicht auch dem deutschen Volke auf seinem Boden dasselbe Recht gewährleistet, und wir sind fest entschlossen, einer solchen Lösung entgegenzuwirken, die uns Deutsche in den Sudetenländern von der Gesamtheit des deutschen Volkes in Oesterreich loslösen würde.“ Eine solche Lösung würde die Deutschen „in die Lage einer hoffnungslosen Minderheit bringen“, den „Machtkampf der bürgerlichen Klassen aufs neue entfachen . . . Der nationale Kampf würde permanent gemacht werden und das Proletariat ohnmächtig, an seinen wirtschaftlichen Interessen so zu arbeiten, wie es notwendig ist . . . Hier gibt es nur einen Weg: den Weg der völligen Gleichheit aller Nationsangehörigen innerhalb der Nation, wie das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen innerhalb des Staates.“ Auch hier hat sich Seliger als weit vorausblickender Politiker erwiesen.

Als dann der Herbst 1918 gekommen war, hat er getan, was er seinen Grundsätzen und seiner sozialistischen Ueberzeugung gemäß tun mußte. Er hat die Fahne des Selbstbestimmungsrechtes Deutschböhmens erhoben und als Landeshauptmannstellvertreter der deutschböhmischen Landesregierung die Eigenverwaltung des Landes zu begründen versucht. Er hat bis zum Friedensschluß, der das Schicksal des Deutschtums in den Sudetenländern besiegelte und die Befürchtungen, die Seliger schon 1916 gehegt hatte, zur Wahrheit machte, mit aller Kraft dafür gekämpft, dieses Schicksal abzuwenden, weil er in der Entfesselung der nationalen Kämpfe im neuen Staat das stärkste Hindernis für den Fortschritt der Arbeiterklasse sah. „Die Befreiung der Nationen von der drohenden neuen nationalen Fremdherrschaft ist hier die herrschende Frage der unmittelbarsten Gegenwart und diese muß zunächst entschieden werden, bevor das Proletariat dazu schreiten kann, die Demokratie zu erkämpfen und die Sozialisierung durchzusetzen.“<sup>12</sup> Der Kampf um das Selbstbestimmungsrecht war ihm nichts anderes als der Kampf um den Weg zur Demokratie und

<sup>12</sup> Josef Seliger: „Warum kämpfen wir für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes?“ Teplitz-Schönau 1919.

zum Sozialismus. Was anderen Deutschen nicht erspart blieb, wurde auch ihm zuteil: wochenlang saß er in St. Germain en Laye zusammen mit der österreichischen Friedensdelegation, ohne irgendwie im Interesse seines Landes tätig sein zu können. Bitter beklagte er sich über die Nichtigkeit des Zwecks seines Aufenthaltes daselbst: „Ich komme mir vor wie eine Henne, die auf Porzellaneyern sitzt, nur mit dem Unterschied, daß mir sogar die Illusion des Brütens fehlt.“<sup>18</sup>

Als dann durch das Diktat der Ententemächte die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens, ohne daß man ihre Bewohner gefragt hätte, dem tschechoslowakischen Staat einverleibt wurden, mußte das deutsche Proletariat sein Feld bestellen. In den Tagen vom 30. August bis 3. September 1919, da in Tepliz-Schönan der gründende Parteitag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik stattfand, stand Seliger als der erste Führer der Partei da, sah man, wie gewaltig der Mann mit seiner Aufgabe gewachsen war. In der prächtigen Rede, mit der er die Tagung eröffnete, umriß er die großen Aufgaben der Partei mit den knappen, klaren Worten: „Unser Kampf wird darum gehen, daß über die geistigen Interessen einer Nation niemand zu entscheiden hat als diese Nation selbst.“ Und denjenigen, die von den Sudeten-Deutschen ein Bekenntnis zum neuen Staat verlangten, in den man sie wider Willen gezwängt, warf er das mannhafteste Wort hin, daß sich der Staat das Bekenntnis seiner Bewohner zu ihm erobern müsse. Den Höhepunkt der Beratungen dieses Parteitages bildete das von großen geschichtlichen Gesichtspunkten getragene Referat über „die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik“. Seliger erwies sich darin ebenso als Mann von Grundsätzen wie als Politiker, der mit den gegebenen Kräfteverhältnissen zu rechnen weiß. Der Gewalt den Friedensverträge setzte er die Gesetze der Geschichte entgegen: „So wenig je eine Entscheidung der Gewalt in der Geschichte Ewigkeitsgeltung gehabt hat, so wenig wird auch diese Entscheidung, weil sie durch Gewalt gefällt wurde, Ewigkeitsgeltung haben.“ Die deutsche Sozialdemokratie müsse festhalten an dem Selbstbestim-

<sup>18</sup> Brief vom 27. Mai 1919.

mungsrecht aller Völker, dieser magna charta aller unterdrückten Völker, gegeben von der sozialistischen Internationale. Freilich müsse das deutsche Proletariat der Sudetenländer auch den von der Gewalt gegebenen Tatsachen Rechnung tragen. „Wir werden uns also auf den Boden stellen, auf den uns die Gewalt gedrängt hat.“ Auf diesem Boden aber lebt auch ein tschechisches Proletariat, und die Herstellung der Kampfgemeinschaft mit ihm werde erfolgen müssen.

Es war Josef Seliger wenig mehr als ein Jahr vergönnt, die neue Partei, deren Vorsitzender er nun war, zu führen und so dem sudetendeutschen Proletariat durch das Gestrüpp tausender Schwierigkeiten den Weg zum Fortschritt zu bahnen. Der Macht seiner Persönlichkeit ist es wenige Tage vor seinem Tode gelungen, die Gegensätze, die schon fast überall die Einheit der Sozialdemokratie gesprengt hatten, noch einmal zu überbrücken. In der Karlsbader Deklaration, so genannt weil in der weltberühmten Kurstadt der Parteitag versammelt war, auf dem die Geister in der Partei miteinander rangen (3. bis 7. Oktober 1920), hatten sich Kommunisten und Sozialdemokraten ein gemeinsames Bekenntnis erarbeitet, wie es damals wohl einzig in den Ländern mit entwickelter sozialer Bewegung da stand. In zwei großen Reden verteidigte er das sozialdemokratische Programm, mit übermächtiger Anstrengung den Körper zwingend, den die tödliche Krankheit bereits ergriffen hatte. Mit all seiner geistigen Kraft, der Wucht seiner ganzen Persönlichkeit warf er sich den Wortführern der kommunistischen Fraktion entgegen und sprach — ein Held auf dem Schlachtfeld des Klassenkampfes — die Worte, die seine Anhänger aufrichteten wie keines der anderen Worte, die in den heißen Redeschlachten mehrerer Tage gesprochen wurden: „Und wenn alle das Programm von Reichenberg<sup>14</sup> akzeptieren, so bleibe ich allein übrig als der Sozialdemokrat, nur zu dem Zwecke, damit ein winziger Rest der alten Kraft erhalten bleibe, zum Wiederaufbau der proletarischen Bewegung in diesem Lande.“

Ein hartes Schicksal hat es ihm nicht vergönnt, diesen Wiederaufbau mitzumachen und mitzuerleben. Auf der

<sup>14</sup> Das der sogenannten Stufen (vom April 1920), aus der sich später die kommunistische Partei entwickelte.

Höhe seines Lebens hat ihn der Tod mitten aus der Arbeit gerissen, ihm die Knochenhand auf den berebten Mund gelegt, die Feder aus seiner Hand genommen. Am 18. Oktober 1920, kaum vierzehn Tage nach dem großen Treffen zu Karlsbad, ist er in Teplitz-Schönau der Blutvergiftung, an der er wochenlang gelitten hatte, erlegen. Was Karl Marx von Ferdinand Lassalle gesagt, gilt auch von ihm: Er starb im Triumph, als Achilles . . .

Josef Seliger war der größte Politiker, der der deutsch-böhmischen Arbeiterklasse entsprungen ist. Er war Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut, in seinem Aufstieg sahen Deutschböhmens Arbeiter ihr eigenes Streben, und niemand hat das, was sie dunkel empfanden, so klar ausgesprochen wie er, hat alle Empfindungen und Ahnungen ihres Unterbewußtseins geweckt. Er war nicht der Führer, der als ein anderer über den Massen stand, in seinem ganzen Dasein lebte er in und mit den Massen, sein Denken war der bewußt gewordene Instinkt der Massen. Der Sozialismus war ihm, obwohl er ein Mensch gewesen, der wie sein Lehrer Viktor Adler niemals den Blick für die den Revolutionär hemmenden Tatsachen des Lebens verlor, nicht nur Theorie, sondern gewaltigstes Erlebnis geworden, der all die schlummernden Kräfte geweckt, die in ihm verborgen gelegen waren, und ihm die Energie verliehen, aus einem Textilarbeiter, der nichts als eine zweiklassige Volksschule besucht hatte, der Führer der größten Partei des sudetendeutschen Volkes geworden zu sein. Nicht nur im Alltag politischen Gleichmaßes, sondern auch in kritischer Zeit bewährte er sich als Führer von Weitblick und Entschlossenheit. Er erkannte nicht nur das Richtige, er hatte auch den Willen, danach zu handeln. Er hat nicht nur politischen Verstand und starken Willen gezeigt, er hat in der Politik die Größe und Stärke seines Charakters erwiesen — es gibt für einen Politiker menschlich nichts Größeres. Deswegen genoß er das grenzenlose Vertrauen der Arbeiter. Die deutschen Arbeiter haben seine Liebe zu den Opfern einer brutalen Gesellschaftsordnung und eines unglücklichen geschichtlichen Schicksals mit Liebe, seine Treue mit Treue gelohnt. Er verdient es, nicht vergessen zu werden — solange Deutschböhmens Arbeiter um ihre Befreiung kämpfen werden. Er verdient es, daß seiner

gedacht wird — an dem Tage, wo, wie er selbst einst schrieb, „jeder Klassenunterschied aufgehört hat, wo die Menschen sich als freie, gleichberechtigte und glückliche Wesen betrachten können und wo von der letzten Turmspitze dieser Erde das Banner der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Gleichheit wehen wird“.

\*

Neben Seliger stand als dessen getreuer Helfer, jahrelang mit ihm durch engste persönliche Arbeitsgemeinschaft verbunden, Karl Cermak. Es war eine Verkörperung des Bundes, den Arbeiter und Angestellte in dem Kampfe um ihre Befreiung geschlossen hatten, daß der eine der beiden leitenden Männer der deutschböhmisches Arbeiterbewegung ein Arbeiter, der andere ein Angestellter war. Cermak, der jüngere von den beiden, war am 26. Mai 1881 in Wien zur Welt gekommen und hatte schon im Vaterhaus Bekanntschaft mit der sozialistischen Bewegung geschlossen. Sein Vater, ein aus Böhmen nach Wien eingewandter Schuhmacher, war ein opferbereiter Mann, der sich oft für die Arbeiterbewegung hatte einsperren lassen und der seinen Sohn Karl schon als Knaben in Versammlungen mitnahm. Nach dem Besuch der Volks- und Bürgerschule wurde Karl Cermak Handlungsgehilfe und war zunächst in Klagenfurt, später in Wien in seiner Berufsorganisation tätig. Damit er sich dieser Tätigkeit ohne Rücksicht auf seinen Privatberuf widmen könne, wurde er zunächst in der Verwaltung der „Arbeiterzeitung“, später im Sekretariat des Zentralvereines der kaufmännischen Angestellten Oesterreichs in Wien beschäftigt.

Den Wendepunkt in seinem Leben bedeutet das Jahr 1907, da er in die Redaktion der „Freiheit“ nach Teplitz berufen wurde. Von da an gehörte er der deutschböhmisches Arbeiterschaft und wurde bald einer ihrer ersten Vertrauensmänner. Den ihm entsprechenden Wirkungskreis erhielt er im September 1911, zu welchem Zeitpunkt er mit der Leitung des eben errichteten Landessekretariats der Sozialdemokratie Deutschböhmens betraut wurde. Welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, um die Kreisorganisationen des Landes zu einer festgefügtten Gemeinschaft zu verbinden, wurde schon erzählt. Neben Seliger fällt

Cermaf hiebei das Hauptverdienst der Ueberwindung dieser Schwierigkeiten zu, und neben seinem Freunde und Metzger wurde er, der in allen Bezirken Deutschböhmens herumkam, der bekannteste sozialdemokratische Vertrauensmann des Landes.

Aber erst nach dem Kriege trat Cermaks Vielseitigkeit und Begabung recht hervor. Als Leiter des Pressebüros der Reichenberger Landesregierung war er abermals in Seligers Nähe, der ihn immer wieder zu Räte zog, und als sich die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei konstituiert hatte, war ebenso selbstverständlich, daß Josef Seliger ihr Vorsitzender, wie daß Karl Cermaf ihr Sekretär wurde. Auch als Abgeordneter hat er seit 1920 seine Geschicklichkeit im Verhandeln und sein sicheres Gefühl, in schwierigen Lagen den für die Partei richtigen Weg zu gehen, bewährt. Nach dem Tode Seligers ist er in der Bewegung naturgemäß noch mehr hervorgetreten, in der Internationale war er oft der Vertreter seiner Partei, dem Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (1922—1923) hat er als Mitglied angehört. Vielfältig waren die Gebiete seiner Tätigkeit für Deutschböhmens Arbeiterklasse, aus deren Mitte ihn in jungen Jahren am 31. Oktober 1924 ein tödliches Herzleiden riß.

Auch Karl Cermaks Name wird in der deutschböhmisches Arbeiterklasse weiterleben. Wohl hatte er nicht die mitreißende Wucht der Persönlichkeit Josef Seligers und stand ihm auch an Tiefe des Erfassens der politischen Probleme in all ihren Zusammenhängen nach. Seine Begabung lag auf dem Gebiete der Organisation und Taktik. Nicht mit Unrecht hat man ihn einen „Organisationskünstler“ genannt, und es gab kaum ein Gebiet der Organisation der Arbeiterklasse, dem er nicht liebevolle Aufmerksamkeit und starkes Interesse zugewandt hätte. Zum Politiker befähigten ihn ein klarer Kopf, ruhige Ueberlegung, kühle Sachlichkeit, hohes Verantwortlichkeitsbewußtsein und ein wunderbarer Instinkt, in den kompliziertesten, oft nur Fachleuten zugänglichen Fragen das für die Arbeiterklasse Nützliche und Entscheidende herauszufinden.

Seliger und Cermaf haben Jahrzehnte hindurch der deutschböhmisches Arbeiterbewegung, ihrer Politik und

Organisation den Stempel ihres Geistes aufgedrückt. Dank dem wunderbaren Spiel der Zusammenarbeit zweier verschiedener Naturen konnten die politischen Möglichkeiten, welche die kapitalistische Entwicklung der Arbeiterklasse bot, voll ausgenützt werden. Die großen Linien der Entwicklung der Klassen und Nationen können von der größeren oder geringeren Begabung der Menschen nur wenig verschoben werden, aber die soziale Entwicklung bietet den Menschen einen so weiten Rahmen, daß innerhalb derselben der durchdringenden Geistigkeit kraftvoller Führer jene Möglichkeit des Wirkens bleibt, zu der Menschengestalt und Menschenwille berufen sind.

\*

Mit dem großen Weltbrande, der 1914 ausbrach, Europa an den Rand des Abgrundes brachte und die jahrhundertalte Kultur der europäischen Völker in seinen Flammen zu verzehren drohte, beginnt eine neue Epoche der Arbeiterbewegung auch in Deutschböhmen. Wie stark die verschiedenen Entwicklungskräfte sind und zu welchen Ergebnissen die sich kreuzenden Entwicklungstendenzen der Zeit führen werden, liegt in der Dämmerung künftiger Jahrzehnte verborgen. Die deutsche Arbeiterbewegung Böhmens muß sich in einem dichten Gestrüpp, das die Geographie und Geschichte des Landes ihr in den Weg gelegt haben, zurechtfinden. Die Arbeiterklasse Deutschböhmens hat an dem weltgeschichtlichen Aufstieg des Proletariats in dem letzten Jahrhundert teilgenommen, sie hat große Organisationen geschaffen — Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, verschiedene Kulturorganisationen — sie hat Frauen, Jugendliche, ja sogar Kinder im mächtigen Strom sozialistischer Geistigkeit mitgerissen, aus verelendeten Sklaven Kulturmenschen gemacht, Hunderttausende in den Bannkreis der Kultur einbezogen. Sie hat gegen die Klassen, welche alle politische und wirtschaftliche Macht besaßen, deren geistiger Reichtum die Ergebnisse einer jahrhundertalten Kulturentwicklung bilden, auf dem politischen Kampffelde Boden gewonnen und ist immer tiefer in die gesellschaftlichen Probleme eingedrungen, welche durch die industrielle Revolution der Menschheit gestellt wurden. Es war im Sinne Lassalles ein weltgeschichtlicher Sonnenaufgang, der sich da vollzog.

Freilich, der Aufstieg der Arbeiterklasse hat sich, wie an der Erzählung der Geschichte von dreiviertel Jahrhunderten gezeigt wurde, nicht stetig und in gleichem Grade, sondern unter Ueberwindung gewaltiger Schwierigkeiten vollzogen, wobei zeitweiliger Stillstand, ja Rückschritt nicht ausgeschlossen waren. Auch von der sozialen Revolution der deutschböhmischen Proletarierklasse gilt der Satz von Marx:

„Bürgerliche Revolutionen, wie die des achtzehnten Jahrhunderts, stürmen rascher von Erfolg zu Erfolg, ihre dramatischen Effekte überbieten sich, Menschen und Dinge scheinen in Feuerbrillanten gefaßt, die Ekstase ist der Geist jedes Tages; aber sie sind kurzlebig, bald haben sie ihren Höhepunkt erreicht, und ein langer Kazenjammer erfaßt die Gesellschaft, ehe sie die Resultate ihrer Drang- und Sturmperiode nüchtern sich aneignen lernt. Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des neunzehnten Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Laufe, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnern grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets vor Neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht und die Verhältnisse selbst rufen: *Hic Rhodus, hic salta!*<sup>15</sup>

Durch das Unverständnis, das gerade das deutsche Bürgertum den aus der kapitalistischen Entwicklung entspringenden demokratischen Kräften neuer Klassen und Nationen, welche die Bühne der Geschichte betraten, entgegenbrachte, ist das deutsche Volk in einen Zusammenbruch geführt worden, welcher in seinen Folgewirkungen die Schwierigkeiten für den politischen und allgemein-geistigen Aufstieg der arbeitenden Klassen des deutschen Volkes in Böhmen, seiner Hand- und Kopfarbeiter, vervielfältigt hat. Aber weder dies, noch die Verschärfung der Nationalitäten-

<sup>15</sup> Karl Marx: „Der Achte Brumaire des Louis Bonaparte.“ Vierte Auflage. Hamburg 1907.

kämpfe nach dem Weltkrieg vermögen die sozialen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft in den Sudetenländern in ihren notwendigen politischen Folgewirkungen zu beseitigen. Mit dem Fortgang der Wirtschaftsentwicklung ist die Machtentfaltung des Proletariats aufs engste verknüpft. Die wirtschaftliche Entwicklung erneuert immer wieder den Gegensatz der Arbeiterklasse zu den Besitzenden. Je mehr die arbeitenden Schichten kulturell emporgehoben werden, desto unerträglicher werden für sie Unsicherheit der Existenz, üppiger Reichtum Weniger, die wirtschaftliche Unterdrückung einer überwältigenden Mehrheit durch eine kleine Minderheit. Mit innerer Gesetzmäßigkeit schreitet die arbeitende Menschheit ihrem Ziele entgegen, eine neue Ordnung der menschlichen Gesellschaft zu begründen, deren Träger die klassenlose, befreite Menschheit sein wird. Es gibt keine Epoche der Weltgeschichte, die nicht unter schmerzlichen Geburtswehen der alten Zeit aus deren Schoße hervorginge. Und so gilt von dem künftigen Wege der deutschen Arbeiterklasse Böhmens, was von den großen Aufgaben zukunftsfroher Geschlechter aller Jahrhunderte gegolten hat und ewig Geltung haben wird: Es ist ein Weg nach Golgatha, aber er muß gegangen werden!



## Anhang I.

### Nationalitätenprogramm der Sozialdemokratie Oesterreichs.

(Beschlossen auf dem Parteitage zu Brünn 1899.)

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Äußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf der Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bürokratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen

Öaders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

## Anhang II.

### Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen auf dem Parteitage zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmernng. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß, und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportional-

wahlssystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Pressfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatfache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder, sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Erhebung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Diensthordenordnungen.

2. Achtfündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

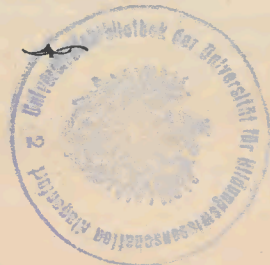
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

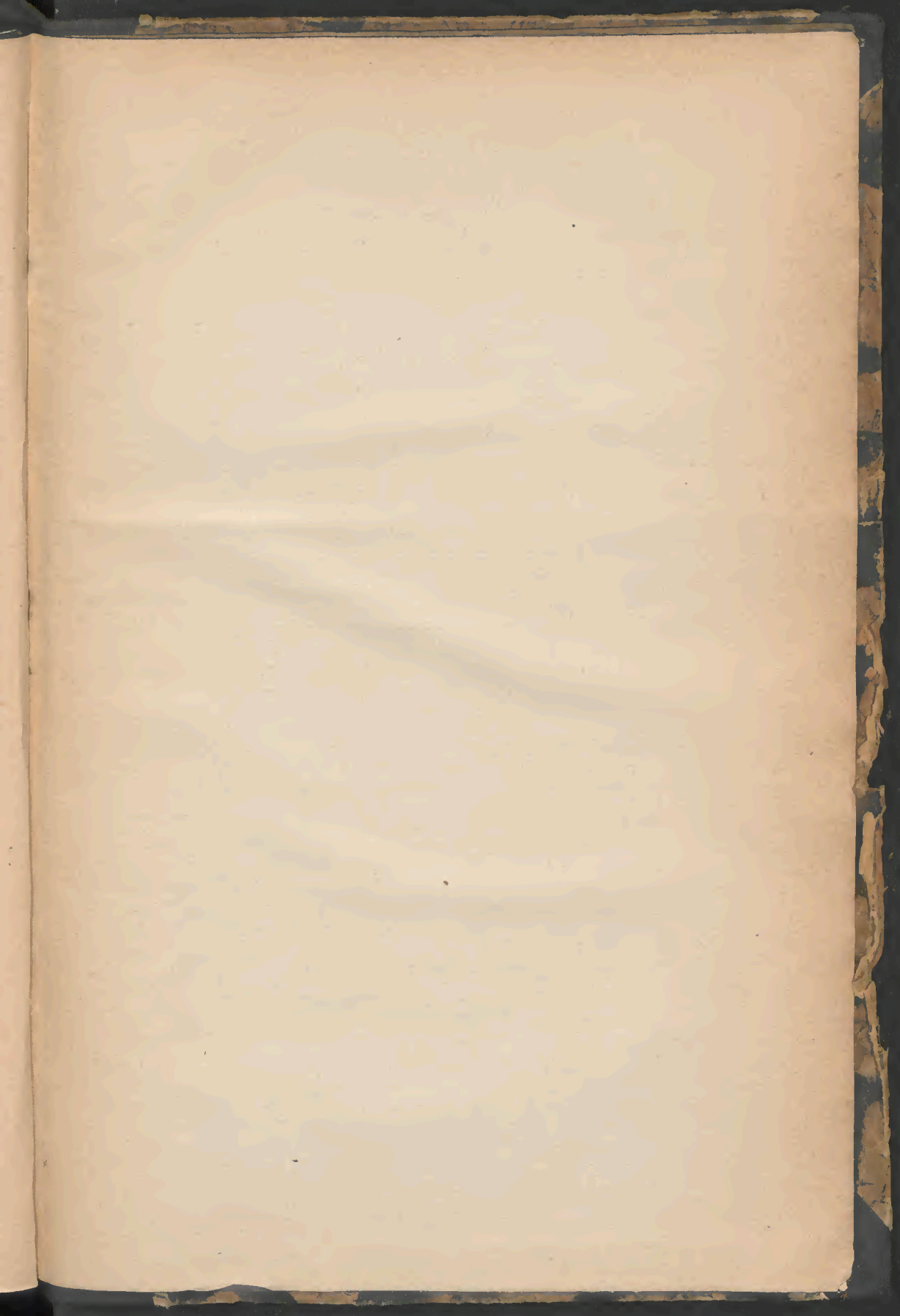
Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbe-Inspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.





(2)

Druck- und Verlagsanstalt, Teplitz-Schönan

Smithsonian Institution  
R.







UB